Die Agrarfrage

in der

deutschen Sozialdemokratie

von

Karl Marx bis zum Breslauer Parteitag.

Inauguraldissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

verfasst und

der hohen staatswirtschaftlichen Fakultät

der

k. Ludwig-Maximilians-Universität München

am **15. April 1903**

vorgelegt von

Wilhelm Cohnstaedt.

München 1903.
Ernst Reinhardt, Verlagsbuchhandlung
Karlstrasse 4.

Die Agrarfrage

in der

deutschen Sozialdemokratie

von

Karl Marx bis zum Breslauer Parteitag.

Inauguraldissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

verfasst und

der hohen staatswirtschaftlichen Fakultät

der

k. Ludwig-Maximilians-Universität München

ACAD. LUDWIG MAX. BIBL.

am **15. April 1903**

vorgelegt von

Wilhelm Cohnstaedt.

München 1903.
Ernst Reinhardt, Verlagsbuchhandlung
Karlstrasse 4.

Von der staatswirtschaftlichen Fakultät der kgl. Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen.

Referent: Professor Brentano.

Ich habe die Vorstudien zu dieser Dissertation in dem Seminar des Herrn Professor Sering begonnen und die Dissertation selbst in dem Seminar des Herrn Professor Brentano fertiggestellt.

Ich sage diesen meinen Lehrern Dank für alles, was sie mir — nicht nur im Hinblick auf die vorliegende Arbeit, sondern in einem weiteren Sinne — gegeben haben. Zugleich danke ich dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei für die freundliche Zuvorkommenheit, mit der er mir alles ihm zugängliche Material zur Verfügung gestellt hat.

Wilhelm Cohnstaedt.

Inhalt:

		Seite
I.	Zur Einführung	1
II.	Die Grundrententheorie von Karl Marx	10
III.	Die Agrarpolitik von Karl Marx	50
IV.	Die Agrarpolitik der Internationalen Arbeiter-Assoziation	79
V.	Vom Eisenacher Arbeiterkongress bis zum Fall des Sozialistengesetzes 1869—1890	92
VI.	Vom Fall des Sozialistengesetzes bis zur Agrardebatte. 1890—1894	131
VII.	Die Agrardebatte. 1894—1895	157
VIII.	Schluss	237

Druckfehler.

Seite 33. Tabelle, 5. Spalte: statt Produktionspreis = **Produkt.**
„ 37. Zeile 2 von unten: „ Kapitalsanlagen = **Kapitalanlagen.**
„ 45. Zeile 15 von unten: „ 233,3 = **2333.**
„ 79. Kapitelüberschrift: „ Agrarierpolitik = **Agrarpolitik.**
„ 80. Anmerkung: statt Lasalle = **Lassalle.**
„ 88. Zeile 2 von oben: statt Entschluss = **Beschluss.**

I.

Zur Einführung.

Mehr als einmal schon hat die Geschichte uns dieses Bild gezeigt:

Auf der einen Seite Zehntausende, Hunderttausende, Millionen von Menschen, die nichts besitzen, oder so gut wie nichts.

Auf der anderen Seite ein paar einzelne Menschen, die sehr viel besitzen; viel Geld und Gut und Macht über jene ersten.

Die Vielen fragen: Warum sind die Wenigen reich und wir sind arm? Warum sind die Wenigen Herren und wir ihre Knechte?

Gebet uns, was ihr zu viel habt, ihr reichen Leute! Lasset uns teilen alle mit allen, gleich Brüdern und Schwestern! Immer noch wird genug für euch bleiben, an Speise und Trank und warmer Kleidung, an des Lebens Notdurft nicht nur, auch an des Lebens Glück und Schönheit. Aber auch wir werden nicht länger hungern, dürsten und frieren, draussen in Wind und Regen; und nicht so hart mehr frohnden müssen von Nacht zu Nacht, jahrein jahraus bis in's Grab hinein.

Das Tausendjährige Reich wird gekommen sein und ein Ende sein allen Leides und aller Sünde.

Der Brüder und Schwestern fromme Gemeinde wird alle, die Gottes Kinder sind, mit dem Bande des Friedens umschlingen.

Den Staat der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit werden wir aufrichten mit eigener Hand, den Staat der Zukunft und werden alle glücklich sein in Zeit und Ewigkeit .....

— So sprachen und sprechen die Vielen und Armen, und was sie ersehnen, wonach sie streben, worum sie kämpfen: ist Kommunismus oder — obschon man das Wort meist anders gebraucht — ist Sozialismus.

Jedoch auch unter den Wenigen und Reichen sind nicht alle zufrieden mit dem, was ist. Auch ihnen fällt in die Augen, dass die anderen so wenig haben, sie selbst und ihre Sippe so viel.

Und es stehen Männer auf, die guten Herzens sind, und wollen nicht schwelgen, wenn ihre Nächsten hungern, wollen nicht tanzen, wenn ihre Nächsten frohnden.

Und es stehen andere auf, die haben offene Augen und einen klaren scharfen Verstand. Die sehen, dass die Reichen immer wachsen an Reichtum und die Armen an Zahl. Dass die Armen über diese Sache nachzudenken beginnen und dass vielleicht eine Zeit nicht mehr ferne ist, in der sie sich weigern, länger das Joch der Arbeit zu schleppen und mit Hunger und Not sich lohnen zu lassen. Dass nach den Worten Platos: „ein solcher Staat in Wahrheit nicht ein Staat sein kann, sondern dass das zwei Staaten sein müssen; ein Staat der Armen und ein Staat der Reichen, die beide in einem Lande beisammen wohnen, aber die ewig gegen einander Böses im Schilde führen." — „Und ist das für die Reichen eine angenehme Lage, dass sie wo möglich ausser Stande sind, irgend einen Krieg zu führen? Denn sie wären ja gezwungen, entweder zur Hilfeleistung die Volksmenge zu bewaffnen, und dann hätten sie vor ihr mehr Furcht, als vor den Feinden. Oder sie müssten andernfalls als eine wahrhaftige „Oligarchie", nämlich thatsächlich als ein Häuflein von sehr „Wenigen", in die Schlacht rücken und obendrein würden sie wohl noch nicht einmal bereit sein, die Kosten selbst aufzubringen, weil ihr Herz ja gar so sehr an dem Gelde hängt." [1]) ... So sprechen helläugige Männer mit Plato, dem „Sohne des Lichtes", dem Weisen von Griechenland.

Und wiederum andere, sinnende forschende Gedankenmenschen, die fragen: Warum sind die Wenigen reich und die Vielen arm?

---

[1]) Nach „Platonis scripta" (ed. Bekker). London, 1826. Bd. VII. S. 112. „Πολιτεία". VIII. 5.

Sind denn nicht alle gleich vor Gott dem Herrn? Darum sollten alle die gleichen Rechte haben und den gleichen Besitz. Dass aber nicht dann noch Zwietracht entsteht und Kampf zwischen denen mit gleichem Besitz, darum soll allen alles gemeinsam sein. Dann erst werden die Menschen leben, wie die Natur es verlangt oder die göttliche Weltordnung. Dann wird Vollkommenheit herrschen, ewiger Frieden und ewiges Glück. Die Welt wird sein „wie am ersten Tag".

So wächst auch aus der Oberklasse die Idee des Sozialismus heraus: ein idealistischer Sozialismus.

Dieser Sozialismus ist geboren aus der Betrachtung des Elendes, unter dem die Masse der Menschen durchs Leben geht. Jener erste Sozialismus, innerhalb des Proletariates, war geboren aus der Empfindung dieses Elendes am eigenen Leibe.

Beides ist ein Sozialismus des Wunsches. Es steht schlecht in der Welt und es soll besser werden. Ein Sozialismus der Konstruktion. Es steht schlecht; denn die Vielen besitzen wenig und die Wenigen viel. Darum, dass es besser werde, sollen alle das Gleiche besitzen.

Diesem Sozialismus des Wunsches steht endlich gegenüber ein Sozialismus der historischen Erkenntnis. Die Grundlage dieses Sozialismus ist der Gedanke, dass nicht wir Menschen die Geschichte machen, sondern dass die Geschichte sich selbst macht. Die Geschichte, das ist die Gesamtbewegung von tausend verschiedenen Kräften. Eine unter diesen tausend Kräften ist der Mensch. Soll der Mensch seine Bethätigung nicht beinahe wirkungslos verpuffen lassen, so muss er zu erkennen suchen, welche Richtung das Ganze der historischen Entwicklung einschlägt; in dieser Richtung muss er sich selbst bethätigen.

Marx und Engels sahen: die historische Entwicklung bewegt sich in der Richtung des Sozialismus. Das Kapital, die Produktionsmittel konzentrieren sich immer schneller, immer umfassender. Das Ende dieser Konzentration wird sein, dass die Gesellschaft wohl oder übel, ob sie es für gut hält oder schlecht, für schön oder für hässlich, für gerecht oder für un-

gerecht, — dass sie endlich gezwungen ist, die Produktionsmittel sich anzueignen, sie zu vergesellschaften.

Der historische Sozialismus ist also ein Sozialismus der Produktionsmittel; die Genussmittel bleiben prinzipiell den Einzelnen. Anders jene ersten sozialistischen Gedankengänge, die wir zusammengefasst haben als Sozialismus des Wunsches; diese kümmern sich in der Regel nur um die Genussmittel. Der Konsum soll vergesellschaftet werden: das ist ihr Ziel. Sie mögen scheinbar von der gesellschaftlichen Produktion ausgehen; immer ist diese nur das Mittel zu einer gerechteren Verteilung der Güter.

Die Grundlage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist heute der historische Sozialismus. Er ist ihre Grundlage: das schliesst nicht aus, dass auch die anderen Arten des Sozialismus noch immer innerhalb der Partei vorhanden und wirksam sind. Und nicht nur innerhalb der Partei, auch in Kopf und Herz der einzelnen Genossen laufen diese verschiedenen Gedankengänge stets nebeneinander her. Aber es geht hier im Grossen so, wie es bei Marx und Engels im Kleinen ging. In ihren jüngeren Jahren waren ja selbst diese Väter des historischen Sozialismus stark genug beeinflusst durch jenen Sozialismus des Wunsches. Je mehr sie dann wuchsen an Jahren und an innerer Reife, umsomehr traten alle diese Einflüsse zurück.

Es ist unmöglich, dass solche rein historischen Motivationen in den Köpfen einer Volksmasse sich mit eben der gleichen Schärfe und Klarheit herausarbeiten, wie sie in den Köpfen eines Marx oder eines Engels das gethan haben. Und wenn heute viele sind, die sagen: wir sind Sozialisten, weil dem Sozialismus die Zukunft gehört! — so werden das Manche nicht aus Überzeugung sagen, sondern aus Berechnung. Und Manche werden es sagen, weil es die Anderen sagen; denn jede Masse besitzt Anziehungskraft. Immerhin, die ethische und die philosophische Begründung des Sozialismus sind fast ganz verschwunden; und auch jener Sozialismus beginnt zurückzutreten, der nur ein Notschrei ist aus dem Elend des Proletarierdaseins. Die deutsche Sozialdemokratie steht heute durchaus auf dem Boden des historischen Sozialismus.

Die Gesamtaufgabe dieses Sozialismus besteht darin, die historische Entwicklung des deutschen Volkes vorwärts zu treiben, bis zu einem Punkte, auf dem die Organisation der gesellschaftlichen Verhältnisse in ihren wesentlichen Grundlinien den Namen verdient: Sozialistische Gesellschaft.

Die historische Entwicklung vorwärts treiben, das heisst nicht nur politisch arbeiten, das heisst ebensogut, die kulturellen, die wirtschaftlichen, die im engeren Sinne sozialen Zustände sozialistisch beeinflussen, sozialistisch umgestalten. Ziel bleibt stets die sozialistische Gesellschaft.

Auf dem Gebiete der Politik heisst der Weg zu diesem Ziele: Eroberung der politischen Macht.

Wir sprachen bisher stets nur von „Sozialismus". Der Sozialismus ist eine Idee. Aber für den Historiker wird die politische Macht nicht durch Ideen ausgeübt, sondern durch Menschen. Wir haben seit Marx gelernt, diese Menschen in Politik und Geschichte nicht nur als einzelne Individuen zu sehen, sondern in erster Linie — zusammengefasst nach ihren materiellen Lebensbedingungen — als Klassen.

Das Jahr 1789 begann auf dem europäischen Kontinent die Klassenherrschaft des Feudalismus zu ersetzen durch die Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Dieser Prozess vollzog sich in den verschiedenen Staaten mit verschiedener Geschwindigkeit. In Frankreich hat er längst sein Ende erreicht; in Deutschland stehen wir noch heute inmitten dieser Entwicklung. Doch während jene beiden Klassen gegeneinander im Kampfe liegen, da beginnt bereits eine dritte Klasse sich emporzuringen, langsam, aber unermüdlich, unwiderstehlich. Hunderttausend Lohnarbeiter erwachen, hunderttausend Lohnarbeiter wachsen an Zahl, wachsen an Unentbehrlichkeit für die Gesellschaft, wachsen an innerer Kraft. Millionen Lohnarbeiter werden zur Arbeiterklasse, zum Proletariat.

Wenn Viele wenig besassen und Wenige viel, dann kam den Vielen von je die Frage: Warum besitzen nicht alle das Gleiche?

In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts stellten einzelne Teile der Arbeiterschaft dieselbe Frage. Karl Marx und Friedrich Engels gaben ihnen Antwort und es entstand

„Das kommunistische Manifest“, es entstand „Das Kapital“, es entstand der historische Sozialismus.

Die Antwort lautet: Dass Ihr kaum Euer täglich Brot verdient, heute wie gestern, während die Wenigen immer fetter werden und immer reicher, das kommt daher, dass die Wenigen Eure Gebieter sind.

Nicht durch die Gewalt der Waffen und nicht durch altväterliches Herkommen herrschen sie über Euch Viele. Darum wäre es Euch kein Vorteil, alle Vorräte und alle Schätze ihnen wegzunehmen und unter Euch zu verteilen. Nicht Vorräte und Schätze sind es, die Euch zu Knechten machen und sie zu Herren.

Ihr alle besitzt nichts als Eure Arbeitskraft. Die zu verwerten, bedürft Ihr der Arbeitsmittel. Einst waren auch diese in Eurem Besitz; Ihr wart Bauern und Handwerker. Heute sind die Arbeitsmittel im Besitze der Wenigen; Ihr seid Proletarier, jene sind Kapitalisten.

Wollt Ihr das fernerhin nicht ertragen, wollt Ihr nicht länger hungern, frieren und frohnden, wollt Ihr in Wahrheit Eure Freiheit gewinnen, dann müssen nicht Geld und Gut der Reichen Euch allen gemeinsam sein, sondern nur die Arbeitsmittel, die jene besitzen. Die aber gewinnt Ihr nicht auf irgend eine künstlich erdachte Art und Weise und nicht durch willkürlich angewandte Gewalt. Die historische Entwicklung selbst treibt Euch diesem Ziele entgegen. Immer umfassender konzentriert sich das Kapital; zu immer grösseren Betrieben, bis schliesslich nicht anders mehr produziert werden kann, als in grössten, in gesellschaftlichen Betrieben. Dann wird der Sozialismus verwirklicht sein. — Mag sein, dass Ihr dieses Ziel in friedlicher Umbildung erreichen werdet; mag sein, dass es blutigen Kampfes bedarf. Sicher ist eines: diese historische Entwicklung zu unterstützen und vorwärts zu treiben, das ist in allen Ländern die Aufgabe des Proletariats.

So verband sich das Empordrängen der werdenden und wachsenden Arbeiterklasse mit dem historischen Sozialismus der Marx und Engels — es entstand die moderne Arbeiterbewegung. In Deutschland verkörpert sich diese Bewegung in der Sozialdemokratischen Partei; ihr erstes Ziel: die Eroberung der politischen Macht.

Fragt man nach dem Werkzeug, die politische Macht zu erobern und auszuüben, so sei mit Lassalle geantwortet: Das ist für die Aristokratie der Boden, für die Bourgeoisie das Kapital, für das Proletariat die Zahl. Diese Kraftquelle seiner Zahl kann das Proletariat in Wirksamkeit setzen durch Anwendung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes.

Lassalle hat das allgemeine und gleiche Wahlrecht zum Mittelpunkt seiner Organisation gemacht; er hat ihm für den Fall der Einführung die weitgehendsten und schwerwiegendsten Folgen vorausgesagt. Man mag davon etwas abziehen mit Rücksicht darauf, dass Lassalle in Wort und Schrift zuerst Agitator war und nicht Theoretiker. Er musste daher stets doppelt und dreifach das unterstreichen, was agitatorisch und taktisch die beste Wirkung versprach.

Aber auch wenn wir hierauf Rücksicht nehmen, so bleibt die Thatsache bestehen, dass Lassalle die Bedeutung unseres heutigen Reichstagswahlrechtes weitaus überschätzt hat. Jurisprudenz und Hegel'sche Philosophie beherrschten ihn mächtiger als der historische Materialismus seines Lehrers Marx. Begriffe und Zahlen waren das Primäre in seinem Denken; die fertigen Gedanken erst wurden in das Irdische und Menschliche übersetzt. Für Lassalle's parlamentarische Zukunftshoffnungen war die Zahl der Stimmen oder eventuell die Zahl der Abgeordneten der vollwertige Ausdruck der politischen Macht einer Partei. Eine sozialdemokratische Mehrheit im Parlament — damit schien ihm die soziale Frage gelöst zu sein; schien ihm zum wenigsten ihre Lösung sicher garantiert.

Nach den ewigen Prinzipien der „Allgemeinen Menschenrechte" und anderer himmlischer Gesetzbücher ist weiter nichts von Nöten, als dass gerade 51 Prozent der Bürger sich zusammenschliessen, um den Staat aufs Ruhigste und Beste lenken und leiten zu können. Aus dem Völkerfrühling von 1848 hatte sich auch Lassalle diese Weisheit in seine späteren Jahre hinübergerettet. Dass wir sie unter der Sozialdemokratie sogar noch in unseren Tagen grassieren sehen, das ist merkwürdig genug. Der Marxist sollte sicherlich am Ersten und Besten wissen, dass es nicht die Zahl der Menschen ist, sondern ihre Macht, die Energie ihrer materiellen und geistigen Kräfte, durch die Rechte,

Gesetze, Verfassungen und Staaten geschaffen, entwickelt und vernichtet werden. —

— Es herrschen innerhalb und ausserhalb des Sozialismus grosse Meinungsverschiedenheiten über die Geschwindigkeit, mit der sich in Handel und Industrie das Kapital konzentriert. Unkundige glauben oft, in Betreff der landwirtschaftlichen Produktionsmittel seien diese Verschiedenheiten nicht geringer; sie pflegen dabei die Namen David und Kautsky zu nennen. Gewiss, auch in dieser zweiten Frage ist man nicht einig; aber die Differenz ist hier de facto nicht mehr sehr gross. Wir greifen der folgenden Darstellung in nichts vor, wenn wir schon hier feststellen, dass selbst Kautsky für die nächste Zukunft nicht auf eine durchgreifende Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktionsverfassung hofft. „Wir erwarten nicht mehr den Untergang des Kleinbetriebs, aber auch nicht den des Grossbetriebs in der Landwirtschaft unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise".[2])

Es wird also auf absehbare Zeit hin neben Proletariat und Grosskapitalismus (von aller anderen Bourgeoisie abgesehen) noch eine dritte Klasse geben: den Bauern. Setzen wir jetzt in ganz freier Annahme den Fall, im deutschen Reichstage besitze die Sozialdemokratie die Mehrheit. Nach jener altliberalen Auffassung, durch die Lassalle noch so stark beeinflusst war, könnte es dann für die Arbeiterklasse keine wesentlichen Schwierigkeiten mehr geben bei dem Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Kapitalisten würden überstimmt werden; sie würden vielleicht rebellieren, aber sie müssten unterliegen, da sie die Minderzahl und historisch im Unrecht sind. Wie die Bauern über den Sozialismus denken, das könnte der proletarischen Mehrheit recht gleichgiltig sein.

Gewiss, Lassalle würde diese Sätze nicht ganz als seine Auffassung anerkennen wollen. Aber sie scheinen mir die einfache und unmittelbare Konsequenz zu sein aus seinen Gedanken und aus seiner Politik. Diese Konsequenz zeigt eben besonders klar, dass die ganze Auffassung nicht nur sehr unmarxistisch ist, sondern auch sehr unrichtig.

---

[2]) „Neue Zeit" 1902/1903. I. S. 688.

Es ist sicher nicht absolut unmöglich, auch Klassen, die noch eine gewisse Zukunft haben, mit Gewalt unterzuzwingen; auch gegen den Willen einer starken Minorität Gesellschaftsordnungen umzugestalten. Aber der Erfolg wird zweifelhaft sein, seine Dauer wird lange zweifelhaft bleiben. Stellt er sich ein, so ist sein Preis: ein Strom von Blut, Dezimierung der Unterlegenen, nicht nur ihrer Leiber, auch ihrer Lebensbedingungen und ihres Lebensinhaltes.

Gewiss ist die Zahl des Proletariates sein Werkzeug zur Eroberung der politischen Macht. Aber ob zur Eroberung dieses Werkzeug allein genügt, das ist die eine Frage; ob es zur Erhaltung genügt, das ist die zweite.

Wilhelm Liebknecht hat einmal an einen seiner Parteigenossen geschrieben: „Wir brauchen die Bauern nicht, um Revolution zu machen, aber keine Revolution kann sich halten, wenn die Bauern dagegen sind".[3]) Ob man dabei an blutige oder an unblutige Revolution denken will, an Vergesellschaftung der Produktionsmittel oder zuvörderst an Eroberung der politischen Macht — in jedem Falle wird dadurch das Interesse beleuchtet, das die Sozialdemokratie daran haben muss, wie sich die Bauernschaft zum Sozialismus stellt.

Ob Arbeiter und Bauer sich als Freunde oder als Feinde gegenüberstehen, das ist für die historische Entwicklung eine Frage von grundlegender Bedeutung. Wie sich der eine dieser beiden Faktoren, die politische Vertretung des deutschen Arbeiters, bisher zu dieser Frage verhalten hat, das soll in den folgenden Kapiteln behandelt werden.

Ich will in diesen Kapiteln keine nationalökonomische Untersuchung geben, sondern eine historische Darstellung. Ich habe deshalb durchaus nicht die Absicht in den agrar-politischen Streit innerhalb der Sozialdemokratie irgendwie einzugreifen.

Auch versteht sich von selbst, dass eine historische Darstellung frei sein muss von allen politischen Hintergedanken, von allen politischen Absichten und politischen Rücksichten. Soweit mir bewusst ist, ist sie das.

[3]) Siehe „Der Leipziger Hochverratsprozess". Berlin, 1894. S. 196.

II.

Die Grundrententheorie von Karl Marx.

1.

Ob ein Schriftsteller seine Gedanken gestohlen hat, und wo er sie gestohlen hat, das kann dem Historiker höchst gleichgiltig sein. Die Wirkung dieser Gedanken, das ist es, was ihn allein interessiert.

Man hat Marx zuweilen vorgeworfen, er habe fremde Gedanken sich angeeignet. Ich halte solche Vorwürfe für durchaus falsch und ungerecht; aber ich verzichte darauf, sie zu widerlegen.

Gewiss hat Marx Vieles in seinem System von diesem oder jenem Vorgänger übernommen. Aber die Ergebnisse der Wissenschaft sind nicht da, um gefunden zu werden, sondern um angewandt zu werden. Es versteht sich von selbst, dass Marx nicht sein ganzes System sich aus den Fingern gesogen hat. Er stand auf dem Boden der Wissenschaft seiner Tage; auf diesem Boden hat er weitergebaut. Allerdings, am wenigsten originell ist seine Rententheorie; sie stammt in der Hauptsache von David Ricardo. Aber daraus macht ja Marx kein Geheimnis. Er selbst hat es wohl weniger als seine Aufgabe betrachtet, eine neue Rententheorie zu schaffen; als vielmehr diese alte Theorie zu ergänzen und auszubauen von dem Standpunkte seines ökonomischen und historischen Gesamtsystemes aus und auf dem Boden der ihm bekannten vergangenen und gleichzeitigen Thatsachen.

Im dritten Bande des „Kapitals“ entwickelt Marx seine Theorie von der Grundrente. Dieser Band ist im Jahre 1894 erschienen, aber er war — so berichtet im Vorwort Friedrich

Engels — bereits zwischen 1863 und 1867 im Entwurf fertiggestellt.[4]) Es ist aus dieser Engels'schen Bemerkung nicht ganz bestimmt zu ersehen, ob Marx zwischen 1867 und dem Jahre seines Todes, 1883, noch irgend welche Aenderungen an seiner Darstellung vorgenommen hat. Aber man darf trotz dieser Unsicherheit als gewiss annehmen, dass wir in dem vorliegenden Abschnitte über Verwandlung von Surplusprofit in Grundrente einen unveränderten Abdruck jenes Entwurfes von 1867 vor uns haben. Ausgenommen sind davon einige Anmerkungen und Zusätze aus der Feder von Engels, die stets ausdrücklich als solche hervorgehoben werden; doch mit Engels werden wir uns später besonders beschäftigen. Sonst finden sich nur zwei kleine Zusätze von Marx selbst aus einem Hefte, begonnen Mitte Februar 1876.[5]) Diese beiden Zusätze sind rein abstrakter Natur. Auch hat Marx in den Siebziger Jahren noch einmal sehr eingehende Spezialstudien gemacht über die Agrarverhältnisse Russlands; die Ergebnisse dieser Studien haben jedoch nirgends mehr Verwendung gefunden.

Im Uebrigen zeigt die Ausführung der Theorie im Ganzen, ebenso wie jede einzelne Bezugnahme auf agrartechnische oder agrarwirtschaftliche oder agrarpolitische Thatsachen, dass Marx ausnahmslos die Zeit seit dem grossen weltwirtschaftlichen Wendepunkt des Jahres 1875 unberücksichtigt gelassen hat. Zugleich beweisen eine Reihe sachlicher und stilistischer Unvollkommenheiten sehr deutlich, dass die vorliegende Grundrententheorie ihrer äusseren und stellenweise auch ihrer inneren Fassung nach nicht mehr ist, als ein Entwurf. Wir werden deshalb auf der einen Seite die Pflicht haben, den wesentlichen Inhalt dieser Theorie nicht für ihre zufälligen Lücken und Flüchtigkeiten verantwortlich zu machen. Wir werden auf der anderen Seite die Rententheorie, obwohl erst 1894 veröffentlicht, doch bis zum Jahre 1867 zurückdatieren müssen. Wir werden nicht verlangen dürfen, dass Marx vor mehr als dreissig Jahren die thatsächlichen Verhältnisse unserer Gegenwart zur Grundlage seiner Lehre hätte wählen sollen.

---

[4]) Hamburg 1894. III. Bd. S. V und IX.

[5]) III. Bd. II, 278.

Wenn die Agrartheorie von Marx in den folgenden Kapiteln aus nationalökonomischen Gesichtspunkten heraus besprochen wird, so ist das nur Mittel zum Zwecke der historischen Betrachtung. Mag man diese Theorie für noch so unrichtig halten, so wird das die historische Wirksamkeit niemals aus der Welt schaffen können, die sie in den letzten Jahrzehnten ausgeübt hat, und die sie heute noch ausübt. Diese historische Wirksamkeit ist es, die uns hier allein interessiert. Auch nationalökonomische Kritik wird sich nirgends in unserer Untersuchung ganz umgehen lassen; aber — es sei wiederholt — sie ist einzig Mittel zum Zweck.

Die Rententheorie von Marx wurde erst 1894 in zusammenhängender Form veröffentlicht; trotzdem bildet sie seit den sechziger Jahren die Grundlage aller sozialdemokratischen Agrartheorie und Agrarpolitik. Sie übte ihren Einfluss durch die persönliche Wirksamkeit von Marx und durch die seiner Schüler. Auch im ersten Bande des „Kapitals", der 1867 erschien, ist ja der Kern dieser Theorie bereits enthalten. Deshalb muss sie notwendigerweise an die Spitze unserer historischen Darstellung treten. Sie muss die Grundlage der Untersuchung bilden, wie sie die Grundlage des untersuchten Gegenstandes gebildet hat.

2.

Marx hat seine Grundrententheorie im dritten Bande des „Kapitals" dargestellt unter dem Titel: „Verwandlung von Surplusprofit in Grundrente".[6])

Gleich zu Beginn begrenzt er das Gebiet, das hier behandelt werden soll, von zwei Seiten. Er untersucht lediglich „die Kapitalanlage im eigentlichen Ackerbau, d. h. in der Produktion des Hauptpflanzenstoffs, wovon eine Bevölkerung lebt. Wir können sagen W e i z e n, weil dieser das Hauptnahrungsmittel der modernen, kapitalistisch entwickelten Völker. (Oder statt Ackerbau Bergwerke, weil die Gesetze dieselben)." Marx beruft sich hierbei auf Adam Smith, und er wiederholt in der That nur das, was dieser gefunden. Adam Smith sagt in seinen „Untersuchungen über das Wesen und die Ursachen des National-

[6]) Sechster Abschnitt, II. S. 153.

reichtums“ [7]): „In allen grossen Ländern wird der grössere Teil des brauchbaren Bodens zur Erzeugung von Nahrung für Menschen oder für Vieh gebraucht. Rente und Gewinn dieses Teiles regulieren die Rente und den Gewinn alles anderen angebauten Landes.“ „In Europa ist das Getreide das Haupterzeugnis des Bodens, welches unmittelbar zur Nahrung der Menschen dient. Daher bestimmt hier auch ausser in einigen besonderen Lagen die Rente des Getreidelandes die alles anderen angebauten Landes. Britannien braucht weder Frankreich um seine Weinberge, noch Italien um seine Olivenhaine zu beneiden.“

Die zweite Grenze setzt Marx damit, dass er seine Untersuchung ausschliesslich auf das kapitalistische Grundeigentum beschränken will. Zwar leugnet er nicht, dass es auch heute noch anderes Grundeigentum giebt; er erkennt das ausdrücklich an. Aber ihm scheint selbstverständlich, dass diese anderen Formen im Wesentlichen als überwunden gelten dürfen; das feudale Grundeigentum ebensogut, wie die „als Nahrungs-Zweig betriebene“ kleinbäuerliche Agrikultur. Die kapitalistische Form des Grundeigentums ist also nichts als eine historische Kategorie. Im Laufe der Entwicklung ist sie entstanden, und im Laufe der Entwicklung wird sie verschwinden.

Gegenüber der klassischen Nationalökonomie bildet dieser historische Gesichtspunkt offenbar einen grossen Fortschritt. Den begrifflich-absoluten Charakter jener Schule hat Marx in seiner Schrift über „das Elend der Philosophie“ einmal sehr deutlich herausgehoben; er sagt dort: „Ricardo, der die bürgerliche Produktion als notwendig zur Bestimmung der Rente voraussetzt, wendet die Vorstellung der Bodenrente nichtsdestoweniger auf den Grundbesitz aller Zeiten und aller Länder an. Es ist das der Irrtum aller Ökonomen, welche die Verhältnisse der bürgerlichen Produktion als ewige hinstellen“.[8])

Marx auf der anderen Seite betrachtet Menschen, Dinge, Verhältnisse stets und unbedingt als historische Thatsachen. Die einzige Ausnahme, die er kennt, kann hier nur mit einem Worte erwähnt werden. Es ist die sozialistische Gesellschaft,

---

[7]) Deutsch von Stirner. Leipzig 1846. I. S. 214 und 222.

[8]) II. Aufl. Stuttgart, 1892, S. 148.

welche den Abschluss aller historischen Entwicklung bilden soll. Das kapitalistische Grundeigentum hingegen hebt er, gleich einer isolierten Welle, aus dem Strome der Geschichte heraus; er beleuchtet und untersucht es in dieser Isolierung. Aber er wendet die Ergebnisse seiner Untersuchung nicht nur auf die isolierte kapitalistische Produktionsverfassung an, sondern auch auf die heutige Organisation der Landwirtschaft; also nicht nur auf eine abstrakte Konstruktion, sondern auf konkrete Verhältnisse. Er sucht zu diesem Zwecke hier und dort seine Ergebnisse etwas zu modifizieren, indem er dann über die isolierende Umgrenzung hinaus in die Thatsachen der lebendigen Gegenwart hineingreift. Jedoch, diese Freiheit kann ihm nur in dem Falle zugestanden werden, dass wirklich jene Produktionsformen, die er als vorkapitalistische Formen bezeichnet hat, in ununterbrochener Auflösung begriffen sind. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts sprachen alle Kennzeichen so laut für diese Entwicklung, dass der nüchterne Beobachter wohl gezwungen war, auf sie zu hören. Heute zeigen uns die Kennzeichen eine andere Entwicklung; wir haben das Recht und haben guten Grund, unseren Kennzeichen mehr zu glauben, als denen der Vergangenheit. Heute kann niemand mehr voraussagen, der Kapitalismus werde den deutschen Bauer verschlingen. Das nimmt der Agrartheorie von Marx ihre nationalökonomische Geltung; an ihrer historischen Bedeutung ändert es nichts.

Wir beginnen nunmehr mit der Frage: was charakterisiert die kapitalistische Verfassung des Grundeigentums? Marx antwortet auf diese Frage: charakteristisch und bestimmend sei die Thatsache, „dass die Landwirtschaft von Kapitalisten betrieben wird, die sich von den übrigen Kapitalisten zunächst nur durch das Element unterscheiden, worin ihr Kapital und die von diesem Kapital in Bewegung gesetzte Lohnarbeit angelegt ist".[9]) „Die Unterstellung, dass die kapitalistische Produktionsweise sich der Landwirtschaft bemächtigt hat, schliesst ein, dass sie alle Sphären der Produktion und der bürgerlichen Gesellschaft beherrscht, dass also auch ihre Bedingungen, wie freie Konkurrenz der Kapitale, Übertragbarkeit derselben von einer Pro-

[9]) S. 153.

duktionssphäre in die andere, gleiche Höhe des Durchschnittsprofits u. s. w. in ihrer ganzen Reife vorhanden sind".[10])

Als Typus der kapitalistischen Organisationsform sieht Marx in allen seinen Werken jene Form an, die damals in England bereits ausgebildet war, bei der Eigentümer und Bewirtschafter des Bodens getrennt sind, bei der also ein Pächter die Gutswirtschaft leitet. Damit setzt sich Marx eigentlich ununterbrochen in Widerspruch zu jener Definition; denn es ist klar, dass für den selbstwirtschaftenden Pächter keine „freie Konkurrenz der Kapitale" besteht, keine unbedingte „Übertragbarkeit derselben von einer Produktionssphäre in die andre." Mag er auch das Kapital selbst übertragen können, so wird es doch bei anderer Thätigkeit geringere Produktivität besitzen; denn seine Kenntnisse, Erfahrungen, Fähigkeiten sind niemals übertragbar auf irgend einen beliebigen Industriezweig. Nach jener Definition dürfte also auch der Pächter die Produktion nicht selbst dirigieren; er müsste sich stets einen selbständig leitenden Inspektor halten. Grundbesitz, Kapital und Produktionsleitung in vollkommener Trennung. Diese Organisation finden wir nirgends bei Marx vorausgesetzt; sie bildet auch im Leben eine durchaus unbedeutende Ausnahme, selbst dort, wo allgemein das Pachtsystem herrscht. Es versteht sich von selbst, dass Marx trotzdem Recht daran that, diese Definition mit voller Konsequenz hinzustellen. Die Abstraktion wurde nun allerdings zur Fiktion. Seine Schlussfolgerungen konnten der reinen Logik näher kommen; vom praktischen Leben mussten sie sich weiter entfernen.

Marx glaubt die Ersetzung der kapitalistischen durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung bereits herannahen zu sehen. Er ist darum im Allgemeinen geneigt, auf jene Erscheinungen des Kapitalismus den Finger zu legen, die eine baldige Auflösung dieser Produktionsverfassung anzeigen, oder die selbst zerstörend wirken können. Auf der anderen Seite vergisst er doch nicht, dass der Kapitalismus „historische, transitorische Notwendigkeit"[11]) besitzt; im ungünstigsten Falle sie besessen hat. Auch in der Agrargeschichte erkennt er seine bedeutenden

[10]) S. 153.
[11]) S. 162.

Verdienste an. „Es ist eines der grossen Resultate der kapitalistischen Produktionsweise, dass sie einerseits die Agrikultur aus einem bloss empirischen und mechanisch sich forterbenden Verfahren des unentwickeltsten Teiles der Gesellschaft in bewusste wissenschaftliche Anwendung der Agronomie verwandelt, soweit dies überhaupt innerhalb der mit dem Privateigentum gegebenen Verhältnisse möglich ist; dass sie das Grundeigentum einerseits von Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen völlig loslöst, andererseits den Grund und Boden als Arbeitsbedingung gänzlich vom Grundeigentum und Grundeigentümer trennt, für den er weiter nichts vorstellt, als eine bestimmte Geldsteuer, die er vermittelst seines Monopols vom industriellen Kapitalisten, dem Pächter erhebt".[12]) Aber wenn auch in der kapitalistischen Gesellschaft eine gewisse Tendenz zu agronomischen Fortschritten vorhanden ist, so zeigen sich in ihr doch zu gleicher Zeit entgegengesetzte Interessen und Bestrebungen. Von ihnen seien an dieser Stelle nur zwei herausgehoben: Wir haben gehört, dass die landwirtschaftliche Technik im Allgemeinen fortschreitet. Je mehr sie das thut, desto höher steigt im Allgemeinen die Rente.[13]) Aber zu Zeiten kann technischer Fortschritt die Rente auch senken; beispielsweise, wenn er den Uebergang zu schlechteren Böden verhindert. Denn durch diesen Uebergang wäre die Rente der älteren Böden gestiegen. Marx erzählt im Anschluss an Petty: „Die englischen Grundbesitzer des 17. Jahrhunderts merkten das so gut, dass sie sich gegen den Fortschritt der Agrikultur sträubten, aus Furcht, ihr Einkommen verringert zu sehen".[14])

Die kapitalistische Produktionsverfassung kann aber nicht nur den Eigentümer, sie kann auch den Pächter des Bodens zum Gegner technischer Fortschritte machen. Man muss hier jedoch Eines unterscheiden: der Grundeigentümer wendet sich stets nur gegen die allgemeine Ausbreitung einer neuen Technik; der Pächter sträubt sich unter Umständen gegen eine neue Melioration auf seiner eigenen Flur. Denn „bei dem neuen Pachtkontrakt, den er schliesst, fügt der Grundeigentümer den Zins

[12]) S. 156.

[13]) S. 231.

[14]) „Elend der Philosophie", 1892, S. 153/154.

für das der Erde einverleibte Kapital der eigentlichen Grundrente hinzu".[15]) Was Marx hier behauptet, kann allerdings keine absolute Giltigkeit beanspruchen; immerhin besitzt es als einer von mehreren Fällen Berechtigung. Dann aber „ist dies eines der Geheimnisse — ganz abgesehen von der Bewegung der eigentlichen Grundrente — der steigenden Bereicherung der Grundeigentümer . . . . Es ist dies aber zugleich eins der grössten Hindernisse einer rationellen Agrikultur".[16])

Aus solchen Gründen kommt Marx zu dem Ergebnis, für das Grundeigentum müsse nicht unbedingt die letzte Stunde erst dann schlagen, wenn die sozialistische Gesellschaft zur Thatsache geworden sei. Denn es „unterscheidet sich das Grundeigentum von den übrigen Arten des Eigentums dadurch, dass auf einer gewissen Entwicklungshöhe, selbst vom Standpunkt der kapitalistischen Produktionsweise aus, es als überflüssig und schädlich erscheint".[17]) Man kann vielleicht als eine gewisse Bestätigung dieser Ansicht die Thatsache betrachten, dass sich Nationalökonomen und Politiker gefunden haben, die den Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum überführen wollen, während sie für die anderen Produktionsmittel nicht am Privateigentum zu rütteln suchen: Henry George und die radikale Richtung unter den Bodenreformern.

3.

Es versteht sich von selbst, dass Marx eine Grundrententheorie nur auf dem Boden seines Gesamtsystemes aufbauen konnte. Für die Grundlage und den wesentlichen Inhalt dieses Gesamtsystemes hat man häufig die Theorie vom Wert und Mehrwert genommen; mit Unrecht, denn es sind weit andere Ideen mit denen die ganze historische Lehre vom kommenden Sozialismus steht und fällt. Immerhin, für das Gesamtsystem bildet die Werttheorie den Ausgangspunkt, und für die Theorie der Grundrente besitzt sie darüber hinaus auch inhaltlich grössere Bedeutung.

---

[15]) S. 159.
[16]) S. 159.
[17]) S. 162.

Den wirtschaftlichen Wert eines Gutes bestimmt Marx im ersten Bande des „Kapitals". An Smith und Ricardo sich anschliessend sagt er dort: „Es ist die zur Herstellung eines Gebrauchswertes gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, welche seine Wertgrösse bestimmt".[18]) Auch die Arbeitskraft ist ein Gebrauchswert; ihre Wertgrösse bestimmt sich also genau nach derselben Art. Die Produktion der Arbeitskraft hat aber zur unbedingten Voraussetzung einen Besitzer, das will sagen, ein lebendiges Wesen, von dessen Individualität sie einen organischen Teil darstellt. Wir finden daher: „Der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel".[19]) Es ist selbstverständlich, dass diese Lebensmittel nicht nur zur Erhaltung, sondern auch zur Fortpflanzung des Arbeiters ausreichen müssen; es würde sonst bald an Verkäufern von Arbeitskraft, an Arbeitern, fehlen.

Weiter setzt Marx voraus: Um die Arbeitskraft eines einzelnen Tages zu produzieren, genügt ein Quantum von Lebensmitteln, das in 6 Stunden produziert werden kann. Der sogen. Tageswert der Arbeitskraft ist also eine Arbeitszeit von 6 Stunden. Für diesen Wert von 6 Stunden hat der Kapitalist die Arbeitskraft eines Arbeiters für die Dauer eines ganzen Tages gekauft. Nun aber sagt er sich: „dass ein halber Arbeitstag nötig, um ihn während 24 Stunden am Leben zu erhalten, hindert den Arbeiter keineswegs, einen ganzen Tag zu arbeiten".[20]) Da der Kapitalist weiss, auch eine gewisse Freizeit ist erforderlich zur Erhaltung und Fortpflanzung des Arbeiters, so wird er diesen natürlich nicht 24 Stunden, sondern beispielsweise nur 12 Stunden arbeiten lassen. Für die Hälfte dieser 12 Stunden muss der Kapitalist den vollen Wert an seinen Arbeiter herauszahlen; den Wert der anderen Hälfte bekommt er ohne jedes Entgelt, ohne irgendwelche Kosten. Nehmen wir an, eine Arbeitsstunde sei, in Geld ausgedrückt, gleich 50 Pfennig: dann erhält der Kapitalist von seinem Arbeiter 6 Mark, während er ihm als Gegenwert nur 3 Mark zurückzahlt. Der Wert des Rohmaterials

---

[18]) IV. Aufl. Hamburg 1890. I. S. 6.
[19]) I. S. 133.
[20]) I. S. 156.

und der Werkzeuge kommt aus dem Produktionsprozess in derselben Höhe wieder heraus, in der er in diesen Prozess eingegangen ist. Zur Herstellung dieser beiden Produktionsmittel, soweit sie von der Arbeit eines Tages verbraucht werden, seien ebenfalls 12 Arbeitsstunden nötig gewesen; ihr Wert betrage also wiederum 6 Mark. Das Produkt dieses einen Arbeitstages hat demnach zu seiner Herstellung insgesamt 24 Stunden gebraucht; es besitzt einen Wert von 12 Mark. Dieser Wert ist Eigentum des Kapitalisten. Auf der anderen Seite hat der Kapitalist in die Produktion nur 9 Mark hineingesteckt; 12 Mark kommen heraus — er hat 3 Mark verdient. Diesen neu geschaffenen Wert von 3 Mark nennt Marx den Mehrwert. Im Leben allerdings wird das Produkt nicht zu seinem Werte verkauft, sondern unter oder über dem Werte.[21]) Der thatsächliche Preis einer Ware oscilliert also um ihren Wert. Der Profit des Kapitalisten ist deshalb seiner Beschaffenheit nach gleich dem Mehrwert; nach seiner Höhe kann er von diesem abweichen.

Das Verhältnis des Profits zu dem angewandten Kapital nennt Marx Profitrate; Rohmaterialien und Werkzeuge — konstantes Kapital; die Arbeitskraft — variables Kapital. Den Preis, welchen der Kapitalist für diese beiden Kapitalien zusammen entrichten muss, bezeichnet er als den Kostpreis seines Produktes.[22]) Im Uebrigen sei angemerkt, dass hier immer gleiche Umschlagszeit für das angewandte Kapital vorausgesetzt ist; das will — cum grano salis — sagen: gleiche Dauer des Produktionsprozesses, gleiche Verzinsung des Kapitals. Wir haben zuvor gesehen, dass — nach Marx — einzig das variable Kapital neuen Wert, Mehrwert, Profit hervorbringt; niemals das konstante Kapital. Wenn zwei Kapitalisten mit gleich grossen Kapitalien in den Produktionsprozess eintreten, dann wird infolge jener Thatsache stets der Kapitalist höheren Profit und eine höhere Profitrate erzielen, der weniger konstantes und mehr variables Kapital anwendet.[23])

Für eine einzelne Produktionssphäre, das will sagen, für einen einzelnen Industriezweig, wird die Zusammensetzung des

[21]) III. Bd. I. S. 11.
[22]) III. Bd. I. S. 2.
[23]) III. Bd. I. S. 129.

Kapitals eine einheitliche sein.[24]) Es ist darum klar, dass auf längere Zeiträume hin die Profitrate gleich sein muss für alle Produzenten, die einer gemeinsamen Produktionssphäre angehören. In verschiedenen Produktionssphären wird dagegen auch die Zusammensetzung der Kapitalien eine verschiedene sein. „Demgemäss sind die Profitraten, die in verschiedenen Produktionszweigen herrschen, ursprünglich sehr verschieden. Diese verschiedenen Profitraten werden durch die Konkurrenz zu einer allgemeinen Profitrate ausgeglichen, welche der Durchschnitt aller dieser verschiedenen Profitraten ist. Der Profit der entsprechend dieser allgemeinen Profitrate auf ein Kapital von gegebener Grösse fällt, welches immer seine organische Zusammensetzung, heisst der Durchschnittsprofit".[25]) Jene allgemeine Profitrate aber ist die vielgenannte und scheinbar so rätselhafte Durchschnittsprofitrate.

Wir haben bereits festgestellt, dass der Wert einer Ware sich zusammensetzt aus dem Wert von Rohmaterial, Werkzeugen und Arbeitskraft und einem Mehrwert oder Profit. Der Produktionspreis hingegen setzt sich zusammen aus dem Kostpreis und dem Durchschnittsprofit.[25]) Aber auch dieser Produktionspreis ist es noch nicht, zu dem in einer ausgebildeten kapitalistischen Gesellschaft gekauft und verkauft wird.

Wir nehmen an, das zweite Element des Produktionspreises, die Durchschnittsprofitrate, sei unveränderlich festgestellt. Dann kann trotzdem sein erster Bestandteil, nämlich der Kostpreis, ein verschiedener sein; für jeden einzelnen Kapitalisten, auch in derselben gemeinsamen Produktionssphäre.[26]) Der individuelle Produktionspreis muss nun allerdings für diese einzelnen Kapitalisten ebenso verschieden sein. Man weiss aber, dass in ausgebildeten kapitalistischen Verhältnissen thatsächlich alle Mitglieder einer gemeinsamen Produktionssphäre zu einem ein-

---

[24]) III. Bd. I. S. 122.

[25]) III. Bd. I. S. 136.

[26]) III. Bd. I. S. 179 ausführlicher: S. 151 ff. Ich bin genötigt, diese ganze, bei Marx sehr eingehende Entwicklung von Marktpreis und Surplusprofit stark abzukürzen. Ich glaube dabei nirgends dem Streben nach Kürze und Klarheit auf Kosten einer getreuen Wiedergabe Konzessionen gemacht zu haben, obgleich beispielsweise der Begriff Marktwert vollkommen eliminiert werden musste.

heitlichen Preise verkaufen, und nicht jeder einzelne zu seinem individuellen Produktionspreis. Es ist die Konkurrenz von Angebot und Nachfrage, die alle diese individuellen Produktionspreise ausgleicht zu einem gemeinsamen Marktpreis.[27])

Man muss beachten: der Durchschnittsprofit hat nur allgemeine Profitdifferenzen ausgeglichen zwischen verschiedenen Produktionssphären. Dieser für jeden Fabrikanten gleiche Durchschnittsprofit tritt zum Kostpreis hinzu; die Summe der beiden bildet den individuellen Produktionspreis. Innerhalb ihrer eigenen einzelnen Produktionssphäre gleichen sich dann wieder die individuellen Produktionspreise aus; es entsteht der Marktpreis.

Welchem einzelnen Produktionspreis dieser Marktpreis entspricht, oder welchem er am nächsten steht, das hängt von den verschiedensten Faktoren ab. Hier ist es uns gleichgiltig. Jedoch können wir annehmen, dass in den meisten Fällen ein Teil der individuellen Produktionspreise über dem herrschenden Marktpreis steht, ein anderer Teil unter ihm. Jene Kapitalisten, deren Waren einen höheren Produktionspreis erforderten, werden also unter ihrem eigenen Produktionspreis verkaufen müssen (nicht unter ihren Kosten); sie werden nicht den vollen Durchschnittsprofit erhalten. Jene hingegen, deren Waren billiger hergestellt werden konnten, als es dem allgemeinen Marktpreis entsprochen hätte, werden nunmehr über ihren individuellen Produktionspreis verkaufen können; sie werden mehr profitieren, als den Durchschnittsprofit — über diesen hinaus: einen Surplusprofit.[28])

Der Gründe, aus denen diese glücklicheren Kapitalisten besonders wohlfeil produziert haben, kann es eine sehr grosse Anzahl geben. Genau ebensoviele, als verschiedene individuelle Produktionsbedingungen für alle einzelnen Kapitalisten gedacht werden können. Von allen solchen Verschiedenheiten interessiert uns hier nur eine einzige Kategorie. Diese wollen wir näher betrachten.

---

[27]) III. Bd. I. S. 159, 161 ff.
[28]) III. Bd. I. S. 177, 179.

Es sei vorausgesetzt: „Die Fabriken in einem Lande würden in überwiegender Anzahl durch Dampfmaschinen getrieben, eine bestimmte Minderzahl jedoch durch natürliche Wasserfälle".[29]) Jedoch soll jede einzelne Fabrik eine gleich grosse Masse von Waren produzieren, gleichgiltig, ob sie mit Dampf oder Wasser, gleichgiltig auch, mit welcher Kapitalmenge sie arbeitet. Die Durchschnittsprofitrate wird für beide Betriebsarten die gleiche sein; sie mag 15 betragen für jedes Kapital von 100. Dagegen ist anzunehmen, dass der Gebrauch von Dampfmaschinen höhere Kosten verursachen wird, als der von Wasserfällen. Die Kostpreise und damit die individuellen Produktionspreise jener Fabrikanten, die mit Dampfkraft arbeiten lassen, werden deshalb ebenfalls höhere sein, als diejenigen ihrer Konkurrenten, denen Wasserkräfte zur Verfügung stehen. Wir wissen bereits, dass der allgemeine Marktpreis zwischen diesen verschiedenen Produktionspreisen liegen muss. An welcher Stelle des Zwischenraumes, das bestimmen Angebot und Nachfrage. In unserem Falle mögen diese beiden Kräfte sich genau das Gleichgewicht halten; es mögen also ebensoviele Waren verlangt werden, als von der Summe sämtlicher Fabrikanten produziert worden sind. Dann scheint klar zu sein, dass der allgemeine Marktpreis dem individuellen Produktionspreise der Dampfkraftbetriebe in genau demselben Verhältnisse näher liegen muss, wie dem der Wasserkraftbetriebe, — als die Anzahl jener Dampfkraftbetriebe diejenige dieser Wasserkraftbetriebe übertrifft.

In Zahlen: der Kostpreis eines Fabrikanten, der Dampfkraft anwendet, soll 110 betragen; die Rate des Durchschnittsprofites wurde zuvor mit 15 Prozent angenommen. Da 100 : 15 = 110 : 16,5, so beläuft sich der individuelle Produktionspreis dieses Fabrikanten auf 126,5. Die Wasserkraft hingegen mag nur einen Kostpreis von 90 verursachen; der Durchschnittsprofit von 15 Prozent beträgt dann 13,5. Das Produkt, das in einem solchen Betriebe hergestellt wird, besitzt demnach einen Produktionspreis von 103,5. Je weniger nun von diesen billiger arbeitenden Fabriken vorhanden sind, eine umso grössere Rolle müssen im Konkurrenzkampf des Marktes jene anderen Fabriken

---

[29]) III. Bd. II. S. 180.

spielen, welche auf die kostspielige Dampfkraft angewiesen sind. Wir nehmen an, dass sich die Anzahl dieser Dampfkraftbetriebe zu der Summe sämtlicher Betriebe verhalten soll wie vier zu fünf. Die Differenz zwischen den beiden Produktionspreisen betrug 23; um $^4/_5$ dieser Differenz wird der herrschende Marktpreis dem höheren Produktionspreise näher liegen, als dem niedrigeren. In anderen Worten: Er wird von dem Produktionspreise der Dampfkraftbetriebe nur um 4,6 entfernt sein, aber um 18,4 von dem Produktionspreise der Betriebe mit Wasserkraft. Es hätte sich also ergeben, dass der allgemeine Marktpreis auf 121,9 stände; dass keine der beiden Betriebsarten genau den Durchschnittsprofit erzielte. Sondern es würden jene Fabriken, welche mit Dampfkraft arbeiten, statt 15 Prozent nur 10,8 Prozent profitieren; oder in absoluten Zahlen: 11,9. Der kleinere Rest der Betriebe würde hingegen einen Profit von 31,9 machen; die Rate seines Profites beliefe sich also auf 35,4 Prozent statt auf 15 Prozent.

Nun aber tritt in Wirklichkeit ein Faktor hinzu, der diese Berechnung wesentlich abzuändern vermag. Die Entwicklung der endgültigen Profite wird sich nur dann genau so vollziehen, wie sie hier dargestellt wurde, wenn die vorhandene Anzahl der Fabriken jeder einzelnen Betriebsart genau mit den gleichen Kosten sich vermehren liesse. Wenn jedoch die Betriebe mit Dampfkraft sich leichter vermehren lassen, als ihre Konkurrenz-Unternehmungen, welche Wasserfälle gebrauchen, dann ist klar, dass jene Dampfkraftbetriebe in dem Konkurrenzkampf des Marktes einen noch grösseren Vorsprung haben werden, als sie ihn schon bei unserer früheren Annahme besassen. In der That: ist genügendes Kapital vorhanden, und darf die entsprechende Rentabilität erwartet werden, dann hindert nichts, eine unbegrenzte Anzahl von Dampfmaschinen zu bauen. Die Zahl der Wasserfälle ist hingegen von Natur eine beschränkte; mögen auch noch so viele frei und unbenutzt ihre Wasser herabstürzen lassen, irgend einmal werden alle, die brauchbar sind, occupiert sein, und von dieser Stunde an ist die Fabrikation, falls keine dritte Technik vorhanden, ausschliesslich auf den Gebrauch der Dampfmaschine angewiesen.

Um möglichste Klarheit zu erzielen, hat Marx an dieser

Stelle die durchaus zulässige Voraussetzung gemacht: Es soll die Okkupation der vorhandenen Wasserfälle bereits soweit fortgeschritten sein, dass die Anwendung irgend einer noch ungenutzten Wasserkraft stets grössere Kosten verursachen muss, als der Bau und die Anwendung neuer Dampfmaschinen. Man sieht ein: unter dieser Voraussetzung beherrschen die Fabriken mit Dampfbetrieb den Warenmarkt in so hohem Grade, dass der allgemeine Marktpreis nicht unter ihrem individuellen Produktionspreise stehen kann. Der Marktpreis wird nunmehr 126,5 betragen; diese Fabriken werden den vollen Durchschnittsprofit von 15 Prozent erhalten, das bedeutet bei ihrem Kapital von 110 einen Profit von 16,5. Doch auch die wenigen Betriebe mit Wasserkraft stehen sich jetzt besser als zuvor. Da sich ihr individueller Produktionspreis nur auf 103,5 belief, so fällt ihnen jetzt ein Surplusprofit von 23 zu; das bedeutet einen Gesamtprofit von 36,5 oder, in Ansehung ihres geringeren Kapitals, eine Profitrate von 40,5.

Es muss angemerkt werden, dass Marx diese Entwicklung in einer abgekürzten Form darstellt; in seiner endgültigen Fassung dieses Entwurfes würde er das, was heute vielleicht noch misszuverstehen ist, wohl vollkommen ins Reine gesetzt haben. Vielleicht würde er das auch schon in dem uns vorliegenden Entwurfe gethan haben, hätte er voraussehen können, dass 30 Jahre später gerade der hervorragendste unter seinen Schülern, Karl Kautsky, auf diese geringe Unklarheit hereinfallen sollte. In seiner „Agrarpolitik" entwickelt Kautsky die Entstehung eines Surplusprofits an zwei verschiedenen Beispielen.[30]) Bei dem einen Beispiele kommt jene Beschränkung in Betracht, die wir zuvor ebenfalls — im Anschlusse an Marx — für unsere Wasserfälle vorausgesetzt hatten. In dem anderen Falle dagegen sucht er durch das Beispiel zweier Schuhfabriken mit verschiedener Qualität der Maschinen jene erste Entwicklung differierender Profite darzustellen, bei der keine natürliche Beschränkung vorlag. Obwohl er thatsächlich nicht voraussetzt, dass die besseren Maschinen monopolisiert sind (nachträglich mag er vorschützen, diese Voraussetzung sei „selbstverständlich"; was hier in Wahr-

[30]) Stuttgart 1899. I. Aufl. S. 68/69.

heit nicht zutrifft), so macht er trotzdem den individuellen Produktionspreis des minderwertigen Betriebes zum herrschenden Marktpreis. Wir haben jedoch zuvor gesehen, dass — nach Marx — dieser Marktpreis zwischen den beiden Produktionspreisen liegen muss. Man kann nicht annehmen, dass ein so scharfer Denker wie Kautsky bei eigener und eingehender Untersuchung einen solchen Fehler begangen hätte. Augenscheinlich reproduziert er hier kritiklos das, was er bei seinem Meister zu finden glaubt. Bei eigener Nachprüfung würde er entdeckt haben, dass Marx nicht in Wirklichkeit, sondern nur scheinbar in diesen Irrtum verfiel. Was aber bei Marx eine formelle Unklarheit gewesen ist, das wird bei Kautsky zum sachlichen Fehler.

Uns nun interessiert für die Rententheorie von Marx in jener ganzen Entwicklung nur die Thatsache des Surplusprofites. Dieser Surplusprofit unterscheidet sich ja von allen andern Surplusprofiten dadurch, dass der technische Vorteil, dem er entspringt, nur einer beschränkten Anzahl unter den konkurrierenden Produzenten zur Verfügung steht. Er ist nach seinem Charakter das Ergebnis einer grösseren naturwüchsigen Produktivkraft der Arbeit. Und diese grössere Produktivkraft der Arbeit ist „gebunden an die Benutzung einer Naturkraft, aber nicht einer Naturkraft, die allem Kapital in derselben Produktionssphäre zur Verfügung steht, wie z. B. die Elastizität des Dampfes; deren Anwendung sich also nicht von selbst versteht, sobald überhaupt Kapital in dieser Sphäre angelegt wird. Sondern einer monopolisierbaren Naturkraft, die wie der Wasserfall nur denen zur Verfügung steht, die über besondere Stücke des Erdbodens und seine Appartenentien zu verfügen haben". „Denken wir uns nun die Wasserfälle, mit dem Boden, zu dem sie gehören, in der Hand von Subjekten, die als Inhaber dieser Teile des Erdballs gelten, als Grundeigentümer, so schliessen sie die Anlage des Kapitals am Wasserfall und seine Benutzung durch das Kapital aus".[31])

Der Surplusprofit, der aus dieser Benutzung des Wasserfalls entspringt, entspringt daher nicht aus dem Kapital, sondern aus der Anwendung einer monopolisierbaren und monopolisierten

[31]) S. 185.

Naturkraft durch das Kapital. Unter diesen Umständen verwandelt sich der Surplusprofit in Grundrente, d. h. er fällt dem Eigentümer des Wasserfalls zu".[32]) In unserem Falle steckt der Grundeigentümer also eine Grundrente von 23 ein. Um diesen Betrag verringert sich der Profit jenes Kapitalisten, der Wasserkraft angewandt hat. Das hindert ihn nicht, weiter zu produzieren; denn sein Kapital rentiert sich immer noch ebensogut, wie das seiner Konkurrenten, also mit 15 Prozent. „Es würde nichts an der Sache ändern, wenn der Kapitalist selbst den Wasserfall eignete." Er erhielte die Rente eben nicht als Kapitalist, sondern als Grundeigentümer.

„Es ist klar, dass diese Rente immer Differentialrente ist, denn sie geht nicht bestimmend ein in den allgemeinen Produktionspreis der Ware, sondern setzt ihn voraus." Das will sagen, diese Rente entsteht normaler Weise niemals in jenen Betrieben, die unter den ungünstigsten Bedingungen produzieren, die also den allgemeinen Produktionspreis der Ware bestimmen. Sondern sie ist immer nur die Differenz zwischen dieser geringsten und irgend einer höheren individuellen Produktivität. „Die Naturkraft ist nicht die Quelle des Surplusprofites, sondern nur eine Naturbasis desselben, weil die Naturbasis der ausnahmsweis erhöhten Produktivkraft der Arbeit".[33])

Auch das Grundeigentum am Wasserfall hat mit der Schöpfung des Surplusprofits, oder der Rente, an sich nichts zu thun. „Dieser Surplusprofit existierte auch, wenn kein Grundeigentum existierte, wenn z. B. das Land, wozu der Wasserfall gehörte, vom Fabrikanten als herrenloses Land benutzt würde. Das Grundeigentum ... befähigt nur den Eigentümer des Wasserfalles, diesen Surplusprofit aus der Tasche des Fabrikanten in seine eigene zu locken."

„Der Wasserfall, wie die Erde überhaupt, wie alle Naturkraft, hat keinen Wert, weil er keine in ihm vergegenständlichte Arbeit darstellt, und daher auch keinen Preis, der normaliter nichts ist, als der in Geld ausgedrückte Wert. Wo kein Wert

---

[32]) S. 186.

[33]) S. 187. Vergl. auch das Kapital über die trinitarische Formel. S. 350.

ist, kann eo ipso auch nichts in Geld dargestellt werden. Dieser Preis ist nichts als die kapitalisierte Rente".[34])

Aber wie kommt es, dass auch unbebauter Boden einen Preis besitzt? Denn wir sehen ja, dass in ausgebildeten kapitalistischen Verhältnissen ein Grundstück deshalb nicht billiger bezahlt wird, weil es gerade brach liegt. Man muss dabei folgendes beachten: „auch bei den bebauten Ländereien werden im Preise nur künftige Renten bezahlt, z. B. zwanzigjährige Renten auf einen Schlag vorausbezahlt, wenn der massgebende Zinsfuss 5 Prozent ist".[35]) Daher ist kein Grund, den nicht bebauten Boden geringer zu bezahlen, als den im Anbau. Und in der That „ist der Preis nicht bebauten Bodens der verschiedenen Qualitäten (bloss die Differentialrente vorausgesetzt) bestimmt durch den Preis der bebauten Ländereien gleicher Bonität und äquivalenter Lage."

Damit kennen wir den Ursprung des Bodenpreises, aber was wir noch immer nicht kennen, das ist der thatsächliche Ursprung der Bodenrente. Wenn es der Boden selbst ist, der die Rente hervorbringt, so ist eine Beseitigung dieser Rente zweifellos unmöglich. Man müsste denn die Anwendung des Bodens zur Produktion entbehrlich machen. Aber wir wissen bereits, dass nach der Ansicht von Marx die Rente keineswegs unmittelbar aus der blossen Thatsache der Bodenbenutzung hervorgeht. Das haben auch die sogenannten Bodenreformer erkannt, und sie glauben, es sei der Institution des privaten Grundeigentums die Schuld an jener ungleichen Rentabilität zuzuschreiben. Jedoch nach der Theorie von Marx kann Rente auch dann entstehen, wenn überhaupt kein privates Eigentum am Boden statt hat.

Nach Marx sind es weder Boden noch Grundeigentum, die eine Rente zu schaffen vermögen. Sondern das ist einzig die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die auf dem Prinzip des Gütertausches und der Konkurrenz beruht. Die Rente ist nichts als eine bestimmte Form des Surplusprofits. Der Surplusprofit aber stellt den Überschuss des allgemeinen

---

[34]) S. 185.
[35]) S. 207.

Marktpreises dar über den individuellen Produktionspreis. Die Existenz der Rente ist also nach Marx abhängig von der Existenz des Marktpreises. Die Bestimmung des Marktpreises der Produkte, also auch der Bodenprodukte, ist jedoch ein „gesellschaftlicher Akt, wenn auch ein gesellschaftlich unbewusst und unabsichtlich vollzogener, der mit Notwendigkeit auf dem Tauschwert des Produkts beruht, nicht auf dem Boden und den Differenzen seiner Fruchtbarkeit";[36]) und ebensowenig auf dem Eigentum am Boden.

Eine Gesellschaftsordnung auf Grund des Gütertausches ist deshalb nach Marx unbedingte Voraussetzung der Rente. Da es bereits in vorkapitalistischer Zeit solche Gesellschaftsordnungen gab, so kannten auch sie schon die Rente. Wenn daher Marx nur die kapitalistische Gesellschaftsordnung als Ursprung der Rente zu betrachten scheint, so muss er hier wohl allen Produktionsverfassungen auf dem Boden des Gütertausches das Eigenschaftswort „kapitalistisch" beilegen wollen.

Denkt man sich — nach dem Ideal der Bodenreformer — den ganzen Boden verstaatlicht, so wird in Hinsicht auf die Differentialrente nichts geändert sein, als dass sämtliche Einzelrenten an den Staat übergehen. Schon Ricardo hat anerkannt, dass in diesem Falle der Staat gar nicht im Stande wäre, etwa den Kornpreis herabzusetzen, um den Betrag der Differentialrente. Denn mit der Beseitigung des privaten Grundeigentums wäre die Tauschwirtschaft noch nicht beseitigt.

Wenn man aber — nach dem Ideal der Sozialdemokraten — nicht nur den Boden in gesellschaftliches Eigentum hinüberführte, sondern sämtliche Produktionsmittel, dann wäre die Tauschwirtschaft vollkommen aufgehoben. Damit würde nach Marx die Rente für immer verschwunden sein — die Kornpreise könnten sinken. „So richtig es daher ist zu sagen, dass — die jetzige Produktionsweise beibehalten, aber vorausgesetzt, dass die Differentialrente dem Staat zufiele — die Preise der Bodenprodukte bei sonst gleichbleibenden Umständen dieselben bleiben würden, so falsch ist es zu sagen, dass der Wert der Produkte derselbe bliebe bei Ersetzung der kapitalistischen Produktion

[36]) S. 200.

durch Association".[37]) Ergebnis: die Grundrente ist ein Produkt der kapitalistischen Produktionsverfassung. Sie wird beseitigt einzig durch Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverfassung.

Man wird bemerkt haben, dass diese ganze Untersuchung nach dem Ursprung der Rente nicht viel mehr ist, als sophistische Bergfexerei. Auch in einer sozialistischen Gesellschaft werden schlechtere Grundstücke geringeren Ertrag liefern. Dass man diesen Ertrag dann nicht mehr Rente nennt, sondern irgendwie anders, das ist für die Sache furchtbar gleichgiltig. Auch dass diese „Rente" dann nicht mehr den Produktionspreis erhöht, kann nichts ändern an der Thatsache ihrer Existenz. Sie wird einen Abzug bilden vom Gesamtertrag; sie wird unsichtbar sein; aber sie wird de facto vorhanden sein.

Im Vorhergehenden haben wir untersucht, wie sich bei Marx aus der Lehre von Wert und Preis die Differentialrente herausentwickelt.

Es bleibt nichts übrig, als überall in unserer Darstellung landwirtschaftliche Betriebe an Stelle der Fabrikbetriebe zu setzen. Was von Fabriken gilt, die zum Teil Dampfmaschinen, zum anderen Teil Wasserkraft anwenden, das gilt genau ebenso von Landgütern, deren Boden verschiedene Produktivität besitzt.

Die übrigen Arten der Rente werden uns erst später beschäftigen.

4.

Das Ergebnis unserer bisherigen Untersuchung war die Differentialrente. Diese Differentialrente kann nach Marx auf drei verschiedenen Wegen entstehen. Ihre erste Form, die Differentialrente I, fällt zusammen mit der Rente des Ricardo. Sie ist die „Differenz zwischen dem Produkt von zwei gleichen Mengen Kapital und Arbeit auf derselben Bodenquantität".[38]) Ihre Basis ist also die verschiedene Produktivität zweier Grundstücke.

Diese Verschiedenheit der Produktivität kann einmal die Folge verschiedener Fruchtbarkeit sein. Das darf wohl in der

[37]) S. 200.
[38]) S. 189.

Mehrzahl der Fälle als ihr Ursprung betrachtet werden; auch Marx hat die Differenz der Fruchtbarkeit als den typischen Fall der Produktivitätsdifferenz behandelt. Prinzipiell nicht weniger bedeutsam als die Fruchtbarkeit eines Grundstückes ist seine Lage. Die Differenzen dieser Lage müssen nicht nur Differenzen der blossen räumlichen Entfernung vom Markte sein; sie lassen sich genauer bezeichnen als Differenzen der Geschwindigkeit und der Leichtigkeit, mit welcher zwischen dem Markte und verschiedenen Grundstücken eine Verbindung hergestellt werden kann. Diese Differenzen der Lage üben genau die gleiche Wirkung aus, sowohl auf den Unterschied in der Produktivität zweier Böden, als auch auf den Unterschied in ihrer Profitverteilung zwischen Grundeigentümer und Kapitalist.

„Ferner ist klar, dass diese zwei verschiedenen Gründe der Differentialrente, Fruchtbarkeit und Lage, in entgegengesetzter Richtung wirken können. Ein Boden kann sehr gut gelegen und sehr wenig fruchtbar sein und umgekehrt. Dieser Umstand ist wichtig, denn er erklärt uns, warum bei der Urbarmachung des Bodens eines gegebenen Landes ebensowohl von besserem Land zu schlechterem, wie umgekehrt, vorgeschritten werden kann".[39]) Wenn wir nun, das sei hier angemerkt, die Differenzen der Fruchtbarkeit und der Lage mit einander kompensieren, wenn wir unter einem besseren Boden nur jenen verstehen, bei dem die Summe der Fruchtbarkeit und der Lage grösser ist, als bei anderen Böden, dann allerdings kann gesagt werden, dass der Fortschritt zu s o l c h e n besseren Böden normaliter ausgeschlossen ist.

Im Laufe der historischen Entwicklung suchen verschiedene Kräfte die Differenz der Lage in gerade entgegengesetzter Richtung zu beeinflussen. Die Bedeutung dieser Differenzen wird auf der einen Seite vermindert durch die andauernde Verbesserung der Kommunikations- und Transportmittel. Das Aufkommen lokaler Märkte wirkt in derselben Richtung. Eine entgegengesetzte Tendenz finden wir in der Trennung der Agrikultur von der Manufaktur; durch sie werden Konsumenten und Produzenten der Nahrungsmittel von einander entfernt.

---

[39]) S. 190.

Marx hatte die Absicht, die Beeinflussung der Grundrente durch die Differenzen der Lage im Einzelnen zu untersuchen; aber er ist nicht mehr dazu gekommen.

Unter die Quellen der Differentialrente rechnet Marx neben Fruchtbarkeit und Lage auch noch: ungleiche Steuerverteilung, ungleiche Entwicklung der Agrikultur in den verschiedenen Landesteilen, ungleiche Kapitalverteilung unter den verschiedenen Pächtern. Beispielsweise kann in solchem Sinne von ungleicher Verteilung der Steuer gesprochen werden, „wenn sie, wie in England, nicht zentralisiert ist und wenn die Steuer auf den Boden und nicht auf die Rente erhoben wird".[40])

Die ungleiche technische und ökonomische Betriebsentwicklung spielt in der Landwirtschaft eine viel bedeutendere Rolle als in der Industrie, weil sich die Agrikultur ihres „traditionellen Charakters wegen schwerer nivelliert". Auch die ungleiche Kapitalverteilung ist in der Landwirtschaft besonders häufig, da hier die kapitalistische Produktionsverfassung erst später zur Herrschaft kommt als in allen anderen Industriezweigen. Die Folgen dieser ungleichen Kapitalverteilung werden später gesondert untersucht werden.

Karl Diehl hat sich sehr darüber entrüstet, dass „man solche toto coelo verschiedene Thatsachen coordiniert als Ursache der Rente angeben könne".[41]) Nämlich diese gesellschaftlichen Thatsachen und jene allgemein natürlichen Differenzen der Fruchtbarkeit und Lage. Er betrachtet es als einen ganz besonderen Vorzug der Ricardo'schen Theorie, dass in ihr lediglich die natürlichen Bodendifferenzen beachtet werden. Diehl scheint nicht genügend zu berücksichtigen, dass Marx und Ricardo hier ganz unmöglich zusammengehen können. Die Rente ist bei Ricardo einzig ein Produkt natürlicher Kräfte; bei Marx ist sie ein Produkt gesellschaftlicher Verhältnisse. Es versteht sich also von selbst, dass Ricardo nur natürliche, Marx jedoch auch gesellschaftliche Produktionsfaktoren kennen muss.

Es wurde bereits angedeutet, dass Marx den Differenzen der Fruchtbarkeit seine Hauptaufmerksamkeit zugewandt hat.

---

[40]) S. 189.

[41]) Conrads Jahr. f. Nat. u. Stat. 1899, S. 460.

Diese Differenzen sind in Wahrheit ebensowenig rein natürliche Thatsachen wie die Differenzen der Lage. Sie sind abhängig vom Willen und Können der Menschen, und diese Abhängigkeit nimmt ununterbrochen zu. „Die Fruchtbarkeit, obgleich objektive Eigenschaft des Bodens, schliesst daher ökonomisch immer Relation ein, Relation zum gegebenen, chemischen und mechanischen, Entwicklungsstand der Agrikultur und ändert sich daher mit diesem Entwicklungsstand".[42])

Auch hier kann ein Anlass liegen, entgegen der gewöhnlichen Reihenfolge zuweilen von schlechtem zu besserem Boden überzugehen. Beispielsweise dann, wenn besondere Pflüge konstruiert werden, die den Anbau schwerer Böden gestatten, während man sich zuvor mit leichteren, aber weniger ertragreichen Böden begnügen musste. Alle solche „Einflüsse auf die Differentialfruchtbarkeit verschiedener Ländereien kommen darauf hinaus, dass für die ökonomische Fruchtbarkeit der Stand der Produktivkraft der Arbeit .... ebensosehr ein Moment der sogenannten natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens ist, wie seine chemische Zusammensetzung und seine anderen natürlichen Eigenschaften. Wir setzen also eine gegebene Entwicklungsstufe der Agrikultur voraus".[43])

In dem andauernden Wechsel der Anbaufläche suchen wir einen einzelnen Punkt ins Auge zu fassen. In diesem bestimmten Augenblick sei der Anbau von 4 gleich ausgedehnten Bodenarten notwendig, A B C D. Der Kapitalaufwand für jede einzelne Bodenart betrage 1500 Mark, die Rate des Durchschnittsprofits 20 Prozent. Die Besitzer der vier Böden werden deshalb — jeder für sein besonderes Produkt — zum Mindesten 1800 Mark verlangen müssen, um den normalen Kapitalgewinn zu erzielen. Wir nehmen an, das Produkt des schlechtesten Bodens bestehe aus 10 Tonnen Weizen. Da der individuelle Produktionspreis dieses schlechtesten Bodens den allgemeinen Marktpreis bestimmt, so wird der Weizen einen Marktpreis von 180 Mark pro Tonne besitzen. Wenn also der Boden B mit gleichem Kapitalaufwand nicht 10, sondern 20 Tonnen hervorbringt, so wird auch seine Geldeinnahme das Doppelte betragen, nämlich

[43]) S. 192.
[42]) S. 191.

3600 Mark. Der Eigentümer dieses Bodens bezieht demnach eine Rente von 1800 Mark. Wenn sich zugleich 30 Tonnen auf dem Boden C und 40 Tonnen auf D erzeugen lassen, dann ergibt sich für C eine Rente von 3600 Mark und für D eine solche von 5400 Mark. Wir erhalten die folgende Tabelle, die in ihrer äusseren Form etwas von jener abweicht, die Marx gegeben hat. (Uebrigens wird durch diese Tabelle nicht nur die Theorie von Marx illustriert, sondern gerade so gut diejenige von Anderson und die von Ricardo.)

Bodenart	Kapital	Durchschnittsprofit	Produktionspreis	Produktionspreis		Marktpreis pro Tonne in	Rente	
	M.	M.	M.	Tonnen	M.	M.	Tonne	M.
A	1500	300	1800	10	1800	180	—	—
B	1500	300	1800	20	3600	180	10	1800
C	1500	300	1800	30	5400	180	20	3600
D	1500	300	1800	40	7200	180	30	5400
Sa.	6000	1200	7200	100	18000	180	60	10800

Diese Tabelle vermag 3 verschiedene Dinge anschaulich zu machen. Man kann sie als Darstellung jenes Zustandes betrachten, der in einem bestimmten Zeitpunkt gegeben ist, und den wir zuvor besprochen haben. Zugleich jedoch kann sie zwei verschiedene Entwicklungsvorgänge schildern.

Wir können in dieser Tabelle den Fortgang von guten zu schlechtern Böden betrachten. In der ersten Periode vermochte D mit 40 Tonnen den ganzen Weizenbedarf zu decken. Da wir Kapitalpreis und Durchschnittsprofitrate als feststehend betrachten, so ergab sich ein Gesamt-Produktionspreis von 1800 Mark. Demnach betrug der Marktpreis 45 Mark für die Tonne Weizen; Rente war noch nicht vorhanden.

Der Bedarf stieg; man nahm Boden C in Anbau. Hier wurden mit 1500 Mark nur 30 Tonnen hervorgebracht; sollte der durchschnittliche Profit gewonnen werden, so musste der Weizenpreis von 45 Mark auf 60 Mark steigen. Damit hob sich der Rohgewinn für D auf 2400 Mark; sein Besitzer erhielt eine Rente von 600 Mark, während sein Konkurrent auf C sich noch mit dem Durchschnittsprofit von 300 Mark begnügen musste.

War man noch später zur Bearbeitung von B gezwungen, dann stieg der Preis auf 90 Mark. C erhielt 900 Mark, D 1800 Mark als Rente. Zuletzt wurde auch Boden A in Angriff genommen; es ergab sich der Weizenpreis von 180 Mark pro Tonne. Die 3 besseren Böden bezogen Renten von 5400, 3600 u. 1800 Mark,

Dieselbe Tabelle zeigt uns jedoch ebenso den umgekehrten Verlauf, der allerdings nicht gerade in der gleichen Form vorkommen wird, in der Marx ihn geschildert hat: Der Bedarf sei anfangs auf A angewiesen, das selbstverständlich keine Rente erhält, obschon der Weizen bereits 180 Mark pro Tonne kostet. Nun hebt sich der Bedarf von 10 auf 30 Tonnen; zu gleicher Zeit wird der bessere Boden B zur Verfügung gestellt. Da A nicht entbehrt werden kann, so bleibt der Preis konstant; B erhält sofort eine Rente von 1800 Mark. In der nächsten Periode wird C herangezogen, zuletzt D. Der Bedarf ist auf 100 Tonnen gestiegen; der Preis steht noch immer auf 180 Mark. Wir finden wiederum die 3 Bodenrenten von 5400, 3600 und 1800 Mark.

Man sieht also: gleichgiltig, ob von guten zu schlechten Böden fortgeschritten wird oder umgekehrt — die Rente steigt immer. Während die durchschnittliche Profitrate — nach der Wert- und Preistheorie von Marx — ebenso stetig fällt.[44]) Der Getreidepreis steigt bei Uebergang von besseren zu schlechten Böden. Die entgegengesetzte Entwicklung lässt ihn konstant; unter Umständen vermag sie ihn zu senken.

Der Marktpreis wird zwar direkt durch den Produktionspreis des schlechtesten Bodens bestimmt. Indirekt können ihn zuweilen auch bessere Böden regulieren. In unserer zweiten Entwicklungsreihe war der Bedarf anfangs von 10 auf 30 Tonnen gestiegen; es war nun ganz abhängig von der Produktivität des neuen Bodens B, ob der Weizenpreis fallen sollte oder nicht. Wäre B im Stande, allein 30 Tonnen zu produzieren, so hätte man den Boden A entbehren können; der Preis wäre von 180 Mark auf 60 Mark gefallen. „In dieser Art reguliert der amerikanische Getreidepreis den englischen“;[45]) und heute den deutschen. Es ergibt sich dabei: „Bei fallendem Preis kann die

---

[44]) S. 194.
[45]) S. 198.

Gesamtproduktion und das Gesamtrental (die Summe sämtlicher Renten) steigen und sich Rente auf bisher rentelosen Ländereien bilden, obgleich der schlechteste Boden A durch besseren verdrängt wurde."

Jedoch, es muss nicht stets eine Bodenart herangezogen werden, die besser oder schlechter ist als alle bisherigen Böden. Der neue Boden kann ebensogut etwa zwischen B und C stehen.[46]) Er kann dann, je nach dem, den Preis konstant lassen oder senken; er kann den schlechtesten Boden A ausschalten und B preisbestimmend machen; er kann die gesammte Produktion und das Gesamtrental steigern, „obwohl die Rente auf anderen besseren und selbst den besten Bodenarten fällt; dieser Prozess kann auch mit einem Fallen des Gesamtrentals in Geld verbunden sein." [47]) Es würde zu weit führen, wollten wir alle Einzelfälle und Variationen reproduzieren, die Marx oft sehr eingehend untersucht hat; am eingehendsten für den Fall verschiedener Flächenausdehnung in den einzelnen Bodenklassen. Im Uebrigen versteht es sich von selbst, dass man in den vorhergehenden Beispielen die Zahlen beliebig ändern kann — sinngemässe Relation stets vorausgesetzt.

Wir hatten zuvor gesehen, dass die Ausdehnung des Anbaus auf schlechtere Böden — in der Regel — nur bei steigenden Preisen stattfindet. Nicht so die Flächenausdehnung auf den alten Böden. Auch bei konstantem Getreidepreis können grössere Flächen, etwa von B und C, in Anbau genommen werden. Denn es findet „in der Agrikultur (wie in allen anderen Produktionszweigen, die kapitalistisch betrieben werden) fortwährend jene relative Ueberproduktion statt, die an sich identisch ist mit der Akkumulation .... Der Bedarf wächst beständig, und in dieser Voraussicht wird fortwährend neues Kapital in neuem Boden angelegt; obgleich je nach Umständen für verschiedene Bodenprodukte. Es ist die Bildung neuer Kapitale, die dies an und für sich mit sich bringt. Was aber den einzelnen Kapitalisten betrifft, so misst er den Umfang seiner Produktion durch den seines disponiblen Kapitals, soweit er es selbst noch

---

[46]) S. 195.
[47]) S. 198.

überwachen kann. Was er im Auge hat, ist, so viel Platz wie möglich auf dem Markt einzunehmen. Wird überproduziert, so schiebt er die Schuld nicht sich, sondern seinen Konkurrenten zu. Der einzelne Kapitalist kann seine Produktion ausdehnen, ebensowohl indem er einen grösseren aliquoten Teil des gegebenen Marktes sich aneignet, als indem er den Markt selbst erweitert".

Volkswirtschaftlich ist heute eine andere Erweiterung der Produktion von viel grösserer Bedeutung. Das ist die fortdauernde Ausdehnung des Bodenanbaues „in Kolonien und überhaupt in jungen Ländern, die Korn zu wohlfeileren Preisen ausführen können"[48]) und damit für die europäische Landwirtschaft eine starke Gefahr bilden. Marx glaubt die Ursache dieser Konkurrenz nicht darin zu sehen, dass diese grössere natürliche Fruchtbarkeit besitzen und deshalb billiger produzieren. Der Produktionspreis sei nicht geringer als bei uns, aber der Verkaufspreis stehe unter diesem gleichen Produktionspreis. Denn das „Getreide wird hier nicht nur unter seinem Wert, sondern unter seinem Produktionspreis verkauft, nämlich unter dem durch die Durchschnittsprofitrate in den älteren Ländern bestimmten Produktionspreis." Es sind fünf verschiedene Vorzüge, die ein solches Nachlassen im Preis ermöglichen:

1) Die Beteiligung an der Weltwirtschaft. „Die ganze Bevölkerung eines solchen Landes ist anfangs fast ausschliesslich mit der Landwirtschaft beschäftigt .... Die Teilung der Arbeit auf dem Weltmarkt erlaubt ihnen das. Wenn sie daher, ihre Neuheit und die relativ schwache Zahl ihrer Bevölkerung bebetrachtet, ein sehr grosses überschüssiges Produkt zu produzieren s c h e i n e n, so ist dies nicht der Fruchtbarkeit ihres Bodens geschuldet, auch nicht der Fruchtbarkeit ihrer Arbeit, sondern der einseitigen Form ihrer Arbeit, und daher des überschüssigen Produkts, worin diese sich darstellt."[49])

2) Die Jungfräulichkeit des Bodens.

3. Geringe Kosten der Urbarmachung in den westlichen Prairien.

4) Wohlfeilheit des Bodens.

5) Fast kostenlose Viehhaltung.

---

[48]) S. 209.
[49]) S. 210.

Es ist leicht zu sehen, dass Marx sich hier selbst widerspricht. Obwohl er im ersten Absatz die grössere Fruchtbarkeit aus dem Kreis der kolonialen Vorzüge hinausgewiesen, kommt sie doch unter Nr. 2 in sehr durchsichtiger Verkleidung wieder herein. Marx nimmt nämlich an: es habe auch „relativ weniger fruchtbarer Ackerboden, der aber erst neu bebaut wird und noch durch keine Kultur beleckt war, bei nicht durchaus ungünstigen klimatischen Verhältnissen, wenigstens in den obern Schichten so viel leicht lösliche Pflanzennährstoffe aufgehäuft, dass er für längere Zeit Ernten ohne Düngung gibt, und zwar schon bei ganz oberflächlicher Bebauung". Also der koloniale Boden ist nicht auf Ewigkeit fruchtbarer, sondern nur „für längere Zeit". Das genügt wohl, nachdem Marx bereits früher erklärt hat: „Die Fruchtbarkeit, obgleich objektive Eigenschaft des Bodens, schliesst daher ökonomisch immer Relation ein, Relation zum gegebenen chemischen und mechanischen Entwicklungsstand der Agrikultur, und ändert sich daher mit diesem Entwicklungsstand." [50])

Immerhin hat Marx gezeigt, dass die grössere Fruchtbarkeit nicht die einzige Ursache der kolonialen Konkurrenz ist.

5.

Wir haben in dem vorhergehenden Abschnitte die erste Form der Differentialrente in ihren charakteristischen Eigenschaften und Variationen untersucht. Jene Rente, die „bestimmt war durch die Differenz zwischen dem Ertrag des Kapitals, das im schlechtesten, rentelosen Boden angelegt ist, und dem des Kapitals, das im bessern angelegt ist". [51]) „Kann es nun einen Unterschied machen, wenn Kapitalmassen mit verschiedener Produktivität nach einander auf demselben Bodenstück, und wenn sie nebeneinander auf verschiedenen Bodenstücken angelegt werden, vorausgesetzt nur, dass die Resultate dieselben sind?" [52]) Wenn jene einzelnen Kapitalsanlagen auf demselben Grundstück vermöge ihrer verschiedenen Produktivität verschie-

[50]) S. 191.
[51]) S. 212.
[52]) S. 213.

dene Erträge liefern, so muss durch die meisten von ihnen ein Surplusprofit entstehen, den Marx, als Rente, die Differentialrente II genannt hat.

Wenn auch die Form der Differentialrente II nichts wesentliches ändert an der Bildung von Surplusprofit, so macht sie „dennoch einen bedeutenden Unterschied für die Verwandlung der Surplusprofite in Grundrente".[53]) „Jedenfalls finden bei der zweiten Methode Schwierigkeiten statt .... für diese Formveränderung, die die Uebertragung der Surplusprofite vom kapitalistischen Pächter auf den Eigentümer des Bodens einschliesst."[54]) Daher in England der Kampf zwischen den Pächtern „und den Grundeigentümern wegen der Feststellung der wirklichen Ergebnisse ihrer Kapitalanlage. (Morton.) Es wird nämlich die Rente bei Pachtung der Ländereien festgesetzt, wonach dann die aus der successiven Anlage von Kapital entspringenden Surplusprofite in die Tasche des Pächters fliessen, solange der Pachtkontrakt dauert. Daher der Kampf der Pächter um lange Pachtkontrakte, und umgekehrt die Vermehrung der jährlich kündbaren Kontrakte (tenancies at will) durch die Uebermacht der Landlords."

Man beachte diesen Widerspruch: Früher verstand Marx unter Rente nichts als einen Begriff; hier versteht er darunter eine thatsächliche Einkommensform. Früher wurde der Surplusprofit deshalb zur Rente, weil er gebunden war an die Benutzung einer monopolisierbaren und monopolisierten Naturkraft. Wer diesen Surplusprofit erhielt, das war dabei durchaus gleichgiltig. Jetzt auf einmal hängt die Verwandlung des Surplusprofits von der Frage ab, ob er dem Grundeigentümer zufällt oder nicht. Man darf in allen Untersuchungen, die Marx der Differentialrente II gewidmet hat, niemals diese Doppelbedeutung des Wortes „Rente" aus den Augen verlieren.

Es versteht sich von selbst, dass im Laufe der historischen Entwicklung zuerst nur die Differentialrente I auftritt. Viel später erst kommt jene zweite Form der Rente hinzu. Aber nach Marx ist auch in jedem gegebenen Zeitpunkt „die Differen-

---

[53]) S. 214.
[54]) S. 213.

tialrente I, d. h. die gleichzeitige Bebauung, neben einander, von Bodenarten verschiedener Fruchtbarkeit und Lage": „Basis und Ausgangspunkt" der Differentialrente II.[55])

Marx beginnt mit der Feststellung, „dass die Differentialrente II nur ein verschiedener Ausdruck der Differentialrente I ist, aber der Sache nach mit ihr zusammenfällt".[56]) Jedoch, er fügt etwas später hinzu: man könne aus seiner Untersuchung ersehen, „zu welchen sehr komplizierten Kombinationen die Differentialrente überhaupt und namentlich in Form II zusammen mit Form I, Anlass giebt, während z. B. Ricardo sie ganz einseitig und als einfache Sache behandelt."[57]) Das ist richtig. Aber kann man Ricardo daraus einen Vorwurf machen? Alle die Kombinationen und Variationen, die uns bei Marx bis in die feinsten und am weitesten verästeten Adern der Rententheorie hineinführen, — sie mögen alle dem forschenden Theoretiker sehr interessant sein und sehr dienlich zu seiner Erkenntnis des wahren und ganzen Wesens der Differentialrente. Aber dieses Wesen selbst können sie nicht tangieren. Was Marx hier als Trennung von Ricardo empfindet, das ist nicht — wie er glaubt — eine Verschiedenheit der Erkenntnis; es ist einzig eine Verschiedenheit der Methode. Man wird dabei nicht sagen können, diese Methode ist die richtige und jene ist falsch. Es muss Forscher der differenzierenden Mikroskopie geben und ihnen zur Seite Darsteller der grossen Zusammenhänge, der „Grundgesetze". Niemanden wird es einfallen, Karl Marx als ganze Persönlichkeit unter die erste Reihe zu setzen, — und doch finden wir deren Methode angewandt in grossen Teilen der beiden letzten Bände des „Kapitals". Sollte uns das nicht zu der Vermutung zwingen, dass diese detaillierten Untersuchungen des Entwurfes in einer endgiltigen Fassung nur noch in ihren wesentlichen Ergebnissen uns entgegengetreten wären? Damit wird durchaus nicht geleugnet, dass ein grosser Teil jener Variationen und Kombinationen sowohl interessant ist als bis zu einem gewissen Grade auch wissenschaftlich bedeutsam. Aber es wird der Unterschied zwischen Marx und Ricardo in

---

[55]) S. 214.
[56]) S. 216.
[57]) S. 218.

diesem Punkte erklärt, und es wird gerechtfertigt, dass diese unsere Skizze es unterlässt, auf alle jene einzelnen Untersuchungen einzugehen. Zum Verständnisse der Agrarpolitik von Karl Marx genügt es, das Wesen seiner Rententheorie zu erkennen; wobei übrigens, wie man gefunden haben wird, das Wörtchen „seiner" — ohne den geringsten Vorwurf — cum grano salis zu nehmen ist.

Die Differentialrente II entspringt also einer zuschüssigen Kapitalanlage auf bereits angebautem Boden. Diese zuschüssige Kapitalanlage kann — nach Marx — genau die gleiche Produktivität besitzen, wie die erste oder auch die ersten Kapitalanlagen. Aber ebenso gut kann ihre Produktivität sich nach jeder Seite hin verändern; sie kann grösser oder geringer werden. Dabei kann auf irgend einer einzelnen Bodenart solcher Kapitalzuschuss angelegt werden, auf der besten, der schlechtesten, auf jeder beliebigen; oder das kann auf allen Bodenarten gleichzeitig geschehen.

Die Produktionspreise können steigen, fallen oder konstant bleiben; ebenso die Renten und ebenso das Rental, die Gesamtsumme aller Renten. Die gleichen Variationen sind bei der durchschnittlichen Rente möglich; die gleichen bei dem Verhältnis der Rente zur Flächeneinheit ebenso wie zur Kapitaleinheit. Man sieht leicht, wie sich die zahlreichsten und mannigfaltigsten Kombinationen herstellen lassen aus diesen acht einfachen Reihen von Möglichkeiten.[58])

Es versteht sich von selbst, dass nicht alle diese — kaum noch zählbaren — Kombinationen draussen im Leben vorkommen werden. Dass sehr viele von denen, die wirklich vorkommen, nichts sind als durchaus vereinzelte Ausnahmen. Ob das der Fall oder nicht, die Frage ist für Marx nicht gleichgiltig, aber sie steht ihm erst in der zweiten Reihe. Das Primäre ist ihm in allen seinen theoretischen Untersuchungen der Begriff. Die erste Frage ist, lassen sich die Begriffe variieren und kombinieren; dann erst wird gesucht, wie und wann und wo lassen sich diese begrifflichen Resultate in wirkliche Thatsachen und Verhältnisse umsetzen.

[58]) S. 219 ff.

Die Hauptsache aber ist diese: Alle die bei Marx so eingehend untersuchten Variationen und Kombinationen der Differentialrente II können in der Regel nur während kurzer Uebergangsperioden ins Leben treten. Bei Marx hebt sich diese Einschränkung im Allgemeinen nicht ganz klar heraus; vollkommen deutlich zeigt sie sich nur für folgenden Fall. In unserem früheren Beispiele war der Marktpreis des Getreides bestimmt worden durch den individuellen Produktionspreis auf schlechtestem Boden A. Nehmen wir an, die vier Bodenklassen seien zu gleichen Teilen an acht Landwirte verpachtet und diese Landwirte wirtschaften — entgegen unserer früheren Voraussetzung mit verschiedener Kapitalintensität. Auch die Landwirte I und II, denen der Boden A gehört, haben ungleiche Kapitalmengen in der Produktion angelegt. Nun ist möglich, dass sie trotzdem — auf das einzelne Kapital berechnet — relativ gleiche Renten ergeben. Aber sowohl Produkt wie Renten können ebensogut ungleich sein; wir nehmen an, dass der grösseren Kapitalintensität grösserer Profit entspricht. Es sei hier übrigens auf die charakteristische Thatsache hingewiesen, dass Marx nirgends in dieser Rententheorie feste Stellung nimmt zu dem Gesetz des abnehmenden Bodenertrags. Allerdings, der Begriff „Bodenertrag" kann sinken und steigen und konstant bleiben, je nach Belieben.

Da, wie wir annahmen, der Landwirt I weniger Kapital anwendet, als sein Konkurrent, so ist die Produktivität seines Grundstückes geringer und ebenso die Rente, die es abwirft. Der individuelle Preis seines Produktes ist also höher und bestimmt deshalb den Marktpreis. Nach Marx wird nun auch der Eigentümer des Bodens A II von diesem schlechtesten Boden eine Rente beziehen. Wir haben jetzt in jedem gegebenen Zeitpunkt neben einem erforderlichen Minimum an Bodenqualität ein Minimum an Kapitalintensität. Dabei ist unter Kapital, wie hier immer, die Summe des konstanten und des variablen Kapitals zu verstehen.

Jedoch, „allmählich ... ändert sich infolge der mit Verbesserungen verknüpften, successiven Anlage von Kapital auf demselben Boden dies Minimum" der Kapitalintensität.[59]) Denn

[59]) S. 243.

in der Wirklichkeit geht ja die Entwicklung etwa so vor sich, dass zuerst Landwirt I und II gleiche Kapitalmengen anwenden. Nach einiger Zeit erhöht Landwirt II sein Kapital und damit seine Intensität und erzielt so einen Surplusprofit; zugleich steigert er mittelbar die Renten der besseren Böden. Sobald Landwirt I dieses bemerkt, sucht er ebenfalls mehr Kapital in sein Grundstück zu stecken. Wenn dann „die neue Betriebsart sich soweit durchgesetzt hat, dass sie die normale geworden ist, fällt der Produktionspreis;" zugleich fällt wieder die Rente der besseren Böden. Man sieht also, „wie die Differentialrente, soweit sie aus successiver Kapitalanlage auf derselben Gesamtfläche entspringt, in der Wirklichkeit sich in einen Durchschnitt auflöst, worin die Wirkungen der verschiedenen Kapitalanlagen nicht mehr erkennbar und unterscheidbar sind, und daher auf dem schlechtesten Boden nicht Rente erzeugen," dass also diese Differentialrente II in den meisten Fällen nicht mehr ist, als eine mehr oder weniger schnell vorübergehende Erscheinung.[60])

Wir hatten gesehen, dass sich eine minimale Kapitalanlage herausstellt, die zum Anbau unbedingt erforderlich ist, ebenso bildet sich nach Marx ein Durchschnitt der allgemeinen Intensität. Es „ist klar, dass diese durchschnittliche Kapitalanlage, z. B. 8 per Acre in England vor, 12 nach 1848, beim Abschluss der Pachtkontrakte den Massstab bildet. Für den Pächter, der mehr verausgabt, verwandelt sich der Surplusprofit während der Dauer des Kontrakts nicht in Rente. Ob dies geschieht nach Ablauf des Kontrakts wird abhängen von der Konkurrenz der Pächter, die im Stande sind, denselben Extravorschuss zu machen." [61])

Bereits früher wurde auf die doppelte Bedeutung hingewiesen, in dem Ausdrucke „Verwandlung des Surplusprofits in Grundrente". Man kann darunter die Verwandlung eines Begriffes in einen andern verstehen; diese Verwandlung besitzt einzig theoretisches Interesse. Man kann denselben Ausdruck ebensogut auffassen als die Verwandlung bestimmter Vermögensteile des Pächters in Einkommen des Eigentümers. Dieser zweite Vorgang hat nicht nur für die beiden unmittelbar Beteiligten

[60]) S. 242.
[61]) S. 244.

Bedeutung; er kann nach Marx auch für die Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit schweres Gewicht besitzen.

Man nehme an, dass eine zuschüssige Kapitalanlage auf rentetragendem Boden neuen Surplusprofit hervorbringt, aber nicht ganz soviel, wie die erste, gleichgrosse Kapitalanlage hervorgebracht hat. Der Pächter erzielt also durch Steigerung der Intensität grösseren Gewinn; er hat Interesse an dieser Steigerung, obwohl das Gesamtkapital jetzt etwas niedriger rentiert. Die Sache beginnt erst dann kompliziert zu werden, wenn der Grundeigentümer erscheint, um seine Rente einzuziehen. Der Pächter mag bisher 100 000 Mk. angewandt und damit 20 000 Mark verdient haben; der Durchschnittsprofit betrage 10 Prozent oder 10 000 Mk. Dann beträgt die Rente — normaliter — auch 10 000 Mk. Nun verdoppelt der Pächter sein Kapital; der Gesamtgewinn verdoppelt sich aber nicht. Es kommt jetzt darauf an, um wie viel der „Bodenertrag abgenommen" hat. Wenn die zweite Kapitalanlage nicht weniger als 50 Prozent des bisherigen Ertrages bringt, also 10 000 Mk., dann wird diese Steigerung der Intensität immer noch lohnend sein. Die Gesamteinnahme des Pächters beträgt dann 30 000 Mk. Davon gehen 20 000 Mk. Durchschnittsprofit ab — bleiben die 10 000 Mk. Rente für den Eigentümer. Ergiebt aber in unserem Beispiele die Steigerung der Intensität um 100 Prozent vielleicht nur 40 Prozent Ertragssteigerung, also für den Pächter nur 28 000 Mk. Gesamteinnahme, — dann muss entweder der Anteil des Pächters, der Durchschnittsprofit, gekürzt werden, oder der Anteil des Eigentümers, die Rente. Darauf wird keiner von beiden eingehen; die zweite Kapitalanlage unterbleibt. Ist zur gleichen Zeit der Getreidebedarf gestiegen, dann hätte er durch diese zweite Kapitalanlage gedeckt werden können, ohne Erhöhung des Marktpreises. Jetzt aber muss erst der Marktpreis steigen, damit diese Steigerung der Intensität ermöglicht wird. Daher kommt Marx zu dem Ergebnis: „die Existenz der Differentialrente als Rente ist zugleich der Grund des früheren und rascheren Steigens des allgemeinen Produktionspreises;" die Steigerung der Intensität findet eine künstliche Schranke im Grundeigentum.[62])

Marx hätte hinzufügen können, dass diese Schranke genau

[62]) S. 270.

dort liegt, wo nach gesteigerter Intensität die Gesamteinnahme des Pächters gleich ist der Summe des Durchschnittsprofits und der bisherigen Rente.

6.

Die grundlegende Voraussetzung der Differentialrente war bisher bei Marx und war ebenso bei den meisten seiner Vorgänger (nicht bei allen): dass diese Rente auf allen Böden entstehen kann, mit Ausnahme des schlechtesten Bodens, der den Marktpreis bestimmt. Nun aber sucht Marx zu beweisen, dass es auch eine Differentialrente auf schlechtestem Boden giebt.

Ein Beispiel dieser Rente haben wir bereits in dem vorhergehenden Abschnitte kennen gelernt; aber wir haben gesehen, dass dort nur ganz vorübergehend Rente auf schlechtestem Boden entstand, und dass dieser Boden gerade während jenes Zeitraumes eigentlich gar nicht mehr der schlechteste war, wenn wir dieses Beiwort in seiner weitesten Bedeutung nehmen.

Jetzt hingegen soll auf wirklich schlechtestem Boden dauernde Differentialrente erzielt werden. Marx wählt dafür folgendes Beispiel, das bei ihm allerdings nur unvollständig durchgeführt ist.[63])

Wenn die Nachfrage nach Weizen um 10 Tonnen steigt, so wird dieses Quantum natürlich dort angebaut werden, wo es die geringsten Produktionskosten verursacht. Wir nehmen an, es seien wie zuvor, vier Böden in Anbau; der Produktionspreis des schlechtesten Bodens A, also der Marktpreis, betrage 200 Mark pro Tonne. Auf noch schlechterem Boden würde die Tonne 400 Mark kosten; neue Grundstücke der bisher angebauten Bodenarten sind nicht vorhanden. Sollte auf Boden A die Produktivität so erhöht werden, dass er 10 Tonnen Weizen mehr hervor bringt als bis jetzt, so wäre eine neue Kapitalanlage (inkl. Durchschnittsprofit) von 3500 Mk. nötig. Dagegen kann der Ertrag von B schon mit 3000 Mk. weiterer Produktionskosten um 10 Tonnen gesteigert werden. Da die 10 Tonnen auf C und D noch höhere Kosten verursachen würden, so wird man also zu ihrer Produktion die Kapitalintensität von B erhöhen.

---

[63]) S. 271.

Bisher hat A 10 Tonnen produziert mit 2000 Mk. Produktionskosten. B brachte hingegen mit denselben Produktionskosten 20 Tonnen hervor. Da der Marktpreis 200 Mk. pro Tonne betrug, so löste B 4000 Mk. für sein Produkt; es erzielte eine Rente von 2000 Mk. Nunmehr werden die Produktionskosten auf B 5000 Mk. betragen, womit es 30 Tonnen produziert. Sein Produktionspreis müsste also eigentlich betragen: 5000/30 Mk. = 166,6 Mk. für die Tonne. Immer noch würde A mit 200 Mk. pro Tonne den Marktpreis bestimmen. B erhielte für seine 30 Tonnen 6000 Mk.; es wäre eine Rente von 1000 Mk. erzielt. Der Grundeigentümer aber hat im Pachtvertrag das Recht auf 2000 Mk. Rente erworben. Darauf besteht er; der Pächter muss für seine 30 Tonnen zum Mindesten 7000 Mk. verlangen: 5000 Mk. Produktionskosten und 2000 Mk. Rente. Er erhält demnach für jede Tonne: 7000/30 Mk. = 233,3 Mk. Denn er bestimmt ja nunmehr den Marktpreis, da sein Produkt das Kostspieligste ist und trotzdem unentbehrlich zur Befriedigung der Nachfrage.

Der Boden A produziert ebenso wie zuvor 10 Tonnen mit einem Produktionspreis von 2000 Mk. Aber er erhält bei dem gestiegenen Marktpreis für dieses Produkt 233,3 Mk. Das ergiebt für seinen schlechtesten Boden eine Rente von 333 Mk.

Wir sehen also, dass nach Marx auch der schlechteste Boden eine Differentialrente tragen kann — dank der künstlichen Schranke des Eigentums am Grund und Boden.

Daneben sucht Marx zu zeigen, dass sich in zwei weiteren Fällen Differentialrente auf schlechtestem Boden erzielen lässt. Aber diese Rente könnte sich im besten Falle nur ganz vorübergehend ergeben, überhaupt nur als vereinzelte Ausnahme; sie hat für uns keine Bedeutung.

7.

Bei der Entwicklung aller Differentialrenten wurde bisher vorausgesetzt, „dass nur der Boden Grundrente zahlt, für dessen Produkt der individuelle Produktionspreis unter dem, den Markt regulierenden Produktionspreis steht, sodass in dieser Weise ein Surplusprofit entsteht, der sich in Rente verwandelt.“ [64]) Zwar

[64]) S. 280.

hatten wir soeben ein Beispiel, in dem aller Boden Differentialrente trägt; aber das ist kein Widerspruch. Denn auf jedem dieser Böden stand der individuelle Produktionspreis unter dem Marktpreis.

Jedoch auch dieser letztere Fall bildet eine Ausnahme. Als Regel können wir die Behauptung aufstellen: der schlechteste Boden trägt keine Differentialrente. Ist der Getreidepreis so hoch gestiegen, dass das Produkt des schlechtesten Bodens nicht nur die darauf angewandten Kosten zurückerstattet, sondern auch den durchschnittlichen Profit, — dann würde für den Pächter dieses schlechtesten Bodens der Anbau lohnend sein. Doch, so fährt Marx nun fort, „der Umstand, dass der Pächter sein Kapital zum gewöhnlichen Profit verwerten könnte, wenn er keine Rente zahlt, ist durchaus kein Grund für den Grundeigentümer, dass er seinen Boden dem Pächter umsonst leiht, und diesem Geschäftsfreund gegenüber so philantropisch ist, den crédit gratuit einzuführen.“ [65])

Man muss sich erinnern, dass ausgebildete kapitalistische Produktionsverhältnisse die allgemeine Voraussetzung bilden für diese ganze Rententheorie. Es giebt demnach keine anderen als Pachtbetriebe; es giebt weder Bauerngüter noch fremde Konkurrenz aus Kolonien oder Ländern wie den Vereinigten Staaten. Das ganze Produktionsgebiet bildet de facto einen isolierten, rein kapitalistischen Staat.

Dann ist in der That nicht einzusehen, welches Interesse der Eigentümer des schlechtesten Bodens am Anbau haben sollte, solange nur die Produktionskosten des Pächters gedeckt werden. Er kann warten ohne den geringsten Verlust. Ja, er wartet sogar zu seinem Vorteil. Denn wenn er seinen Boden vom Anbau zurückhält, dann steigt allmählich der Getreidepreis. Und solange wird er warten, bis der Preis hoch genug gestiegen ist, um, neben den Produktionskosten für den Pächter, auch eine Rente abzuwerfen für ihn, den Eigentümer.

Es hindert nichts, auch diese Rente Differentialrente zu nennen, denn sie ist, wie alle Differentialrenten Differenz

[65]) S. 282.

zwischen dem allgemeinen Marktpreis und ihrem individuellen Produktionspreis, obwohl sie keine Differenz ist zwischen den Profiten zweier Böden mit verschiedener Produktivität. Immerhin liegt ein so breiter Abstand zwischen ihr und allen andern Renten, dass Marx sich veranlasst sah, sie gesondert zu rubrizieren. Er nennt sie: die absolute Grundrente.

Diese absolute Rente ändert nicht das Geringste an dem, was Marx in den vorhergehenden Kapiteln über die Differentialrente gesagt hat. Wenn vorher der schlechteste Boden keine Rente trug, ein besserer Boden jedoch 1000 Mk. Rente, dann ist jetzt der Marktpreis etwa so hoch gestiegen, dass der schlechteste Boden 100 Mk., der bessere Boden aber 1100 Mk. Rente ergiebt.[66])

Die absolute Rente rückt uns wiederum eine Thatsache vor Augen, die wir bereits kennen gelernt haben. Nämlich „der Umstand, dass der schlechteste Boden Rente abwerfen muss, damit seine Bebauung überhaupt erlaubt wird", ist nach Marx „die Ursache des Steigens der Getreidepreise bis zu dem Punkt, wo diese Bedingung erfüllt werden kann." [67]) Wir sehen also, dass auch hier das Grundeigentum höhere Getreidepreise zur Folge hat.

Das führt uns zu einem grundlegenden Unterschied zwischen der Differentialrente und der absoluten Rente. Die Differentialrente ist kein Produkt des Grundeigentums; sie wird nur von ihm abgefangen. „Das Grundeigentum ist hier nur die Ursache der Uebertragung" eines Teiles von jenem Profit, den der Pächter erzielt hat. Anders bei der absoluten Rente; diese wäre ohne das Grundeigentum unmöglich. Denn „wenn die schlechteste Bodenart A nicht bebaut werden kann — obgleich ihre Bebauung den Produktionspreis abwerfen würde —, bis sie einen Ueberschuss über diesen Produktionspreis, eine Rente abwirft, so ist das Grundeigentum der schöpferische Grund dieser Preissteigerung. Das Grundeigentum selbst hat Rente erzeugt".[68])

---

[66]) S. 280.
[67]) S. 287.
[68]) S. 287.

8.

Die letzte Art der Rente, die wir bei Marx finden, unterscheidet sich durch ihren Ursprung durchaus von allen bisherigen Renten. Man könnte sie Monopolrente benennen, da sie einem Monopolpreis entspringt. „Wenn wir vom Monopolpreis sprechen, so meinen wir überhaupt einen Preis, der nur durch die Kauflust und Zahlungsfähigkeit der Käufer bestimmt ist, unabhängig von dem, durch den allgemeinen Produktionspreis, wie von dem durch den Wert der Produkte bestimmten Preis".[69])

Einen solchen Monopolpreis besitzen beispielsweise exquisite Weinsorten. Auch deren Preis ist teilweise abhängig von der Güte des Bodens; aber er ist noch viel abhängiger vom Wechsel des Geschmacks. Selbst wenn der Wein von Johannisberg zu allen Zeiten die gleiche Qualität besessen hätte, so hätte er doch etwa im Mittelalter — auch bei gleicher Zahlungsfähigkeit der Käufer — einen geringeren Preis erzielt. Denn in jenen Jahrhunderten galten rote und vor allem südländische Weine, generell, für vorzüglicher und für vornehmer.

Der Produzent einer seltenen Weinmarke ist also im Stande, bedeutenden Surplusprofit zu realisieren. „Dieser Surplusprofit, der hier aus einem Monopolpreis fliesst, verwandelt sich in Rente und fällt in dieser Form dem Grundeigentümer anheim, in Folge seines Titels auf dies mit besonderen Eigenschaften begabte Stück des Erdkörpers. Hier schafft also der Monopolpreis die Rente".[70])

Ausführlicher gedachte Marx diesen Monopolpreis in der Lehre von der Konkurrenz zu behandeln;[71]) aber er kam nicht mehr dazu, diese Lehre auszuarbeiten. Es sei übrigens daran erinnert, dass man Marx zuweilen vorgeworfen hat, er habe die Bedeutung der Nachfrage, des Marktes, der Konkurrenz unterschätzt. In der That, er hat das gethan. Aber man darf bei solchen Vorwürfen nicht aus den Augen lassen die Art, wie Engels und er zu arbeiten pflegten. Es war nicht ihre Sache, die verschiedenen Seiten einer Frage immer wieder mit „einerseits" und „andererseits" gegeneinander abzuwägen. Sie untersuchten zuerst die eine Seite und schilderten und kritisierten sie,

[69]) S. 308.
[70]) S. 308.
[71]) S. 297.

und gingen dann erst zur zweiten über. So wurde allerdings manchmal versäumt, nach Abschluss der einzelnen Untersuchungen das Gesamtergebnis zu ziehen. Und wenn dann, mehr als bei ihnen bei manchen Epigonen, öfters eine ernst gedachte Darlegung zur Karrikatur wurde, so war diese Art doch wieder geeignet, Manches um so charakteristischer, schärfer, freier ins Licht zu setzen. Man muss wohl annehmen, dass Marx die mangelhafte Berücksichtigung der Nachfrage, und der Konkurrenz überhaupt, in späteren Teilen seines Werkes würde nachgeholt haben.

III.

Die Agrarpolitik von Karl Marx.

1.

Es war nicht die Sache von Karl Marx, Programme aufzustellen für die Einzelfragen der Tagespolitik; es war nicht seine Sache, gegenwärtige Verhältnisse zu reformieren. Seine Sache war die Revolution. Seine Sache war Untersuchung und Feststellung der grossen historischen Entwicklung in Vergangenheit und Gegenwart. Das gab ihm die Richtlinie dieser Entwicklung in die Zukunft hinein.

In der Agrarpolitik von Karl Marx erwarte man daher keine ökonomische Erörterung der Frage: ob Teilbarkeit oder Anerbenrecht, oder der Frage: ob freie Verschuldung oder Verschuldungsgrenze? — Man erwarte überhaupt in dieser Agrarpolitik weniger ökonomische, denn historische Betrachtung.

Diese historische Betrachtung der Agrarpolitik als organisches Ganzes darzustellen, das steht uns hier erst in zweiter Linie. Unsere Hauptaufgabe ist, das hervorzuheben, was aus der Agrarpolitik von Marx Bedeutung gewonnen hat für „Die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie".

In der deutschen Landwirtschaft müssen heute drei Bevölkerungsschichten unterschieden werden: Grossgrundbesitzer — Landarbeiter — Bauer. Es ist augenscheinlich, dass der Grossgrundbesitzer in einer sozialdemokratischen Agrarpolitik nur vor eine historische Frage gestellt werden kann, und niemals vor Fragen der ökonomischen oder sozialen Reform. Es wird nicht gefragt, welche politischen Massnahmen können

ihm nützen? sondern nur: wird er untergehen oder wird ihm die Zukunft gehören, so wie ihm die Vergangenheit gehört hat? Dass Marx den Grossgrundbesitzer nur historisch betrachtet, versteht sich von selbst.

Auf der anderen Seite scheint es zweifellos, dass Marx wie die Sozialdemokratie die Landarbeiterfrage zur Grundlage ihrer Agrarpolitik machen müssen. Dem Proletariat soll die Zukunft gehören; das Proletariat muss darum den Mittelpunkt der sozialistischen Weltanschauung bilden. Am wenigsten werden sich agrarisches und industrielles Proletariat dann scheiden lassen, wenn man wie Marx die Landwirtschaft als eine der Industrie generell gleichartige Produtkionssphäre ansieht. Hat sich der Sozialismus bisher nicht in erster Reihe mit der Landarbeiterfrage beschäftigt, so wurde das unterlassen, gerade weil diese Frage so einfach und klar vor Augen zu liegen schien.

Marx hat im ersten Bande des „Kapitals" eine ausführliche, rein deskriptive Schilderung gegeben von der Lage des britischen Ackerbauproletariats um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts.[72]) Er hat dazu neben anderen Quellen die offiziellen Parlaments-Enquêten benutzt. Ebenso wurden gesondert in einem folgenden Abschnitte die elenden Verhältnisse dargestellt, in denen die irischen Zwergpächter und Tagelöhner lebten.[73])

Die Klasse der Landarbeiter ist in ihrer gegenwärtigen Form noch nicht sehr alt. Es ist nach Marx ein und dieselbe Erscheinung, die den Landarbeiter als Klasse geschaffen hat, und die ihn dann im Verlaufe ihrer historischen Entwicklung wieder zurückdrängt und verelendet, seine wirtschaftliche Bedeutung mindert und untergräbt. Diese Erscheinung ist die kapitalistische Produktionsverfassung, die Marx der Landwirtschaft sich bemächtigen sieht, weniger schnell aber nicht weniger sicher als sie der Industrie sich bereits bemächtigt hat. Denn in der Agrikultur wirkt die kapitalistische Produktionsverfassung „insofern am revolutionärsten, als sie das Bollwerk der alten Gesellschaft vernichtet, den „Bauer", und ihm den Lohnarbeiter unterschiebt." [74]) Indem sie den Grossbetrieb in

[72]) IV. Auflage. I. S. 639.
[73]) I. S. 664.
[74]) I. S. 440.

der Agrikultur zur Herrschaft bringt, schafft sie zugleich die heutige Klasse der ländlichen Proletarier.

Der unfreie Hörige wird zum freien Landarbeiter. Indem dieser Landarbeiter juristisch die Freiheit gewinnt, wird sie ökonomisch in seiner Person unterdrückt. Denn für den Arbeiter ist nach Marx die kapitalistische Umwandlung des agrikolen Produktionsprozesses „organisierte Unterdrückung seiner individuellen Lebendigkeit, Freiheit und Selbständigkeit". „Die Zerstreuung der Landarbeiter über grössere Flächen bricht zugleich ihre Widerstandskraft, während Konzentration die der städtischen Arbeiter steigert. Wie in der städtischen Industrie wird in der modernen Agrikultur die gesteigerte Produktivkraft und grössere Flüssigmachung der Arbeit erkauft durch Verwüstung und Versiechung der Arbeitskraft selbst." [75]) Zugleich vernichtet die heutige Produktionsverfassung „das geistige Leben der Landarbeiter". Kurz: indem die kapitalistische Gesellschaft den Landarbeiter schafft, verelendet sie ihn.

Aber sie thut mehr: sie macht ihn in wachsendem Maasse überflüssig; sie treibt ihn vom Acker fort in die Fabrik hinein oder übers Meer hinüber. „Sobald sich die kapitalistische Produktion der Agrikultur, oder im Grad, worin sie sich derselben bemächtigt hat, nimmt mit der Akkumulation des hier funktionierenden Kapitals die Nachfrage für die ländliche Arbeiterbevölkerung absolut ab, ohne dass ihre Repulsion, wie in der nicht agrikolen Industrie, durch grössere Attraktion ergänzt wäre." [76])

Im Laufe unserer heutigen Entwicklung macht die Technik von Tag zu Tag Fortschritte; es steigt die Produktivität der Arbeit. Konnte das Produkt 1000 mit einer Maschine von gestern in 50 Arbeitsstunden produziert werden, so wird es mit der Maschine von heute nur noch 40 Stunden gebrauchen, und morgen wird es mit einer noch bessern Maschine bereits in 30 Stunden hergestellt sein. Indem also die Produktivität wächst, nimmt die Arbeitszeit ab, die zur Herstellung eines bestimmten Produktes notwendig ist. Die Masse der Arbeitszeit stellt sich in den Augen des Kapitalisten dar als Masse des variablen

[75]) I. S. 270/271.
[76]) I. S. 607.

Kapitals. Mit zunehmender Produktivität nimmt demnach das variable Kapital ab, das zu diesem Zwecke erfordert wird. Gleichgiltig, ob auch das konstante Kapital in dieser Entwicklung abnimmt oder nicht, oder ob es gar wächst, — in jedem dieser drei Fälle wird der Regel nach das variable Kapital abnehmen auch im Verhältnis zum konstanten und ebenso zum Gesamtkapital. Dass aber die notwendige Arbeitszeit oder das variable Kapital zurückgeht, das heisst normaliter nichts anderes, als dass relativ weniger Arbeiter gebraucht werden. Die Folge: Arbeitslosigkeit der überzähligen Kräfte, Entstehen einer industriellen Reservearmee.

Jedoch, diese Folge wird durch verschiedene Umstände gemindert; sie kann bis zu einem gewissen Grade aufgehoben werden. An Stelle der Abnahme des variablen Kapitals in jenem Industriezweige kann Zunahme des Produktes treten. Es können neue Industrien entstehen; vorhandene vergrössert werden. So kommt es, dass zur gleichen Zeit das variable Kapital und die Zahl der beschäftigten Arbeiter relative Abnahme zeigen kann, aber absolute Zunahme.

Dass dieses ganze Gesetz in der Industrie gilt, versteht sich von selbst. Nicht ganz so in der Agrikultur. Denn es ist zwar, wie Marx sagt, „eine unzweifelhafte und längst bekannte Thatsache, dass die Fortschritte der Agrikultur selbst sich stetig im relativen Wachsen des konstanten Kapitalteils gegen den variablen ausdrücken.“ [77]) Das bedeutet: auch in der Agrikultur nimmt die notwendige Arbeiterzahl ab mit zunehmender Produktivität; es werden immer mehr Arbeiter überzählig. Hier jedoch fehlt jene Milderung, die für den industriellen Proletarier neue Arbeitsgelegenheit schaffen kann. Die Arbeiterzahl geht in der Landwirtschaft nicht nur relativ, sondern absolut zurück.

Man darf nicht vergessen, dass Marx den Grossbetrieb für die herrschende Wirtschaftsform ansieht. Dann wird seine Theorie verständlich, aber sie bleibt auch dann zum mindesten ungenau. Es kann nicht gesagt werden, dass im Grossbetrieb bei wachsender Produktivität das variable Kapital zurückgehen m u s s. Wenn ein Landwirt allmählich von der einfachen Drei-

---

[77]) III. Bd. II. S. 293.

felderwirtschaft fortschreitet bis zur Fruchtwechselwirtschaft oder zur freien Wirtschaft, dann wird er zwar von Stufe zu Stufe mehr Produkt erzielen, aber er wird auch von Stufe zu Stufe mehr Arbeitskräfte anwenden müssen. Uebrigens kommt es ganz auf dasselbe heraus, wenn der kleine Bauer, um höhere Produktivität zu erzielen, oft nicht nur die Quantität seiner Arbeit steigert, sondern auch ihre Qualität.

Ob trotzdem vielleicht im Grossbetrieb bei fortschreitender Produktivität eine geringe relative Abnahme der Arbeiterzahl prinzipiell statthat, das kann mit objektiver Gewissheit heute weder bejaht noch verneint werden; keinesfalls wird die Abnahme grösseren Umfang annehmen. Dagegen ist richtig, dass dieser Repulsion keine nennenswerte „Attraktion" gegenübersteht. In der Industrie kann die relative Abnahme des variablen Kapitals (im Verhältnis zum Gesamtkapital und zur Einheit der Produktenmasse) umschlagen in absolute Zunahme. In der Landwirtschaft wird das der Regel nach nicht der Fall sein. Dabei darf nicht vergessen werden, dass etwa unsere heutige „Landflucht" neben dieser auch noch ganz andere, sehr gewichtige, Ursachen hat.

Im Uebrigen kann man de facto von einer Ueberzähligmachung der ländlichen Arbeiter schon dann reden, wenn die Zahl dieser Arbeiter sich andauernd gleichbleibt. Es wird dann eben ein Teil ihrer Kinder überzählig, was in der That keinen Unterschied ausmacht. Im Ganzen hat darum Marx Recht: dieselbe Entwicklung, die den Landarbeiter schafft, verelendet ihn auch und macht ihn überzählig.

Zugleich trägt die Thatsache, dass er überzählig, wieder bei zu seiner weiteren Verelendung. Denn ein Teil der Landbevölkerung befindet sich „fortwährend auf dem Sprung in städtisches oder Manufakturproletariat überzugehen, und in der Lauer auf dieser Verwandlung günstige Umstände. (Manufaktur hier im Sinne aller nichtagrikolen Industrie.) Diese Quelle der relativen Uebervölkerung fliesst also beständig." [78]) Sie setzt deshalb „auf dem Lande selbst eine fortwährend latente Uebervölkerung voraus" und hält so das Angebot an Arbeitskräften

[78]) I. S. 607.

ununterbrochen weit über der Nachfrage. „Der Landarbeiter wird daher auf das Minimum des Salairs herabgedrückt und steht mit einem Fuss stets im Sumpf des Pauperismus.“ [79])

So schildert Marx, wie zu seiner Zeit die Lage des Landarbeiters ist. Wie sie in Zukunft sein wird, sagt er nirgends ausdrücklich. Das wird sich später von selbst ergeben, wenn wir gesehen haben, wie er sich die Zukunft der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit denkt.

2.

Im Mittelpunkt der sozialdemokratischen Agrarpolitik liegt jene Gruppe von Problemen, die man die Bauernfrage nennt. Wenn wir an diese Frage herangehen, so muss gleich zu Beginn wiederum daran erinnert werden, dass in der Vorstellung von Marx dem kapitalistischen Grossbetrieb nicht nur die Zukunft der Agrikultur gehörte, sondern im Wesentlichen auch schon seine Gegenwart: das will sagen, schon die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts. In England war ihm das ganz augenscheinlich. Deutschland glaubte er auf dem besten Wege zu diesem Ziele zu sehen. In Frankreich schien ihm gerade die Ausnahme seine Regel zu bestätigen; aus bestimmten Gründen, die wir später betrachten werden. Eigentum und Betrieb des Bauern gehörten daher für Marx der Vergangenheit an. Das hindert nicht, dass seine Charakterisierung des Bauern auch für die Gegenwart noch Interesse besitzt. — Wie sah also in den Augen von Marx der Bauer aus und wie die bäuerliche Wirtschaft?

Marx redet nur vom Parzellenbauer und vom „Parzelleneigentum“; welche Betriebsgrösse in seiner Vorstellung diesem Parzelleneigentum zu Grunde lag, das wird nirgends deutlich ausgesprochen. Wir werden nicht fehlgehen, wenn wir uns unter dem Parzellenbauer im Wesentlichen einen selbständigen Landwirt vorstellen, der ohne fremde Lohnarbeit in seinem Betrieb auskommt, der aber nach Marx auf hausgewerbliche Nebenbeschäftigung angewiesen ist; unter Umständen vielleicht auch auf industrielle oder landwirtschaftliche Lohnarbeit. Dieser Bauer ist „freier Eigentümer seines Bodens, der als sein Haupt-

[79]) I. S. 608.

produktionsinstrument erscheint, als das unentbehrliche Beschäftigungsfeld für seine Arbeit und sein Kapital.“ [80])

Auch für den Pächter bildet der Boden das Hauptproduktionselement und ein unentbehrliches Beschäftigungsfeld. Aber der kapitalistische Pächter — und ausschliesslich um diesen handelt es sich bei Marx — will in erster Linie sein Kapital beschäftigen, der Bauer seine Arbeitskraft. Das Kapital ist sicherlich weit leichter auf andere Produktionssphären zu übertragen als die Arbeit; der Boden ist deshalb für den Bauer weit unentbehrlicher als für den Pächter. Auch spielt der Boden im Kleinbetrieb eine viel grössere Rolle als Produktionsinstrument; eben weil andere Produktionsinstrumente mehr oder weniger fehlen.

Damit hängt ein sehr bedeutsamer Unterschied zusammen in der Rolle, die das variable Kapital bei bäuerlichem und bei Pachtbetrieb spielt. Der Pächter betrachtet sowohl konstantes wie variables Kapital gleich jedem andern Kapitalisten als Kapitalvorschuss. Er bemüht sich vor allem, höhere Produktivität zu erzielen und damit das variable Kapital relativ zu verringern. Denn — so merkwürdig das auch scheinen mag — nach Marx hat der Kapitalist stets Interesse daran, den Wert seines Produktes (auf die Produkteinheit berechnet) zu vermindern. Mit dem Sinken des Wertes sinkt der Kostpreis, und er kann das Produkt billiger abgeben. Da nur das variable Kapital Wert schafft, so scheint es dem Kapitalisten vorteilhaft, dieses variable Kapital zu vermindern.[81])

Genau umgekehrt sucht der selbstwirtschaftende Bauer sein variables Kapital durch längere und sorgfältigere Arbeit zu erhöhen. Er sieht ja das variable Kapital als sein eigentliches Einkommen an; alles konstante Kapital ist ihm nur Mittel zum Zweck: Arbeitsgelegenheit zu besitzen und so sich selbst Arbeitslohn zahlen zu können.

Es ist nun klar, dass der Bauer wie alle anderen Arbeiter auch noch überschüssige Arbeit leistet, über jene Arbeit hinaus, die zur Erhaltung seiner Arbeitskraft notwendig ist. Diese überschüssige Arbeit realisiert sich in einem überschüssigen Produkt;

---

[80]) III. Bd. II. S. 338.
[81]) III. Bd. II. S. 229.

sie schafft Mehrwert, Profit. Ja, auch im bäuerlichen Betrieb kann das überschüssige Produkt so gross sein, dass ein Teil davon „sich in Ländern, wo sonst die kapitalistische Produktionsweise entwickelt ist, als Surplusprofit durch den Vergleich mit andern Produktionszweigen darstellt"; das will sagen als Bodenrente.[82])

Sowohl Rente als Durchschnittsprofit, also sein ganzes überschüssiges Produkt betrachtet der Bauer als etwas, „was ihm nichts gekostet hat, weil keine vergegenständlichte Arbeit. Es ist diese allein, deren Veräusserung ihm als Veräusserung von Reichtum gilt." [83])

Es kommt noch Eines hinzu: „Der Natur der Sache nach muss hier ein überwiegender Teil des ländlichen Produkts als unmittelbares Subsistenzmittel von seinen Produzenten, den Bauern selbst verzehrt werden, und nur der Ueberschuss darüber als Ware in den Handel mit den Städten eingehen." [84])

Daher kommt Marx zu dem Ergebnis: „Als Schranke der Exploitation für den Parzellenbauer erscheint einerseits nicht der Durchschnittsprofit des Kapitals, soweit er kleiner Kapitalist ist; noch andererseits die Notwendigkeit einer Rente, soweit er Grundeigentümer ist. Als absolute Schranke für ihn als kleinen Kapitalisten erscheint nichts als der Arbeitslohn, den er sich selbst zahlt, nach Abzug der eigentlichen Kosten."

Es versteht sich von selbst, dass de facto der Bauer heute nicht bis zu dieser absoluten Schranke heruntergehen kann. Denn obwohl in der Theorie der Boden wertlos ist, so bekommt ihn in der Praxis der Bauer doch nicht geschenkt. Er hat die wahrscheinliche Rente an seinen Vorgänger vorausbezahlen müssen. Diese „im Bodenpreis und in dem für ihn gezahlten Zins antizipierte Rente kann also nichts sein als ein Teil der kapitalisierten Mehrarbeit des Bauern über die zu seiner Subsistenz unentbehrliche Arbeit hinaus." [85]) Da der Bauer beim Ankauf mehr auf den Arbeitslohn gerechnet hat als auf Profit, so kann die Rente „ein Abzug vom Durchschnittsprofit sein, oder selbst der einzige

[82]) S. 338.
[83]) S. 229.
[84]) S. 339.
[85]) S. 340.

Teil desselben, der realisiert wird". Der vorausbezahlte Bodenpreis kann also nicht nur die Rente, sondern den gesamten Profit verschlingen. Dazu kommt, dass meist in bäuerlichen Gegenden „die Zahl der kleinen Käufer gross, und die der grossen Käufer klein ist." [86]) So ergibt sich ein preissteigerndes „Uebergewicht der Nachfrage nach Grundeigentum über das Angebot". Es ist eine bekannte Thatsache, dass Kleinbauerngebiete die höchsten Bodenpreise besitzen, und dass überhaupt eine Parzelle relativ besser bezahlt zu werden pflegt als ein grosses Gut.

Aber dass der Bauer für sich nur Arbeitslohn beansprucht, das kann noch eine zweite Folge haben. Mit Produktion und Verkauf braucht er nämlich nicht zu warten, „dass der Marktpreis steige, sei es zum Wert, sei es zum Produktionspreis seines Produkts." [87]) Der Bauer kann — im Prinzip — bis zum Kostpreis heruntergehen und auf jeden Profit verzichten, „soweit dieser Profit nicht durch Verschuldung, Hypothek u. s. w. antizipiert ist." [88]) „Es ist dies eine der Ursachen, warum der Getreidepreis in Ländern vorherrschenden Parzelleneigentums niedriger (?) steht als in den Ländern kapitalistischer Produktionsweise. Ein Teil der Mehrarbeit der Bauern, die unter den ungünstigsten Bedingungen arbeiten, wird der Gesellschaft umsonst geschenkt und geht nicht in die Regelung der Produktionspreise oder in die Wertbildung überhaupt ein. Dieser niedrigere Preis ist also ein Resultat der Armut der Produzenten und keineswegs der Produktivität der Arbeit." [89])

Dieses sind die Grundzüge, die Marx gegeben hat, um die Stellung des Bauern in seinem theoretischen System zu bezeichnen. Draussen im Leben kann die bäuerliche Wirtschaft nur unter bestimmten Voraussetzungen existieren. Die wichtigste ist nach Marx, dass „die ländliche Bevölkerung ein grosses numerisches Uebergewicht besitzt, dass also die kapitalistische Produktionsweise .... relativ nur wenig entwickelt ist." [90]) Daraus ergibt sich, dass diese Wirtschaftsweise heute — zumal im

[86]) S. 345.
[87]) S. 340.
[88]) S. 229.
[89]) S. 340.
[90]) S. 338.

deutschen Industriestaat — nur noch als Uebergangsform vorkommen kann. Es lässt sich hier so deutlich wie nirgends sonst beobachten, in welchem Maasse Marx unter der Herrschaft seiner englischen Eindrücke gestanden hat. In dem Kapitel über die absolute Grundrente sucht er zu zeigen, dass diese Rente nur dann fortfallen kann, wenn der Landwirt sein Grundstück selbst bewirtschaftet. Und er setzt hinzu: „Solche Fälle kommen in der Praxis vor, aber nur als Ausnahme. Ganz wie die kapitalistische Bebauung des Bodens Trennung des fungierenden Kapitals und des Grundeigentums voraussetzt, schliesst sie als Regel Selbstbewirtschaftung des Grundeigentums aus. Man sieht sofort, dass dies rein zufällig ist“;[91]) wenn nämlich irgendwo zwischen die Pachtbetriebe sich ein solches selbstbewirtschaftetes Gut verirrt hat. Das Charakteristischste ist, dass Marx nirgends theoretisch zu begründen sucht, warum die kapitalistische Produktionsverfassung den Pachtbetrieb bedingt. Er denkt gar nicht daran, dass irgend jemand das bezweifeln könnte. Er sieht es in England vor sich und hält damit für selbstverständlich, dass es — mehr oder weniger ausgebildet — überall und in allen Perioden der kapitalistischen Entwicklung so sein müsse. Wenn irgendwelche Verhältnisse oder Vorgänge in anderen Ländern abweichen von denen in England, dann bilden jene Länder Ausnahmen; England bildet immer die Regel.

In der That glaubt Marx überall, wo er noch Bauern sieht, die innere Auflösung dieser Volksschicht und ihrer Produktionsverhältnisse feststellen zu können. Er gesteht zu, dass „der Bauer auf seine kleine Parzelle viel Arbeit verwendet“.[92]) Aber er erklärt diese Arbeit für durchaus unfruchtbar. Denn es sei „isolierte und der objektiven, sowohl gesellschaftlichen wie materiellen Bedingungen der Produktivität beraubte, von ihnen entblösste Arbeit“. An einer anderen Stelle nennt er die bäuerliche Wirtschaft den „gewohnheitsfaulsten und irrationellsten Betrieb“.[93]) Und nicht besser als von seinem Betrieb denkt Marx vom Bauern selbst. Nicht als ob er ihm als Menschen einen Vorwurf machen wollte. Der wahre Historiker wird niemals die

[91]) S. 283.
[92]) S. 216.
[93]) I. S. 470.

Fehler einer Volksschicht tadeln; er wird sie erklären. Mehr als irgend einer war ja Marx überzeugt, dass der Mensch nicht allein persönlich für sich verantwortlich ist; sondern dass es im tiefsten Grunde die „jeweilige Produktionsweise des materiellen Lebens ist", die ihn geschaffen und gestaltet hat. Er war deshalb der Ansicht, dass es die wirtschaftliche Institution des kleinen Grundeigentums sei, die den Bauern ausserhalb der modernen Gesellschaft stelle. Die aus ihm eine „Klasse von Barbaren" gemacht habe, „die alle Rohheit primitiver Gesellschaftsformen mit allen Qualen und aller Misère zivilisierter Länder verbindet".[94])

Solche Urteile über ganze Gesellschaftsklassen haben sehr wenig Wert, wenn sie ohne die allergeringsten thatsächlichen Unterlagen dastehen. Das erweckt den Eindruck, als habe Marx sich ein agrartheoretisches System aufgebaut und aus diesem System dann frei den Homunculus seines Bauern herausdestilliert. Ganz so selbstherrlich hat er es zwar nicht gemacht; aber dass es sehr viel anders war, wird kaum Jemand behaupten können. Auch wenn man den Blick nicht auf dem „Kapital" festhält, sondern die ganze wissenschaftliche und politische Thätigkeit dieses Mannes überschaut, man wird nirgends ein Zeichen tiefgehender Studien finden über die thatsächliche Lage der Bauernschaft auch nur eines einzigen Landes. In England gab es keine Bauern mehr. In Deutschland gab es noch Millionen von ihnen; aber Marx scheint in dem Bewusstsein gelebt zu haben, das sei doch längst nicht mehr der Typus in der Agrarbevölkerung Deutschlands; das sei eine schnell aussterbende Schicht, die man weder ökonomisch noch historisch allzugrosser Beachtung würdigen brauche. Die Verhältnisse der russischen Bauern hat er später noch studiert, aber er hat aus diesen Studien nicht mehr die Resultate gezogen.

Die einzigen Bauern, deren thatsächliche Lage uns Marx wenigstens flüchtig zu skizzieren versucht hat, sind die von Frankreich. Allerdings geschah das nur in zwei politisch-historischen Schriften; man darf deshalb an diese Skizzen keinen gar zu wissenschaftlichen Maassstab anlegen. Was man aber konstatieren darf, ist der Eindruck, dass Marx in dieser Frage sein Ur-

[94]) III. Bd. II. S. 348.

teil weniger auf wissenschaftliche Deskription gestützt hat, als auf politische Broschüren und Zeitungsartikel; am wenigsten sicherlich auf persönliche Beobachtung. Man müsste schon ein sehr treuer und gläubiger Jünger des Marxismus sein, um zu glauben, dass für Marx etwa die Beobachtung der französischen Bauernverhältnisse das Primäre war, und dass auf ihrem Boden dann erst die Theorie entstand. In der That sagen selbst dem Gutwilligsten alle Anzeichen klar und eindeutig: der Verlauf war umgekehrt. Die Grundlage seiner Rententheorie und seiner Agrarpolitik standen ja für Marx 1847 schon gerade so fest wie 1867. Man lese „das Elend der Philosophie"; man lese die „Klassenkämpfe in Frankreich", „das kommunistische Manifest", oder den „Achtzehnten Brumaire".

Aus dieser letzten Schrift seien einige Stellen angeführt, die den französischen Bauern schildern sollen. Da in Frankreich die Agrikultur noch durchaus von der Parzelle beherrscht war, da sich nicht die geringste Bewegung zum Grossbetrieb und zum kapitalistischen Pachtsystem zeigte, so war für Marx keine andere Möglichkeit denkbar, als die Verelendung der Bauernschaft. „Ihr Produktionsfeld, die Parzelle, lässt in seiner Kultur keine Teilung der Arbeit zu, keine Anwendung der Wissenschaft, also keine Mannigfaltigkeit der Entwicklung, keine Verschiedenheit der Talente, keinen Reichtum der gesellschaftlichen Verhältnisse." [95]) Aber die Folgen all dieser jammervollen Dinge bleiben nicht aus. Das Ende ist nahe! und „woran der französische Bauer jetzt untergeht, es ist seine Parzelle selbst, die Teilung des Grund und Bodens, die Eigentumsform, die Napoleon in Frankreich konsolidierte." [96]) Dieser Untergang des französischen Bauern fand statt im Februar des Jahres 1852.

Schon vier Jahre früher war „das kommunistische Manifest" von der Voraussetzung ausgegangen, dass sich die kapitalistische Entwicklung in der Landwirtschaft nicht anders darstellen könne als in der Industrie. Der Grossbetrieb siegt auch hier. Die Kleinen verelenden, indem die Grossen wachsen. „Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers,

---

[95]) Hamburg 1869. II. Ausgabe. S. 88.
[96]) S. 91.

die Handwerker und die Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab.“ [97])

Im Laufe der kapitalistischen Entwicklung ist es vorzüglich die grosse Industrie, die den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb zerstört, und die zugleich einen rationellen, landwirtschaftlichen Grossbetrieb ermöglicht. „Erst die grosse Industrie liefert mit den Maschinen die konstante Grundlage der kapitalistischen Agrikultur, expropriiert radikal die ungeheure Mehrzahl des Landvolks und vollendet die Scheidung zwischen Ackerbau und häuslich-ländlichem Gewerbe, dessen Wurzeln sie ausreisst — Spinnerei und Weberei.“ [98]) Diesen ganzen Prozess, den Untergang des bäuerlichen Betriebes, bespricht Marx im Anschlusse an seine Untersuchung der Grundrente. Die Ursachen des Unterganges sieht er in folgenden Vorgängen:

Eine notwendige Bedingung für den selbständigen landwirtschaftlichen Betrieb ist nach Marx der Hausfleiss. Es scheint ihm die Regel, dass der Bauer einer Ergänzung seines Einkommens bedarf, und dass er sich diese Ergänzung durch gewerbliche Thätigkeit zu schaffen sucht, sei es zu eigenem, sei es zu fremdem Konsum. Dieses Hausgewerbe kann seine Existenz nicht auf die Dauer verteidigen gegenüber der grossindustriellen Konkurrenz; es geht zu Grunde. Da, wie Marx annimmt, der Bauer allein von dem Ertrag seiner landwirtschaftlichen Arbeit nicht leben kann, so vermag auch er sich nicht länger zu halten.[99])

Wir wissen heute, dass die erste Beobachtung richtig war; die zweite falsch. Als Haupt- wie als Nebengewerbe ist die Hausindustrie im Untergange begriffen. Selbst, wo man sie künstlich zu halten sucht, kommt sie nicht über kümmerliches Vegetieren hinaus. Dagegen hat sich nicht bestätigt, dass sie den Bauer mit in ihren Untergang hineinzieht. Allerdings, um die Mitte des Neunzehnten Jahrhunderts lag eine solche Vermutung nahe. Es ist anerkannt, dass das Verschwinden des englischen Bauernstandes zum guten Teile dem Untergange der Hausindustrie zugeschrieben werden muss. Ebenso hat dieser Vorgang in einigen

---

[97]) Berlin 1901. VI. Auflage. S. 15.
[98]) Das „Kapital“. IV. Auflage. I. Bd. S. 714.
[99]) III. Bd. II. S. 341.

Teilen Deutschlands dem bäuerlichen Betriebe sehr grossen Schaden zugefügt. Vor allem in manchen Mittelgebirgen, wo das Hausgewerbe naturgemäss eine grosse Rolle spielte. Wer jedoch heute auf diesen Prozess zurückblickt, der muss anerkennen: die Erschütterungen waren nicht grösser, als sie eben jeder Uebergang von alten zu neuen Wirtschaftsformen mit sich bringt. Die Ansicht von Marx beruhte demnach auf der richtigen Beobachtung einer Thatsache; dagegen war die vermeintliche Wirkung dieser Thatsache durchaus übertrieben und unrichtig abgeschätzt.

Aehnlich ging es Marx mit einer anderen Behauptung: Auch die Usurpation des Gemeindelandes durch benachbarte Grossgrundbesitzer sollte den Untergang des Bauern herbeiführen; da dieses Gemeindeland „überall die zweite Ergänzung der Parzellenwirtschaft bildet und ihr allein die Haltung von Vieh ermöglicht.“ [100]) Gewiss, manchem Bauern kocht noch heutigen Tages das Blut, wenn auf den alten Gemeindeacker die Rede kommt; denn der Grossgrundbesitz hat Mittel genug gefunden, hier und dort eine Allmend sich anzueignen. Es versteht sich von selbst, dass die betroffene Bauernschaft nicht wenig litt unter den Folgen einer derartigen Usurpation; obwohl Marx natürlich sehr übertreibt mit der Behauptung, dass diese Allmend „allein die Haltung von Vieh ermöglicht“. Aber so sicher auch hier die Grundlagen seines Urteils nicht durchaus falsch sind, so sicher hat er doch die Wirkung des beobachteten Vorganges wiederum ins Ungeheuerliche übertrieben. Die meisten Gemeindeländereien wurden in Deutschland nicht usurpiert, sondern von den Bauern unter sich selbst aufgeteilt. Und wenn auch heute manche Nationalökonomen mit Recht glauben, dass man darin sehr oft zu weit ging, so kann diesen Aufteilungen doch sicher nicht alle Bedeutung abgesprochen werden für den Fortschritt der Agrikultur. In jedem Falle steht fest, dass sie den Untergang des deutschen Bauern bis heute nicht herbeigeführt haben.

Damit hängt ein anderer Irrtum von Marx zusammen, der jene Uebertreibung teilweise erklärt. Marx geht nämlich aus von der Voraussetzung: „Bei Schafweide und überhaupt Viehzucht als selbständigen Produktionszweigen findet mehr oder minder

---

[100]) III. Bd. II. S. 341.

gemeinschaftliche Exploitation des Bodens statt, und ist sie von vornherein extensiv.“ [101]) Denn er hält für selbstverständlich, dass jederlei Viehzucht, genau wie der Ackerbau, nur im Grossen vorteilhaft zu betreiben sei. Es ist hier nicht unsere Sache, nach der objektiven Berechtigung dieser Ansicht zu fragen; aber man weiss, dass heute — zum wenigsten in Deutschland — die Viehzucht wesentlich eine Domäne des Kleinbetriebs ist, und es wird kaum bestritten, dass sie gerade vom Bauern am intensivsten betrieben wird.

Des weiteren sagt Marx vom Parzelleneigentum: „Wucher und Steuersystem müssen es überall verelenden. Die Auslage des Kapitals im Bodenpreis entzieht dies Kapital der Kultur.“ [102]) Die zweite Behauptung hat unzweifelhaft auch heute noch nicht ihre Berechtigung verloren. Wir haben bereits an einer früheren Stelle gesehen, dass in der Regel der Bauer einen relativ höheren Bodenpreis zu zahlen hat, als der grössere Grundbesitzer. Zugleich ist der Bauer überall von einem lebhaften Streben erfüllt, seinen Hof möglichst zu vergrössern. Grösserer Besitz erhöht die soziale Stellung, die vor seinen Augen oft mehr Beachtung findet als „das ökonomische Prinzip“. So kommt es in der That, dass sehr häufig nicht nur das ganze Kapital des Bauern vom Bodenpreis verschlungen wird, sondern dass ein mehr oder weniger grosser Teil dieses Preises auf dem Hofe stehen bleibt; dass endlich auch das Betriebskapital ganz oder teilweise auf dem Wege des Kredits beschafft werden muss.

Man hat bei Marx den Eindruck, als ob er jede, auch die allergeringste Verschuldung des Bauern für verhängnisvoll halte, und für ein Zeichen des nahenden Endes. Das ist natürlich durchaus unrichtig. Die Agrarwissenschaft ist heute einmütig der Ansicht, dass eine relativ niedrige Verschuldung des Bauern ganz unbedenklich ist, und fast unentbehrlich bei einigermassen gesteigerter Intensität. Aber man darf nicht vergessen, dass dem Bauern damals, wie Marx einmal sagt, kein anderer Kredit zur Verfügung stand als der des Wucherers. Dieser Wucherkredit hat thatsächlich dem deutschen Bauernstande manche schwere Schädigung zugefügt, sei es, dass er von

[101]) S. 214.
[102]) S. 341.

eigentlichen Geldverleihern betrieben wurde, sei es als Nebengewerbe von Viehhändlern oder auch von grösseren Bauern. Denn zur Zeit von Marx besass der Bauer noch nicht jene Kreditorganisationen, die heute auf dem Land so erfreuliche Fortschritte machen.

Eine ganz unzulässige Verallgemeinerung ist es, zu behaupten, dass das Steuersystem den Bauern „überall verelenden" werde. Denn zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern herrschen in dieser Hinsicht natürlich die grössten Verschiedenheiten. Wenn man trotzdem für die Gegenwart eine so allgemeine Behauptung aufstellen wollte, so müsste sie gerade umgekehrt lauten, dass heute überall das Steuersystem den Bauern soviel als möglich zu schonen sucht.

Aber die schwerwiegende Thatsache, die das Bauerngut rettungslos dem Untergang weihen müsse, das sei die „Konkurrenz der, sei es als Plantagenwirtschaft, sei es kapitalistisch betriebenen Grosskultur."[103]) In welchen Formen sich Marx diese Konkurrenz vorgestellt hat, das wird nirgends gesagt. Aber wenn man das „Kapital" im Zusammenhange liest, bis zu dieser Stelle gegen Ende des dritten Bandes, dann wird sich — ob richtig oder nicht — der Eindruck festsetzen, als habe Marx zwischen der Konkurrenz landwirtschaftlicher und industrieller Produzenten keinen wesentlichen Unterschied anerkannt. Das sei nun mit Marx, wie es wolle; in der That ist ein Unterschied vorhanden. Hier kann nur darauf hingewiesen werden, dass sich für den kleinen Industriellen die Uebermacht der Konkurrenz in sinkenden Preisen darzustellen pflegt. Dass wir heute beobachten, wie umgekehrt in der Landwirtschaft sinkende Preise gerade die grösseren Grundbesitzer stärker treffen, als die kleinen Bauern; denn die sind weniger abhängig vom Produktpreis. Dass in früheren Jahrzehnten gerade bei hohen Produktpreisen der Grossgrundbesitz Fortschritte machte auf Kosten der Bauern, vor allem unter der Einwirkung des gestiegenen Bodenpreises.

Ebenso kann hier angemerkt werden, dass jene Vorstellung von Marx keinesfalls den Thatsachen entspricht, nach der die

---

[103]) S. 341.

bäuerliche Wirtschaft zu Grunde gehen muss unter der Konkurrenz der als Plantagenwirtschaft betriebenen Grosskultur. Marx kann hier nur an die überseeische Getreidekonkurrenz gedacht haben. Aber er erwähnt selbst an mehr als einer Stelle, dass in den Vereinigten Staaten die Agrikultur in der Hauptsache von Bauern betrieben werde. Nicht anders in den übrigen Ländern, die für den Getreideexport in Betracht kommen, in Europa wie in anderen Erdteilen. Weder in Kanada noch in Russland herrscht als Plantagenwirtschaft betriebene Grosskultur. Wenn deshalb jene Behauptung von Marx allerdings nicht mit den Thatsachen übereinstimmte, so war sie immerhin die natürlichste Deduktion aus seiner Theorie.

Jedoch alle diese Erscheinungen stehen erst in zweiter Linie. Die bedeutendste Kraft, die den bäuerlichen Betrieb vernichtet, das ist nach Marx die natürliche Ueberlegenheit der kapitalistischen Grosskultur. Bereits früher wurde darauf hingewiesen, dass Marx die Landwirtschaft als einen organischen Teil der allgemeinen Industrie betrachtet, der sich von allen andern Industriezweigen in seinem Wesen nicht unterscheidet. Ihm scheint es darum unzweifelhaft, dass dieselben Ursachen den Grossbetrieb in der Landwirtschaft zur Herrschaft bringen werden, die ihm in der Industrie schon mehr oder weniger zum Siege verholfen haben. Dieses sind nun in der Hauptsache folgende Ursachen:

„Unendliche Zersplitterung der Produktionsmittel und Vereinzelung der Produzenten selbst. Ungeheure Verschwendung von Menschenkraft.“ [104]) Das bedeutet in zwei Worten: Arbeitsteilung und Kooperation sind unmöglich. In der That kann sich der Bauer keine besonderen Arbeitskräfte halten für jede besondere Arbeitsleistung. Man hat jedoch Marx hierauf erwidert, das könne auch der grösste Landwirt nur in sehr geringem Grade thun. Unter dem Worte „Kooperation“ dürfen wir hier im weitesten Sinne jede Vereinigung von Produktionsmitteln verstehen; sowohl von konstantem als von variablem Kapital. Marx will damit sagen: es ist vorteilhafter, fünf Tagewerke Land mit fünf Pflügen, fünf Arbeitern und fünf Gespannen in einem Tage zu pflügen, als in fünf Tagen mit einem Pflug, einem

[104]) S. 341/342.

Arbeiter und einem Gespann. Es ist vorteilhafter, für zehn Stück Vieh einen Stall zu bauen, als fünf Ställe für je zwei Stück. Oder etwa beim Handdrusch ist es vorteilhafter, zwanzig Arbeiter eine Woche lang anzuwenden, als vielleicht zu viert fünf Wochen lang dreschen zu müssen.

Einen anderen wichtigen Vorzug besitzt der Grossbetrieb dadurch, dass er Maschinen verwenden kann, was Marx auf dem Bauerngute für unmöglich hält. Ebenso scheint ihm der bäuerliche Betrieb ausgeschlossen zu sein von jeder Verbesserung in der Agrikultur, da solcher Fortschritt Kapitalkonzentration zur Bedingung hat. Drainage, Bewässerung und andere grössere Meliorationen sind nach Marx für den Bauern so gut wie unmöglich. Damit hängt aufs Engste zusammen die „allmähliche Verarmung und Aussaugung des dieser Kultur unterworfenen Boden." [105])

Man darf nicht vergessen, dass alles das in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts geschrieben wurde. Dass also Marx kaum voraussehen konnte, welche Aussichten uns heute etwa die Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens bietet. Wir haben schon zuvor aufmerksam gemacht, dass dieser Glaube an die Zukunft des Grossbetriebes durchaus verständlich ist. Die bäuerliche Kultur sah man damals ziemlich allgemein als technisch und ökonomisch minderwertig an. Heute ist das fast umgekehrt. Die grosse Mehrzahl der volkswirtschaftlichen Gelehrten hält den Bauern auf gewissen Gebieten sogar für überlegen, seinem grösseren Nachbar gegenüber. Die Ursache dieses Meinungsumschwunges liegt nicht nur in veränderten Verhältnissen der Produktion, und vor allem auch in veränderten Verhältnissen des Marktes, sondern in erster Linie liegt sie in einem sehr bedeutenden Wechsel der wissenschaftlichen Betrachtungsweise. Die wissenschaftliche Oekonomie hat in diesem halben Jahrhundert gewaltige Fortschritte gemacht auf dem Weg von der abstrakten Konstruktion zur Beobachtung konkreter Thatsachen. Man spricht nicht mehr von dem Bauern, so ganz im allge-

---

[105]) S. 341 Man vergleiche für diese Mängel des bäuerlichen Betriebes auch: I. S. 727 und die „Klassenkämpfe in Frankreich". Berlin 1895. S. 88.

meinen; sondern man untersucht Lage und Aussichten des deutschen Bauern oder des französischen Bauern. Man fragt nicht mehr nach der vollkommensten Betriebsform in der Landwirtschaft überhaupt; sondern man unterscheidet beispielsweise überwiegend getreidebauende und überwiegend viehzüchtende Landwirtschaft. Oder wo man das alles noch nicht thut, da könnte und sollte man es doch thun.

Wir haben in dieser Zeit die entschiedene Erfahrung gemacht, dass im allgemeinen das grössere Gut für den Getreidebau am meisten geeignet ist. Dass hingegen die Viehzucht mit mehr Sorgfalt, Intensität und so auch mit mehr Nutzen in der bäuerlichen Wirtschaft betrieben wird.

Nun hat sich aber die weltwirtschaftliche Konjunktur derart gestaltet, dass der deutsche Getreidebau heute durch die ausländische Konkurrenz immer weiter zurückgedrängt und immer unrentabler gemacht wird. Dass aber zu gleicher Zeit die deutsche Viehzucht sich andauernd konkurrenzfähig erweist und die besten Aussichten auf die Zukunft eröffnet.

Diese Entwicklung wird natürlich niemals soweit gehen, Getreidebau und Grossbetrieb ganz aus Deutschland verschwinden zu machen. Immerhin, sie wird weit genug gehen, dieser Voraussage Recht zu geben: die Zukunft der deutschen Landwirtschaft gehört der Qualitätsprodukte erzeugenden Viehzucht; die Zukunft gehört dem Bauern!

Trifft diese Voraussetzung zu, dann muss sie allerdings der ganzen Agrartheorie von Karl Marx den Boden unter den Füssen wegziehen. Marx hat die thatsächliche Entwicklung der deutschen Landwirtschaft nicht vorausgesehen. Wir müssen das bedauern; aber ob wir es ihm zum Vorwurfe machen dürfen, das erscheint mir ausserordentlich fraglich. Gewiss hätte Marx manche landwirtschaftlichen Praktika gründlicher studieren können, als er das in Wahrheit gethan hat. Einzelnes würde er dann geändert oder eingeschränkt haben; sein Endergebnis wäre dasselbe geblieben. Denn in Deutschland bildete damals thatsächlich der Getreidebau den maassgebenden Produktionszweig und thatsächlich war der Grossbetrieb die überlegene und umsichgreifende Betriebsform.

Es ist deshalb ein kindliches Vergnügen, heute die Nase stolz gen Himmel zu strecken in dem Gefühl: wir sind, vielleicht

nicht in allen, aber doch in vielen Dingen, dem alten Marx recht weit über. Wenn die Herren David und Bernstein die Entwicklung heute wahrscheinlich richtiger beurteilen können, als Marx das vor vierzig Jahren gekonnt hat, so ist das nicht ihr Verdienst. Es ist das Verdienst der Thatsachen, die sich unterdes weiter entwickelt haben, und dieser Jahrzehnte, die uns so Vieles gezeigt und gelehrt haben.

Das Grösste was uns Marx gegeben hat, das ist seine historische Begründung des Sozialismus. Er ist Sozialist, nicht weil er diese Produktionsform als die an sich vorzüglichste ansieht; zu allen Zeiten und unter allen Verhältnissen den anderen überlegen. Für seine grundsätzliche Stellung ist durchaus gleichgültig, ob ihm der Sozialismus richtiger, besser und schöner zu sein scheint als der Kapitalismus. Marx sieht, der Sozialismus wird kommen; deshalb ist er Sozialist.

Wir setzen den Fall, man hätte zwischen 1860 und 1870 beweisen können, dass auf die Dauer das landwirtschaftliche Kapital nicht sich immer stärker konzentriert; dass in der deutschen Landwirtschaft nicht die Kleinbetriebe immer mehr verschwinden und die Grossbetriebe immer zunehmen an Zahl und Umfang. Wir setzen den Fall, man hätte Marx von der Richtigkeit dieses Beweises überzeugen können — dann wäre seine ganze Agrartheorie zusammengefallen. Dann hätte er weder für gesellschaftliche Produktion noch für gesellschaftliches Eigentum in der Landwirtschaft eintreten können. Denn „das freie Eigentum der selbstwirtschaftenden Bauern ist offenbar die normalste Form des Grundeigentums für den kleinen Betrieb"; und „das Eigentum am Boden ist zur vollständigen Entwicklung dieser Betriebsweise ebenso nötig, wie das Eigentum am Instrument zur freien Entwicklung handwerksmässigen Betriebes".[106]) Es sei hier nur im Vorübergehen daran erinnert, dass Privateigentum und gesellschaftliches Eigentum als sehr relative Begriffe aufgefasst werden können. Dass sich zwischen beiden eine lange Reihe vermittelnder Eigentumsbegriffe denken lässt; ja dass ein Teil dieser vermittelnden Begriffe bereits als Thatsachen vorhanden sind.

Jedoch, wir haben mit Marx zu rechnen, so wie er zu seiner

---

[106]) S. 341.

Zeit gewesen ist, und nicht so wie er zu unserer Zeit vielleicht sein würde. De facto war für ihn die Minderwertigkeit des Bauern selbstverständliche und bedingungslose Voraussetzung; der Bauer war zum Untergange bestimmt. Er wurde und wird nach Marx niederkonkurriert vom kapitalistischen Pächter. Der Kapitalismus siegt auf der ganzen Linie. Er beherrscht, wie die industrielle, so die agrikole Produktion — eine Zeit lang. Denn auch die Zeit des Kapitalismus wird vorübergehen, weil auch er nicht vollkommen ist.

Eine Zwischenstufe zwischen Bauer und kapitalistischem Pächter bildet nach Marx der grosse Gutsbesitzer, der „erstens ein Kapital auslegt, um Land zu kaufen, zweitens um es selbst als sein eigener Pächter zu bewirtschaften".[107]) Aber diese Betriebsform schien Marx so vorübergehend und bedeutungslos, dass er sich damit begnügte, sie in einem Satze, eingeklammert, zu erwähnen.

Die Mängel der kapitalistischen Agrikultur, die schliesslich ihren Untergang herbeiführen werden, sind nach Marx in der Hauptsache diese: Die Trennung von Stadt und Land, eine unvermeidliche Thatsache in der kapitalistischen Gesellschaft, stört „den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d. h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmitteln vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit".[108]) Dieses Argument spielt in den Augen von Marx eine bedeutende Rolle; es stammt von Liebig, der damit Marx augenscheinlich sehr imponiert hat. Aber Liebig übertreibt offenbar mit der generellen Behauptung, „dass ein jedes Land dadurch verarmen muss, wenn die Bevölkerungen die in den Städten sich anhäufenden Produkte des Stoffwechsels nutzlos verloren gehen lassen".[109]) Zugleich ist nicht einzusehen, warum die kapitalistische Gesellschaft generell unfähig sein soll, diese Produkte des Stoffwechsels dem Boden zurückzugeben; den Gegenbeweis zu liefern, hat man

---

[107]) S. 342.

[108]) I. S. 470. Auch III. Bd. II. S. 347.

[109]) „Die Chemie in ihrer Anwendung auf Agrikultur und Physiologie." Braunschweig 1865. VIII. Auflage. I. S. 141. Man vergl. auch die Anmerkung Seite 155.

heute bereits begonnen. Dieser mangelnde Stoffwechsel ist für Marx eine der Ursachen, aus denen ebenso, wie vom bäuerlichen, auch vom kapitalistischen Agrikulturbetrieb der Erdboden ausgesaugt und entkräftet wird. „Jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist ein Fortschritt ... in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit."

Aber die kapitalistische Wirtschaftsweise beraubt nicht nur den Boden; sie verhindert auch die volle Ausnutzung seiner Kräfte. Wir haben in dem vorhergehenden Kapitel gesehen, wie Marx nachzuweisen sucht, dass die Institutionen des Grundeigentums und der Grundrente auf den verschiedensten Wegen eine solche Wirkung ausüben können.

So beginnt die kapitalistische Verfassung der Produktion mehr und mehr ein Hindernis zu bilden für die zweckmässige Bearbeitung und Exploitation des Bodens. „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, oder was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten."[110]) Von nun an giebt es erst recht nicht mehr die geringste Verschiedenheit zwischen dem historischen Verlauf der agrikolen und der industriellen Produktion. Beide sind vom tiefsten Kerne an bis hin zu den letzten Aussenwänden erfüllt vom kapitalistischen Prinzip; in beiden geht dieses kapitalistische Prinzip seinen ehernen Weg. „Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropiiert."[111])

Indem die Produktionsmittel sich so aus den Fesseln des Privateigentums befreien, werden sie in das Eigentum der Gesellschaft übergeführt.

---

[110]) „Zur Kritik der polit. Oekonomie." Stuttgart 1897. S. 11.

[111]) Das „Kapital". IV. Auflage. I. S. 728.

Hier haben wir das Agrarprogramm des marxistischen Systemes. Kein politisches, ein historisches Programm.

Nichts anderes hätte in dieses historische System hineingepasst. Keine Uebergangsmassregeln, keine „kleinen Mittel". Nichts, als die Vergesellschaftung des Bodens im Rahmen der Vergesellschaftung sämtlicher Produktionsmittel.

3.

Karl Marx war nicht nur Gelehrter; er war auch Politiker.

Es war Sache des Gelehrten, die treibenden Kräfte der gesellschaftlichen Entwicklung aufzudecken; die immanenten Gesetze, nach denen diese Kräfte sich bewegen. Das Endziel hinzustellen mitten ins hellste Licht, dass alles Volk es sehen, daran glauben, darnach handeln konnte. Das alles war Sache des Gelehrten.

Aber Sache des Politikers war es, den Uebergang zu jenem Endziele zu leiten; im Einzelnen und für jeden gegebenen Augenblick die geeigneten und zeitgemässen Maassregeln aufzuzeigen und möglicherweise auch durchzuführen. Sache des Politikers war deshalb: das politische Aktionsprogramm und die politische Aktion.

Das erste Aktionsprogramm, das Karl Marx aufgestellt hat, finden wir im „Kommunistischen Manifest"; veröffentlicht im Auftrage des „Bundes der Kommunisten", Februar 1848. Dieses Manifest ist von Marx und Engels gemeinsam verfasst; aber man darf mit annähernder Sicherheit behaupten, dass sein politisches Programm in der Hauptsache zum geistigen Eigentum von Marx gehört.

Dieses Programm gipfelte in dem Satz: „Das Proletariat wird seine Herrschaft dazu benutzen, ... nach und nach ... alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates zu zentralisieren." [112]) Man sieht schon hier das historische Programm des marxistischen Systemes: das sozialistische Endziel. Aber man beachte auch das „nach und nach". Zuerst soll das Proletariat die politische Herrschaft erobern, wenn nötig auf dem Wege der Gewalt. Erst dann kann überhaupt begonnen werden

[112]) Berlin 1901. VI. Auflage. S. 23.

mit dem Uebergang zum Kommunismus. Das ganze Programm des Manifestes galt also nicht für die Zeit, in der die Bourgeoisie noch den Staat regierte, sondern die Verwirklichung aller seiner Einzelforderungen war erst geplant für die Zeit der proletarischen Diktatur. Bis dahin hatte das Proletariat überhaupt keine ökonomische, sondern nur demokratische Politik zu treiben. Es hatte die Aufgabe, den linken Flügel der bürgerlichen Demokratie zu bilden, das Bürgertum bis zu seinen äussersten und letzten politischen Zielen zu treiben — und darüber hinaus. Dieses „darüber hinaus" bedeutet de facto eben die Diktatur des Proletariats, die Zeit der Verwirklichung des ökonomischen, kommunistischen Programmes.

Trotzdem also das Programm nur für eine Zukunft galt, von der man nicht wissen konnte, wann sie da sein werde, — trotzdem wurde die Giltigkeit seiner Massregeln auch für diese Zukunft noch mit Vorsicht eingeschränkt. Denn „diese Massregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein. Für die fortgeschrittensten Länder werden jedoch die folgenden ziemlich allgemein in Anwendung kommen können." Man darf vermuten, dass bei diesen fortgeschrittensten Ländern in erster Linie an England gedacht wurde, in zweiter Linie an Frankreich und erst nach diesen beiden auch an Deutschland. Daraus ergiebt sich, dass in Deutschland selbst unter der proletarischen Diktatur diese Forderungen nicht sofort verwirklicht werden sollten, sondern erst allmählich, in mehr oder weniger langsamen Uebergängen. Das schliesst nicht aus, dass diese Diktatur des Proletariats von der ihr immanenten Wucht über solche Schranken vorzeitig wäre hinausgetrieben worden; eine Diktatur übrigens, von der wir heute wissen, dass sie zum wenigsten damals historisch unmöglich war. — Im Folgenden greifen wir das agrarpolitische Programm des Manifestes heraus:

Da die Verstaatlichung der Produktionsinstrumente „nach und nach" geschehen sollte, so wurde begonnen mit dem wichtigsten Produktionsinstrument, dem Boden. Es wurde gefordert: „Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben." Man beachte, wie diese Forderung den Ergebnissen der Rententheorie entsprach, die Marx

später im „Kapital“ entwickelt hat. Wir sahen bereits früher, dass das Grundeigentum schon für die kapitalistische Produktion mehr und mehr zum Hindernis wird. Selbstverständlich, dass man deshalb den Grund und Boden zuerst verstaatlichte. Zugleich hatte Marx bereits von den Klassikern der Nationalökonomie gelernt, dass Beseitigung des Grundeigentums nicht auch Beseitigung der Grundrente bedeutet. Im Gegenteil ist diese Grundrente bestimmt, den Steuerdruck zu erleichtern, der im kapitalistischen Staate auf der Bevölkerung lastet. Uebrigens genau das Ideal der heutigen Bodenreformer.

Die zweite agrarpolitische Forderung lautete: „Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.“ Das bedeutete damals weit mehr als in unseren Tagen. Vor allem, da die Zusammenlegungen noch lange nicht so fortgeschritten waren, wie heute, und ihr Fehlen oft genug Drainage und andere Meliorationen verhinderte.

Des weiteren wurde verlangt: „Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.“ Diese Forderung ist etwas sonderbar für einen Zeitpunkt, in dem einzig der Boden dem Staate gehört, alle anderen Produktionsmittel aber noch privaten Kapitalisten. Für die staatlich betriebene Agrikultur wird nicht viel Vertrauen erweckt, wenn man ihre Arbeiter in Armeen zu organisieren denkt. Ob wohl Marx versucht hat, die Thätigkeit dieser Armee sich im Einzelnen vorzustellen?

Jedoch, der merkwürdigste Programmpunkt ist der letzte: „Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land.“ Die zweite Forderung ist sehr verständlich. Sie wurde wenigstens teilweise veranlasst durch den Wunsch, der Agrikultur den städtischen Dünger auf diese Weise am bequemsten zurückzugeben. Generell kann diese Forderung schon von der kapitalistischen Gesellschaft durchgeführt werden und bedeutet dann: Verpflanzung der Industrie auf das platte Land, oder wie man das in unsern Tagen auch genannt hat: Anlegung von Industriestrassen mitten durch das Land. Das Verlangen nach einer „Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie“ lässt sich kaum anders erklären, denn als Reminiszenz an die kommunistischen Kolonieen Robert Owens. Sonderbar

ist, dass Marx zu jener Zeit noch nicht frei war von solchen unreifen Utopien.

Im Namen des „Bundes der Kommunisten" hatte Marx dieses Agrarprogramm aufgestellt. Das Manifest hatte die nahende Revolution vorausgesagt. Und kaum waren seine ersten Exemplare gedruckt und versandt, da brach in Paris der Sturm los, Louis Philipp fiel, die Republik wurde proklamiert. Der Sturm pflanzte sich fort nach Deutschland. Für den Geheimbund der Kommunisten war die Zeit gekommen, offen vor das Volk zu treten und die Worte des „Manifestes" in Thaten umzusetzen. Die neue Zentralbehörde in Paris stand unter der Leitung und unter dem beherrschenden Einfluss von Marx. Ihn dürfen wir deshalb als den Urheber eines Aufrufes ansehen, der die „Forderungen der kommunistischen Partei in Deutschland" enthielt.

Diese Forderungen waren nicht mehr für die Zukunft bestimmt, wie diejenigen des Manifestes; ihre Verwirklichung wurde von der Gegenwart verlangt, von der demokratischen Revolution. Selbstverständlich, dass sie bescheidener waren und weniger theoretisch, als jenes Zukunftprogramm.

„Die fürstlichen und anderen feudalen Landgüter, alle Bergwerke, Gruben u. s. w werden in Staatseigentum umgewandelt. Auf diesen Landgütern wird der Ackerbau im Grossen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vorteile der Gesamtheit betrieben.

Die Hypotheken auf den Bauerngütern werden für Staatseigentum erklärt: die Interessen für jene Hypotheken werden von den Bauern an den Staat gezahlt.

In den Gegenden, wo das Pachtwesen entwickelt ist, wird die Grundrente oder der Pachtschilling als Steuer an den Staat bezahlt." [113])

Jetzt also war nicht die Verstaatlichung des gesamten Eigentums an Boden geplant, sondern fürs erste nur diejenige des Grossgrundbesitzes. Auf den staatlichen Ländereien sollte dann der rationellste Grossbetrieb durchgeführt werden. Man beachte, dass keine Bewirtschaftung durch Landarbeitergenossen-

---

[113]) Zitiert nach: „Neue Zeit", 1894/95. II. S. 813.

schaften verlangt wurde. Die Lohnarbeit sollte durchaus nicht abgeschafft werden; es sollte nur die grosse Zahl der einzelnen Arbeitgeber ersetzt werden durch einen einzigen Arbeitgeber, den Staat. Später — in den sechziger Jahren zuerst — hat man sich nicht mehr damit begnügt; sondern man hat, in voller Konsequenz des Marxismus, die Lohnarbeit überhaupt zu beseitigen gesucht.

Die Forderung der Hypothekenverstaatlichung ist historisch interessant. Sie wurde fast ein halbes Jahrhundert später wieder eifrig diskutiert, in den Programmdebatten des Jahres 1895. Sie wurde damals vor dem Breslauer Parteitage, als reaktionär bekämpft, sie wurde bezeichnet als „staatliche Organisation der Ausbeutung des Bauerntums durch das Geldkapital.“ [114]) Und es war keine treffende Erwiderung auf diesen Vorwurf, wenn man ihm entgegenhielt, diese Verstaatlichung habe ja schon Marx im Jahre 1848 verlangt. Denn in dem Breslauer Agrarprogramm dachte man sich die Verwirklichung des Verlangens schon unter der heutigen monarchisch-konstitutionellen Regierung des Deutschen Reiches. Marx und die Kommunisten erstrebten aber nicht nur die demokratische Republik; sie hofften auch fest, dieses Streben zu verwirklichen im Verlaufe der gerade ausgebrochenen Revolution. Wenn ein konsequenter Marxist Bedenken haben konnte, der feindlichen Monarchie solche Machtmittel anzuvertrauen, so wurden diese Bedenken zum grössten Teile hinfällig in der erhofften kleinbürgerlich-demokratischen Republik.

Schliesslich sollte zwar der Pachtschilling annektiert werden; aber der bäuerliche Kleinbetrieb sollte unverändert fortbestehen. Diese Konzession an die „gewohnheitsfaulste und irrationellste“ „Barbarei“ wird Marx nicht leicht gefallen sein. Aber er war aus zwei Gründen zu ihr gezwungen. Die kommunistische Agitation war damals noch vollständig auf das Rheinland beschränkt. Wenn sie hier überhaupt einmal anfangen wollte, an die Bauern heran zu kommen, so wäre ein Vorschlag auf Zusammenschlagen und Verstaatlichung dieser Bauerngüter nicht anders beantwortet worden, als mit dem

[114]) Parvus in der „Leipziger Volkszeitung“. Zitiert nach: „Vorwärts“, 28. VII. 1895

Dreschflegel. Jedoch die Ausdehnung der Agitation auf die Bauern stand für den Kommunismus damals noch sehr weit im Hintergrunde. Unter dem industriellen Proletariat gab es noch Arbeit genug für das kleine Häuflein. Viel wichtiger war, dass man in Deutschland mit der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Demokratie zusammengehen musste. Darauf hiess es, Rücksicht nehmen, und daraus erklärt sich zum Teil die Mässigung des kommunistischen Agrarprogrammes.

Wenn wir auch heute wissen, dass dieses Programm nicht durchgeführt wurde und nicht durchgeführt werden konnte, so wäre es trotzdem falsch, von einer Utopie zu reden. Jedes Programm muss erwarten und darauf berechnet sein, dass es im Verlaufe seiner Durchführung mit mehr oder weniger Wasser verdünnt wird. Da nirgends von einem Abkauf jener privaten Eigentumsrechte die Rede ist, so muss man allerdings annehmen, dass Konfiskation ohne jede Entschädigung gemeint war. Man könnte dabei an die einfache Aufhebung der Feudalität denken, in der Nacht des 4. August 1789. Aber jene Feudalrechte waren wenigstens teilweise durch Pflichten kompensiert. Mit der Beseitigung der Rechte wurden auch die Pflichten beseitigt. Das Eigentum an Rittergütern, an Pachtgütern, an Hypotheken war hingegen ein geldwertes Recht. Selbst in der radikalsten Republik war seine einfache Annexion mit grösster Wahrscheinlichkeit undurchführbar. Wenn man Marx in landwirtschaftlichen Dingen alles eher nachrühmen kann, als einen nüchtern-praktischen Blick, so besass er in rein politischen Fragen doch Realismus genug, um solche Illusionen nicht für Realitäten zu halten. Wahrscheinlich, dass er rechtzeitig seinen Wein so stark zu machen suchte, dass ihn später das Wasser der kleinbürgerlichen Demokratie nicht mehr gar zu sehr entfärben konnte.

Dieses ganze Programm war keine Utopie; denn es war kein Ziel in nebelhaft ferner Zukunft. Es war kein Ziel, sondern ein Weg. Es war der Aufschlag des Viehhändlers, der zum Abhandeln gemacht wird. Utopisch war ebensowenig die Erwartung der demokratischen Republik. Es wäre prophetischer gewesen, den thatsächlichen Ausgang der Bewegung vorauszusehen. Aber man darf niemals eine pessimistische Prophetie verlangen von dem Kämpfer, der in die Schlacht zieht. So uto-

pistisch, auf eine demokratische Republik zu hoffen, waren damals sehr grosse Teile des deutschen Volkes.

Sie wurden enttäuscht. In fünfzehn Monaten war die deutsche Revolution zerbröckelt. Der deutsche Bund stand wieder auf, wenn auch die Wunde im Herzen.

Die kommunistische Partei hatte selbst im Rheinlande wenig Verständnis gefunden. Ihre „Forderungen" hatten nirgends Leben gewonnen, als auf dem Papier der „Neuen Rheinischen Zeitung".

Marx ging nach London. Der Politiker wurde zum Gelehrten.

IV.

Die Agrarierpolitik der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

1.

Die deutsche Arbeiterbewegung hatte im Jahre 1848 zum ersten Male das Haupt erhoben. Aber sie liess es bald wieder nieder sinken unter dem Reife der Reaktion. Ihre Zeit war noch nicht gekommen.

Jedoch, wenn die Menschen auch Ruhe hielten, die Verhältnisse, in denen sie lebten, ruhten nicht eine Stunde lang. Industrie und Handel wuchsen; langsam erst, dann schneller und schneller. Deutschland begann, Industriestaat zu werden. Die dampfgetriebenen Webstühle surrten immer vernehmlicher, die Eisenhämmer dröhnten immer lauter, — die deutsche Arbeiterklasse wachte wieder auf.

Im Frühling 1863 erschien Ferdinand Lassalle's „Offenes Antwortschreiben". In diesem Frühling wurde die deutsche Sozialdemokratie geboren.

Es war der Beruf Ferdinand Lassalles und seines Vereines, die deutsche Arbeiterklasse in die Politik einzuführen. Was sie trieben, war Arbeiterpolitik, — sonst nichts. Man hat lange die Lassalleaner als Sozialdemokraten für nicht ganz voll angesehen, in der Hauptsache wegen ihrer nationalen Tendenzen. Man hat geglaubt, sie seien mehr radikale Sozialreformer gewesen, als wirkliche Sozialisten; oder gar als strenge Marxisten. Das Gegenteil ist richtig. Wenn Marx in den Katzbalgereien dieser feindlichen Brüder immer auf der Seite von Liebknecht

und Bebel stand, so that er das, weil ihm eben die preussisch-nationale Stimmung der Lassalle und Schweitzer höchst unsympathisch war. Es kommt hinzu, dass Marx Schweitzer's „Neuen Sozialdemokraten" überhaupt nicht las und deshalb diese ganze Richtung nur durch die entstellende Polemik des Liebknechtschen Blattes kennen lernte. Aber wer einmal in die Zeitungen der beiden Parteien hineingesehen hat, für den giebt es keinen Zweifel, dass die sogenannten Eisenacher im Marxismus weit hinter den Anhängern Lassalles zurückstanden.[115]) Dass sie noch lange Zeit hindurch viel weniger Marxistische Sozialdemokraten waren, als partikularistisch-radikale Volksparteiler. Heute sind sich auch die beiden sozialistischen Historiker darüber einig, die hier in Betracht kommen, Mehring und Bernstein. Ist es nun nicht merkwürdig, dass gerade die sozialistisch tiefer durchgebildete Arbeiterpartei, — einige rein marxistisch-theoretische Zeitungsartikel ausgenommen — sich niemals mit agrarischen Fragen abgegeben hat? Dass sie vollkommen darauf verzichtete, auch die Bauern in ihre Reihen zu ziehen? Dass sie die Empfindung hatte, sie dürfe ihren Schwerpunkt nur auf eine einzige Klasse der Gesellschaft legen? Dass sie eben nichts anderes sein wollte, als Arbeiterpartei? — Sicher erklärt sich diese Beschränkung zum einen Teile dadurch, dass Lassalle die Arbeiterklasse für stark genug hielt, ihr Ziel allein zu erreichen. Zum anderen Teile aber schienen ihm die Bauern noch lange nicht fähig zu sein, mit dem Proletariate politisch zusammen zu arbeiten. Jedoch, das sei wie es wolle; uns enthebt es der Beschäftigung mit Lassalles Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein.

Fünf Jahre waren vergangen, als eine zweite Klassenbewegung sich erhob unter dem deutschen Proletariat, nicht abhängig von den Lassalleanern, wenn nicht durch ihr Beispiel angeregt und ermutigt. Wilhelm Liebknecht und August Bebel wurden ihre Führer. Aber was Lassalle gewesen war für den Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein, das waren für diese zweite Bewegung Karl Marx und die Internationale Arbeiter-

[115]) Für den agrarpolitischen Marxismus Lasalle's vergleiche man sein „Arbeiterlesebuch". „Ferdinand Lasalle's Reden und Schriften". Berlin 1893. II. Bd. S. 568 und 570.

Assoziation. Man darf sie nicht Gründer nennen. Es waren nicht die Organe der „Internationalen“ und nicht die Person von Marx, es war ihr Geist, der dieser zweiten Klassenbewegung Leben gab. Nirgends ist das so deutlich, als in der Stellungnahme zu den agrarpolitischen Fragen. Die Agrarpolitik der deutschen Sozialdemokratie ist bis zum heutigen Tage niemals etwas anderes gewesen, als die Agrarpolitik der „Internationalen“.

Die Internationale Arbeiter-Assoziation wurde begründet am 28. September 1864. Diese Assoziation sollte keine neue politische Partei bilden, sie sollte einzig die bestehenden Arbeiterparteien und Arbeitergesellschaften aller zivilisierten Länder mit einem internationalen Bande umschlingen. Mit dem Sozialismus hatte die Assoziation prinzipiell überhaupt nichts zu thun. Ihr eigentliches Ziel war die „ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klasse“. Damit konnte der Anhänger von Marx ebenso einverstanden sein, wie der von Bakunin oder Proudhon. Jeder mochte unter dem Worte verstehen, was ihm behagte. Man darf Marx, dem Verfasser der Statuten, keinen Vorwurf machen aus solcher Vieldeutigkeit. Sie war bedingungslos notwendig, wenn man nicht blos eine Sekte gründen wollte, sondern eine Vereinigung des gesamten Proletariats. Alle die einzelnen Arbeiterparteien hatten eine genügende Strecke weit denselben Weg, um wenigstens zeitweise zusammenzugehen. Wenn sie später doch wieder auseinanderfielen, so war das sicher am wenigsten die Schuld ihres Führers, Marx; obwohl sich seine Lehre von einem Kongresse zum andern immer mehr als die herrschende durchsetzte in dem natürlichen Konkurrenzkampf der verschiedensten politischen Systeme.

Da aber die Assoziation von vornherein nicht sozialistische Politik trieb, sondern Arbeiterpolitik, so lagen die wesentlichsten Agrarfragen prinzipiell ausserhalb ihres Wirkungsfeldes. Nicht einmal das ländliche Proletariat fand vor ihren Augen Beachtung. Denn es zeigt sich leicht, dass anfangs unter den „Arbeitern“ in Namen und Statuten der Assoziation stets nur die industriellen Lohnarbeiter gemeint waren. Man braucht dazu nur den Wortlaut der verschiedenen Resolutionen zu betrachten und das Schema der Arbeiterstatistik, die alle auf dem ersten Kongresse zu Genf beschlossen wurden.

Hatten sich schon in den reinen Arbeiterfragen Gegensätze herausgestellt zwischen französischen Anhängern Proudhons auf der einen Seite und englischen Gewerkschaftlern wie deutschen Marxisten ihnen gegenüber, — so mussten sich in jeder mehr politischen Frage diese Gegensätze naturgemäss noch verschärfen. Auf agrarischem Gebiet war die Differenz zwischen Proudhonismus und Marxismus am augenscheinlichsten und am schwersten zu überbrücken. Wenn man also ein einziges Mal dieses Gebiet betreten hatte, dann war kaum mehr davon loszukommen; das ist leicht erklärlich. Denn immer wieder musste eine Einigung versucht werden, und immer wieder musste sie — im Grunde — misslingen.

Auf dem ersten Kongresse zu Genf im Jahre 1866, erklärte man sich fast ohne Debatte mit einer Resolution des Generalrates einverstanden, die ganz im Allgemeinen das Prinzip der Produktivgenossenschaft billigte, „als eine der Verwandlungsgewalten der gegenwärtigen Gesellschaft.“ [116]) Augenscheinlich dachte man dabei ausschliesslich an industrielle Genossenschaften.

Ein Jahr später zu Lausanne wurde die Agrarfrage zum ersten Male berührt. Der Belgier César de Paepe verlangte die Vergesellschaftung des Grund und Bodens. Englische und deutsche Delegierte unterstützten ihn; aber die französischen Proudhonisten verteidigten mit Feuereifer das persönliche Eigentum als „Bedingung absoluter persönlicher Freiheit.“ [117]) Zu einer Entscheidung kam es nicht; die Frage wurde auf ein Jahr vertagt.

Auf dem folgenden Kongresse zu Brüssel hatten die Marxisten weitaus die Mehrheit; einer ihrer Führer, wieder de Paepe, referierte über „das Grundeigentum“. Seine Resolution wurde mit 30 gegen 4 Stimmen angenommen, bei 15 Enthaltungen. Diese Resolution verlangte, dass alle Verkehrsmittel und Bergwerke der Gesamtheit gehören sollten; „in Betreff des landwirtschaftlichen Bodens“ und „in Betreff der Wälder“ hatte sie folgenden Wortlaut:

---

[116]) „Handbuch des Sozialismus.“ Zürich 1897. S. 347.

[117]) S. 353.

I.

„In Erwägung, dass die Erfordernisse der Produktion und die Anwendung der bekannten Gesetze der Agronomie den Grossackerbau erheischen und die Einführung der Maschinenarbeit und die Organisation der ländlichen Arbeitskraft notwendig machen, und dass im Allgemeinen die moderne ökonomische Entwicklung dem Grossackerbau zustrebt;

in Erwägung, dass demgemäss die ländliche Arbeit und das Landeigentum auf denselben Fuss gesetzt werden muss, wie die Bergwerke;

in Erwägung, dass die produktiven Eigenschaften des Bodens das Urmaterial aller Produkte, die Urquelle aller Produktionsmittel und aller brauchbaren Dinge bilden, und dass diese produktiven Eigenschaften nicht durch Arbeit erzeugt sind,

ist der Kongress der Meinung, dass die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit machen wird, Grund und Boden in gemeinschaftliches, gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln, und dass der Boden von Staatswegen an Ackerbaugesellschaften (Produktivgenossenschaften) zu verpachten sei, unter ähnlichen Bedingungen, wie die Bergwerke und Eisenbahnen.“ [118])

II.

„In Erwägung, dass die Ueberlassung der Wälder an Private zur Verwüstung der Wälder führt;

dass diese Verwüstung die Regelung und Erhaltung der Wasserquellen beeinträchtigt und die Ertragsfähigkeit des Erdreiches vermindert und ebenso den allgemeinen Gesundheitszustand gefährdet und das Leben des Bürgers schädigt,

spricht der Kongress die Ansicht aus, dass die Wälder Gemeingut der Gesellschaft sein müssen.“ [119])

---

[118]) Liebknecht: „Zur Grund- und Bodenfrage.“ II. Auflage. Leipzig 1876. Seite 21.

[119]) Rudolf Meyer: „Der Emanzipationskampf des vierten Standes.“ V. Auflage. Berlin 1882. S. 134.

Beginnen wir mit der ersten Resolution: Man sieht leicht, dass der Kern dieser Forderungen marxistisch ist. Die Landwirtschaft wird denselben kapitalistischen Entwicklungsgang durchmachen, wie die übrigen Gewerbe: vom Kleinbetrieb zur Grossen Industrie. Denn auch in der Landwirtschaft ist der Grossbetrieb die rationellste Wirtschaftsform. Der Eigentümer dieses Grossbetriebes soll keine Privatperson sein, sondern die Gesellschaft.

Durchaus unmarxistisch ist der dritte Absatz des Beschlusses; er enthält eine moralisch-juristische Motivation der sozialistischen Theorie. Marx dagegen würde niemals andere als ökonomisch-historische Argumente gebraucht haben. Das hindert nicht, dass er dieser Resolution im Voraus zugestimmt hat; was ich für ziemlich sicher halte. Er musste sich eben zu solchen Konzessionen verstehen; denn ohne jene moralisch-juristische Begründung war die Ablehnung der Resolution nicht unwahrscheinlich.

Im Uebrigen wollen wir davon absehen, dass die „produktiven Eigenschaften des Bodens“ — auch nach Marx — zum grossen Teile thatsächlich Arbeitsprodukte sind. Das Wichtigste ist, dass uns hier zum ersten Male die ländliche Produktivgenossenschaft entgegentritt. Dass wir diese Wirtschaftsverfassung nicht im „Kommunistischen Manifest“ gefunden haben, das versteht sich von selbst. Sein ökonomisches Programm sollte ja nur die unmittelbare Ueberleitung zur sozialistischen Gesellschaft darstellen. Aber in der sozialistischen Gesellschaft ist kein Platz für einzelne Produktivgenossenschaften; die ganze Gesellschaft bildet eine einzige grosse Produktivgenossenschaft. Auch im Jahre 1848 hatte die „Kommunistische Partei in Deutschland“ keine solchen Genossenschaften verlangt. Damals war Vorsicht geboten wegen des unentwickelten Proletariates und Rücksicht auf die kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Demokratie. Der politische Fortschritt seit jener Zeit — im Sinne von Marx gesprochen — entsprach dem wirtschaftlichen und ökonomischen Fortschritte auch der deutschen Arbeiterschaft.

Die zweite Resolution ist nicht mehr, als eine notwendige Konsequenz der ersten. Auch ihre Begründung soll nur die Begründung der ersten Resolution ergänzen. Mit den Fragen der Waldwirtschaft und des Waldeigentumes hatte sich die Arbeiter-

klasse bis dahin — naturgemäss — noch nicht beschäftigt; sie hat es auch später nicht gethan. Die einzige Ausnahme sei schon hier vorausgenommen. In der zweiten Hälfte des siebziger Jahrzehnts schrieb Georg Vollmar, wie er sich in den ersten Jahren seiner Parteizugehörigkeit noch nannte, eine Broschüre über „Waldverwüstung und Ueberschwemmung“.[120]) Politisch war diese Broschüre wohl von keiner grossen Bedeutung; wissenschaftlich wollte sie nicht sein. Es wurde da ein Bild der „maasslosen Waldverwüstung“ entworfen; es wurden ihre Folgen gezeichnet: ungünstige Veränderung des Klimas und in erster Linie Hochwasser, Ueberschwemmung. Es wurde zur Abhülfe empfohlen: Verstaatlichung; oder als vorläufiges Mittel: „Sämtliche Privatwälder kommen unter strenge Staatsaufsicht und werden von den Forstbehörden auf Kosten des Besitzers und unter alleiniger Maassgabe der Gesetze der Forstwissenschaft bewirtschaftet“. ...[121])

2.

Marx selbst ist nie auf den Kongressen der Assoziation erschienen; mit Ausnahme des letzten Kongresses im Haag, 1872. Bis dahin war auf diesen Kongressen der bedeutendste unter den Vertretern des Generalrates: J. G. Eccarius, ein deutscher Schneider, der schon seit langen Jahren in London lebte.

Dieser Eccarius veröffentlichte im Winter von 1868 auf 1869 eine Schrift gegen John Stuart Mill. Es scheint festzustehen, dass Marx diese Schrift vor ihrer Drucklegung zum Mindesten durchgelesen hat; wie weit seine Mitwirkung darüber hinausging, das ist fraglich. Aber es ist auch gleichgültig. In jedem Falle findet man darin keinen Gedanken, der nicht aus dem Kopfe von Marx gekommen wäre, mag das nun direkt oder indirekt geschehen sein.

Aus dieser Schrift geht uns hier nur ein Kapitel an, das die „Kleine Bauernwirtschaft“ behandelt. Die Bedeutung dieses Kapitels liegt nicht in seinem Inhalt, sondern in seinem Einfluss.

---

[120]) Georg Vollmar: „Waldverwüstung und Ueberschwemmung.“ Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage. Druck: Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig. (Jahresangabe fehlt.)

[121]) S. 13.

Es bildete neben einer Schrift von Liebknecht, die wir später besprechen werden, für mehr als ein Jahrzehnt die Grundlage der sozialdemokratischen Landagitation in Deutschland.

Darin wird dem Bauernstande, genau wie sonst bei Marx, der bevorstehende Untergang geweissagt. Der Grossbetrieb siegt überall; und „die kleine Bauernwirtschaft steht in demselben Verhältnis zur modernen grossen Agrikultur, wie die Handspinnerei und Weberei zur Maschinenspinnerei und Weberei".[122]) Daraus ergibt sich als selbstverständlich: „Die kleine Bauernwirtschaft ist die Agrikultur der Vergangenheit."

„Der charakteristische Unterschied zwischen dem kleinen, selbstarbeitenden Bauer und dem grossen, kapitalistischen Pächter ist der, dass die Erzeugung von Lebensmitteln für den eigenen Bedarf Hauptgeschäft des Ersteren, die für fremden Bedarf Hauptgeschäft des Letzteren ist." Die Industriebevölkerung muss Lebensmittel kaufen; von den Bauern kann sie keine erhalten, sondern nur von den grossen Pächtern. Also ist die Bauernwirtschaft unverträglich mit dem Industriestaat.

Zwar hat diese Argumentation zwei Hacken. Denn einmal kann der Bauer sehr wohl Lebensmittel verkaufen, wenn auch nur in geringem Maasse Getreide. Zum Zweiten wird die Lebensmittel-Einfuhr aus anderen Ländern mit dem bequemsten Stillschweigen übergangen. Trotzdem war diese Idee höchst geeignet zur Agitation; und man muss sich wundern, dass Eccarius sie nicht geschickter und gründlicher ausgebeutet hat, als er das in seiner Broschüre that. Den Hauptnachdruck legt er nicht hierauf, sondern auf die übermenschliche Arbeitslast des Bauern und seine untermenschliche Lebensweise. Auch sucht er zu zeigen, wie die französische Bauernwirtschaft vor allem durch ihre wachsende Hypothekenbelastung bis nahe an den Abgrund gebracht wurde; er verfährt dabei genau, wie Marx in seinen Schriften über Frankreich verfahren ist. Endlich soll bewiesen werden, dass die Agrikultur in dem kleinbäuerlichen Frankreich geringere Produktivität aufweist, als in dem grosskapitalistischen England; die Zahlenangaben, die das begründen sollen, sind in ihrer Allgemeinheit durchaus wertlos.

---

[122]) J. George Eccarius: „Eines Arbeiters Widerlegung der national-ökonomischen Lehren John Stuart Mills." Berlin 1869. S. 48.

Eccarius kommt zu dem Ergebnis: „Wie das konzentrierte Kapital und die kombinierte Arbeit die zersplitterte Arbeit des handwerksmässigen Betriebs überflügelt und beseitigt hat, so wird über kurz oder lang die kooperativ-genossenschaftliche Produktion die kapitalistische überflügeln und aufheben.“ [123]) Also Grossbetrieb durch Produktivgenossenschaften, wie es die „Internationale“ einige Monate zuvor in Brüssel beschlossen hatte.

Von dieser Prophezeiung aus ergiebt sich: „Der Lohnarbeiter hat sehr viel vor seinem eigentümerischen Geschäftsgenossen voraus.“ [124]) Er ist bereits an Kooperation gewöhnt; der Bauer „taugt nicht dazu“. Man soll deshalb nicht, wie Mill es vorschlug, den Arbeiter wieder zum Bauern machen, sondern man soll alle unbebauten und Gemeindeländereien, alle Kron- und Kirchengüter an Ackerbau-Genossenschaften übergeben. „Nicht als permanentes Eigentum, sondern unter Pachtkontrakten, welche der Gesellschaft die Kontrolle über den Boden, die Quelle aller Nahrungsmittel, sichern.“

3.

Im Jahre 1869 versammelten sich die Delegierten der Internationalen Arbeiterassoziation in Basel. Dieser Kongress erlangte grössere Bedeutung als alle seine Vorgänger für die agrarpolitische Stellung der Assoziation. Nicht durch den Inhalt seiner Beschlüsse, sondern durch ihre Wirkung nach aussen.

Die proudhonistischen Franzosen hatten in Brüssel gegen die Resolutionen de Paepes gestimmt; aber sie waren unterlegen. Sie hatten dann lebhaft Klage geführt, man habe sie überrascht, und der Generalrat sah sich hierdurch veranlasst, die Bodenfrage wiederum auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Diskussion in Basel lag einmal ein Bericht de Paepes zu Grunde, der die Gedanken seiner Brüsseler Resolution näher ausführte. Dann aber hatte man, um nicht gar zu viel Zeit zu verlieren, eine Kommission mit den Vorbereitungen der Frage beauftragt. Diese Kommission einigte sich dahin, dass es sowohl rechtlich zulässig, als notwendig sei, das Privateigentum an Grund und Boden abzuschaffen. Ueber die künftige Art der Be-

[123]) S. 52.
[124]) S. 53.

wirtschaftung kam man jedoch zu keiner Einigung. Die Mehrheit wollte über den Brüsseler Entschluss hinausgehen; nach ihrer Meinung sollte die Agrikultur nicht durch Genossenschaften betrieben werden, sondern durch die „solidarisierten Gemeinden". Das bedeutet: Gemeinderegie, und es erinnert an die Arbeiterarmeen, die im „Kommunistischen Manifest" für den Ackerbau gefordert waren. Die Forderung wurde — ganz im Sinne von Marx — damit begründet, dass genossenschaftlicher Betrieb die Grundrente nie ganz zu beseitigen vermöge; auch verschwinde nie die Gefahr, dass sich die genossenschaftliche Pachtung allmählich zu einem neuen Privateigentum auswachsen könne.

Die Minderheit hingegen, an ihrer Spitze de Paepe, wollte merkwürdiger Weise noch hinter die vorjährige Resolution zurückgehen. Sie war der Ansicht, „dass die Gesellschaft den Grund und Boden einzelnen Ackersleuten oder, was besonders betont wird, Agrikultur-Genossenschaften gegen Zahlung der Rente an die Gemeinschaft übergeben müsse".[125]) Diese Minderheit bestand aus fünf romanischen Delegierten; dem entsprach die Begründung ihres Antrages. Dass nämlich „dieser Modus zur Wahrung der persönlichen Würde der Landarbeiter und ihrer Unabhängigkeit durchaus notwendig sei".[126])

Im Ganzen aber zeichnete sich die Debatte dieser Kommission durch geringeres Pathos und grössere Sachlichkeit sehr vor den üblichen Beratungen der „Internationalen" aus. Man begnügte sich nicht mit den „ewigen Menschenrechten", sondern führte zum Beweis auch Thatsachen und Zahlen an; so um beispielsweise für Belgien die gewaltige Steigerung der Renten und die gleichzeitige ganz minimale Steigerung der Löhne zu kennzeichnen.

Bedeutend tiefer stand die Beratung im Plenum des Kongresses. Obwohl sie sich im Allgemeinen doch über dem Niveau jenes Delegierten hielt, der erklärte: er sei „für Kollektiveigentum aus dem Grunde, weil die gemeinsame Menschheit mehr Intelligenz habe, als der Einzelne".[127]) Ein Antrag Eccarius, den Brüs-

[125]) „Verhandlungen des IV. Congresses des internationalen Arbeiterbundes in Basel." Basel 1869. S. 51.

[126]) S. 49.

[127]) S. 55

seler Beschluss einfach zu wiederholen, wurde abgelehnt; dagegen folgende Resolution angenommen:

„Der Kongress erklärt, dass die Gesellschaft das Recht besitzt, das Privateigentum an Grund und Boden abzuschaffen und in gemeinsames Eigentum umzuwandeln;

er erklärt ferner, dass diese Umwandlung eine Notwendigkeit ist.“ [128])

Der erste Satz wurde mit 54 gegen 4 Stimmen angenommen, bei 13 Enthaltungen; der zweite mit 53 gegen 8 Stimmen, bei 10 Enthaltungen. Die 17 resp. 18 Opponenten gehörten ausnahmslos der französischen Delegation an.

Dass gerade die Franzosen nicht für Bodenverstaatlichung zu haben waren, dass sie bis heute stets für den bäuerlichen Kleinbetrieb eingetreten sind, das ist kein Zufall. In Deutschland war die Sozialdemokratie von Anfang an Arbeiterpartei, und sie hat nie aufgehört, das zu sein. In Deutschland machte sich schon damals die Entwicklung zum Industriestaate bemerkbar. Heute spielt hier die Arbeiterklasse zahlenmässig bereits die erste Rolle; die Sozialdemokratie hat — generell — die Möglichkeit, nur auf diese eine Klasse gestützt, die Mehrheit im Parlament zu gewinnen. Frankreich ist in viel höherem Maasse Agrarstaat. Will hier eine Partei zur Macht kommen, so muss sie sich — zum Wenigsten neben der Arbeiterschaft — auf die Bauern stützen. Das ist der Grund, warum das Wort Sozialismus in Frankreich stets eine durchaus andere Sache bedeuten muss, als in Deutschland. Der Grund, warum die Franzosen erst spät von Proudhon zu Marx übergingen und auch dann eigentlich noch keine Marxisten wurden. Der Grund, warum sie in Basel gegen die Vergesellschaftung des Bodens stimmen mussten. Und dieses sei hier angemerkt: es ist derselbe Grund, der mich veranlasst, nur die „Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie“ zu behandeln; die ausländischen Verhältnisse nirgends heranzuziehen, wo sich das irgend vermeiden lässt. Der internationale Charakter des Sozialismus birgt leicht die Gefahr, in solchen Fragen den Beobachter irre zu führen. Aber man darf sich nicht durch die Gleichheit der Namen über die Ungleichheit der Verhältnisse täuschen lassen.

[128]) S. 50.

Uebrigens war diese Baseler Resolution auch nicht allzu marxistisch. Für Marx wäre der erste Satz vollkommen überflüssig gewesen. Die Vergesellschaftung des Bodens kann ja aus gar keinem anderen Grunde berechtigt sein, als eben, weil sie historisch notwendig ist. Die historische Notwendigkeit einer That schliesst unweigerlich ihre Berechtigung ein.

Die viel wichtigere Frage der Betriebsweise wurde überhaupt nicht entschieden. Möglich, dass man bei dem sicheren Siege der Marxisten einen Abfall der französischen Proudhonisten befürchten musste. Die Frage wurde wiederum hinausgeschoben durch folgenden Antrag, der einstimmige Annahme fand:

„Indem der Kongress das Prinzip des Kollektiv-Eigentums anerkennt, empfiehlt er allen Sektionen das Studium der praktischen Mittel zur Einführung des kollektiven Grundeigentums".[129])

Auf dem folgenden Kongress sollte die Frage wiederum zur Debatte gestellt werden. Aber der deutsch-französische Krieg kam dazwischen, und man konnte erst zwei Jahre später in London eine Konferenz abhalten. Diesmal kümmerte man sich weder um Grundeigentum noch um Betriebsweise; man beauftragte dagegen die Organe der Assoziation: „Für den nächsten Kongress Berichte vorzubereiten über die geeigneten Mittel zur Sicherung des Anschlusses der Ackerbauer an die Bewegung des industriellen Proletariats".

„Inzwischen werden die Föderalräte oder Comitées ersucht, Delegierte in die ländlichen Distrikte zu schicken, um dort öffentliche Versammlungen abzuhalten, die Prinzipien der „Internationalen" zu verbreiten und ländliche Zweiggesellschaften zu stiften".[130])

Man legte also die theoretischen Streitfragen bei Seite und begann dafür, sich an die ländliche Bevölkerung selbst zu wenden. Nach dem vorsichtigen Rate jenes Delegierten, der in Basel bemerkt hatte: man solle doch mit der endgültigen Entscheidung der Landfrage warten, bis die Landbevölkerung selbst einmal auf dem Kongresse vertreten sei. Bis dahin hatte sich nur ein einziger

[129]) S. 57.

[130]) „Beschlüsse der Delegiertenkonferenz der J. A. A. zu London." Leipz. 1871. S. 4.

Bauernverein (aus den belgischen Ardennen) um die Internationale gekümmert. Der hatte in einem resignierten Briefe an den Baseler Kongress gemeint, „dass sich der Sozialismus auf dem Boden des alten Europa nur sehr schwer verwirklichen lasse", und er hatte deshalb „eine allgemeine Auswanderung nach Amerika" vorgeschlagen.[131]) Aber die „Internationale" zeigte keine Lust, sich auf eine Organisation dieser modernen Völkerwanderung einzulassen.

Im Uebrigen blieb auch die Resolution der Londoner Konferenz ohne praktische Wirkung. Der nächste Kongress fand im Jahre 1872 im H a a g statt. Er war so beherrscht von dem Kampfe zwischen Marx und den Bakunisten, dass für die Agrarfragen kein Platz blieb. Bakunin unterlag, aber dieser Sieg des Marxismus bedeutete auch das Ende der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Die offizielle Auflösung wurde vier Jahre später der Welt verkündet.

[131]) „Verhandlungen in Basel." S. 42.

V.

Vom Eisenacher Arbeiterkongress bis zum Fall des Sozialistengesetzes. 1869—1890.

1.

Die deutschen Arbeiter hatten sich bis gegen Ende der sechziger Jahre zu den Parteien der bürgerlichen Linken gehalten; soweit sie überhaupt schon im öffentlichen Leben standen. Sie waren meist in sogenannten Arbeiterbildungs-Vereinen organisiert, aus denen alle politischen Fragen prinzipiell fernbleiben sollten. Aber gerade eine solche Enthaltsamkeit musste diese Vereine de facto zu Anhängseln der fortschrittlichen oder demokratischen Parteien machen. Es ist leicht verständlich, dass nun allmählich die Arbeiter anfingen, selbständig zu denken; dass der Wunsch in ihnen rege wurde, sich selbst politisch zu bethätigen. Die ersten Folgen zeigten sich auf dem Vereinstage, der im Jahre 1868 zu Nürnberg stattfand. Unter dem Einflusse von Liebknecht und Bebel erklärte man sich mit den Prinzipien der Internationalen Arbeiter-Assoziation einverstanden.

Jetzt machte der sozialistische Gedanke so rapide Fortschritte in den Arbeitervereinen, dass man schon im nächsten Jahre keinen Vereinstag zusammenberief, sondern einen „Allgemeinen Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterkongress".

Auf diesem Kongresse zu Eisenach wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei begründet. Sie forderte: „unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) den vollen

Arbeitsertrag für jeden Arbeiter".[132]) Zugleich wurde verlangt: „Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für Produktivgenossenschaften unter freiheitlichen Garantien".[133]) Dass man auf diesem Arbeiterkongress an irgendwelche agrarische Fragen noch nicht dachte, das ist leicht erklärlich.

Der interessanteste Beschluss ist für uns jener, nach dem ein Manifest an die ländliche Bevölkerung ausgearbeitet werden sollte, durch Becker in Genf, Oberwinder in Wien und Liebknecht in Leipzig. Becker entwarf ein solches Manifest „An die Feldarbeiter"; aber Liebknecht fand es für deutsche Verhältnisse durchaus ungeeignet. Es wurde deshalb nicht von der deutschen Sozialdemokratie veröffentlicht; sondern, wenige Monate nach dem Baseler Kongress, von dem deutschen Zentralkomitee der „Internationalen" in Genf.

Dieses Genfer Manifest wendet sich an die gesamte arbeitende Bevölkerung des platten Landes. „Ob Ihr als Kleinbesitzer und „eigene Herren" Eure Taglöhner selbst, oder ob Ihr als völlig Enterbte die Taglöhner anderer Herren seid, so seid Ihr immerhin alle zusammen ... die Lasttiere des grossen Grundbesitzes und des Kapitals und weniger geschätzt und gepflegt als deren Nutzvieh in Weide und Stall." [134]) Das Manifest sucht dann zu zeigen, wie überall die Bauern dem Untergange verfallen sind. Im Kanton Bern nehmen die Gantungen immer stärker zu. In Frankreich ist der Boden „nur dem Namen nach Eigentum derjenigen, die ihn im Eigentumsstolz mühevoll bepflanzen, dabei oft kaum 2 Prozent frei aus dem Boden rackern, dagegen aber dem auf zartem Polster ruhenden Hypothekargläubiger 5 Prozent und noch mehr verabreichen müssen." [135]) Auch in Frankreich beginnt der Aufkauf des Bauern durch das Grosskapital. In England ist heute dieser Prozess so gut wie vollendet. „Würde es nun der Raum gestatten, so könnten wir eine Masse ähnlicher Erscheinungen aus Deutschland vorführen." [136])

---

[132]) „Verhandlungen d. allgem. Deutschen sozialdem. Arbeiterkongr. zu Eisenach." Leipzig 1869. S. 29.

[133]) S. 37.

[134]) „Leipziger Hochverratsprozess." Berlin 1894. S. 876.

[135]) S. 877.

[136]) S. 879.

— Merkwürdige Beschränkung in einem Manifest, das gerade für Deutschland bestimmt war!

Es wird dann mit viel Entschiedenheit die technische und ökonomische Ueberlegenheit des kapitalistischen Grossbetriebes geschildert. „Die kleinbäuerliche Bewirtschaftung ist deshalb durch die Allmacht des Kapitals, durch den Einfluss der Wissenschaft, den Gang der Thatsachen und das Interesse der Gesamtgesellschaft unwiderruflich und ohne Gnade zum allmählichen Tode verurteilt.“ [137]) Das Beste sei darum, wenn die Bauern „zum Wohle aller sich freiwillig enteignen.“ [138]) Es folgt dann die übliche Berufung auf die allgemeinen Menschenrechte und ein juristisches Kolleg über die Unrechtmässigkeit des kapitalistischen Privateigentums. Zum Schlusse wird die Landbevölkerung aufgefordert, sich mit den städtischen Arbeitern aller Länder zu vereinigen, um endlich den freien Volksstaat zu gründen. Für die nächste Zeit aber wird ihnen folgendes Programm „zur Beherzigung und Ausführung“ vorgeschlagen:

„1. Die Kleinbesitzer einer Gemeinde bilden, indem sie ihre Grundstücke, Viehstände, Wirtschaftsgebäude, Ackergerätschaften, Arbeitskräfte in Anwendung aller Mittel der Wissenschaft und Technik zu gemeinschaftlichem Betriebe vereinigen, eine Produktivgenossenschaft.

2. Alle besitzlosen Arbeiter, die bis jetzt nur Taglöhnerei betreiben, als Knechte und Mägde dienen, werden gleichberechtigte Mitgenossen und erhalten, wie alle anderen, die durch ein besonderes Reglement festzustellenden Mittel ihres Lebensunterhaltes.

3. Die Kleinbesitzer beziehen bis auf weitere sachentsprechendere Anordnungen nach Verhältnis ihrer Zuschüsse an Grundstücken, Gebäulichkeiten, Viehständen, Gerätschaften, Saatfrüchten, Nahrungs- und Fütterungsvorräten und anderen Betriebsmitteln, was alles von einer gemeinsam gewählten Kommission zu Kapitalwert abzuschätzen ist, einen Jahreszins.

4. Aller Reingewinn wird zum Gemeingut geschlagen und es haben auf dessen Nutzniessung, die statutengemäss zu regeln ist, alle Mitgenossen gleichen Anspruch.

[137]) S. 880.

[138]) S. 879.

5. Diese Genossenschaften treten sowohl unter sich als auch mit Produktiv- und Konsumgenossenschaften der industriellen Arbeiter sowie mit allen anderen Arbeitervereinen in nähere organisch zu verknüpfende Beziehung, um einander nach den Grundsätzen der Solidarität moralisch und materiell brüderlich beizustehen und allen kapitalistischen und politischen Druck gemeinschaftlich zu überwinden.

6. In Gemeinden, wo die Kleinbesitzer die Notwendigkeit genossenschaftlicher Bewirtschaftung noch nicht begreifen, oder aus fauler Gewohnheit und engherziger Selbstsucht vom alten Schlendrian nicht lassen können, mögen die Besitzlosen unter sich allein zunächst einen Feldarbeiterverein gründen, um dann, gestützt auf ihr Naturrecht, der Gemeinde, dem Staat, der Kirche gehörendes, oder in anderer Weise zu beschaffendes Land mit ganzer Energie zu gemeinschaftlichem Betrieb zu verlangen.

7. Die Besitzlosen, welche auf grossen Landgütern arbeiten, müssen fest zusammenhaltend ausser ihrem Tagelohn einen entsprechenden Anteil am jährlichen Reinertrag begehren, sich durch diese Beteiligung mit der Leitung und Verwaltung der Geschäfte vertraut machen, damit sie sich, wenn durch einen allgemeinen Umschwung der Dinge die autokratische Herrschaft der Gutsbesitzer beseitigt ist, mehr befähigt haben, die Bewirtschaftung in demokratisch-genossenschaftlicher Weise allein durchzuführen.“ [139])

Dieses Manifest ist in Sprache und Inhalt typisch für die Art, wie damals der Sozialismus Agrarpolitik trieb. Dass man die bäuerliche Wirtschaft für halb untergegangen erklärte, das entspricht nur den Lehren, die man von Marx direkt oder auf dem Umwege über Eccarius empfangen hatte. Anerkennung verdient der sachliche Versuch, jenen Untergang zahlenmässig nachzuweisen; wenn auch diese Zahlen alles eher waren, als beweiskräftige Thatsachen. Jedoch, das Interessanteste ist dieses Programm, das dem Bauern freiwillige Enteignung vorschlägt „zum Wohle Aller“. Man muss schon die Parteiblätter aus jener Zeit gelesen haben, um eine solche Naivität in agrarischen Dingen

[139]) S. 882.

einigermaassen zu begreifen. Was jene Leute von der Landwirtschaft kannten, das war in der Regel das erste Buch des Kapitals und die kleine Schrift von Eccarius. Darin wurde mit dem grössten Eifer studiert; jedes Wort eine Offenbarung, jeder Widerspruch kapitalistische Lüge oder professorale Borniertheit. Das Auge unbeweglich nach der Zukunft gerichtet, dem Endziel entgegen; kein Blick nach rechts und links auf die thatsächlichen Verhältnisse. Man mag das intellektuelle Beschränktheit nennen; aber es war zugleich moralische Grösse. Und war es Suggestion, so war es die Suggestion jedes echten und hinreissenden Glaubens.

So aber sahen die Männer aus, welche damals den Sozialismus verkündeten. Man stelle sich vor, dass sie wirklich einmal hinaus in die Dörfer kamen und über Land. Da mochte zu sehen sein, was wollte; diese Männer konnten nichts Anderes sehen als Marxismus. Ein Programm, das den deutschen Bauer von vornherein auf eine soziale Stufe stellte mit seinem Knecht, das von ihm freiwillige Enteignung verlangte, das kann man nicht sachlich besprechen; man kann es nur zu erklären suchen durch die Menschen, die es ersonnen hatten und die daran glaubten.

Aber man darf für die Worte dieser kleineren Jünger durchaus nicht ihre grossen Propheten verantwortlich machen. Der treibende Gedanke des Manifestes stammte von Marx; die Ausführung des Gedankens muss auch ihm ein leichtes Lächeln entlockt haben. Schien sie doch selbst einem Liebknecht zu naiv, um zu ihrer Verbreitung beizutragen. Es musste deshalb die öffentliche Meinung vollkommen irre führen, wenn Adolf Wagner ein paar Monate später verkündete: „In den wenigen Sätzen des Manifestes ist die Quintessenz des ganzen ökonomischen Systems von Marx-Lassalle, der Bibel unserer Sozialdemokraten, enthalten.“ [140])

Sozialpolitisches Interesse verdient der letzte Punkt des Programmes, in dem den Landarbeitern Gewinnbeteiligung empfohlen wird. Man hielt also diese Lohnform damals noch für einen sozialen Fortschritt. Später hat sich das sehr geändert. Denn man kam bald zu der Erkenntnis, dass diese Lohnform unter Umständen eine Lohnerhöhung hintanzuhalten oder gar

[140]) „Die Abschaffung des privaten Grundeigentums.“ Leipzig 1870. S. 14.

eine Lohnreduktion zu cachieren vermag. Dass man noch im Jahre 1869 die Gewinnbeteiligung zur offiziellen Forderung machte, das verdient ebensoviel Beachtung, als die Hoffnungen, die man naiver Weise mit ihr verband.

Obwohl das Genfer Manifest in der Schweiz erschien, war es doch für Deutschland bestimmt. Es wurde vor allem in den südwestdeutschen Bauerngebieten verteilt; die Wirkung kann man sich denken. Liebknecht hatte den Misserfolg des Manifestes vorausgesehen und es erst nach langem Widerstreben — nur unter ausdrücklicher Quellenangabe — im „Volksstaat" abgedruckt. Er hatte bereits eine eindringliche Lehre empfangen durch die Wirkung, die der Baseler Beschluss in Deutschland ausübte.

Schon die Brüsseler Resolution hatte viele Arbeiter und ganz besonders viele bürgerliche Demokraten im höchsten Grade misstrauisch gemacht gegen die Internationale Arbeiter-Assoziation. Immerhin, jene erste Resolution hatte die Oeffentlichkeit wenig beschäftigt. Nun aber platzte der kurze, kategorische Baseler Beschluss gleich einer Ladung Dynamit; auf einen Schlag sprengte er bürgerliche und proletarische Demokratie auseinander. Man hatte schon in Nürnberg und Eisenach die Abschaffung der bestehenden Wirtschaftsverfassung verlangt. Aber man hatte niemals offen und unzweideutig gesagt, was einst an ihre Stelle treten sollte. Der Kongress von Basel gab klare Antwort; sie lautete: Kommunismus. Es kam hinzu, dass man zu Basel auch in einer besonderen Resolution die Beseitigung des Erbrechtes gefordert hatte.

Die Parteileitung der sogenannten Eisenacher Richtung fasste den Plan, ihrerseits ein Manifest herauszugeben, als Kommentar zu den Baseler Beschlüssen; aber ohne diese Beschlüsse auch nur im Geringsten zu beschönigen, oder ihre Folgen irgendwie zu verhüllen. Liebknecht riet ab, und die Sache unterblieb. Er machte sich gar keine Illusionen darüber, wie wenig selbst die Arbeiter damals noch derartig offenen Kommunismus vertrugen. Er wusste auch, dass es noch viel länger dauern werde, bis man einmal an die Bauern herankomme. Aber dass man irgendeinmal die Bauern gewinnen müsse, davon war er fest überzeugt. Den Grund hat er einmal kurz und klar an seinen

Parteigenossen Bracke geschrieben: „Wir brauchen die Bauern nicht, um Revolution zu machen, aber keine Revolution kann sich halten, wenn die Bauern dagegen sind".[141]) Und er fügte hinzu: „Die Franzosen wussten, was sie thaten, als sie auf dem Baseler Kongress gegen die Abstimmung protestierten". Er meinte damit, dass bisher stets in Frankreich die Revolutionen der Pariser Arbeiter durch die Bauern um ihre Resultate gebracht worden seien. Marx hatte ihn das vor allem gelehrt, der es besonders für das Jahr 1848 nachzuweisen versuchte. Auf die tiefere Bedeutung dieser historischen Erfahrung haben wir zuvor hingewiesen.

Liebknecht hatte als strenger Marxist natürlich für die Vergesellschaftung des Bodens stimmen müssen; obwohl er gemeint hatte, eigentlich sollte man über theoretische Fragen überhaupt nicht abstimmen. Jedoch die prinzipiellen Gründe hatten seine praktischen Bedenken überwogen. Jetzt aber hielt er es für gut, ein Ventil zu öffnen. In der damaligen Parteizeitung, dem „Demokratischen Wochenblatt", brachte er folgende Notiz:

„Man hat gefragt, welche Stellung nimmt die sozialdemokratische Arbeiterpartei zu dem Baseler Beschluss über das Grundeigentum?

Antwort: Gar keine. Jedes einzelne Parteimitglied kann und soll Stellung nehmen; der Partei als solcher steht dies nicht zu, zumal sie nach keiner Seite hin durch den Beschluss gebunden ist — ebenso wenig wie die Internationale Arbeiter-Assoziation selbst. Ueberhaupt hat dieser Beschluss, gleich allen Beschlüssen theoretischer Natur, bindende Kraft nur für Diejenigen, welche für ihn gestimmt haben." [142])

Das war vorsichtig, und es war alles, was man billigerweise von ehrlichen Marxisten verlangen konnte. Als die Süddeutsche Volkspartei offene Verleugnung der Baseler Resolution forderte, musste die Sozialdemokratie das kategorisch ablehnen. Damit hatten die Arbeiter einen deutlichen geraden Strich gezogen zwischen sich und den radikalsten bürgerlichen Politikern. Die Anhänger Lassalle's hatten freilich auch nicht einen Augenblick lang geschwankt. Ihr Führer Schweitzer erklärte sich in dem

[141]) „Leipziger Hochverratsprozess." S. 196.
[142]) „Demokratisches Wochenblatt." 30. IX. 1869.

zu Berlin erscheinenden „Sozialdemokraten“ sofort für den Baseler Beschluss. Er hatte nicht Unrecht mit seinem Spott über die Eisenacher Halbsozialisten.

Denn auch vielen sozialdemokratischen Arbeitern war dieser offene Kommunismus schwer auf den Magen gefallen. Sie zu beruhigen veröffentlichte der „Volksstaat“ (so hatte man seit dem 1. Oktober 1869 das „Demokratische Wochenblatt“ umgetauft) einen Artikel des bekannten Zürichers Hermann Greulich: „Zur Heulmeierei gegen den Baseler Kongress“.[143]) Darin motivierte Greulich seine Zustimmung zu dem Baseler Beschluss mit der Rücksicht auf das englische Proletariat. In England litten die Arbeiter ganz besonders unter der Konzentration des Bodens in wenigen Händen. „Der Kongress der Trades-Unions in Birmingham hat vor etwa vier Wochen eine Resolution angenommen, dass Grund und Boden Staatseigentum werden soll.“ Die englischen Delegierten hätten auch in Basel auf der Resolution bestanden, und es wäre reaktionär gewesen, ihnen zu opponieren. Denn thatsächlich gehöre ja doch auch in der Landwirtschaft dem Grossbetrieb die Zukunft.

Allerdings, ganz andere Verhältnisse als drüben in England herrschen auf dem Kontinent; vor allem in Süddeutschland und der Schweiz. „Wie sich da die Sache weiter machen wird, ist nicht so leicht zu sagen. Man kann nicht schlechtweg behaupten, dass sich so wie in England im letzten Jahrhundert, so auch hier das Grundeigentum in die Hände einzelner konzentrieren wird; es ist möglich und auch wünschenswert, dass durch Staatsbanken und Gemeinde-Garantie-Genossenschaften die Bauern sich von den Kapitalisten mehr emanzipieren und durch gemeinschaftliche Anschaffung von Maschinen, sonstige gemeinschaftliche Einkäufe, Erbauung gemeinschaftlicher und sicherer Scheunen, verbesserte landwirtschaftliche Schulen u. s. w. mehr zu kooperativer (genossenschaftlicher) Arbeit hingeleitet werden, und so auf anderem Wege zu denselben Resultaten gelangen wie England; aber das zu bestimmen, ist nicht unsere Aufgabe, wir sind keine Systemkrämer, und die Ansichten

---

[143]) Volksstaat. 6. X. 1869.

der Delegierten zum Baseler Kongress gingen in dieser Beziehung sehr weit auseinander".

Der Dr. David von 1869! Auch die Franzosen waren für den Kleinbetrieb eingetreten; aber nur unter dem Zwang politischer Verhältnisse und nur mit moralischer Argumentation. Hier wurde zum ersten Male ein ökonomisch-historischer Zweifel ausgesprochen gegenüber den marxistischen Käutzchenrufen vor dem Fenster des deutschen Bauern. Es wurde die Möglichkeit zugegeben, dass der bäuerliche Betrieb sich aufrecht halten und sogar prosperieren könne. Es wurden Produzenten-Genossenschaften angeregt an Stelle der marxistischen Produktivgenossenschaften. Es wurde eben ganz jenes Agrarprogramm entwickelt, das man heute bezeichnen kann als das Ideal des Dr. David.

So interessant der Artikel Greulichs für uns ist, die wir auf ihn zurückschauen, so geringe Bedeutung besass er für seine eigene Zeit. Ueberhaupt wurde schon im folgenden Sommer die ganze sozialistische Agrarfrage von der Tagesordnung weggeweht durch den Kriegssturm, der sich zwischen Frankreich und Deutschland erhob.

Allerdings scheinen sich jene Volksschichten, die für sozialdemokratische Agitation in Betracht kamen, doch nicht so schnell über den Baseler Beschluss beruhigt zu haben. Denn im Frühjahr des Jahres 1870 sah sich der leitende Ausschuss der Partei veranlasst, Marx um eine Broschüre zu bitten über die bestehenden Grundeigentumsverhältnisse und die Notwendigkeit einer Vergesellschaftung des Bodens. Jedoch, der Krieg trat dazwischen; Marx wurde zu sehr von anderen Dingen in Anspruch genommen. — Liebknecht hatte im März 1870 seinen bekannten Vortrag „Zur Grund- und Bodenfrage" gehalten; wir werden darauf später zurückkommen.

Der hervorragendste sozialdemokratische Agitator war schon damals August Bebel. Dieser hielt wenige Wochen nach dem Baseler Kongress in Stuttgart einen Vortrag über die soziale Frage. Im Verlaufe des Abends wurde er von einem Volksparteiler über seine kommunistische Gesinnung und insbesondere über die Bodenfrage interpelliert. Daraus entspann sich eine längere Polemik zwischen Bebel und der „Demokratischen Kor-

respondenz", die, wie es scheint, ebensoviel zur Klärung der öffentlichen Meinung beigetragen hat, als zur Klärung innerhalb der Sozialdemokratie selbst. Die Ausführungen Bebels wurden unter dem Titel: „Unsere Ziele" in zehntausenden von Exemplaren verbreitet; darin liegt ihre Bedeutung.

Gegen Schluss dieser Broschüre kommt ihr Verfasser auf die Bodenfrage zu sprechen und schildert den Untergang des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes in Mittel- und Süddeutschland. Da giebt es den Parzellenbauern, der durch die freie Teilbarkeit auf immer kleinerem Bodenfetzen eingeengt wird. Seinem Acker mangelt vor allem der Dünger. „Um Vieh zu halten, reicht sein Feld nicht; den Dünger zu kaufen, fehlen ihm die Mittel; die natürliche Folge davon ist Verminderung des Ertrages".[144]) Er muss zur Hausindustrie greifen als Nebenerwerb. Aber auf die Dauer verträgt sich das nicht mit der Landwirtschaft; er wird zum reinen Industriearbeiter. Seine Parzelle kauft ein Kapitalist; der betreibt die Landwirtschaft nun im Grossen. Er baut zuerst Getreide, dann legt er sich allmählich auf die Viehzucht; die rentiert immer besser, „ergo ist die Viehzucht seine Hauptstärke".[145])

„Die kleinen Schlucker sind nach und nach verschwunden, jetzt nehmen die Stelle der früheren Kleinen die ehemaligen Mittelleute ein." Die können weder Maschinen anwenden, noch „verbesserte Düngereinrichtungen". Versuchen sie es doch, so muss Geld geborgt werden; sie geraten in Schulden. Tritt nun irgend ein Unglücksfall ein, Kündigung des Gläubigers oder Missernte, dann ist der Bauer ruiniert. Auch seinen Hof verschlingt der kapitalistische Grossgrundbesitz. Nichts kann helfen: weder Beschränkung der Teilbarkeit noch andere Mittel der heutigen Gesellschaft.

Nichts kann helfen als grosse Produktivgenossenschaften auf Domänen, Fideikommissen, Kirchengütern, Schatullgütern etc. Weiter müsste der Staat gesetzlich die

[144]) „Unsere Ziele." Berlin 1893. 10. Auflage. S. 43. Seit 1885 lehnt es Bebel in der Vorrede ab, für alle Teile der Schrift noch heute die Verantwortung zu tragen. Das hindert uns nicht, sie historisch zu betrachten.

[145]) S. 45.

Zusammenschlagung der kleinen Güter und deren gemeinsame Bebauung anordnen. Die Grossgrundbesitzer würden entweder durch Entziehung der Arbeitskräfte in Folge der angedeuteten Massregeln ganz von selbst genötigt werden, ihre Güter an den Staat zu gesellschaftlicher Bewirtschaftung abzutreten, oder der Staat müsste dieselben expropiieren (des Eigentums entledigen)."[146]) Natürlich seien die Verhältnisse verschieden in den verschiedenen Staaten. In England könne die Vergesellschaftung leichter und schneller durchgeführt werden, als etwa in Frankreich und Deutschland. Hier, auf dem Festland, gebiete die Rückständigkeit der Bauern grössere Vorsicht.

Diese Schilderung — ob richtig oder nicht — muss in all ihrer warmen Ehrlichkeit und Kraft auf Tausende von Menschen eine hinreissend-überzeugende Wirkung geübt haben. Aus ihrem Inhalt verdient eine Stelle unser besonderes Interesse. Bisher hatte man höchstens für den Grossgrundbesitz zwangsweise Expropriation verlangt; die Bauern sollten durch die Thatsachen überzeugt werden; mit mathematischer Sicherheit musste ihnen die historische Entwicklung freiwillige Erkenntnis bringen oder ökonomischen Ruin. Bebel dachte umgekehrt. Der Kleinbetrieb war am meisten veraltet; darum musste der Kleinbetrieb zuerst beseitigt werden. Diese Konsequenz, frei von Rücksichtnahme und Sentimentalität, würde bei einem Theoretiker, wie Marx, niemanden wundern. Aber wie passte sie zu dem Praktiker Bebel, dem ersten und klügsten Agitator des Sozialismus?

Es giebt nur eine Erklärung: Bebel muss empfunden haben, dass die Sozialdemokratie trotz aller Rücksichtnahme die Bauern doch nicht werde gewinnen können. Dass, wie Liebknecht einmal sagte, der Name „Volkspartei" einen Widerspruch in sich selbst bedeute. Dass auch die stärkste und zukunftsreichste Partei ihr Schwergewicht stets nur in einer einzigen Klasse haben könne. Dass die Sozialdemokratie darum — in ihrem Kern — sich begnügen müsse, Arbeiterpartei zu sein. Es handelte sich hier um keine Frage der prinzipiellen Ueberzeugung, sondern um eine Frage praktisch-politischer Rücksichtnahme. Wer unter Bauern agitieren wollte, musste Konzessionen machen.

---

[146]) S. 47.

Wer aber die letzte Konsequenz zog, dem lagen zwar deshalb die Bauern nicht weniger am Herzen, aber er bewies, dass er sie nicht in die Partei des Proletariats hineinzupressen gedachte.

Man hat den Eindruck, als ob während der siebziger Jahre die Masse der Partei diese Auffassung Bebels instinktmässig geteilt habe. Man verzichtete de facto auf die Gewinnung der Bauern; man blieb, was man war: Arbeiterpartei. Dass die Lassalleaner niemals von diesem Standpunkt abgewichen waren, das sahen wir bereits. Dem allem widerspricht durchaus nicht die Aufregung, die der Baseler Beschluss hervorgerufen hatte. Denn wo es wirklich Parteigenossen oder andere Arbeiter waren, die den Beschluss bedenklich fanden, — da hatte sie in Wahrheit nicht das Verlangen nach Bodenverstaatlichung geschreckt, sondern der Kommunismus an sich, der hier zum ersten Male, ungeschminkt und ungepudert, sein Haupt erhob.

Es war kaum fünf Wochen vor der französischen Kriegserklärung, als die Eisenacher Sozialdemokraten in Stuttgart zu ihrem Parteitage zusammenkamen.

Selbstverständlich, dass sich die Bodenfrage hier nicht umgehen liess. Bebel hatte das Referat und wiederholte im ganzen die Gedanken seiner Broschüre. In der Einleitung meinte er: „Die Angriffe, welche auf die Baseler Beschlüsse geschehen, sind hauptsächlich aus dem Lager der Volkspartei gekommen, die da fürchtete, ihren bäuerlichen Anhang zu verlieren, und darum bestrebt war, jene vorgeschlagene Lösung der Grund- und Bodenfrage der ländlichen Bevölkerung im ungünstigsten Lichte erscheinen zu lassen. Wir haben das gegenteilige Interesse; für uns gilt es, auch die ländlichen Arbeiter in das sozialistische Lager herüberzuziehen, und es wird uns das am leichtesten gelingen, wenn wir imstande sind, ihnen hier persönliche Vorteile zu bieten.“ [147]) Die Volkspartei sucht also die Bauern in ihren Reihen zu halten; die Sozialdemokratie muss danach streben, die ländlichen Arbeiter zu gewinnen. Bebel brachte dann folgende Resolution ein, die nach einiger Diskussion Annahme fand:

„In Erwägung, dass die Erfordernisse der Produktion,

---

[147]) Protokoll des Stuttgarter Kongresses. Leipzig 1870. S. 15.

wie die Anwendung der Gesetze der Agronomie — wissenschaftliche Bearbeitung des Bodens — den Grossbetrieb beim Ackerbau erheischen, und, ähnlich wie in der modernen Industrie, die Einführung von Maschinen und die Organisation der ländlichen Arbeitskraft notwendig machen, und dass im allgemeinen die moderne ökonomische Entwicklung den Grossbetrieb im Ackerbau erstrebt;

in Erwägung, dass demgemäss bei dem Ackerbau wie bei der Grossindustrie die allmähliche Verdrängung der kleinen und mittleren Eigentümer durch die Grossbesitzer vor sich geht, das Elend und das Abhängigkeitsverhältnis der weitaus grössten Mehrzahl der Ackerbaubevölkerung zu gunsten einer kleinen Minorität stetig zunimmt und das den Gesetzen der Humanität und Gerechtigkeit zuwiderläuft;

in Erwägung, dass die produktiven Eigenschaften des Bodens, die keine Arbeit erheischen, das Material aller Produkte und aller brauchbaren Dinge bilden:

spricht der Kongress die Ansicht aus,

dass die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit machen wird, das Ackerland in gemeinschaftliches Eigentum zu verwandeln und den Boden von Staatswegen an Ackerbaugenossenschaften zu verpachten, welche verpflichtet sind, das Land in wissenschaftlicher Weise auszubeuten und den Ertrag der Arbeit nach kontraktlich geregelter Uebereinkunft unter die Genossenschaft zu verteilen.

Um die vernünftige und wissenschaftliche Ausbeutung des Grund und Bodens zu ermöglichen, hat der Staat die Pflicht, durch Errichtung entsprechender Bildungsanstalten die nötigen Kenntnisse unter der ackerbautreibenden Bevölkerung zu verbreiten.

Als Uebergangsstadium von der Privatbewirtschaftung des Ackerlandes zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung fordert der Kongress, mit den Staatsdomänen, Chatullengütern, Fideikommissen, Kirchengütern, Gemeindeländereien, Bergwerken, Eisenbahnen etc. zu beginnen, und erklärt sich

deshalb gegen jede Verwandlung des oben angeführten Staats- u. Gemeindebesitzes in Privatbesitz.“ [148])

Diese Resolution stimmte in ihrer ersten Hälfte fast wörtlich überein mit dem Beschluss von Brüssel. Umsomehr eigenes Interesse bietet der zweite Teil; hier werden zum ersten Male ganz bestimmte Forderungen an den bestehenden Staat gestellt. In der Diskussion erhoben Liebknecht und andere dagegen Widerspruch. Aeusserlich mit der Begründung: „Wenn einzelne Forderungen seitens der Partei ausgesprochen werden sollen, so sei noch vieles zu erwähnen, was in der Resolution nicht Platz gefunden habe.“ [149]) In Wahrheit war sich wenigstens Liebknecht bewusst, dass man hier in einer Klemme steckte zwischen politischen und ökonomischen Motiven. Es ist ja merkwürdig, dass man für die Erhaltung des öffentlichen Besitzes so eifrig eintrat, aber kein Wort zu sagen wusste über seine Vermehrung. Oekonomisch war das Eine so wünschenswert wie das Andere. Politisch erhoben sich gegen beide gleich starke Bedenken; beide waren geeignet, die Macht des bestehenden Staates zu vergrössern. Zu konsequenter Entscheidung nach einer Seite fühlte man sich noch zu unsicher; darum jener Mittelweg.

Auch der hierauf folgende Parteitag zu Dresden 1871 muss an dieser Stelle erwähnt werden, obwohl er sich unmittelbar mit keiner Agrarfrage beschäftigte. Man nahm dort eine Resolution an, in welcher der gesetzliche Zehnstundentag gefordert wurde. Vom Achtstundentag war noch garnicht die Rede. In der Debatte über diese Resolution beklagte sich ein sächsischer Delegierter, dass man die Landarbeiter nicht besonders erwähnt habe. Allerdings seien ja beide Kategorien in dem Worte „Arbeiter“ enthalten; aber er schien es doch für agitatorisch wirksamer zu halten, wenn man den Zehnstundentag für die Landarbeiter noch einmal besonders forderte. Er musste sich von einem Landsmann belehren lassen, dass ein solcher Normalarbeitstag sich nicht mit der Agrikultur vertrage; man müsse hier die Arbeitszeit jährlich bemessen.

Auch der bekannte Johann Most äusserte sich zu dieser Frage. Er war nicht dafür, besondere Rücksicht zu

[148]) S. 16.
[149]) S. 18.

nehmen auf die Landbevölkerung. „Die sozialdemokratische Partei hat alles, was sie bisher zu thun imstande war, auch in dieser Beziehung gethan. Wir haben Manifeste verbreitet, es ist unter der Landbevölkerung agitiert worden und wir haben in jeder Hinsicht unsere Pflicht gethan;“ [150]) aber in der Landwirtschaft habe eben die Entwicklung zum Grossbetrieb nicht jene Rolle gespielt, wie in der Industrie. „Hier ist noch das kleinbäuerliche Eigentum vorherrschend. Wir haben Kleinbauern und sogenannte Knechte und diese Leute sind nun einmal vorläufig für die Bewegung noch nicht zu gewinnen, es lassen sich noch nicht Mittel und Wege finden, diesen Menschen den Sozialismus beizubringen.“ „Wir fassen das gesamte Proletariat ins Auge, das ländliche wie das industrielle; allein die Dinge liegen so: die industriellen Arbeiter sind die .... Mauerbrecher und sie werden die Mauern brechen und wenn sie durchgedrungen sind und wenn der intelligente Teil der Arbeiter seine Forderungen durchgesetzt hat, ... dann wird auch den Landbewohnern gehörig geholfen.“

In den folgenden Jahren bis zum Erlasse des Sozialistengesetzes spielte die Agrarfrage kaum mehr eine Rolle in der Partei. Die Agitation beschränkte sich fast durchaus auf Industrieorte; aufs Land kam man selten. Hatte man draussen wirklich einmal bei dieser oder jener Wahl einigen Erfolg, so ging der bis zum nächsten Male regelmässig wieder verloren. Die Landarbeiter, die es einmal gewagt hatten, rote Stimmzettel abzugeben, konnten bei späteren Wahlen daran leicht verhindert werden. Wo vielleicht einmal kleine Häusler für den Sozialdemokraten gestimmt hatten, da wollten sie gewiss nur ihrem Aerger Luft machen über irgend eine Maassnahme der Regierung. Dass auch nur ganz minimale Teile der ländlichen Bevölkerung wirklich sozialdemokratische Gesinnung annahmen, das kam überhaupt nicht vor; wurde von der Partei in Wahrheit auch gar nicht erwartet. Es kann natürlich garnichts dagegen beweisen, wenn etwa die „Deutsche Landwirtschaftliche Zeitung“ im Jahre 1877 sehr erschrocken meldete: In Hennigsdorf (Ost-

[150]) Protokoll des Dresdener Kongresses im August 1871. Leipzig 1872. S. 24.

havelland) sei von den Bauern ein sozialdemokratischer Barbier zum Schulzen gewählt worden.[151]) Ueber die näheren Umstände dieser Wahl und ob sie von der Staatsbehörde bestätigt wurde, habe ich leider nichts erfahren können.

Von den Parteitagen dieses Jahrzehntes ist nur zu erwähnen, dass man 1873 und 1874 plante, die Forderung der Produktivassoziationen wieder aus dem Programm zu streichen. Man wollte für Arbeitergenossenschaften auch unter den besten demokratischen Garantieen vom heutigen Staate keine Unterstützung verlangen. Vor allem sah man ein, dass immer nur ein Teil der Arbeiterschaft in solcher Form organisiert werden kann, und man fürchtete, damit das Proletariat in zwei verschiedene Klassen zu teilen. Natürlich standen die industriellen Genossenschaften bei allen diesen Debatten im Vordergrunde.

Aber es kam doch nicht zur Beseitigung jenes Programmpunktes. Denn im Jahre 1875 vereinigten sich Eisenacher und Lassalleaner; nun musste man den Anhängern Lassalles die Produktivgenossenschaft zugestehen. In dem neuen Gothaer Programm hiess es:

„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, dass aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.“[152])

2.

Es wurde bereits erwähnt, dass Liebknecht im März des Jahres 1875 vor den Arbeitern von Meerane einen Vortrag gehalten hatte, um den Baseler Beschluss zu begründen und zu kommentieren. Dieser Vortrag ist zuerst 1874, zum zweiten Male 1876 mit vielem Material versehen, im Buchhandel erschienen. Er trägt den Titel „Zur Grund- und Bodenfrage“. Wie alle sozialdemokratischen Agrarschriften seit Marx verdient auch diese Broschüre kaum wegen ihres Inhaltes

[151]) „Vorwärts“, Leipzig. 2. IX. 1877.
[152]) Protokoll des Parteitages zu Halle. Berlin 1890. S. 3.

Beachtung, sondern in erster Linie wegen ihrer Verbreitung. Sie bildete bis in die neunziger Jahre hinein das agrarpolitische Handbuch der Sozialdemokratie.

Nachdem Liebknecht sehr ausführlich das Recht der Verstaatlichung verteidigt hat, schildert er auf mehr als 50 Seiten die Lage der französischen und der englischen Landbevölkerung. Der Inhalt seiner Schilderung ist uns im wesentlichen bekannt. Er lehnt sich eng an Marx und Eccarius an, bringt auch über diese hinaus einiges eigene Material, das aber sachlich nichts Neues bietet. Resumé: „Das französische System ruiniert den Staat; ruiniert das Land; ruiniert den Bauer; führt, wenn eine vernünftige, das Volkswohl erstrebende Politik nicht vorher eingreift, zum allgemeinen Bankrott und muss schliesslich, durch Anheimfallen der kleinen Höfe an die kapitalistischen Gläubiger oder durch Versteigerung an den Meistbietenden und Meisthabenden in das englische Landsystem übergehen.

Und das englische Landsystem? Es ermöglicht zwar eine relativ rationelle Bewirtschaftung des Bodens, raubt aber dem arbeitenden Volke die Früchte derselben, und wirft sie den wenigen Monopolisten in den Schoss; es verurteilt die sich abschindenden Bebauer des Bodens zur hoffnungslosen Armut und häuft auf die müssiggängerischen Eigentümer unermessliche Schätze, die sie teils in wüster Immoralität verprassen, teils, unter Anwendung der korruptesten Mittel zur Festigung ihrer ökonomischen und politischen Herrschaft benutzen. Es führt dahin, dass in nicht ferner Zeit eine Koalition von wenigen Familien, ja, dass eine Familie den ganzen Grund und Boden in ihrem Besitz vereinigt und das Land nach Belieben ausbeuten, das Volk nach Belieben aushungern kann.“ [153])

In Deutschland sei die Entwicklung noch hinter diesen beiden Ländern zurück. „Während wir im nordöstlichen Deutschland, namentlich im östlichen Teile Preussens, im östlichen Teile Holsteins und in Mecklenburg den englischen Grossackerbau haben, herrscht am Rhein und überhaupt im südwestlichen und mittleren Deutschland das französische Parzellensystem vor.“ Dazu muss bemerkt werden, dass immerhin ein grosser Unter-

[153]) „Zur Grund- und Bodenfrage.“ Leipzig 1876. II. Auflage. S. 82.

schied ist zwischen der Selbstbewirtschaftung deutscher Rittergüter und dem englischen Pachtsystem; Liebknecht hat diesen Unterschied nirgends beachtet. „Mag hier und da auf dem Lande der Bauer und Landarbeiter sich noch vergleichungsweise eines idyllischen Daseins erfreuen — nach den ehernen Gesetzen der heutigen Gesellschaftsorganisation eilen wir unaufhaltsam im Norden und Osten englischen, im Süden und Westen zunächst französischen, schliesslich aber gleichfalls, wenn nicht bei Zeiten die Entwicklung in andere, heilsame Bahnen geleitet wird, durch die notwendige Aufsaugung der kleinen Bauerngüter, englischen Zuständen entgegen.“ [154])

Es wird nun die Lage der nord- und ostdeutschen Landarbeiter geschildert; meist im Anschlusse an von der Goltz, aber oft über ihn hinausgehend; zum grossen Teile auch mit eigenem Material, das in der Regel den Tageszeitungen entnommen ist. Dann kommen die Kleinbauern Süd- und Westdeutschlands daran, deren Verhältnisse als nicht weniger ungünstig dargestellt werden, wie die der Landarbeiter. Alle diese Urteile stützen sich auf Thatsachen; allerdings, indem sie auch die geringste Kleinigkeit unmässig verallgemeinern, — wenn sie den ungünstigen Eindruck zu stärken vermag. Man darf eben bei der Lektüre dieser sozialistischen Schriften nie den Unterschied vergessen zwischen wissenschaftlicher und politischer Darstellung; ohne damit die eine irgendwie hinter der andern zurückzusetzen. Besonders schwache Argumente für die spezielle Notlage der Landbevölkerung sind allerdings die allgemeine Statistik der damaligen preussischen Einkommensteuer und die hohe Zahl der Militärdienst-Untauglichen. Da ist die starke Auswanderung eine bedeutend beweiskräftigere Thatsache; bloss begann sie gerade damals abzunehmen.

Im Anschlusse an Liebig wird dann die heutige Aussaugung und Verwüstung des Bodens geschildert. Und endlich kommt Liebknecht mit fast umständlicher Vorsicht zu dem Ergebnis: Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bevölkerung können nicht anders aus ihrer Not befreit werden, als durch Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden.

[154]) S. 83.

In England könnte das auf einen Schlag geschehen. Bei uns muss man auf die Bauern Rücksicht nehmen; man muss die Vergesellschaftung erst vorbereiten. Diese Vorbereitung kann erst in dem rein demokratischen Staate stattfinden und sie muss dann aus folgenden Maassregeln bestehen:

Während man die Bauern systematisch über ihre wahren Interessen aufklärt, werden ihre Hypotheken verstaatlicht. Das bedarf keines Zwanges; die Bauern werden darin selbst ihren Vorteil erkennen. Bei neuen Darlehen bedingt sich die Allgemeinheit rationelle Agrikultur aus und das Recht dauernder Kontrolle. So wird man „den Einzel-Kleinbetrieb allmählich in den genossenschaftlichen Grossbetrieb überleiten. Die Gemeinde, das Dorf ist ja eine natürliche Association".[155]) Man erinnere sich, dass dieses zweite Ziel de facto schon heute — wenigstens teilweise — verwirklicht ist, in den ländlichen Kreditvereinen und ihrem Kontrollrecht. Weiter fordert die Broschüre agronomischen Unterricht in Volksschulen und Akademien. Die Domänen sollen durch Produktivgenossenschaften im Grossen bewirtschaftet werden.

Zum Schlusse antwortet Liebknecht auf den Einwurf, die Sozialdemokratie sei ihrem Wesen nach ausschliesslich Arbeiterpartei. „Eine Arbeiterpartei sind wir, aber nicht in diesem beschränkten Sinne. Der Ackerbau ist so gut Industrie wie die Gewerbszweige, welche gewöhnlich unter diesem Namen begriffen werden. Und nicht blos der Lohnarbeiter in Stadt und Land ist Arbeiter, sondern jeder, der nicht von der Ausbeutung fremder Arbeit lebt, also auch der Kleinbauer, der Gewerbetreibende, der zwar dauernd oder zeitweilig fremde Arbeit benutzt, jedoch nicht in dem Maasse, dass er davon leben kann, ohne selbst zu arbeiten".[156]) Also jeder, der selbst arbeitet, ist nach Liebknecht ein Arbeiter und gehört zur Arbeiterklasse. Wie pflegen doch die grossen Herren zum Proletariat zu reden, wenn sie seine Stimme nötig haben? — „Wir sind ja alle Arbeiter!" ... Und Liebknecht nannte mit Stolz Karl Marx seinen Lehrer.

---

[155]) S. 175.
[156]) S. 187.

3.

War die Sozialdemokratie schon in den siebziger Jahren nicht über die minimalsten Beziehungen zu der landwirtschaftlichen Bevölkerung hinausgekommen, so verstand es sich von selbst, dass unter dem Sozialistengesetz von Landagitation erst recht keine Rede sein konnte. Am wenigsten in den ersten Jahren des Gesetzes, als seine Bestimmungen noch mit voller Strenge durchgeführt wurden.

Aber auch aus dieser ersten Zeit sind zwei Schriften zu erwähnen, die agrarpolitische Fragen zum mindesten neben ihrem eigentlichen Thema behandeln. Das eine ist Kautsky's Buch über „den Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft", das sich gegen die Theorie des Malthus richtet.

Malthus hatte behauptet, dass die Lebensmittel sich niemals so schnell vermehren lassen, wie sich die Menschen vermehren. Das gesteht Kautsky für die Gegenwart zu; er sucht, im Anschlusse an Liebig vor allem, nachzuweisen, dass die Landwirtschaft heute den ausgedehntesten Raubbau treibe. Aber das sei kein Naturgesetz, wie Malthus glaube; sondern die Hauptschuld daran trage das Privateigentum und in allererster Linie der bäuerliche Kleinbetrieb. „Durch den Uebergang zu einer höheren Produktionsweise kann man es dahin bringen, dass die Lebensmittel für eine gewisse Epoche nicht nur ebenso schnell, sondern sogar schneller wachsen, als die Bevölkerung. Die Umwandlung des Privateigentums an Grund und Boden und dessen Bearbeitung durch freie vernünftig organisierte Arbeiter ermöglichen einen solchen Uebergang zu einem vollkommeneren Betrieb".[157])

Das zweite Buch, das uns hier angeht, ist „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" von August Bebel. Dieses Buch erschien zuerst 1879; in späteren Auflagen erhielt es den Titel: „Die Frau und der Sozialismus". Sein Umfang ist seitdem um mehr als das Doppelte gewachsen; gerade über agrarische Fragen wurde das Thatsachenmaterial stark vermehrt; aber auch gerade in diesen Teilen hat sich nichts

---

[157]) „Der Einfluss der Volksvermehrung u. s. w." Wien 1880. S. 165.

Wesentliches geändert. Bebel nahm damals, 1879 und 1883, zum Kern der Agrarfrage keine andere Stellung ein, als heute in der 34. Auflage. Heute wie damals ist ihm der kleine Bauer „ein kulturhemmendes Element". „Wer die Rückwärtserei liebt, weil er dabei seine Rechnung findet, mag an der Fortexistenz dieser sozialen Schicht Genugthuung empfinden; der menschliche Fortschritt bedingt, dass sie verschwindet".[158]) Die einzige interessante Aenderung ist diese: 1883 wandte sich Bebel gegen den Einwurf, es sei heute ein Anwachsen der Kleinbetriebe zu beobachten. Er meinte damals, dieses Anwachsen sei gerade eine Folge übermässiger Parzellierung der selbständigen Bauernhöfe. Seit einigen Jahren ist dieses Argument gestrichen; dagegen werden die thatsächlichen Ergebnisse der Zählung von 1895 angeführt, nach denen gerade sämtliche Betriebsklassen von 5 ha an zugenommen haben; während gerade nur die kleineren Parzellenbetriebe zurückgegangen sind. Im Uebrigen wiederholt Bebel in der Hauptsache die marxistische Agrartheorie, welche wir bereits kennen. Nur wird ganz besonderes Gewicht gelegt auf die Fortschritte der Technik; in den neueren Auflagen vor allem auch auf die Zukunftshoffnungen der Chemie.

Diese hohe Schätzung der Fortschritte von Wissenschaft und Technik ist für Bebel charakteristisch; interessant ist, wie sie immer wiederkehrt und oft ganz augenscheinlich zur Ueberschätzung wird. Es sei hier als Beispiel eine Aeusserung angeführt, die er im Jahre 1902 auf dem Münchener Parteitage gethan hat: „Kein Zweifel, dass mit Hilfe der modernen Technik es in Bezug auf den Getreidebau, wie in Bezug auf die Viehzucht möglich sein werde, falls der gesamte deutsche Grund und Boden dementsprechend bewirtschaftet würde — das ist aber nur möglich in einer sozialistischen, nicht in einer kapitalistischen Organisation — für rund 150 Millionen Deutsche Nahrungsmittel zu liefern. Heute aber reicht die Produktion nicht einmal für 56 Millionen".[159]) Bebel fügt selbst hinzu, dass diese Berechnung von agrarischer Seite stamme; und in der That ist es merkwürdig, dass sich extreme Agrarier und extreme Sozialisten in diesem

[158]) „Die Frau und der Sozialismus." Stuttgart 1903. 34. Aufl. S. 403 u. „Die Frau in der Vergangenheit u. s. w." Zürich 1883. S. 143.

[159]) Protokoll des Münchner Parteitages. Berlin 1902. S. 228.

Optimismus zusammenfinden. So hatte schon 1891 im Reichstag der freikonservative Abgeordnete v. Frege dieselbe Ansicht geäussert, und Bebel hatte ihm ausdrücklich beigestimmt; indem er meinte, dass bei Durchführung aller agronomischen Fortschritte, „der deutsche Bedarf überreichlich gedeckt wäre, wir sogar im Stande wären, auszuführen".[160])

Es mag hier eine zweite Aeusserung Bebels zur Agrarfrage angemerkt werden, die mit der vorigen allerdings keinen anderen Zusammenhang hat, als dass sie in derselben Reichstagssitzung fiel. Sie ist aber ganz besonders charakteristisch für das Bild, das sich bedeutende sozialdemokratische Führer von unseren deutschen Bauernverhältnissen machen. Bebel behauptete nämlich: „Das Schwein des kleinen Mannes fällt für den Handel mit Schweinefleisch gerade so viel oder so wenig ins Gewicht, wie für den Handel mit Getreide der Getreidebau des kleinen Bauern, der unter 5 Hektaren Boden sein eigen nennt, ins Gewicht fällt". Demgegenüber ist heute bekannt genug, dass überhaupt kein anderer landwirtschaftlicher Produktionszweig in so hohem Grade die Domäne des Kleinbetriebes genannt werden darf, als gerade die Schweinezucht. Wenn das auch vor einem Jahrzehnt noch nicht ganz so stark hervortrat wie heute, so konnte doch die Thatsache selbst schon damals deutlich genug konstatiert werden. Bereits nach der Viehzählung von 1883 kamen in der Provinz des grössten Grundbesitzes, in Schlesien, nur 12,9 Schweine auf 100 Hektar, während ein Kleinbauerngebiet wie Baden 19,3 Schweine auf derselben Fläche zählen konnte, Hessen sogar 21,2, Sachsen-Weimar 28,2. Dagegen: Brandenburg 14,3, Pommern 14,8, Westpreussen 14,5.[161]) Man sieht aus diesen Zahlen, dass schon zu Beginn der achtziger Jahre die Schweinezucht viel grösseres Gewicht für den Bauer gehabt hat, als für den Grossgrundbesitzer. Dass aber der Bauer einen so bedeutenden Produktionszweig nicht blos für den eigenen Konsum betrieben hat, das versteht sich wohl von selbst. Ueberdies weiss jeder, dass gerade die norddeutschen Bauerndistrikte das Hauptverkaufsgebiet darstellen für Produkte der Schweinezucht.

---

[160]) Stenogr. Ber. der Reichstagsverh. 23. I. 1891. — Man vergleiche auch „Die Frau und der Sozialismus", 34. Auflage. Stuttgart 1903. S. 390.

[161]) „Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich." Jahrg. 1890. S. 20.

Nachdem das Sozialistengesetz einige Jahre bestanden hatte, begann die Reichsregierung seine Handhabung mehr und mehr zu mildern. Zugleich erholte sich die Partei allmählich von den ersten Schlägen und fand von Jahr zu Jahr neue Wege, das Gesetz zu umgehen. Im Anfange hatte man alle Not, die Wirkungen der strengen Verfolgung, der Vereinsauflösungen, des Zeitungs- und Schriftenverbotes nach Möglichkeit zu mildern. Später hiess es dann, die abgesprengten Anhänger wieder zu sammeln, sie wieder mit neuem Mut und neuen Hoffnungen zu erfüllen. Erst in den letzten Jahren des Gesetzes durfte man daran denken, auch neue Schichten und Menschen für die sozialistische Idee zu gewinnen. Im Jahre 1887 hatten die sozialdemokratischen Reichstagswähler das siebente Hunderttausend überschritten; in dieser Zeit begann man wieder, sich mit agrarischen Fragen zu beschäftigen. Als der Parteitag zu St. Gallen, 1887 eine Kommission wählte, um das Gothaer Programm zu revidieren, da wurde auch besonders darauf hingewiesen, dass man „den Interessen der landarbeitenden Bevölkerung" besser gerecht werden müsse.[162])

In demselben Jahre gab Engels seine Schrift „zur Wohnungsfrage" zum zweiten Male heraus und kam in dem neuen Vorwort, von der Hausindustrie ausgehend, auch auf die deutschen Bauern zu sprechen. Er meinte: „In der That drängt sowohl die wachsende Notlage der deutschen Parzellenbauern wie die allgemeine Lage der deutschen Industrie zu einer immer weiteren Ausdehnung der ländlichen Hausindustrie. Es ist dies eine Erscheinung, die Deutschland eigentümlich ist .... nur in Irland sehen wir die Hausindustrie der Kleiderkonfektion, ähnlich wie in Deutschland, von wirklichen Bauernfamilien betrieben."[163]) „Nun ist aber diese ländliche Hausindustrie und Manufaktur, die in ihrer Ausdehnung der entscheidende Produktionszweig Deutschlands geworden, und die damit das deutsche Bauerntum mehr und mehr revolutioniert, selbst nur die Vorstufe einer weiteren Umwälzung."[164]) Leider giebt Engels auch nicht eine einzige Thatsache an, um seine

[162]) „Verhandlungen des Parteitages in St. Gallen." Zürich 1888. S. 47.
[163]) „Zur Wohnungsfrage." Zürich 1887. II. Auflage. S. 6.
[164]) S. 9.

Behauptungen zu rechtfertigen, Wir erhalten keine Zahlen, die eine solche Bedeutung der Hausindustrie als des „entscheidenden Produktionszweiges“ zu beweisen suchen; wir erhalten nicht den geringsten Anhalt für die fortschreitende Revolutionierung des Bauerntums durch diese bedeutende Hausindustrie; und nirgends wird uns erklärt, wieso die Hausindustrie heute schon von der Notlage desselben Parzellenbauern geschaffen wird, den sie morgen erst revolutioniert; worunter Engels die Revolutionierung oder Verelendung seiner Wirtschaft versteht. Noch interessanter wäre es gewesen, den Namen der Gegend kennen zu lernen, in der Engels „wirkliche“ deutsche Bauernfamilien „die Hausindustrie der Kleiderkonfektion“ hat betreiben sehen. Im Jahre 1885 hatte er den zweiten Band des „Kapitals“ herausgegeben; er hatte im Vorwort mitgeteilt, dass er sich nunmehr mit der Bearbeitung des dritten Bandes beschäftigen werde. Es scheint in der That, als habe sich Engels in diesen Jahren mehr mit dem dritten Bande des „Kapitals“ beschäftigt, als mit den thatsächlichen Verhältnissen der deutschen Hausindustrie und des deutschen Bauern.

Auch was Engels hier von der Bauernwirtschaft sonst erzählt, deutet sehr auf den Einfluss dessen hin, was Marx in dem Abschnitte über das Parzelleneigentum erzählt hat. „Der Ruin des Kleinbauern“ meint Engels, „unvermeidlich von der Zeit an, wo seine industrielle Hausarbeit für den Selbstgebrauch durch das wohlfeile Konfektions- und Maschinenprodukt, und sein Viehstand, also seine Düngerproduktion durch die Zerstörung der Markverfassung, der gemeinen Mark und des Flurzwangs vernichtet wurden, dieser Ruin treibt die dem Wucher verfallenen Kleinbauern der modernen Hausindustrie gewaltsam zu.“ [165]) Eine historische Darstellung der sozialdemokratischen Agrarpolitik ist nicht der Ort zur ökonomischen und statistischen Widerlegung aller ihrer Irrtümer; aber wir dürfen doch darauf aufmerksam machen, dass beispielsweise der Viehstand des deutschen Bauern gerade seit jener Zeit sich ganz ausserordentlich gehoben hat. So hat sich die Zahl der Schweine von 1883 bis 1900 in Hessen fast, in Oldenburg und Schleswig-Holstein

[165]) S. 9.

mehr als verdoppelt; ebenso in Hessen-Nassau, Westphalen, der Rheinprovinz, und ähnlich in den übrigen deutschen Bauerngebieten. Das war die Vernichtung des bäuerlichen Viehstandes!

In demselben Jahre 1887, in dem Friedrich Engels dieses Vorwort schrieb, erschien in dem sozialdemokratischen Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart „ein freibearbeiteter Auszug" aus einem Buche des Russen N. Kablukow über die „ländliche Arbeiterfrage."[166]) Die Schrift selbst behandelt die Frage nur für England und geht uns hier nichts an. Dagegen hat der Herausgeber, der nicht genannt ist, dem Buche ein Schlusswort beigegeben, das sich mit der agrarischen Bewegung in Deutschland beschäftigt. Es wird da zu zeigen gesucht, dass auch die höchsten Getreidezölle der Landwirtschaft keinen Nutzen bringen, ja nicht einmal eine Erhöhung des Getreidepreises hervorrufen können. Im Gegenteil: „indem sie die Konkurrenz zu immer grösseren Anstrengungen herausfordern, wird die Landwirtschaft etwas früher in Stücke gehen, als es vielleicht sonst der Fall gewesen wäre."[167]) Des weiteren wird dann die agrarische Forderung der Doppelwährung besprochen, und es wird darauf hingewiesen, dass diese Forderung allein durch den Wunsch nach Herabdrückung der Arbeitslöhne verursacht sei, und dass ihre Verwirklichung thatsächlich diese Konsequenz haben müsse.

Auf der anderen Seite hat der Bauer, nach der Meinung dieses Herausgebers, weniger unter der Krise gelitten, als sein grösserer Nachbar. ... Es sei „eine bekannte Thatsache, dass der Garten- und Milchwirtschaft treibende Kleineigentümer, wenn auch unter harter Arbeit, eine leidliche Existenz hat; natürlich kann er sich nur in industriellen Bezirken oder in der Nähe grosser Städte halten."[168]) Beispielsweise „ist infolge des Zusammenschliessens der kleinen Besitzer zur genossenschaftlichen Produktion (in ihrer rohesten, auf Profit berechneten Form, wodurch auch zugleich der Todeskeim in sie hineingelegt worden ist) die Provinz Schleswig-Holstein von dem landwirtschaftlichen Notstand verschont geblieben, die

[166]) „Die ländliche Arbeiterfrage." Stuttgart 1887. II. Aufl. 1889.
[167]) II. Auflage. S. 183.
[168]) S. 170.

erzeugten Produkte gelten als die feinsten Marken und die Löhne der ländlichen Arbeiter sind anerkannt die höchsten in Deutschland.

Die sich vor ca. 30 Jahren entwickelnde Gemüseproduktion in einigen Teilen des nördlichen Deutschlands hat ähnliche Erfolge aufzuweisen.“ [169]) „Der eigentliche Notstand beginnt erst da, wo der Betrieb auf der Lohnarbeit beruht und vorzugsweise auf den Getreidebau angewiesen ist.“ [170])

Man sieht, dieser sozialdemokratische Agrarpolitiker steht der Zukunft des deutschen Bauern weit hoffnungsvoller gegenüber, als irgend einer seiner Parteigenossen, die sich bis 1887 zur Agrarfrage geäussert hatten; vielleicht mit Ausnahme jenes „Volksstaat“-Artikels von Hermann Greulich aus dem Jahre 1869. Besonders schlecht will diese günstige Meinung von der Lage des Kleinbauernbetriebes zu jenen pessimistischen Aeusserungen von Engels passen, die in demselben Jahre denselben Bauern unabwendbare Vernichtung weissagten. Allerdings, auch unser unbekannter Herausgeber kann das Prophezeien nicht lassen. Da es den Bauern selbst gar nicht so schlecht geht, so wird diesmal nur ihren Genossenschaften der Untergang vorausgesagt; denn sie sind „auf Profit berechnet“. Aber auf was sollen Molkereigenossenschaften — nur von diesen ist hier die Rede — sonst berechnet sein? Sie müssten denn ihren Profit geradezu den Konsumenten schenken. Es scheint, als ob auch hier die Produktivgenossenschaften als das vermeintliche Bessere der Feind des Guten gewesen sind.

Der folgenden Auflage dieses Buches hat der Verfasser des Schlusswortes einen weiteren Anhang beigegeben, der den Stand der Agrarfrage im Jahre 1889 behandeln soll. Er muss jetzt zugeben, dass der Zoll doch den Getreidepreis erhöht, und dass der relativ niedrige Preisstand von 1883—1887 nur durch besonders gute Ernten zu erklären ist; dass er also ohne den Zoll noch entsprechend niedriger gewesen wäre. Zugleich wird bestritten, dass die Notlage der Landwirte so gross sei, wie sie von ihnen dargestellt werde. Die Regierung habe genug für die

[169]) S. 172.
[170]) S. 173.

Landwirtschaft gethan; die sogenannten Liebesgaben werden eingehend besprochen. Endlich wird der damalige Stand der ländlichen Arbeiterfrage behandelt; die Landflucht, der durch sie verursachte Arbeitermangel und in erster Linie die elende Lage der Arbeiter selbst.

Zum Schlusse warnt der Verfasser den Grossgrundbesitz, er solle keine Krisen heraufbeschwören, die seinen eigenen Untergang herbeiführen müssten. Nicht nur ihre Landarbeiter, sondern das ganze Volk könne sonst gegen sie aufstehen. „In keiner Frage sind alle Klassen der Bevölkerung empfindlicher, als in der Frage des Preises der notwendigsten Lebensmittel; sie verlangen alle „billig und gut". Entsprechen die Thatsachen nicht den Wünschen, so entsteht die Untersuchung nach den Ursachen und die Kritik.... Die Beseitigung der Privatwirtschaft an Grund und Boden ist dann eine Frage der Zeit und die Einführung der Gemeinwirtschaft durch die allgemeine Expropiierung des Privateigentums die Form agrarischer Produktion, welcher aller Voraussicht nach die Zukunft gehört." [171]) Auch hier bleibt also dasselbe Endziel, wie bei allen bisher besprochenen Agrarpolitikern der Sozialdemokratie. Aber dieser unbekannte Herausgeber geht nicht, wie seine marxistischen Vorgänger von englischen und französischen Thatsachen aus; sondern nur von den agrarischen Verhältnissen, die er bei uns in Deutschland gefunden hat. Allerdings beschränkt er sich — seinem Hauptthema, der Arbeiterfrage, entsprechend — auf die Gebiete des Grossgrundbesitzes; genau genommen wird nur für diese Gebiete Vergesellschaftung des Bodens vorausgesagt. Ueber die Zukunft der Bauern hören wir kein Wort. Ob sie ihren Kleinbetrieb beibehalten werden, der ja so günstige Beurteilung findet? oder ob auch ihnen die allmähliche Expropriation bevorsteht und der genossenschaftliche Grossbetrieb? — der unbekannte Verfasser schweigt.

4.

In diesen letzten Jahren des Sozialistengesetzes begann die Partei des Proletariats sich freier zu fühlen; der politische Kampf, Organisation und Agitation, konn-

[171]) S. 255.

ten sich offener ans Tageslicht wagen; und vor allem, es blieben wieder Zeit und Kräfte zu wissenschaftlicher Vertiefung, das sagt zugleich zur Vertiefung der Agitation. Denn die agitatorischen Schriften werden von dieser Zeit an nicht nur zahlreicher, sie werden auch gehaltvoller.

Im Jahre 1889 schrieb Paul Kampfmeyer „eine sozialpolitische Studie zur Entwicklung unserer Agrar-Verhältnisse" mit dem Titel „Junker und Bauer".[172]) Die kleine Schrift sollte zur Agitation dienen, aber sie war durchaus objektiv gehalten. Im Ganzen nichts als ein volksverständlicher Auszug aus den bekannten historischen Werken über die Entstehung des Grossgrundbesitzes auf Kosten des Bauernstandes; dann eine Darstellung der preussischen Bauernbefreiuung in enger Anlehnung an das Knapp'sche Werk. Für uns haben nur Anfang und Ende der Schrift einiges Interesse.

Zu Beginn meint der Verfasser nämlich: es ist fast unglaublich, „dass der heutige, unselbständige, vom Landrat, Pfarrer und Gemeindevorsteher willkürlich geleitete Mann der Nachkomme jener starken, gemeinfreien Bauern ist, die einst mit kräftiger Hand ihre wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse selbst gestalteten".[173]) Das ist ein hübsches Beispiel für die Verallgemeinerung einzelner Thatsachen, die in grossen Teilen der sozialdemokratischen Agrarlitteratur eine chronische Erscheinung ist. Gewiss giebt es viele Gegenden, in denen die Bauern von Behörden und Geistlichen mehr oder weniger abhängig sind; oft nur politisch, oft auch in anderen Fragen. Aber giebt es nicht ebensoviele Gegenden, in denen der Bauer ein so selbständiger, stolzer, ja eigensinniger Mensch ist, wie er nur jemals in früheren Zeiten einer war? Sind nicht die Bauern der roten Erde berühmt ob ihrer stolzen, aber auch „dicken" Köpfe? Oder stellt Kampffmeyer sich etwa die märkischen Bauern vor, als „vom Landrat, Pfarrer und Gemeindevorsteher willkürlich geleitete" Männer? — Wer so unsinnig verallgemeinert, der zeigt damit, dass er vom deutschen Bauer entweder überhaupt keine eigene Vorstellung hat, oder dass sich diese Vorstellung doch

---

[172]) Berlin 1889. II. Auflage, 1896.

[173]) S. 5.

nur auf einzelne Landesteile beschränkt. Beide Fälle geben kein Recht zu allgemeinem Urteil.

Zum Schlusse seiner Broschüre kommt Kampffmeyer in Uebereinstimmung auch mit bürgerlichen Nationalökonomen zu dem Resultat, dass die preussische Agrargesetzgebung geführt hat: „zur Vernichtung ganzer Klassen leistungsfähiger Bauern, zur Degradation derselben zu unselbstständigen ländlichen Arbeitern, zur kolossalen Bereicherung des Adels mit Land und Kapital.

In Frankreich dagegen entstand eine kräftige widerstandsfähige Bauernklasse. Sie warf in der grossen Revolution die Feudallasten selbst von der Schulter. Sie gab damals den adeligen Herren keinen Deut für die historisch überkommenen, mottenfrässigen, feudalen Eigentumsrechte an den bäuerlichen Grundstücken. Sie machte sich eigenmächtig „lastenfrei", sagt Professor Knapp. Dies war freilich „Umsturz". Aber dieser schuf leistungsfähige Bauern; die preussische gesetzliche „Neuordnung" dagegen arme besitzlose ländliche Lohnarbeiter. Lange haben allerdings auch die französischen Parzellenbauern nicht die Früchte der Revolution zu geniessen gehabt. Mit der Entwicklung der kapitalistischen, landwirtschaftlichen Massenproduktion schlägt auch für sie die Todesstunde! Die Aera des raçeechten kapitalistischen Grossbürgertums bricht jetzt an, deren verhängnisvolle Folgen uns später beschäftigen werden".[174])

Also die Befreiung ihrer Parzelle machte die französischen Bauern kräftig, widerstandsfähig, leistungsfähig. Diese Eigenschaften gingen erst wieder verloren „mit der Entwicklung der grossen, kapitalistischen, landwirtschaftlichen Massenproduktion". Also gegen Ende der siebziger Jahre; denn niemand wird behaupten wollen, dass den französischen Bauern vor diesem Zeitpunkt irgend eine Massenproduktion wesentlich Konkurrenz gemacht hat. Wir erinnern uns aber hier, dass nach der Ansicht von Marx diese selbe französische Bauernwirtschaft schon um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts sich in voller Auflösung befand. —

Am Ende der besprochenen Schrift verspricht uns Kampff-

[174]) S. 31.

meyer „spätere Beschäftigung“ mit den agrarischen Folgen der kapitalistischen Aera. Diese Beschäftigung finden wir in einer Broschüre über „Die soziale Frage auf dem Lande“, die noch in demselben Jahre 1889 erschienen ist und zwei verschiedene Beiträge enthält. Der erste Beitrag stammt von Kampffmeyer und behandelt „Die Lage der ländlichen Lohnarbeiter in Preussen“, in Wahrheit: die Lage der Lohnarbeiter und Bauern. Die Broschüre wurde 1897, ohne jede Aenderung, zu Agitationszwecken neu aufgelegt; ihre Urteile müssen also nach Ansicht der Verfasser damals noch ebensolche Gültigkeit besessen haben, wie acht Jahre zuvor.

Die Schrift beginnt mit einer Deskription der Landarbeiterverhältnisse im Anschlusse an von der Goltz, oft natürlich über ihn hinausgehend. Dann kommen die Bauern daran, und hier finden wir sogleich die alte sozialdemokratische Anschauung wieder, die keinen generellen Unterschied kennt zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Konkurrenz. „Nicht nur der adelige, „königstreue“ Gutsbesitzer kann heute den Bauer durch niedrigere Preise ruinieren .....“ [175])

In Wahrheit spielt sich der landwirtschaftliche Konkurrenzkampf gerade umgekehrt ab, als er hier dargestellt wird. Allerdings, der grosse Fabrikant ruiniert den Kleinen dann am leichtesten, wenn das Produkt, das den Kern beider Betriebe bildet, niedrig im Preise steht. Dagegen steigt — zum wenigsten bei Vorherrschaft des Getreidebaus, von der die Marxisten ja ausgehen, — das Uebergewicht des grossen Landwirtes über den Bauern in der Regel mit steigender Preishöhe ihres gemeinsamen Hauptproduktes. Gerade im letzten Jahrhundert haben uns die Thatsachen gezeigt, dass bei den besten Getreidepreisen auch die meisten Bauern gelegt wurden; dass aber bei schlechter Konjunktur die Grossen mit Recht viel lebhafter über ihre Notlage klagen als die Kleinen.

Diese Erscheinung hat die verschiedensten Ursachen: Der Bauer hat seinen Acker nicht gekauft, um eine Rente zu beziehen, sondern um sich dauernde Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Der Preis seiner Produkte kann also im schlimmsten Falle so

[175]) „Die soziale Frage auf dem Lande.“ Berlin 1889. II. Auflage, 1897. S. 12.

tief sinken, dass weder Rente noch Kapitalzins herausspringt, wenn nur der eigene Arbeitslohn noch gerade gedeckt wird. Der Bauer verzehrt einen verhältnismässig grossen Teil seiner Produktion im eigenen Haushalt; der Verkauf spielt für ihn darum eine geringere Rolle. Auch kann der Bauer seinen Konsum viel leichter einschränken, als sein „adeliger, königstreuer Gutsnachbar". Marx hat selbst bereits darauf hingewiesen, dass aus allen diesen Gründen der kleine Landwirt vom jeweiligen Preisstand seiner Produkte viel weniger abhängig ist, als der Grossgrundbesitzer. Jedoch, noch wichtiger als dieser Vorsprung ist die grössere Leichtigkeit, mit der der Bauer zur Viehzucht und anderen Produktionszweigen überzugehen vermag. Niedrige Preise werden also den „adeligen Gutsnachbar" viel eher ruinieren als den Bauer.

Des weiteren werden dann von Kampffmeyer sehr ausführliche Auszüge gegeben aus den Berichten über die „Bäuerlichen Zustände in Deutschland", die in Band VII von Schmollers Jahrbuch veröffentlicht sind, und es wird endlich gefragt: wie kann dem Bauer aus seiner Not geholfen werden?

Antwort: durch „die staatliche Gewalt", „indem sie sämtliche Schuldforderungen in ihre Hand nimmt und diese so schnell als möglich löscht". „Aber nicht von der heutigen Kapitalisten-Klasse kann und wird dieses Befreiungswerk ausgehen." [176]) Sondern der Bauer muss sich selbst helfen; er muss zusammen mit der Arbeiterklasse die politische Macht erobern. Dann müssen „wir ihre vielen kleinen Wirtschaften in einige rationell geleitete Grosswirtschaften umformen. Diese ländlichen Grossbetriebe werden Bauerngenossenschaften zur Bewirtschaftung übergeben. Die Latifundien verwandelt die Gesellschaft in genossenschaftliche Betriebe. Die besitzlosen Landarbeiter treten als völlig gleichberechtigte Mitbesitzer den grossen Genossenschaften bei." [177]) „Die Vergesellschaftung des Grund und Bodens muss die Parole aller um die Existenz kämpfenden Gesellschaftsklassen werden." [178])

---

[176]) S. 21.
[177]) S. 23.
[178]) S. 25.

Man sieht, dass dieses Programm unklar genug ist. Von Anderem abgesehen: das Löschen „sämtlicher Schuldforderungen" erscheint selbst in einer sozialdemokratischen Schrift als etwas gar zu radikaler Vorschlag. In Wirklichkeit hat damit Kampffmeyer wohl nicht mehr verlangen wollen, als die Verstaatlichung der Hypotheken und ihre allmähliche Löschung. Aber was braucht der Bauer Hypothekenverstaatlichung, wenn schon sein ganzes Gut verstaatlicht wird? Man weiss nicht recht, ob solche Forderungen aus agitatorischen Gründen mitten hineingestopft wurden, oder ob sie einer inneren Unklarheit des Verfassers entspringen. Zum Schlusse wird, wie in dem Genfer Manifest, dem Bauer zugemutet, er solle seinen besitzlosen Knecht als gleichberechtigten Genossenschafter anerkennen. Welche intime Kenntnis des „unselbständigen" deutschen Bauern spricht aus dieser Zumutung!

Der zweite Beitrag dieser Broschüre behandelt den „Ruin des ländlichen Kleinbetriebs durch die landwirtschaftliche Grossproduktion"; der Verfasser wird nicht genannt. Wir sahen, dass jener Herausgeber der „Ländlichen Arbeiterfrage" und ebenso Paul Kampffmeyer mit der alten marxistischen Methode gebrochen hatten von den Verhältnissen Englands und Frankreichs auf diejenigen in Deutschland zu exemplifizieren; dass sie sich die Mühe nahmen, die Dinge in dem Lande zu untersuchen, über das sie urteilen wollten. Der unbekannte Verfasser dieses zweiten Beitrages kehrt wieder zu der alten Methode zurück und beginnt seine Betrachtung mit Frankreich. Das will sagen: die Zahlen, die er im Anfange mitteilt, beziehen sich ausschliesslich auf Frankreich. Dann aber, wenn er aus diesen Zahlen weiter deduziert, wird überhaupt kein Landesname mehr genannt, was den deutschen Leser systematisch zu der unbedingten Annahme verleitet, dass der ganze Aufsatz sich auf deutsche Verhältnisse beziehe. Dem Verfasser dagegen steht es frei, sich jedem Angriffe gegenüber nach Frankreich zurückzuziehen. Man kann dieses Verfahren im besten Falle agitatorisch nennen, aber sicher nicht ehrlich oder gar wissenschaftlich.

Dieser zweite Beitrag der Broschüre beginnt nun mit folgenden Zahlen: „1880 wurden 1 087 709 Grundstücke, welche zusammen 1 876 837 Hektare darstellten, verkauft.... Binnen

acht Jahren haben 15 716 954 Hektare, d. h. mehr als ein Drittel der gesamten ackerbaren Bodenfläche Frankreichs, ihre Herren gewechselt, und dieser Wechsel läuft auf eine Expropriation des Kleingrundbesitzes durch den Grossgrundbesitz bezw. das Grosskapital hinaus.“ [179]) Für die Thatsache, dass der häufige Besitzwechsel gerade den Kleingrundbesitz expropiiert, dafür giebt uns der Verfasser auch nicht den geringsten Beweis, geschweige denn auch nur eine einzige Zahl. Oder er müsste das gerade aus dem Umstande schliessen, dass im Jahre 1880 die verkauften Grundstücke im Durchschnitte noch nicht zwei Hektare gross waren. Es scheint ihm unbekannt zu sein, dass dabei die städtischen Grundstücke inbegriffen sind, so dass auf den Durchschnitt der verkauften Bauerngüter eine weit grössere Fläche entfällt. Zugleich ist nicht einzusehen, warum der häufige Besitzwechsel a priori nur dem grossen Eigentümer Vorteil bringen soll.

Oder doch! Denn „dass der agrikole Notstand in vernichtender Weise n u r die Kleinbauern belastet, erhellt unter anderem aus dem Umstande, dass trotz der lyrischen Jeremiaden der adligen und nichtadligen Krautjunker die Bodenrente und der Pachtzins für Grund und Boden vielfach steigt.“ [180]) Aber ob die Erträgnisse und die Preise der kleinen Güter nicht ebenfalls steigen, darüber erfahren wir kein Wort. Mit genau derselben Sicherheit fährt der Verfasser fort: „Die Zahl der Kleinwirte nimmt ab, die unter agrikolem Grossbetrieb befindliche Bodenfläche nimmt dagegen zu. Es ist doch klar, wie dass zwei mal zwei vier ausmacht, dass der Grossgrundbesitz das bäuerliche Kleinland nicht an sich bringen würde, wenn er dessen Bewirtschaftung nicht für rentabel ansehe.“ Dass der Grossbetrieb Kleinland an sich bringt, das wird als selbstverständlich vorausgesetzt; einzig bewiesen durch die kategorische Behauptung dieses nicht genannten Agrarpolitikers.

Dieser Untergang des Bauernstandes wird durch alle die Thatsachen verursacht, die wir von Marx her kennen. Der Kleinbetrieb kann weder Maschinen benützen, noch besitzt er genügendes „Kapital, um Düngemittel, beste Sämereien, Muster-

---

[179]) „Die soziale Frage auf dem Lande.“ Berlin 1897. II. Auflage. S. 26.
[180]) S. 27.

tiere und ähnliches anzuschaffen.“ [181]) „Das vom agrikolen Kleinbetrieb gelieferte Erzeugnis kostet weit mehr Arbeit als das von der Grosswirtschaft erzeugte und steht doch schliesslich nicht höher im Preise als jenes.“ [182]) Dagegen ist es durchaus nicht die ausländische Konkurrenz, die den Bauer expropiiert; obwohl sie ihn allerdings vielmehr schädigt, als den Grossgrundbesitzer. „Sie ist das letzte Wort der modernen Wirtschaftsverhältnisse, sie verursacht nicht, sie beschleunigt die Konzentration der in den Kleinbetrieben steckenden Kapitalien, die so wie so infolge der neuen Produktionsverhältnisse unausbleiblich gewesen, nur langsamer erfolgt wäre.“ [183]) Deshalb kann auch der Schutzzoll dem Kleinbetrieb keinen nennenswerten Vorteil bringen.

Aus alledem ergiebt sich: es „werden sehr bald die meisten bäuerlichen Kleinbesitzer schon in Lohnarbeiter verwandelt sein, ohne dass bis dahin an ihrem Geschicke etwas geändert werden könnte. Erträglicher kann dasselbe nur gestaltet werden durch alle Beschränkungsmassregeln, welche der Ausbeutung fremder Arbeit seitens des Grosskapitals in jeder Form Zügel anlegen.“ [184]) Welche Maassnahmen das sind, erfahren wir nicht; für den Verfasser scheint das auch durchaus Nebensache zu sein. Dem Bauernstande kann doch nichts anderes helfen, als die Verwirklichung des Sozialismus. Als jene Zukunft, in der unser Bauer „als Arbeitsgenosse der gesellschaftlich geleiteten, mit allen wissenschaftlichen und technischen Hilfsmitteln ausgestatteten landwirtschaftlichen Grossproduktion teilnimmt an allen Errungenschaften der Wirtschaft und der Kultur überhaupt.“

An dieser ganzen Broschüre ist nichts weiter interessant, als dass sie in der sozialdemokratischen Partei sehr bewundert wurde und dadurch wohl entsprechenden Einfluss besessen hat.

In derselben „Berliner Arbeiterbibliothek“, der die beiden vorigen Schriften angehören, ist im Jahre 1890 eine Broschüre von Conrad Schmidt erschienen unter dem Titel: „Soziale Frage und Bodenverstaatlichung.“ [185])

[181]) S. 31.
[182]) S. 30.
[183]) S. 33.
[184]) S. 39.
[185]) Berlin 1890

Auch diese Broschüre war zur Agitation bestimmt, gleich den vorigen; aber das hinderte sie nicht, eigene Gedanken zu entwickeln und wissenschaftlichen Wert zu besitzen.

Der Verfasser beginnt mit einer Darlegung der Ricardoschen Grundrente, die nichts sei, als ein Abzug vom Mehrwert oder Profit, und er schildert uns, wie sie gerade aus diesem Mehrwert sich heraus entwickelt. Im Wesentlichen genau wie bei Marx — obwohl der dritte Band des „Kapitals", der ja erst die Rententheorie enthält, ihm noch vollkommen unbekannt war. Es ist bekannt, dass auch Conrad Schmidt es gewesen ist, der das sogenannte Rätsel der Durchschnittsprofitrate annähernd im Sinne von Marx gelöst hat, bevor er dessen eigene Lösung noch kannte. Nachdem also Schmidt die Grundrente selbst entwickelt hat, stellt er kurz die Lehre Henry Georges dar und beschäftigt sich dann eingehender mit der Theorie von Michael Flürscheim. — Uebrigens führte ungefähr gleichzeitig Karl Kautsky in der „Neuen Zeit" eine ähnliche Polemik gegen die Bodenreformer. — Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um die Frage, ob die Beseitigung der Grundrente auch den Kapitalzins beseitigt und mit dessen Beseitigung zugleich die Ausbeutung der Arbeitskraft und der Ueberproduktion. Wie bekannt bejaht der Bodenreformer Flürscheim diese Frage, während Schmidt als Marxist sie verneinen muss. Wir können an dem Probleme vorübergehen, da es im wesentlichen nicht auf dem Gebiete der Agrarfrage liegt. Denn es handelt sich hier nicht in erster Linie um die Frage, wie eine Beseitigung der Grundrente auf die Landwirtschaft, sondern wie sie auf die gesamte Produktionsverfassung einwirken müsste.

Uns interessiert erst wieder das Schlusskapitel; denn hier stellt Schmidt die Frage, was die Sozialdemokratie thun werde, wenn „in nächster Zeit irgendwo die ganze politische Macht in ihre Hände" gelange.[186]) Er meint, es sei „klar, dass die Partei ihr endgiltiges Programm auch dann mit einem Schlage nicht zu verwirklichen vermag." Als später Eduard Bernstein dieselbe Aeusserung that; da fand man sie ebenso kühn wie originell. Wer aber heute zurückblickt auf die Geschichte der Sozial-

[186]) S. 27.

demokratie, der findet, dass es schon zu allen Zeiten das gegeben hat, was man heute „Revisionismus“ nennt. Was Bernstein revidiert hat, das ist nicht die Sozialdemokratie selbst, sondern nur das Bild der Sozialdemokratie in den Augen der Bourgeoisie.

Schmidt glaubt schon deshalb nicht an eine sofortige Verwirklichung des „Zukunftstaates“, weil dieser einer sehr genauen Konsumstatistik bedarf, die im Augenblicke des Regierungsantrittes der Sozialdemokratie natürlich noch nicht vorhanden wäre. Man müsse dort beginnen, wo die Expropriation „sich verhältnismässig am leichtesten durchsetzen liesse, und das wäre vielleicht die des Grundbesitzes.“ [187]) Auch diese Expropriation könne schon von bedeutendem Nutzen für den Arbeiter sein, wenn sie seine Ausgaben für Nahrung und Wohnung, sowie seine Steuerleistung vermindere. Aber alle diese Vorteile können sehr leicht wieder aufgehoben werden durch Herabsetzung der Löhne oder, bei Einführung eines Minimallohnes, durch Arbeiterentlassungen. Deshalb müsste diesem Minimallohn eine andere Maassregel vorausgehen. Denn stehen dem Staate „aus seinem Bodenmonopol riesige Geldmittel zur Verfügung, so liegt es nahe, dass er zu einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit fortschreitet.“ [188]) Man sieht, hier haben wir wieder, schon im Jahre 1890, einen Gedanken, den man zwölf Jahre später in Kautskys „Sozialer Revolution“ als neues und gewichtiges Zeichen der Mauserung angesehen hat.

Es könnte auffallen, dass Schmidt sein Thema stets nur vom Standpunkte des industriellen Proletariats aus betrachtet hat; dass er die ländliche Bevölkerung überhaupt nicht berücksichtigt; zwei kurze Sätze ausgenommen ganz am Schlusse, auf die wir sogleich zurückkommen werden. Jedoch, schon zu Beginn seiner Broschüre macht er eine Bemerkung, durch die sein Verfahren erklärt wird. Er ist nämlich überzeugt, es sei „die Arbeiterklasse das Heer, auf welches die sozialistischen Ideen allein mit Sicherheit rechnen können.“ [189]) Ihm scheint es demnach das Natürliche, dass die Sozialdemokratie nichts sei als Arbeiterpartei; er geht darum in seiner Broschüre stets von den

[187]) S. 28.
[188]) S. 29.
[189]) S. 3.

Interessen der Arbeiter aus, das will sagen: der industriellen Proletarier.

Erst am Ende seiner Ausführungen angelangt, sieht sich Schmidt auch nach der ländlichen Bevölkerung um. Er kommt nämlich zu dem Ergebnis: „Das staatliche Bodeneigentum könnte der Ausgangspunkt für die allmähliche Sozialisierung der ganzen Wirtschaft werden. Was hindert z. B. den Staat, auf Kredit einen grossen Teil des Ackerbodens an agrarische Arbeiterassoziationen zu verpachten, die ohne jede kapitalistische Vermittlung zu eigenem Vorteil produzieren? Was hindert ihn, zwischen den verschiedenen agrarischen Assoziationen, die verschiedene Arten des Anbaues kultivieren, ein halbsozialistisches Verteilungssystem der gemeinsam produzierten Ernte, oder vielmehr eines Teiles derselben einzurichten. Ein anderer Teil muss verkauft werden, damit die Arbeiter für den Erlös sich Industriewaren verschaffen können.“ [190])

Man sieht, wir haben hier eine ganz neue Ausgestaltung der marxistischen Produktivassoziation. Obschon durch die Kürze ihrer Skizzierung diese Weiterbildung nicht gerade sehr klar ausgefallen ist, so lässt sich doch soviel daraus ersehen, dass etwa die eine Genossenschaft überwiegend Getreide bauen soll, während irgend eine zweite sich in erster Linie der Viehzucht zuwendet. Im Uebrigen handelt es sich hier lediglich um Arbeitergenossenschaften, und es fehlt jede Andeutung, was mit den Bauern geschehen soll und mit dem bäuerlichen Kleinbetrieb. Möglich, dass Schmidt diese Frage absichtlich bei Seite liess, da er ja nichts Anderes treiben wollte, als Arbeiteragitation.

Ein Jahr später, 1891, erschien in derselben „Arbeiterbibliothek“ eine weitere agrarpolitische Schrift, bei der Inhalt wie Darstellung gleich vorzüglich sind. Max Schippel ist ihr Verfasser; ihr Gegenstand: „Die deutsche Zuckerindustrie und ihre Subventionierten.“ Es wird da zuerst die gewaltige Entwicklung unserer deutschen Zuckerindustrie geschildert, und es wird im Anschlusse daran die Wirkung dieser Entwicklung dargestellt auf unsere landwirtschaftlichen Verhältnisse.

---

[190]) S. 30.

„Die grossen Rübenwirtschaften der Zuckerfabriken und der Zuckeraktionäre saugen überall den bäuerlichen Klein- und Mittelbesitz unwiderstehlich und unbarmherzig auf, und wo sie das nicht thun, beuten die Fabriken den liefernden Kleinbauer aus, wie nur je ein „Verleger" die hausindustriellen Weber und Wirker, Schnitzer und Schneider ausgebeutet hat." [191]) „Zunächst ist die Stellung jeder Zuckerfabrik den Rübenbauern gegenüber eine ganz monopolistische, es giebt gar keinen anderen Abnehmer, gar keinen offenen Markt für Zuckerrüben; es giebt nur eine preisdrückende Konkurrenz unter den zur Lieferung sich Anbietenden, aber keine preishebende, unter den Vertretern der Nachfrage." [192]) Gewiss, so liegen die Dinge vielfach. Aber der Verfasser übersieht, dass es in der That doch Möglichkeiten giebt, die jener Tendenz zum Preisdruck entgegenwirken. Die Bauern können Genossenschaften gründen, oder sich sonst über eine einheitliche Preispolitik verständigen. Die Bauern können vor allem zu anderen Kulturen übergehen, sobald der Rübenbau aufhört, rentabel zu sein.

Was die Arbeiter betrifft, so wirkt der Rübenbau auf ihre Verhältnisse ebenso umwälzend und verelendend, wie er das nach Schippel bei den Bauern thut. Zunächst bildet sich sehr schnell die reine Geldentlohnung aus, und diese Aenderung erscheint Schippel als „Proletarisierung der ständigen Landarbeiter". [193]) Aber er giebt durchaus keine Anhaltspunkte dafür, dass diese Aenderung ausschliesslich ungünstige Folgen haben muss.

Im Uebrigen sagt er mit Recht: „die ständigen Arbeiter verschwinden überhaupt in den Rübenwirtschaften gegen die nur periodisch herangezogenen." Nachdem er die schlechte Bezahlung dieser „Sachsengänger" gekennzeichnet hat, bespricht Schippel dann etwas ausführlicher die Ausnahme-Gesetzgebung, unter der sie ebenso stehen, wie die anderen Landarbeiter und Dienstboten; endlich schildert er die traurigen Folgen der Kinderarbeit, die ja in der Rübenkultur besonders ausgebreitet ist. Daran anschliessend werden die

[191]) „Die deutsche Zuckerindustrie etc." Berlin 1891. S. 11.
[192]) S. 13.
[193]) S. 17.

Arbeiterverhältnisse in der Zuckerfabrik selbst dargestellt, im Anschlusse an die Mitteilungen der Fabrikinspektoren und an andere objektive Quellen.

Zuletzt beschäftigt sich Schippel mit der Zuckersteuer und den Exportprämien für Zucker. Selbstverständlich, dass er diese „Liebesgabe" aufs Schärfste verurteilt.

Er kommt zu dem Ergebnis: „So haben sich durch die Rübenzuckergewinnung die sozialen Verhältnisse auf dem Lande in ähnlicher Weise umgewälzt, wie durch die Grossproduktionen des gewerblichen Lebens die Verhältnisse der Städte. Der Kleinbesitz ist gänzlich aufgesogen oder in seinen Ueberresten, wie bei den Hausindustrieen, ein Sklave des Grosskapitals geworden. Die Arbeitskraft ist proletarisiert, sie hat jede Verbindung mit eigenem Besitz verloren. .... Die Zuckerrübe wird überall die Vorfrucht der Sozialdemokratie sein." [194])

Die erste dieser Behauptungen ist eine ganz unberechtigte Verallgemeinerung. In der That hat der industrielle Grossbetrieb die städtischen Gewerbe beinahe alle umgewälzt und die meisten sehr radikal. Dagegen spielt die Rübenkultur bloss in einzelnen Gegenden eine ausschlaggebende Rolle. Wenn sie wirklich revolutionierend gewirkt hat, so können diese Wirkungen doch nur für Mitteldeutschland in grösserem Maassstabe fühlbar sein. Ebenso übertrieben ist die Behauptung vom Untergange des Kleinbesitzes. Allerdings, die Gefahr dieses Unterganges ist vorhanden; aber unvermeidlich kann man ihn gewiss nicht nennen. Die Bauern selbst sehen noch lange nicht so schwarz, und wachsende Ausbreitung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses wird sicherlich ihren Optimismus zum Ziele führen.

[194]) S. 30.

VI.

Vom Fall des Sozialistengesetzes bis zur Agrardebatte.

1890—1894.

1.

Am 25. Januar 1890 wurde die Verlängerung des Sozialistengesetzes vom Reichstage abgelehnt.

Schon seit zwei Jahren waren die Bestimmungen des Gesetzes mit grösserer Milde und Nachgiebigkeit gehandhabt worden, als in der vorhergehenden Zeit. Zugleich hatte sich seit dem Jahre 1888 die Konjunktur des Marktes gebessert; mit dem Blühen der Industrie hob sich die Lage der Arbeiter, man gewann grössere Freiheit zu wirtschaftlichem und damit auch zu politischem Kampf.

Das vorhergehende Kapitel hat uns für dieselbe Zeit merkbare Fortschritte in der agrarpolitischen Litteratur der Sozialdemokratie gezeigt. — Ein Zusammenhang zwischen diesen parallelen Thatsachen lässt sich nicht beweisen; aber es liegt nahe, ihn zu vermuten.

Die letzte Reichstagswahl vor dem Sozialistengesetz hatte 437 000 sozialdemokratische Stimmen ergeben. Am 20. Februar 1890 wurden 1 427 000 rote Stimmzettel gezählt. Das bedeutet: Zwölf Jahre Sozialistengesetz hatten die Masse der sozialdemokratischen Wähler mehr als verdreifacht. Die Sozialdemokratie war die stärkste Partei des Reiches geworden; sie umfasste den grössten Teil des industriellen Proletariates.

Aber auch nur des industriellen Proletariates. Unter den Anhängern der Partei gab es zwar in einzelnen Kreisen Landarbeiter, dagegen nirgends Bauern; von ganz unwesentlichen Ausnahmen sehen wir natürlich ab. Auf dem Parteitage zu Halle, 1890, wurde auf diesen Mangel gerade von einem Delegierten hingewiesen, der schon früher besonderes Interesse für die Landagitation gezeigt hatte, und der ihn deshalb kennen durfte. Der Stuttgarter Wilhelm Blos meinte dort: „Gestehen wir es nur ein, sozialdemokratische Bauern, im eigentlichen Begriff giebt es bis heute nicht. Unsere Agitation ist in dieser Beziehung von Erfolg nicht begleitet gewesen, einerseits der ökonomischen Verhältnisse wegen, andererseits, weil wir die Bestimmungen in unserem Programm, die wir für eine solche Agitation brauchen, bis jetzt nicht gehabt haben.“ [195]) Das Misslingen der Bauernagitation wird also auf zwei Ursachen zurückgeführt. Die erste Ursache, der ökonomische Abgrund zwischen Bauer und Arbeiter, ist so augenscheinlich, dass er keiner weiteren Erklärung bedarf. Dagegen verdient das Bedürfnis nach einer „Bauern-Forderung“ im Programm aus verschiedenen Gründen unser Interesse. Wenn wir von St. Gallen absehen, wo derselbe Delegierte schon im Jahre 1887 einen ähnlichen Wunsch geäussert hatte, dann ist es hier zum ersten Male, dass uns das Bedürfnis nach einem „Agrarprogramm“ entgegentritt.

Jedenfalls erscheint ein anderes Verlangen desselben Delegierten viel gewichtiger; das Verlangen, man solle nicht nur mit Worten um den Bauer werben, sondern auch durch die That ihm zu helfen suchen. „Wir müssen vor allem unsere Agitation darauf richten, die Lage dieser abhängigen Landbevölkerung einigermaassen zu erleichtern durch eine praktische Thätigkeit der Gesetzgebung u. s. w.“ Energischer vertrat diese selbe Forderung der Stettiner Herbert, der unter den pommerschen Landarbeitern bereits einige Erfolge zu verzeichnen hatte. Der meinte: „Dort (auf dem Lande) fragt man uns zunächst immer: was habt ihr bereits gethan? und kann man keine positive Antwort geben, dann ist es nichts mit dem Erfolg. Die Landbevölkerung ist bisher von uns noch nicht genügend berücksichtigt worden, auch

[195]) Protokoll des Parteitages zu Halle. Berlin 1890. S. 185.

bei den Arbeiterschutzanträgen.“ [196]) Und er fügte die sehr interessante und durchaus zutreffende Thatsache hinzu: „Ich habe während der Zeit meiner Ausweisung aus Stettin manches auf dem platten Lande in der so verrufenen Provinz Pommern erreicht. ...“

Ein anderer Landagitator, Molkenbuhr, wusste einen dritten Mangel als Ursache des Misserfolges anzugeben. „Es liegt hier kein Fehler im Programm, es fehlt nur an der nötigen Litteratur, wonach sich jeder Agitator richten kann.“ [197]) Diesen Mangel hatten auch andere von seinen Genossen empfunden, und es wurden dem Vorstande eine ganze Reihe von Anträgen überwiesen, deren Verwirklichung hier Abhilfe schaffen sollte. Da verlangte man Flugblätter und periodische Organe, finanzielle und agitatorische Unterstützung für ländliche Wahlkreise; und in erster Linie eine Agitationsbroschüre, die draussen in den Dörfern Verständnis zu finden und Genossen zu werben vermöge.

In diesen ersten Jahren nach dem Falle des Sozialistengesetzes zeigte sich überall in der Partei ein weit lebhafteres Interesse für die Gewinnung des Landvolkes, als jemals zuvor. Ueberall gingen die Agitatoren und andere Arbeiter hinaus auf die Dörfer, redeten dort — je nachdem — zu Bauern oder Landarbeitern, verteilten ihre Flugblätter und Broschüren. Die schnellen und imponierenden Fortschritte der Partei hatten immer höhere Hoffnungen geweckt; man glaubte die ganze Welt erobern zu können, wenn es nur gelänge, der ganzen Welt die Wahrheit und Grösse des sozialistischen Gedankens begreiflich zu machen.

Während die Sozialdemokratie so versuchte, ihre agrarischen Theorien in praktische Agraragitation umzusetzen, währenddem schwieg auch die mehr oder weniger wissenschaftliche Forschung nicht vollkommen. Sie hatte eine freie Tribüne in der „Neuen Zeit“, die Karl Kautsky herausgab, der bedeutendste Jünger von Marx und Engels. Jedoch wir können uns nicht mit jeder einzelnen kleineren Publikation beschäftigen aus dem Gebiet der agrarpolitischen Fragen. Es genügt, wenn wir kurz auf die be-

[196]) S. 93.
[197]) S. 190.

deutendste wissenschaftliche Erscheinung eingehen, die aus diesem kurzen Zeitraume zu verzeichnen ist.

Im Jahre 1894 erschien der dritte Band des „Kapitals". Friedrich Engels hat ihn herausgegeben; wohl eingedenk des Wortes „nonum prematur in annum", denn neun Jahre waren verflossen, seitdem der zweite, und gar dreimal neun Jahre, seitdem der erste Band erschienen war.

In dem zweiten Teile des dritten Bandes ist die Grundrententheorie von Marx enthalten und der Kern seiner agrarpolitischen Ansichten. Wir haben das Beides vorausgenommen und — gleichsam als Grundlage — schon in den ersten Kapiteln behandelt. Denn in der That, dieser dritte Band enthält auf agrarpolitischem Gebiete nichts Anderes, als die Zusammenfassung, die Vertiefung, den systematischen Aufbau von Meinungen und Gedanken, die Marx lange zuvor, zerstreut und vereinzelt geäussert hatte. So konnte es kommen, dass diese ganze Agrartheorie erst im Jahre 1894 an die Oeffentlichkeit kam, dass sie aber fast drei Jahrzehnte lang bereits die Grundlage und den Kern der sozialdemokratischen Agrarpolitik gebildet hat.

Dieses Werk von Marx brauchen wir jetzt nicht noch einmal zu behandeln. Wohl aber verdient ein einzelnes Kapitel Beachtung, zu dessen Ausarbeitung Marx selbst nicht mehr gekommen war, und das aus diesem Grunde von Engels, dem Herausgeber, bearbeitet wurde. Es wird hier die zweite Form der Differentialrente entwickelt für den Fall steigender Produktionspreise. Diese rein abstrakte Deduktion lassen wir bei Seite und wenden uns zu einigen Bemerkungen von agrarpolitischem Interesse, mit denen Engels schliesst.

Er schildert dort, wie die europäische Landwirtschaft durch überseeische Konkurrenz immer härter bedrängt wird. „Die transozeanischen Dampfschiffe und die nord- und südamerikanischen und indischen Eisenbahnen brachten ganz eigentümliche Landstrecken in die Lage, auf den europäischen Kornmärkten zu konkurrieren. Da waren einerseits die nordamerikanischen Prairien, die argentinischen Pampas, Steppen, von der Natur selbst urbar gemacht für den Pflug, jungfräulicher Boden, der auf Jahre hinaus selbst bei primitiver Kultur und ohne Dünger

reichliche Erträge bot. Und da waren die Ländereien der russischen und indischen kommunistischen Gemeinwesen, die einen Teil ihres Produkts und zwar einen stets wachsenden verkaufen mussten, um Geld zu erhalten für die Steuern, die der erbarmungslose Despotismus des Staats ihnen abzwang — oft genug durch Tortur. Diese Produkte wurden verkauft ohne Rücksicht auf die Produktionskosten, verkauft für den Preis, den der Händler bot, weil der Bauer absolut Geld haben musste zum Zahlungstermin. Und gegen diese Konkurrenz des jungfräulichen Steppenbodens wie des unter der Steuerschraube erliegenden russischen und indischen Bauern konnte der europäische Pächter und Bauer bei den alten Renten nicht aufkommen. Ein Teil des Bodens in Europa kam definitiv für den Kornbau ausser Konkurrenz, die Renten fielen überall, . . . und daher der Agrarierjammer von Schottland bis Italien und von Südfrankreich bis nach Ostpreussen.“ [198]) Diese ganze Schilderung bedarf sicher keiner Erläuterung; sie bietet weder etwas Neues, noch etwas irgendwie Bestreitbares.

Jedoch, zum Schluss setzt Engels die Bemerkung hin: „Glücklicherweise ist noch lange nicht alles Steppenland in Bebauung genommen; es ist noch übrig genug vorhanden, um den ganzen europäischen grossen Grundbesitz zu ruinieren und den kleinen obendrein.“ [199])

Engels spricht also seine Freude darüber aus, dass die kleinen Bauern durch überseeische Getreidekonkurrenz ruiniert werden. Solange nun diese Bemerkung nur in einem wissenschaftlichen Werke vorkommt, wie „dem Kapital“, solange wäre nicht das Geringste zu ihr zu sagen. Die Marxisten und heute auch manche bürgerlichen Gelehrten sehen prinzipiell in dem Uebergang von Kleinbetrieb zum Grossbetrieb eine historische Notwendigkeit. Sie betrachten deshalb diesen Uebergang als historischen Fortschritt, und es ist sehr natürlich, dass sie sich über diesen Fortschritt freuen. Ob man zugleich über die zerstörenden Folgen dieser Entwicklung Freude empfindet, das ist Sache der einzelnen Persönlichkeit. Der wissenschaftliche Forscher hat

---

[198]) „Das Kapital.“ Hamburg 1894. III. Bd. II. S. 259.

[199]) III. Bd. II. S. 260.

nicht die Pflicht, sentimental zu sein. Man kann ihm keinen Vorwurf machen aus solcher „Schadenfreude"; denn sie ist durchaus in der Konsequenz seiner Forschungsergebnisse gelegen.

Jedoch, Engels war nicht nur Gelehrter; er war auch der Mitbegründer und, seit dem Tode von Marx, gleichsam der Hohepriester einer politischen Partei. Wir wollen hier ausser Acht lassen, dass die Gegner diese Partei für eine solche Aeusserung verantwortlich machen konnten; dass sie im Stande waren ihr damit sehr unangenehm zu werden. Für uns ist von weit grösserer Bedeutung die Wirkung, die jene Aeusserung auf die Partei selbst hervorgebracht hat. Nun ist allerdings wahrscheinlich, dass selbst heute — nach abermals zehn Jahren — nur ein ganz minimaler Bruchteil auch unter den Führern der Sozialdemokratie mit dem dritten Bande „des Kapitals" sich vollständig und gründlich bekannt gemacht hat. Aber auf der anderen Seite müssen wir doch annehmen, dass die hervorragenderen Männer in der Partei den dritten Band nach seinem Erscheinen einmal angeblättert, und dass sie in der Rententheorie wenigstens die rein agrarpolitischen Ausführungen gelesen haben; zumal eine so aktuelle Bemerkung, wie die angeführte.

Zwar kann man der Sozialdemokratie sicher keinen allzu grossen Autoritätsglauben nachsagen; aber gerade Engels besass doch — und sehr mit Recht — ein ganz besonderes Ansehen bei seinen Genossen, und so auch besonderen Einfluss; am meisten auf die litterarischen und wissenschaftlichen Führer der Partei. Da nun der dritte Band kurz vor jener grossen Agrardebatte erschien, die mit dem Parteitag zu Breslau im Jahre 1895 abschloss, so ist immerhin möglich, dass die Aeusserung eine gewisse Wirkung geübt hat. In der Agrardebatte selbst sprach sich Engels offen gegen ein Programm des „Bauernschutzes" aus. Aber es war augenscheinlich, dass er sich aus Rücksichten, die wir später kennen lernen werden, etwas zurückhielt. Daher lag vielleicht die Vermutung nahe, dass er in jener konsequenten, ungeschminkt schadenfrohen Bemerkung seine wahre Meinung gesagt habe. Immerhin, selbst wenn Engels damit auf einen oder den anderen sozialdemokratischen Führer ein wenig gewirkt hat, in keinem Falle darf daraus auch nur auf die geringste Beeinflussung der Gesamtpartei geschlossen werden.

Im Anschlusse an den dritten Band des Kapitals können wir schon hier eine theoretische Arbeit erwähnen, die zwar erst nach dem Breslauer Parteitage veröffentlicht wurde, die aber ihrem Inhalte nach an diese Stelle gehört. Dem bekannten Sozialdemokraten Parvus fiel die Aufgabe zu, die Grundrententheorie des „Kapitals" in der „Neuen Zeit" volksverständlich darzustellen. Er wandte dabei die vorzüglichste Methode an, die sich in solchen Fällen denken lässt; er versuchte, die abstrakte Theorie an einem praktischen Beispiele zu demonstrieren. Als Beispiel wählte er die gegenwärtige — auch damals schon gegenwärtige — Agrarkrise; ihr Wesen und ihre Ursachen suchte er klarzulegen, eben an der Hand der Rententheorie von Marx.

Nun muss allerdings gesagt werden, dass damit Parvus seinen Lesern durchaus keine Vorstellung von dieser Rententheorie gab; und es muss hinzugefügt werden, dass er ihnen nicht einmal von seinen eigenen Gedanken ein klares und allgemeinverständliches Bild darbot. Immerhin verdient seine Arbeit auch dann Interesse, wenn man einen grossen Teil ihrer Folgerungen und Ergebnisse für unrichtig ansieht.

Wie sein Thema — „Weltmarkt und Agrarkrise" — bereits andeutet, will Parvus den Versuch machen, „die jetzige ökonomische und politische Situation in Europa (in erster Linie die Situation der europäischen Landwirtschaft) auf Grund der thatsächlichen Entwicklung des Weltmarkts zu beleuchten." [200]) Nachdem er kurz „die Bedeutung Englands für die Entwicklung des Weltmarkts" geschildert hat, zeigt er dann ausführlicher die Stellung des Deutschen Reiches inmitten des internationalen Konkurrenzkampfes. Es wird hierauf die Entwicklung der Städte in Deutschland beleuchtet, und ebenso die Entwicklung seiner Bahnen; damit zugleich die gegenseitige Beeinflussung dieser beiden Entwicklungsreihen. „Man kann nicht aus der Entwicklung der Landwirtschaft die Entwicklung der Städte ableiten, wohl aber begreift man die Entwicklung der Landwirtschaft nicht mehr, wenn man nicht die Entwicklung der Städte in Betracht zieht." [201])

[200]) „Neue Zeit. Jahrg. 1895/96. I. S. 198.

[201]) S. 335.

Nach dieser sehr ausführlichen Einleitung kommt Parvus auf die Landwirtschaft selbst zu sprechen; was er uns hier bietet, ist weniger eine Exemplifikation, als vielmehr eine Weiterbildung der Agrartheorie von Marx. Aber die Klarheit und der innere Wert dieser Weiterbildung entspricht leider durchaus nicht der spitzfindigen Schärfe ihrer Deduktion. Wir können uns darauf beschränken, einzelne interessante Punkte herauszuheben.

Natürlich steht Parvus nicht mehr auf dem alten sozialdemokratischen Standpunkte, dass niedrige Getreidepreise den Kleinbetrieb ruinieren zu Gunsten des Grossgrundbesitzes. Der augenscheinliche Gegenbeweis unserer thatsächlichen Entwicklung hat ihn belehrt, dass bei sinkenden Preisen gerade dem grösseren Landwirt die Konkurrenz des Bauern am unangenehmsten wird;[202]) was offenbar sagen soll, dass das Sinken der Preise den Grossen härter zusetzt, als den Kleinen. Die Ursache sieht er darin, dass der Bauer seinen Konsum stärker einzuschränken vermag, als sein vornehmer Nachbar. In Wirklichkeit kommen jedoch, wie wir früher sahen, noch eine Reihe anderer Thatsachen in Betracht, die der Bauer voraushat. Er kann vor allem mit verhältnismässiger Leichtigkeit zu anderen Produktionszweigen übergehen; er kann sich auch — im Gegensatz zu dem grossen Grundbesitzer — vom Getreidebau beinahe vollständig emanzipieren.

Des Weiteren behandelt Parvus den Einfluss industrieller Entwicklung auf die Getreidepreise, auf die Grundrente, den Pachtzins und den Bodenpreis. Aus alle dem braucht, wie gesagt, nur Einzelnes erwähnt zu werden. Marx hatte nachgewiesen, dass die Grundrente Steigen des Getreidepreises bewirken und sein Fallen verhindern kann. Parvus zeigt nun sehr richtig, dass die Grundrente unter Umständen ebenso im Stande ist, Steigen des Arbeitslohnes hintanzuhalten oder zu erschweren. Denn der bisherige niedrige Arbeitslohn ist entweder im Pachtzins festgelegt oder im Bodenpreis.[203])

Umgekehrt bildet nach Parvus die Höhe des Arbeitslohnes in Kolonien, wie den Vereinigten Staaten, einen Hemmschuh für die Entwicklung des landwirtschaftlichen Grossbetriebs. Renten

[202]) S. 518.
[203]) S. 629.

und Bodenpreise bleiben niedrig; zum Teil deshalb, weil die durchschnittliche Profitrate hoch über der unserigen steht; das macht zugleich die Verpachtung des Bodens unvorteilhaft.[204])

In der Krise „zeigt sich die ökonomisch zwiespältige Natur des selbstwirtschaftenden kapitalistischen Gutsbesitzers: als Grundbesitzer hat er ein Interesse an dem hohen Bodenpreis, aber als Kapitalist, als Produzent der Ware Getreide, die einer scharfen Konkurrenz auf dem Markte entgegentritt, kurz, als sein eigener Pächter, hat er das gerade entgegengesetzte Interesse, denn die Grundrente in der Gestalt des Zinses hindert ihn daran, den Getreidepreis herunterzusetzen.“[205]) Der einzige Ausweg wäre Steigerung der Intensität; aber dazu fehlt meist das nötige Kapital. „Wo das kapitalistische Pachtsystem herrscht, ist das verhältnismässig leicht gethan: der eine Pächter wird verjagt und an seine Stelle ein anderer gesetzt, der ausreichendes Kapital besitzt, um die nötigen Aenderungen vorzunehmen.“ „Daraus ergibt sich, dass die Grosspacht der rationellste kapitalistische Agrikulturbetrieb ist.“

Aber Parvus hatte gesunkenen Produktpreis vorausgesetzt; wer bürgt, dass sich dabei stets ein Pächter findet, der bereit ist, grössere Kapitalien anzulegen, ohne dass der Pachtzins herabgesetzt wird. De facto kann man solche Dinge weder bestreiten noch beweisen. Wenn übrigens mit dem letzten der zitierten Sätze gesagt sein soll, die Grosspacht sei auch rationeller als der bäuerliche Kleinbetrieb, so muss aufmerksam gemacht werden, dass hier Parvus diese Behauptung durchaus nicht bewiesen, nicht einmal zu beweisen versucht hat. Im Uebrigen ist er hier wieder der alten Unsitte gefolgt, die kategorischsten Urteile über eine Betriebsform abzugeben, ohne uns mitzuteilen, was er sich denn als Grundlage eines solchen Betriebes denkt: Getreidebau, Viehzucht oder was sonst.

Im weitern Verlaufe der Arbeit wird ziemlich ausführlich die Entwicklung der ostelbischen Landwirtschaft im neunzehnten Jahrhundert geschildert. Darauf näher einzugehen, würde zu weit führen.

---

[204]) S. 659.
[205]) S. 661.

Am Schlusse seiner Untersuchung kommt Parvus zu dem Ergebnis: „Der letzte und eigentliche Grund der Agrarkrisis sind einzig die durch die kapitalistische Entwicklung hochgetriebenen Grundrenten, resp. Bodenpreise. Man beseitige diese Bodenpreise und die europäische Landwirtschaft kann wieder die Konkurrenz aufnehmen mit der russischen und amerikanischen.“ [205]) Für die heutige Gesellschaft giebt es dazu keinen anderen Weg, als: Freie Konkurrenz. Denn diese wird nach der Ansicht von Parvus den gesamten kapitalistischen Grundbesitz auf die Gant bringen.

Die einzig vollkommene Rettung aber sieht er in der Vergesellschaftung des Bodens. Es „muss an Stelle der individuellen Produktionspreise, deren Unterschied die Grundrente bildet, ein gesellschaftlicher Produktionspreis gesetzt werden. Dies ist nur möglich, indem man die Landwirtschaft des gesamten Landes als einzige Unternehmung betrachtet, also durch Uebergang von kapitalistischer Warenproduktion zur sozialistischen Naturalwirtschaft.“

Parvus gelangt also zu demselben Ziele, wie alle seine marxistischen Vorgänger; aber auf dem Boden der erst zu seiner Zeit veröffentlichten Agrartheorie von Marx kann er den Weg zu diesem Ziele mit viel grösserer Konsequenz und Klarheit aufzeigen, als irgend einer unter seinen Vorgängern. Zugleich kann er das deshalb, weil er nicht mit Begriffen operiert, sondern mit Thatsachen. Diesen Fortschritt der Methode muss auch derjenige anerkennen, der mit dem Inhalt selbst durchaus nicht übereinstimmt.

2.

Wir haben beobachtet, wie seit Ende der achtziger Jahre die agrarpolitischen Theoretiker der Sozialdemokratie grössere Klarheit gewannen und zu gleicher Zeit grössere Selbständigkeit. Sie wurden unabhängiger von den Dogmen, die einst Eccarius und Liebknecht, gestützt auf den ersten Band des „Kapitals“, zusammengefasst hatten in ihren agrarpolitischen Schriften. Aber je mehr diese jüngeren Schriftsteller sich von den marxistischen Formen der Agrartheorie zu entfernen schienen, desto bessere Marxisten wurden sie gerade durch diese äussere Entfernung im Kerne ihrer Gedanken.

Allerdings, auch sie zogen nicht die volle Konsequenz der Marxistischen Idee, so wenig Marx selbst sie immer und überall gezogen hatte. Es war ganz augenscheinlich, dass für diese jungen Sozialdemokraten nicht die ökonomischen und sozialen Thatsachen das Primäre bildeten, sondern dass sie — unbewusst in den meisten Fällen — von der allgemeinen marxistischen Vergesellschaftung der Produktionsmittel ausgingen, als von einer ihnen selbstverständlichen Voraussetzung. Aber sie machten doch den Versuch, dieses vorweggenommene Resultat von der Basis unserer heutigen ökonomischen und sozialen Zustände aus zu beweisen. Und wenn das auch in Wahrheit kein historischer Marxismus war, so war es immerhin ökonomischer Marxismus und in jedem Falle ein bedeutender Fortschritt in der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft."

Jedoch, der Marxismus siegte in diesen Jahren nicht nur in der Theorie, sondern vollkommener und reiner noch in der Politik. Auf dem Parteitage zu Erfurt, im Jahre 1891, gab sich die deutsche Sozialdemokratie ein neues Programm. Dieses Programm enthält den Kern und die Konsequenzen des marxistischen Sozialismus in einer Schärfe und Reinheit, die nicht mehr zu übertreffen sind.

Welches ist seine Agrarpolitik?

Auf den beiden vorhergehenden Parteitagen hatte man den Wunsch geäussert, den Bauern im besonderen, oder auch der Landbevölkerung im allgemeinen einen eigenen Punkt des neuen Programmes zu widmen. Dieser Wunsch wurde nicht erfüllt; oder doch nur in der Form, dass man der Bauernwirtschaft den sicheren Ruin prophezeite. Das Programm beginnt:

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergange des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indess die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismässig kleinen Zahl von Kapitalisten und Grossgrundbesitzern werden." [206])

---

[206]) Protokoll des Erfurter Parteitages. Berlin 1891. S. 3.

Man sieht aus den letzten Worten, dass zu Beginn des Absatzes nicht nur dem gewerblichen, sondern ebenso dem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb der Untergang vorausgesagt wird. Wie der Kapitalismus dem Handwerker das Eigentum an Werkstatt und Handwerkzeug entzieht, so entzieht er dem Bauer das Eigentum an seinem Hofe, seinem Vieh, seinem sonstigen Inventar.

„Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Grossbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität menschlicher Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Grossgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern, — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung."

Das bedeutet: nachdem der Bauer expropriiert ist, wird seine Wirtschaft mit anderen vereinigt und im Grossen betrieben. Der Bauernstand verelendet und versinkt im Proletariat. Es ist übrigens interessant, dass Karl Kautsky, der dieses Programm verfasst hat, besonders stolz darauf war, hier „eine Form gefunden zu haben, in der wir ohne unseren Prinzipien etwas zu vergeben, und kleinbäuerliche Utopien zu stützen, uns auch an Kleinbürger und Bauern wenden, die der Entwurf des Parteivorstandes kaum erwähnt." [207]) Es sollte sich zeigen, dass die Bauern von dieser teilnehmenden „Wendung" weniger befriedigt waren, als der Verfasser des Programmes. So wenig, wie jeder gesunde Mensch, dem man Tag für Tag mit derselben monotonen Stimme erzählt: Morgen werden Sie sterben!

In zwei weiteren Absätzen wird der „Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat" behandelt und „die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen." Dann wird als Kern der heutigen Missstände die bestehende Eigentumsordnung angegeben.

„Das P r i v a t e i g e n t u m an Produktionsmitteln, welches

---

[207]) „Neue Zeit." 1890/91. II. S. 786.

ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropiieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Grossgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, dass der Grossbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde."

Genau wie Marx kennt also die deutsche Sozialdemokratie kein anderes Mittel gegen die Not der Landwirte und die Not der Landwirtschaft, als: Vergesellschaftung des Grund und Bodens. Produktivassoziationen und ähnliche Halbheiten sind aus diesem Programme verschwunden. Dem Bauer wird die Stelle gezeigt, die er heute in der historischen Entwicklung einnimmt, und die Richtung, nach der er sich im weiteren Laufe dieser Entwicklung bewegen wird; sonst nichts.

Man kann sagen, das sei ebenso ehrlich, wie unpolitisch. Die Prophezeiung möge noch so sehr der Wahrheit entsprechen und den Thatsachen der Zukunft, — auch nicht einen einzigen Bauern werde das veranlassen, der Sozialdemokratie beizutreten. Jedoch, so sehr das Programm die selbstverständliche Absicht hatte, agitatorisch zu wirken, so wenig hatte es doch die Absicht, auch nur jenen einzigen Bauern für die Partei zu gewinnen.

Man war überzeugt, dass die soziale Entwicklung für den Bauernstand ebenso Fortschritt und Besserung bedeute, wie für das Proletariat. Aber man sah, dass diese soziale Entwicklung sich in der Form politischen Kampfes vollzog. Und im politischen Kampfe verzichtete man auf die Hilfe der Bauern. Man wusste, dass ihre schlecht ausgebildeten und schlecht bewaffneten Haufen nur Unsicherheit in die Reihen des Arbeiterheeres hineintragen konnten.

„Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloss des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben."

Der Rest des Programmes hat für uns kein unmittelbares Interesse mehr. Mittelbar stehen dagegen einige Punkte in losem Zusammenhange mit agrarpolitischen Fragen.

Unter den nächsten Forderungen wird verlangt: „Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Massnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern."[208]) Dass die Sozialdemokratie Lebensmittelzölle, Grenzsperren, Exportprämien ablehnt, das ist so selbstverständlich, dass es nicht mehr als erwähnt zu werden braucht. Im Gegensatze zu den industriellen hat sie dem Schutze landwirtschaftlicher Produkte gegenüber niemals eine andere Stellung eingenommen. Leicht begreiflich, dass das Konsumenteninteresse des Proletariates hier überwog; auch für jene Parteigenossen, die etwa die Landwirtschaft an solchem Schutze thatsächlich interessiert glaubten. Uebrigens hatte man auf dem Parteitage zu St. Gallen, im Jahre 1887, einstimmig eine entsprechende Resolution gefasst; hatte sich auch grundsätzlich gegen jede indirekte Steuer erklärt. Nur Auer äusserte damals zu dem zweiten Punkte finanzpolitische Bedenken, die sich aber natürlich nicht auf die Beseitigung der Lebensmittelzölle bezogen.

Des Weiteren interessieren uns einige der Forderungen „zum Schutze der Arbeiterklasse". Man verlangte da: „Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages." Wir erinnern uns, dass man genau zwanzig Jahre früher, auf dem Parteitage zu Dresden den zehnstündigen Normalarbeitstag gefordert hatte. Damals war das so verstanden worden, als dürfe niemals — auch nicht in der Erntezeit — länger

---

[208]) Protokoll etc. S. 6.

gearbeitet werden, als zehn Stunden im Tage. Es ist anzunehmen, dass man auf dem Kongress zu Erfurt sozialpolitisch weiter vorgeschritten war; dass man den Normalarbeitstag mehr als Durchschnitt auffasste, denn als kategorische Grenze. Vollmar versuchte diese Zweideutigkeit aufzuklären, indem er folgende Fassung beantragte: „Feststellung eines, den jeweiligen Produktionsbedingungen entsprechenden und mit deren Entwicklung sich vermindernden Arbeitstages.“ [209]) Diese Aenderung wurde abgelehnt; wohl wegen ihrer unbestimmten Fassung. Trotzdem wird der Achtstundentag kaum mehr als vollkommen unbewegliche Schranke aufgefasst werden.

Als zweiten Punkt hatte der Vorstand beantragt: „Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter 14 Jahren.“ [210]) Ob auch hier Nachlässigkeit vorlag, oder ob man die landwirtschaftliche Kinderarbeit mit Absicht zulassen wollte, darüber kann man — gutmütiger oder argwöhnischer — das Eine oder das Andere vermuten. Jedenfalls dürfen wir uns auch hier erinnern, dass schon im Jahre 1869 zu Eisenach über die Kinderarbeit beraten wurde. Damals fand sich noch ein Sozialdemokrat, der das Verbot der landwirtschaftlichen Kinderarbeit ausdrücklich bekämpft. Denn es sei „ein himmelweiter Unterschied zwischen der Kinderarbeit in den Fabriken und derjenigen auf dem Lande.“ [211]) Es wurde damals der Bebel'sche Entwurf angenommen, der generell die Kinderarbeit verbot, wobei nach einer Erklärung des Verfassers die landwirtschaftliche Arbeit inbegriffen war. — Jetzt, in Erfurt, ersetzte man den Ausdruck „gewerbliche Arbeit“ durch „Erwerbsarbeit“ und erfüllte damit denselben Zweck. Noch heute haben übrigens sowohl Kautsky als David grosse Sympathien für die landwirtschaftliche Kinderarbeit.

Statt des Punktes: „Verbot des Trucksystems“, beantragte Vollmar die Forderung: „Auszahlung des Lohnes in Baar und in festzustellenden kürzesten Fristen.“ [212]) Damit würde das

---

[209]) S. 32.

[210]) S. 6.

[211]) Protokoll des sozialdemokratischen Arbeiterkongresses zu Eisenach. Leipzig 1869. S 58.

[212]) Protokoll des Erfurter Parteitages. S. 33.

Deputat wie jede andere Naturallöhnung des Landarbeiters verboten sein; ebenso die Ausgabe von Lohnmarken. Den zweiten Zahlungsmodus hätte man in jedem Falle bekämpfen könen; dagegen waren über Nutzen und Schaden der Naturallöhnung die Ansichten wahrscheinlich geteilt. Dieses veranlasste wohl auch die Ablehnung des Antrages Vollmar. Wir sind hier übrigens stets über die Motive im Ungewissen, weil das Programm nur von einer Kommission hinter verschlossenen Thüren beraten wurde.

Aus den weiteren Verhandlungen des Erfurter Parteitages hat nur ein Antrag noch agrarpolitisches Interesse. Im Sommer desselben Jahres hatte die pfälzische Sozialdemokratie ihren zweiten Landesparteitag abgehalten, und dieser stellte jetzt in Erfurt den Antrag:

„Der Parteitag wolle unsere Fraktion beauftragen, im Reichstage die Verstaatlichung des Getreidehandels zu beantragen.“ [213])

Ehrhardt-Ludwigshafen meinte mehr zur Entschuldigung als zur Begründung: „Wir stehen auf dem Standpunkte, dass jede Konzentration der Arbeitsmittel uns unseren Zielen näher führt.“ Der eigentliche Zweck des Antrages lag ganz wo anders. „Was die Frage selbst anlangt, so gestehe ich offen, dass sie im Wesentlichen ein Agitationsmittel sein soll.“ „Unser Bauer macht uns den Vorwurf: Ihr sorgt wohl in eurem Programm für den industriellen Arbeiter, für den kleinen Bauern aber tragt ihr viel zu wenig Rücksicht.“

Der Abgeordnete Frohme kennzeichnete den Antrag sehr richtig als staatssozialistisch; nach kurzer Diskussion ging man über diesen „Antrag Kanitz“ zur Tagesordnung über.

Schon ein Jahr früher hatten die Schweizer Sozialdemokraten sich mit der Verstaatlichung des Getreidehandels beschäftigt; aber im Gegensatze zu ihren deutschen Genossen hatten sie sich damit einverstanden erklärt. Bekannter ist, dass die französische Partei im Jahre 1894 denselben Antrag vor die Kammer brachte; kurz bevor Graf Kanitz im deutschen Reichstage damit erschien.

---

[213]) S. 313.

Selbstverständlich, dass die deutsche Sozialdemokratie sich gegen den Antrag wandte. Weniger aus ökonomischen, als aus politischen Gründen. Liebknecht zeigte später im Vorwärts sehr richtig, dass der Antrag mit Sozialismus auch nicht das Geringste zu thun habe.

„Der Sozialismus ist Verstaatlichung — wenn wir den Ausdruck Staat für Gemeinwesen, englisch commonwealth, lateinisch res publica annehmen. Allein Verstaatlichung ist nicht Sozialismus. Um den Sozialismus durchzuführen, müssen wir die Produktion „verstaatlichen", d. h. für das ganze Gemeinwesen zum Nutzen des ganzen Gemeinwesens einheitlich organisieren." [214])

Diesen Ausführungen muss unbedingt beigestimmt werden. Der Staatsbetrieb steht grundsätzlich zu dem Gedanken des Sozialismus in keinem anderen Verhältnis, als irgend eine grosse Aktiengesellschaft. Allerdings, auch das wäre schon ein Grund für die Sozialdemokratie, jenem Antrage zuzustimmen. Denn wenn er auch noch keinen Teil vom Zukunftsstaat herstellt, so erleichtert er doch zweifellos den Uebergang in den Zukunftsstaat. Aber für eine radikale Oppositionspartei hat jeder Staatsbetrieb zugleich den Nachteil, die Macht des bestehenden kapitalistischen Staates ganz ausserordentlich zu verstärken.

So kommt es, dass die Sozialdemokratie in einem demokratischen Staate ohne Bedenken für solche Verstaatlichungen eintreten kann, während sie unter einer monarchistisch-konstitutionellen Regierung es für vorsichtiger hält, sie abzulehnen. Man bemerke übrigens, dass hier nicht nur von der Verstaatlichung der Getreideeinfuhr die Rede ist, sondern stets von der Verstaatlichung des gesamten Getreidehandels.

Es mag an dieser Stelle angemerkt werden, dass zwei Jahre nach dem Erfurter Parteitage der Internationale Sozialistische Arbeiterkongress in Zürich mit der Agrarfrage sich beschäftigte. Es wurde dort folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Kongress bekennt sich zum Grundsatz des Gemeineigentumes an Grund und Boden.

---

[214]) „Vorwärts." 2. IV. 1895.

Der Kongress erklärt es für eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie aller Länder, auch die landwirtschaftlichen Arbeiter neben den industriellen zu organisieren und in die Kampfesreihen des universellen Sozialismus einzugliedern.“ [215])

Der Kongress beschloss zugleich, die Agrarfrage auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen, und sich dort von allen Nationalitäten Berichte vorlegen zu lassen über Art und Ergebnisse ihrer Landagitation.

3.

Nach dem Erfurter Programm sollte die Sozialdemokratie nichts sein, als die politische Vertretung der Arbeiterklasse.

Das war streng marxistisch gedacht. Aber es widersprach jenem Glauben an die Eroberung des ganzen Volkes, der gerade in jenen Jahren die Partei erfüllte; es widersprach vor allem dem starken Drange, die Agitation auch auf's Land hinauszutragen. In der Politik ist stets der Wille mächtiger als der Gedanke. Der Wille siegte auch hier, und man liess sich durch die marxistische Strenge des Programmes nicht im Geringsten abhalten von dem Versuch, auch Bauern für die Partei zu werben.

Selbst Karl Kautsky, der das Programm verfasst, musste sich zu Konzessionen verstehen. Zwischen den Grundsätzen der marxistischen Lehre und den Bedürfnissen der praktischen Agitation suchte er sich ungefähr auf demselben Pfade mitten hindurch zu winden, den schon Liebknecht in seiner Broschüre „Zur Grund- und Bodenfrage“ gewählt hatte. K a u t s k y schrieb kurz nach dem Parteitage von 1891 sein ausgezeichnetes Buch zur Erläuterung des „E r f u r t e r P r o g r a m m e s“.

Darin leugnete er nicht direkt, dass die Sozialdemokratie eine A r b e i t e r p a r t e i sei; aber er schrieb ihr zugleich die Tendenz zu, „eine Volkspartei zu werden in dem Sinne, dass sie die Vertreterin nicht nur der industriellen Lohnarbeiter, sondern sämtlicher arbeitenden und ausgebeuteten Schichten, also der grossen Mehrheit der Gesamtbevölkerung wird, dessen, was man gewöhnlich „Volk“ nennt.“ [216]) Diese Metamorphose der

[215]) Protokoll des internationalen Sozialistenkongresses zu Zürich, im Jahre 1893. Zürich 1894. S. 48.

[216]) „Das Erfurter Programm.“ Stuttgart 1892. S. 252.

Arbeiterpartei zur Volkspartei vollzieht sich einfach dadurch, dass mehr und mehr die ganze Masse des Volkes in die Schicht der Lohnarbeiter hinabsinkt. Es kommt hinzu, dass das eigentliche Proletariat „immer mehr der Mittelpunkt wird, um den sich die stetig schwindenden Reste der anderen arbeitenden Klassen gruppieren." „In dem Maasse, in dem die Lohnarbeiter die Führung des Volkes übernehmen, wird die Arbeiterpartei zur Volkspartei. In der That, sobald der selbständige Arbeiter des Kleinbetriebs wie ein Proletarier fühlt, sobald er erkennt, dass er oder zum mindesten seine Kinder unrettbar dem Proletariat verfallen sind, dass es keine Rettung mehr für ihn giebt als die Befreiung des Proletariats — von dem Augenblick an muss er in der Sozialdemokratie die natürliche Vertreterin seiner Interessen sehen."

Man bemerkt hier wiederum jene zweideutige Auffassung des Wortes „Arbeiter", die zwar agitatorisch bequem ist, aber durchaus verwerflich bei der grundsätzlichen Erläuterung eines Programmes. Jedoch, im Uebrigen weicht Kautsky nicht von seinem prinzipiellen Standpunkte ab. Es ist unbestreitbar, dass der Bauer für die Partei des Proletariates reif ist, „s o b a l d" er „wie ein Proletarier fühlt". Die Sache ist nur die, dass der wirkliche Bauer bei uns in Deutschland n i r g e n d s „wie ein Proletarier fühlt". Seine ökonomische Lage mag so schlecht sein, wie sie wolle, weit schlechter oft als die des industriellen Lohnarbeiters, das wird den Bauer niemals hindern, sich erhaben zu fühlen über die soziale Stellung des Lohnarbeiters.

Der prinzipiellen Haltung Kautskys entspricht ganz konsequent die praktische Agrarpolitik, die er empfiehlt. Die Bauern sollen nicht etwa expropriiert werden; denn die Aufhebung des Privateigentums „für die K l e i n b e t r i e b e wäre um so zweckloser, da ja die Tendenz des Sozialismus dahin geht, die Arbeiter in den Besitz der nötigen Produktionsmittel zu setzen. Für die Kleinbetriebe liefe also die Expropriation der Produktionsmittel darauf hinaus, dass man sie ihren bisherigen Besitzern nähme, um sie ihnen wieder zu geben, ein sinnloses Vorgehen." [217]) Aber wenn man den Kleinbetrieb nicht expropriieren will, so wird da-

[217]) S. 150.

durch nicht das Geringste geändert an der naturnotwendigen Thatsache, dass er trotzdem verschwinden wird. Was seinen Untergang bewirkt, das ist nicht der Sozialismus, sondern das ist die ökonomische Entwicklung.

So wenig der Sozialismus die bäuerliche Wirtschaft expropriiert, so wenig beschleunigt er auch nur ihre thatsächliche Expropriation; im Gegenteil, er verlangsamt und mildert dieselbe. „Denn da die sozialistische Gesellschaft die Tendenz nach Ersetzung der Warenproduktion durch Produktion für den direkten Verbrauch mit sich bringt, wie wir gesehen, muss sie auch das Bestreben haben, alle Leistungen an die Gesellschaft, die Steuern oder die etwaigen Zinsen der in gesellschaftliches Eigentum übergegangenen Hypotheken, soweit diese nicht ganz aufgehoben werden, aus Geldleistungen in Leistungen an Naturalien — Getreide, Wein, Vieh u. s. w. — zu verwandeln. Das bedeutet aber für die Bauern eine ungeheure Erleichterung. Sie streben dieselbe heute schon vielfach an."

Da die sozialistische Gesellschaft wohl nicht zur Kopfsteuer zurückkehren will, so muss man annehmen, dass sie die Naturalleistungen nach der Grösse des Rohproduktes bemisst. Denn würde man sie nach dem Reingewinn berechnen, so wäre ja das kapitalistische Prinzip der Ware zur Hinterthür wieder hereingebracht. Jene Naturalleistungen sind also generell nichts anderes, als der alte Zehnt; eine Steuerform, mit der sich die sozialistische Gesellschaft nicht gerade empfiehlt. Am wenigsten, wenn sie auf die Fortschritte der Agrikultur so grossen Wert legt, wie ihre bedeutendsten Vorkämpfer das stets gethan haben.

Jedoch, ob man die Naturalsteuer als Erleichterung gelten lässt, oder nicht, in jedem Falle würde sie die einzige ökonomische Erleichterung sein, die der Bauernstand vom Sozialismus zu erwarten hat. Im Uebrigen „den Handwerkern und Bauern als Produzenten unter Beibehaltung ihrer rückständigen Betriebsweisen zu helfen, widerspricht dem Gang der ökonomischen Entwicklung und ist undurchführbar."[218]) Oder, wie Kautsky an einer anderen Stelle sagt: „Den Handwerkern und

[218]) S. 259.

Bauern Maassregeln in Aussicht stellen, durch welche ihre Kleinbetriebe lebensfähig gemacht werden, heisst keineswegs ihre Interessen verstehen, es heisst vielmehr, Illusionen in ihnen zu wecken, die sich nie verwirklichen können, und die sie vom rechten Wege zur besten Vertretung ihrer Interessen ablenken.“ [219])

Resultat: Die Sozialdemokratie ist die Partei des Proletariates. Dem Proletariat kann sie ökonomische Vorteile in Aussicht stellen. Dagegen kann sie dem selbständigen Produzenten keine ökonomische Hilfe versprechen. Sozialdemokrat zu werden, liegt darum nach Kautsky erst dann im Interesse des Bauern, wenn er sich als Proletarier fühlt, und nicht mehr als selbstständiger Produzent.

Aber diese konsequent marxistische Stellungnahme gegenüber der Bauernschaft herrschte nicht in allen Teilen der Partei. Es war in erster Linie die bayerische Landtagsfraktion, die anders dachte, und die in Wort und That den Standpunkt einnahm: „Wir wollen alles irgendwie Zulässige thun, um das Loos der Bauern erträglicher zu machen und der grösstmöglichen Zahl derselben den drohenden Absturz in das Proletariat zu ersparen.“ [220]) (Im Original gesperrt gedruckt.) Diese Worte finden sich zwar in einem Rechenschaftsbericht, den die Fraktion erst 1899 herausgab, aber sie charakterisieren das Verhalten der Partei im Landtage auch schon für jene früheren Jahre mit unbestreitbarer Präzision. Es ist augenscheinlich, dass sie genau das Gegenteil besagen, von dem was Marx und sein Schüler Kautsky gelehrt haben; dass sie im schärfsten Widerspruche stehen zu der rein proletarischen Grundidee des Erfurter Programmes. Der agrarpolitische Kern dieses Programmes und des Marxismus überhaupt lautete: Wir können und dürfen keinen Bauernschutz treiben. Hier wurde offen und kategorisch erklärt: Wir können und wollen Bauernschutz treiben.

Und man muss zugeben, dass diese Worte mit ebensoviel

---

[219]) S. 254.

[220]) „Die Sozialdemokratie im bayerischen Landtag 1893—1899.“ Nürnberg 1899. S. 50.

Eifer wie Geschick in die That umgesetzt wurden; dass die sozialdemokratische Landtagsfraktion fast ebensoviel Bauernpolitik trieb, wie Arbeiterpolitik. Es würde sehr interessant sein, auf ihre praktische Thätigkeit gründlicher einzugehen; aber es würde zu weit führen. Dagegen wäre es historisch wertvoll, wenn man später einmal die parlamentarische Thätigkeit der Sozialdemokratie für ganz Deutschland behandelte, im Reichstag wie in den Kammern der Einzelstaaten.

Jene besondere agrarpolitische Haltung der bayerischen Sozialdemokratie erklärt sich sehr natürlich.

Als Georg von Vollmar in den achtziger Jahren nach Bayern zurückkam, da galt er für einen der radikalsten Männer in der Partei. Es ist beispielsweise bekannt, dass zu jener Zeit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine ernste Uneinigkeit ausbrach über die Frage der Dampfersubventionen. Damals war es Vollmar, der sich am schärfsten und unentwegtesten gegen den Majoritätsbeschluss der Fraktion wandte, nach welchem für einzelne Linien und unter gewissen Umständen die Subvention zu bewilligen sei. Wie kommt es, dass dieser radikale Oppositionsmann zu dem Revisionisten wurde, für den man ihn heute allgemein hält? — 71 Prozent der Bevölkerung Bayerns sind katholisch (Durchschnitt des Reiches: 36 Proz.); 65 Proz. seiner Bevölkerung wohnen auf dem platten Lande, das will sagen: in Orten unter 2000 Einwohnern (Durchschnitt des Reiches: 53 Prozent); 45 Prozent aller Bayern gehören der landwirtschaftlichen Bevölkerung an (Durchschnitt des Reiches: 34 Prozent).

Man sieht, in diesem Bundesstaate spielt die Landwirtschaft eine viel grössere, infolge dessen die Industrie eine viel geringere Rolle, als das in den übrigen Teilen des Reiches der Fall ist. Wenn die Sozialdemokratie sich im Wesentlichen darauf beschränken muss, die Partei des industriellen Proletariats zu sein, dann ist klar, dass sie in Bayern nicht dieselbe Rolle spielen kann, wie sonst im Reiche. Es kommt hinzu, dass die Arbeiterbevölkerung katholischer Gegenden dem Sozialismus von vornherein viel schwerer zugänglicher ist, als die in protestantischen Ländern. Genaueres Studium der Wahlstatistik zeigt, dass man

die Bedeutsamkeit dieser konfessionellen Scheidung bisher lange nicht hoch genug eingeschätzt hat. Wir haben hier nicht den Raum, das nachzuweisen; es genügt, auf Westphalen und die Rheinlande aufmerksam zu machen: das industrielle Zentrum des Reiches, in dem die Sozialdemokratie bis zu den letzten Wahlen eine relativ erstaunlich geringe Rolle gespielt hat.

Nun kam im Jahre 1883 nach Bayern ein sozialdemokratischer Führer, mit Eifer, mit Energie, mit Fähigkeiten, mit dem Willen, dieses Land seiner Partei zu erobern. Die Masse der Bevölkerung waren Bauern; wollte die Sozialdemokratie Massenpartei werden, so musste sie Bauern gewinnen. Also begann Georg von Vollmar Bauernagitation zu treiben.

Der reine Marxismus des Erfurter Programms machte das unmöglich, — wenn man ihn politisch anwandte. Also verzichtete Vollmar auf diesen reinen Marxismus und trieb ohne ihn Bauernagitation. Wohl wird er gesehen haben, dass seine Bauern keine Marxisten werden konnten, vielleicht nicht einmal Sozialisten. Was er hoffte, das war, sie zu sozialen Demokraten zu machen. — Ob ihm das gelang, werden wir später fragen.

Wenn in Bayern die Thätigkeit in der Kammer das beste Agitationsmittel bildete zur Gewinnung des Landvolkes, so musste man sich in den anderen Bundesstaaten in der Hauptsache mit Broschüren, Kalendern, teilweise mit Versammlungen begnügen. Den Broschüren, die da verteilt wurden, fehlte es nicht an agitatorischem Schwung; aber ihren Verfassern schien meist die Bekanntschaft mit den Bauern zu fehlen. Geschickter und wirksamer waren jene Schriften, die sich von vornherein überwiegend oder ausschliesslich an die Tagelöhner und Knechte wandten. Wir hatten erwähnt, dass der Parteivorstand auf die Anregung des Parteitages in Halle eine Agitationsbroschüre herausgab: „Zur Landagitation“. Die Broschüre war sehr geeignet, den städtischen Arbeitern und Agitatoren zu zeigen, wie sie sich draussen auf dem Lande zu verhalten hatten. Aber es ist charakteristisch, dass man diese Schrift nicht nur als Anleitung benutzte, sondern in zehntausenden von Exemplaren unter den Landarbeitern selbst verteilte.

„Dabei rede man nicht von dem Aberglauben und der Un-

wissenheit des Landmannes, er wird in der Diskussion das schon allein sagen, aber von anderen hört er das nicht gern.“ [221]) Das war sehr richtig, und es war agitatorisch sicherlich empfehlenswert, nach dieser Instruktion zu handeln. Aber war es sehr schlau, den Landarbeitern diese Instruktion mitzuteilen?

Dazwischen kamen später auch Flugblätter und Kalender, die besser waren; es kamen auch wieder Broschüren, die nichts enthielten, als plattes Geschwätz.

Auf der anderen Seite war es für die Sozialdemokratie sehr oft nicht möglich in grösserem Maassstabe durch Versammlungen zu agitieren. Denn es gab weite Gegenden, wo der Partei kein einziger Saal zur Verfügung stand. Ein Beispiel: „Die erste sozialdemokratische Versammlung im Landkreis Königsberg fand am Sonntag den 3. Juni (1894) in Brahsdorf bei Kuppen statt. In Ermangelung eines Saales hatte ein dortiger Parteigenosse seine Wohnräume ausgeräumt und zur Verfügung gestellt. Mehrere Tage vor der Versammlung wurden die Räumlichkeiten durch einen Gensdarmen ausgemessen und untersucht, ob ein Keller sich unter dem Fussboden befindet. Die Versammlung war nach der „Königsberger Volkstribüne“ von ca. 150 Personen besucht, die meistenteils ländliche Arbeiter, aus allen umliegenden Orten zusammengeströmt waren.... Genosse Schultze-Königsberg hielt einen Vortrag über die ländlichen Arbeiter und die Sozialdemokratie. Die Anwesenden bezeugten grosses Interesse und gaben oft ihre Zustimmung zu erkennen.“ [222])

Die zweite Versammlung in diesem Wahlkreise sollte 14 Tage später stattfinden; sie wurde polizeilich verboten. Nach der „Königsberger Volkszeitung“ war die Wirkung des Verbotes auf die Erschienenen, etwa „200 Instleute, Gutsarbeiter und Handwerker“, vorzüglich.

Diese beiden Beispiele sind typisch für die damalige sozialdemokratische Landagitation; zum Teil sind sie es noch für die heutige. Man liess sich durch nichts abschrecken; man ging

---

[221]) „Zur Landagitation.“ Berlin 1891. S. 15.
[222]) „Der Sozialdemokrat.“ 21. VI. 1894.

immer wieder auf die Dörfer hinaus, man hielt Reden, verteilte Schriften und Zeitungen und suchte nicht am wenigsten drinnen im Wirtshaus die Einzelnen zu überzeugen. Was war der Erfolg dieser eifrigen Landagitation?

Im Jahre 1890 war die Zahl der sozialdemokratischen Wähler rapid in die Höhe geschnellt; am Auffälligsten in den Landkreisen. Bei der nächsten Wahl, drei Jahre später, blieb die Stimmenzahl in den überwiegend landwirtschaftlichen Gegenden meist konstant. Wo sich eine Vermehrung feststellen liess, war sie in der Regel nicht sehr bedeutend. In manchen Landkreisen zeigte sich offener Rückgang. — Vor allem lässt sich heute mit voller Sicherheit behaupten, dass die eigentliche Bauernagitation erfolglos geblieben war. Die Landarbeiter dagegen liessen sich ohne allzugrosse Schwierigkeiten gewinnen, — soweit ihre soziale Abhängigkeit dem nicht im Wege stand. Aber in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle stand sie eben noch im Wege.

Weit verbreitet ist der Respekt vor Herrn von Vollmars Bauerngefolgschaft in Oberbayern; vor allem in seinem Wahlkreise Rosenheim. Jedoch die sozialdemokratischen Stimmen in diesem Kreise stammen in der Hauptsache von Bergarbeitern und anderen industriellen Bevölkerungsschichten; daneben von Tagelöhnern und unselbständigen Kleinbauern. Die wirklichen selbständigen Bauern, die rote Stimmzettel abgeben, waren trotz Vollmars persönlicher Beliebtheit doch sehr geringfügige Ausnahmen. Eher könnte man in einigen fränkischen Kreisen von sozialdemokratischen Bauern reden. Aber das sind bereits ziemlich industrielle Gegenden; Hausindustrie ist weit verbreitet. Soweit dort solche halb selbständige Bauern sozialdemokratisch stimmen, scheinen sie das erst seit 1898 zu thun; also noch nicht in jener früheren Zeit, die uns beschäftigt.

Wir müssen hier auf zahlenmässige Belege verzichten; denn die Angaben der Wahlstatistik wirken eher täuschend als aufklärend, wenn sie nicht mit einiger Gründlichkeit differenziert und im Einzelnen geprüft werden; das ist hier unmöglich.

Jedoch, was für uns am wichtigsten ist, das lässt sich auch so feststellen. Niemand kann bestreiten, dass die sozialdemo-

kratische Bauernagitation in der ersten Hälfte der neunziger Jahre mit einem vollkommenen Misserfolg abschloss. Man empfand das sehr deutlich in der Partei, auch wenn nicht jeder es offen aussprach. Aber man nahm im Jahre 1893 zu Köln einen Antrag Bruno Schönlanks an: der Vorstand möge auf die Tagesordnung des folgenden Parteitages das Thema setzen: Die Landarbeiter, die Kleinbauern und die Sozialdemokratie.

VII.

Die Agrardebatte.

1894—1895.

1.

Auf dem Frankfurter Parteitage charakterisierte Vollmar die Periode 1890—1894 wie folgt: „Erinnern Sie sich an Halle, an das Jahr 1890: da hiess es voll ungestümer Hoffnungen: „Krieg den Ultramontanen! Hinauf aufs Land!“ Und alles Kriegsvolk hat gejubelt. Auf dem vorigen Parteitag in Köln, da klang aber das Lied ganz anders. Da hiess es pessimistisch: „Bei den Bauern ist vorläufig wenig zu thun. Und wenn wir mit Engelszungen redeten, unser Anhang bei den Bauern wird immer schwach bleiben.“ Kurz, die Bauernagitation lohnt nicht der Mühe, es ist nichts dabei zu holen. So schwankte man zwischen himmelhoch jauchzend und zu Tode betrübt.“ [223])

In der That, das Resultat der grossen Landagitation war: „Katzenjammer“. In Köln war der Sozialdemokratie das Fiasko zum Bewusstsein gekommen. In Frankfurt stellte sie sich die Frage: was thun? In Breslau gab sie sich selbst die Antwort.

Auf der Tagesordnung des Frankfurter Parteitages 1894 hiess es: „Agrarfrage und Sozialdemokratie. Berichterstatter: Dr. Bruno Schönlank und Georg von Vollmar.“ Der Parteivorstand scheint diesem Punkt kein allzu grosses Gewicht beigemessen zu haben; sonst hätte er kaum zu Referenten zwei Männer gewählt, die ungefähr zu dem gleichen Ergebnis

---

[223]) Protokoll des Parteitages zu Frankfurt a. M. Berlin 1894. S. 145.

gelangen mussten. Denn wenn es zu tiefergehenden Differenzen über diese Frage kommen sollte, dann war ein solcher Vorteil der einen Partei nur geeignet, die Opposition der Gegenseite künstlich zu verschärfen und zu verlängern. Offenbar legten also die Mitglieder des Vorstandes der ganzen Agrarfrage mehr theoretische als praktische Bedeutung bei. Das stimmt ganz gut zu dem, was man sonst von ihrer agrarpolitischen Stellung weiss. Diese fünf Männer scheinen die Sozialdemokratie stets nur als Arbeiterpartei betrachtet zu haben. Sie scheinen nie etwas von einer Landagitation gehalten zu haben, die sich die Eroberung der Bauernschaft zum Ziele nahm. Sie hatten wohl die Empfindung, dass jene Zweieinigkeit von Arbeiterpartei und Bauernpartei keine ganz natürliche Sache sei. So kam es, dass sie — was sich nicht leugnen lässt — im höchsten Maasse überrascht waren durch den Umfang und die Bedeutung der Agrardebatte, die nunmehr in Frankfurt a. M. sich entspann und erst in Breslau wieder zur Ruhe kam.

Die beiden Referenten hatten sich in ihre Aufgabe so geteilt, dass Schönlank mehr die theoretische Seite der Agrarfrage zufiel; neben ihr die Besprechung der Landarbeiterfrage. Vollmar hingegen sollte sich in erster Linie mit der eigentlichen Bauernpolitik beschäftigen und mit der praktischen Agitation auf dem platten Lande.

Schönlank beginnt damit, den ostelbischen Grossgrundbesitz als durchaus konkurrenzunfähig zu kennzeichnen; es fehle ihm an Kapital, und einzig die Liebesgaben der Staatskasse seien noch imstande, diese Bevölkerungsschicht vor dem allgemeinen und offenen Ruin zu bewahren.

„Die zweite Seite der Agrarfrage ist der Kampf der Grossgrundbesitzer mit ihren ländlichen Proletariern, der Kampf des mittleren Unternehmers mit seinen Tagelöhnern, der Kampf des Bauern mit dem Knechte.“ [224]) Dieser dreifache Kampf wird ziemlich eingehend geschildert, am Eingehendsten für den Grossgrundbesitz; die Thatsachen der Schilderung sind allgemein bekannt.

Des weiteren sucht der Redner darzustellen, wie der süd-

[224]) S. 136.

deutsche Bauer unter dem Wucher zu leiden habe, und bezeichnet als besonders elend die Lage der badischen Kleinpächter. Am ausführlichsten giebt er „an der Hand von Maurer, von Lamprecht u. s. w. eine historische Darlegung der ländlichen Besitzzustände in ihrem Zusammenhange mit der politischen Gestaltung von der alten deutschen Markgenossenschaft durchs Mittelalter und die Kleinadelbildung bis zur Gegenwart.“ [225])

Was die Agitation anlangt, so warnt Schönlank vor allem vor der Schablone. Für die ostelbischen Landarbeiter muss in erster Linie gefordert werden: Aufhebung der Gesindeordnung und Aufhebung des Koalitionsverbotes; Arbeiterschutz und „Aufsichtsbeamte nach Art der Gewerberäte“. Auch ist das Pfandrecht des Verpächters ebenso einzuschränken, wie man das des Vermieters bereits eingeschränkt hat.

„Dass das Kleinbauerntum nicht zu gewinnen sei, ist ein unrichtiger Schluss.“ „Wenn man einwendet, solange sie noch einen Kleinbesitz haben, selbst wenn er nur ein Scheinbesitz ist, sind sie nicht für uns zu haben, so erwidere ich, Hunderte und Tausende von Bauern sind ja nur maskierte, besitzlose Landarbeiter, sie sind durch das Kapital, durch Wucher und Latifundienwirtschaft bereits so stranguliert, dass sie uns politisch und sozial zugänglich sind. Sie sind zu haben, wie wir die kleinen Geschäftsleute, die Krämer gewonnen haben.“

„Wie packen wir nun die Grossbauern? Am Geldbeutel. Wir weisen sie hin auf die Steuern und den Militarismus. Wir zeigen ihnen, wie eine bessere Organisation der Gesellschaft ihnen ermöglichen wird, die Maschine und alle technischen Verbesserungen, Meliorationen (Entwässerung, Moordammkultur u. s. w.) in ihren Betrieben anzuwenden.“ [226])

„Erreichen wir auf diesem Wege nichts anderes, als die Bauernschaft zu neutralisieren, so haben wir genug gethan.“ „Wir müssen verhüten, dass die nägelbeschlagenen Schuhe der Bauern und der Bauernsöhne sich gegen uns wenden, wir müssen sie neutralisieren, pazifizieren.“ [227])

„Wir brauchen deshalb eine genaue Schilderung der Zu-

---

[225]) S. 141.
[226]) S. 140.
[227]) S. 141.

stände und wir brauchen ein Agrarprogramm. Das popularisierte Erfurter Programm muss ergänzt und erweitert werden. Es muss übersichtlich sein, denn mit den Landleuten müssen wir Fraktur reden.“ [228])

Vollmar, der zweite Referent, giebt zuerst einen Rückblick auf die bisherige Agrarpolitik der Sozialdemokratie. Diese hatte dem Bauern bisher nichts anderes „zu bieten, als die Erkenntnis seines unabwendbaren Unterganges, in den er sich vernünftig schicken sollte und wofür er den Trost bekam, dass es ihm im Jenseits der sozialistischen Gesellschaft um so besser ergehen werde.“ Selbstverständlich, dass der Bauer damit durchaus nicht zufrieden war. „Dazu kam die frühere Art der Landagitation.“ Die habe man so ungeschickt betrieben, als das irgend möglich war. Agitatoren und Bauern seien sich gegenseitig gleich unverständlich gewesen.

Jedoch „wenn nur die richtige Art angewendet wird, dann ist die Landbevölkerung jetzt, wo ihr die Verhältnisse so harte Lehrmeister sind, sehr wohl zu gewinnen; und wenn wir sie nicht schon mehr gewonnen haben, so ist es grösstenteils unsere eigene Schuld. Aber freilich hat eine erfolgreiche Landagitation zwei Voraussetzungen. Einmal muss der Bauer sehen, dass wir Herz und Verständnis für seine täglichen Leiden haben und nach Kräften ihm zu helfen bereit sind, und zwar nicht erst in einer entfernten Zukunft — jedenfalls erscheint sie dem Bauer entfernt — sondern schon jetzt. So verlangt es ja auch der Industriearbeiter von uns. Weiter aber muss ihm auch unsere ganze Art sympathisch und verständlich sein.“ [229])

Vollmar fragt weiter: was können wir dem Bauer an wirtschaftlichen Forderungen bieten? was fehlt ihm? — Der landwirtschaftliche Notstand, der von liberaler Seite geleugnet wird, ist in der That vorhanden. Vor allem hat die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft eine ausserordentliche Höhe erreicht und steigt immer höher.

„Aber im Uebrigen hat sich die Entwicklung doch nicht so vollzogen, wie sie früher von den Sozialdemokraten

---

[228]) S. 144.
[229]) S. 145.

vorausgesagt wurde, welche eine rapide Aufsaugung der Kleinen zu Gunsten der Grossen annahmen, deren rationelle Wirtschaft alsbald dominieren würde. Allerdings ist von Altpreussen, Mecklenburg u. s. w. ein bedeutendes Anwachsen des Grossbesitzes nachgewiesen; aber dasselbe betrifft in der Hauptsache den fideikommissarisch gebundenen Latifundienbesitz, wobei die Gründe und die Mittel der Vergrösserung nicht in den Vorteilen des Grossgrundbesitzes liegen. Im Uebrigen aber ist die Verschuldung keineswegs auf den Mittel- und Kleinbesitz beschränkt, sondern trifft ebenso auch den Rittergutsbesitz, ja dieser ist grösstenteils noch mehr verschuldet. ... Auch der Gebrauch der grösseren Maschinen hat in der Landwirtschaft zwar zugenommen, aber keineswegs in einer entscheidenden oder gar umwälzenden Weise.“ [230])

„Demnach erweist sich der Grossbetrieb in der heutigen Landwirtschaft — wo nicht ausnahmsweise Verhältnisse vorhanden sind — im Wettbewerb keineswegs als so überlegen, und das trotz aller ihm so reichlich zugeschanzten Vorteile auf Kosten der Allgemeinheit. Ist dies selbst beim Körnerbau der Fall, so ganz insbesondere bei der Viehzucht, welche bei der Unrentabilität des Getreidebaues und beim derzeitigen Vorhandensein eines Weltmarktes naturgemäss in der Ausdehnung begriffen ist.“ Wie „sich die Viehzucht als für den Mittel- und Kleinbetrieb besonders geeignet“ erweist, so gilt dasselbe „im Allgemeinen für den Bau von Obst, Reben, Gemüse und sonstigen Handelsgewächsen“.[231])

„Jedenfalls geht die Zerstörung des Mittel- und Kleinbesitzes in der Landwirtschaft im Allgemeinen nicht so sehr — wie in der Industrie — durch die Konkurrenz der Grossen gegen die Kleinen innerhalb der ländlichen Produktion, sondern wesentlich von aussen her, durch das Geldkapital vor sich. Nicht wenige Agrarpolitiker schliessen aus allen diesen Dingen, dass der Grossbetrieb in der Landwirtschaft nur bei extensivem Betriebe überlegen sei, sondern (und?) dass die wirtschaftliche Entwicklung bei zunehmender Intensivität der Verwirtschaftung auf eine

[230]) S. 147.
[231]) S. 147.

Verkleinerung der Betriebe gehe. Ich habe hier diese Frage nicht zu entscheiden."

„Und wie es eine zweifellose Thatsache ist, dass der Klein- und Mittelbetrieb, das selbständige Bauerntum in vielen Gegenden in einer wachsenden Bedrückung und Verdrängung begriffen ist, und auch dem künftigen Untergange verfallen erscheint, wenn ihm der Staat keine Hilfe leistet, so ist es nicht minder eine Thatsache, dass dieses Bauerntum heute noch vorhanden ist und auf absehbare Zeit wirtschaftlich lebensfähig, d. h. dem Betriebe gewachsen ist." [232])

Die Sozialdemokratie muss also fürs Erste noch mit der Masse der Bauern rechnen. Das bedeutet, sie muss diese Bauern erobern; sie muss deshalb für Bauernschutz eintreten. Sehr ausführlich nimmt Vollmar Bezug auf die Bauernpolitik, die von den Sozialisten anderer Länder — vor allem von denen Frankreichs — betrieben wird. Er kommt schliesslich zu dem Ergebnis, die deutsche Partei müsse sich des Bauern ebenso annehmen, wie ihre Bruderparteien das gethan haben. „Das eingehende Studium des massenhaft vorliegenden wissenschaftlichen Materials, die Förderung seiner litterarischen und agitatorischen Verwertung, sowie die Vorschlagung programmatischer Maassregeln: das wird die Aufgabe des besonderen Agrarausschusses sein, dessen Einsetzung wir Referenten, gleich verschiedenen Antragstellern, Ihnen vorschlagen." [233])

Man sieht, die beiden Referate gelangen zu demselben Ziele: Agrarausschuss, Bauernschutz. Aber der Standpunkt, von dem sie ausgehen, ist durchaus verschieden; die Wege, auf denen sie ihr gemeinsames Ziel erreichen, müssen deshalb ebenso verschieden sein.

Schönlank scheint im Allgemeinen noch sehr unter dem Einflusse der älteren Theorien seiner Partei zu stehen. Keine Linien sind ihm scharf genug, um die elende Lage zu kennzeichnen, in der unser Bauernstand sich befindet. Aber wie man niemals eine feste Ansicht gewinnen konnte von Schönlanks politischer Stellung in ihrer Gesamtheit, weil er die Farbe mit solcher Leichtigkeit und Grazie zu wechseln verstand, wie Opaleszentglas

[232]) S. 148.
[233]) S. 152.

im wechselnden Sonnenlicht, so erhalten wir auch hier keine eindeutig klare Antwort, ob Schönlank durch seinen Bauernschutz den Untergang des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes abzuwenden hofft, oder ob er diesen Untergang auf die Dauer für unvermeidlich hält und nur versuchen will, ihn zu mildern.

Im Grunde scheint er darüber fast ebenso zu denken wie Kautsky: Der Kleinbauer ist erst dann für die Partei des Proletariates reif, wenn er sich selbst als Proletarier fühlt. In Wahrheit ist er ein Proletarier; gelingt es uns, die gefühlsmässige Erkenntnis dieser Thatsache in ihm zu erwecken, dann haben wir ihn gewonnen.

Originell ist dagegen, dass er auch die Grossbauern zu gewinnen hofft. Nicht nur durch rein politische Argumente, sondern auch durch den Hinweis, „wie eine bessere Organisation der Gesellschaft ihnen ermöglichen wird, die Maschine und alle technischen Verbesserungen .... in ihren Betrieben anzuwenden.“ [234]) An diesem Satze ist vorerst nur Eines klar: die Geschicklichkeit, mit der das, worum es sich handelt, umgangen wird. Denn was ist das für eine „bessere Organisation der Gesellschaft“? Bei dem Sozialdemokraten Schönlank sollte nichts anderes darunter zu verstehen sein, als die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Aber dann werden die Bauern nicht mehr im Stande sein, die Maschine „in ihren Betrieben“ anzuwenden, weil sie keine eigenen Betriebe mehr besitzen. Und umgekehrt, wenn der Einzelbetrieb bestehen bleibt, wie soll dann jene „bessere Organisation der Gesellschaft“ aussehen? Das ist die Frage, und darauf fehlt jede Antwort.

Gerade gegen solche Vertröstung auf ein soziales Jenseits wendet sich Vollmar mit gutem Spott. Er will dem Bauern schon heute helfen, und er glaubt, dass ihm schon heute zu helfen ist. Er leugnet nicht, dass die deutsche Landwirtschaft sich in Not befindet; aber er sieht, dass diese Not viel schwerer auf den Grossen lastet, als auf den Kleinen. Er sieht zugleich, dass der Grossbetrieb sich heute weder technisch noch ökonomisch als die überlegene Wirtschaftsform erweist; am wenigsten in der Viehzucht, die von Jahr zu Jahr an Bedeutung zunimmt. Er berichtet,

[234]) S. 140.

dass „nicht wenige Agrarpolitiker“ aus alledem den Schluss ziehen, „dass die wirtschaftliche Entwicklung mit der zunehmenden Intensivität der Verwirtschaftung auf eine Verkleinerung der Betriebe gehe“. Er sagt nicht, dass er diesen Agrarpolitikern zustimme; denn er habe „hier diese Frage nicht zu entscheiden“. Aber es hatte sicher nicht ein einziger Delegierter den Eindruck, der Vollmar sei anderer Ansicht, als die „nicht wenigen Agrarpolitiker“.

Für die Politik zieht Vollmar aus dieser ökonomischen Auffassung einfach den Schluss: die Bauern sind vorerst noch da; also müssen wir sie gewinnen. Wir werden sie gewinnen, wenn wir sie nicht nur als Menschen, als Staatsbürger, als „kleine Leute“ beschützen, sondern wenn wir auch für ihre Produzenteninteressen eintreten, für ihre bäuerliche Wirtschaft.

Schönlank denkt da skeptischer. Er scheint zwar den Kleinbetrieb für überwunden zu halten und er sieht deshalb die ökonomische Möglichkeit, dem proletarisierten Bauernstande sozialdemokratische Ueberzeugung beizubringen. Aber es scheinen ihm dann doch Bedenken zu kommen und die Erkenntnis, dass jener ökonomischen Möglichkeit psychologische und politische Hindernisse im Wege stehen. Sein Ziel ist darum nicht der sozialdemokratische Bauer, sondern der neutrale Bauer. Auch hier befindet er sich noch in Uebereinstimmung mit dem Marxisten Kautsky. Von diesem trennt er sich erst an jener Stelle, an der er schliesslich mit Vollmar zusammenkommt.

Denn auch um den Bauer neutral zu machen, hält Schönlank Bauernschutz und Bauernpolitik für notwendig. So können beide Referenten eine gemeinsame Resolution beantragen, obwohl ihre Motive durchaus verschieden sind.

Resolution Schönlank-Vollmar.

„Die Agrarfrage ist das Erzeugnis der modernen Wirtschaftsweise. Je abhängiger die einheimische Landwirtschaft vom Weltmarkte und dem internationalen Wettbewerbe aller Ackerbauländer wird, je mehr sie in den Bannkreis der kapitalistischen Warenproduktion, des Bank- und Wucherkapitals gerät, um so rascher verschärft sich die Agrarfrage zur Agrarkrisis.

In Preussen-Deutschland kämpft die landwirtschaftliche Unternehmer-Klasse, die sich in ihrem Wesen von den grossgewerblichen Kapitalisten nicht unterscheidet, mit dem Landadel. Dieser Landadel erhält sich nur noch künstlich durch Liebesgaben, Schutzzölle, Ausfuhrvergütungen, Steuervorrechte. Trotz allem ist der Untergang des ostelbischen Junkerbetriebs, der zum grossen Teil durch schlechte Wirtschaft, Erbanteile, Restkaufgelder überschuldet ist, schon besiegelt.

Dazu kommt der sich fortgesetzt zuspitzende Zwiespalt zwischen Grossbesitz und kleinbäuerlicher Wirtschaft. Die kleine Bauernschaft, bedrückt durch Militärdienst und Steuerlasten, in Hypotheken- und Personalschulden verstrickt, bedrängt von innen und aussen, kommt in Verfall. Die Schutzzölle sind für sie nur ein leeres Schaugericht. Und diese Zoll- und Steuerpolitik lähmt die Kaufkraft der arbeitenden Klasse und verengt beständig den Markt des Bauern. Der Bauer wird proletarisiert.

Auf der andern Seite entfaltet sich der Klassengegensatz zwischen ländlichen Unternehmern und ländlichen Arbeitern zu immer grösserer Reinheit. Eine ländliche Arbeiterklasse ist entstanden. Sie ist gebunden durch feudale Gesetze, die ihr das Vereinigungsrecht versagen, die sie unter die Gesinde-Ordnung stellen, sie ist losgelöst von den alten patriarchalischen Verhältnissen, die in der Hörigkeit eine bestimmte Existenzsicherheit einschlossen. Die Zwischenschichten, grundbesitzende Tagelöhner, Zwergbauern, die auf die Lohnarbeit als Zubusse angewiesen sind, sinken trotz aller Scheinreformen in die Klasse des ländlichen Proletariats. Mit der Erwerbs-Unsicherheit, dem Lohndruck und der schlechten Behandlung, mit der Zunahme der Wander-Arbeiter, wächst der Zwiespalt zwischen Grundkapital und Landarbeit, das Klassenbewusstsein des Landarbeiters erwacht.

So wird es zur Notwendigkeit, dass die Sozialdemokratie sich auf das ernsteste mit der Agrarfrage befasst. Die Vorbedingung dazu ist die eingehende Kenntnis der ländlichen Zustände. Da diese in Deutschland technisch, wirtschaftlich und sozial verschieden geartet sind, so muss sich

die Propaganda ihnen anpassen und das Landvolk nach seiner Eigenart behandeln.

Die Agrarfrage als notwendiger Bestandteil der sozialen Frage wird endgiltig nur gelöst, wenn der Grund und Boden mit den Arbeitsmitteln den Produzenten wieder zurückgegeben ist, die heute als Lohnarbeiter oder Kleinbauern im Dienste des Kapitals das Land bestellen. Jetzt aber muss die Notlage der Bauern und Landarbeiter durch eine gründliche Reformthätigkeit gelindert werden. Die nächste Aufgabe der Partei ist es, ein besonderes agrarpolitisches Programm aufzustellen, das die dem Bauer wie dem Landarbeiter besonders nützlichen nächsten Forderungen des Erfurter Programms in einer dem Verständnis der ländlichen Bevölkerung angemessenen Darstellung erläutert und ergänzt.

Der Bauernschutz soll das Koalitions- und Vereinigungsrecht des ländlichen Arbeiters schaffen, ihn auf eine Stufe mit den gewerblichen Arbeitern stellen (Aufhebung der Gesindeordnung) und durch eigene sozialpolitische Schutzgesetze (Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Aufsichtsbeamte) ihn vor der zügellosen Ausbeutung bewahren.

Ein besonderer Agrarausschuss hat dem nächsten Parteitag seine Vorschläge vorzulegen.“ [235])

Es ist leicht zu erkennen, dass diese Resolution im wesentlichen Bruno Schönlank zum Verfasser hat. Eine Aeusserung Vollmars bestätigt das, nach der auch ihm „nicht alles darin gefällt“.[236]) Allerdings stimmten die schwarzen Farben, in denen hier der Verfall und die Proletarisierung des Bauernstandes gemalt wird, nicht ganz zu der nüchternen Art, mit der die Lage dieses selben Standes im Vollmar'schen Referate beurteilt wurde.

Die „endgiltige“ Lösung der Agrarfrage im sechsten Absatze der Resolution scheint ein sehr schwer geborenes Kompromiss zu sein. Die Hauptfrage bleibt, wie in Schönlanks Rede, ohne Antwort; nämlich in welcher Form der Boden den Produzenten zurückzugeben sei. Soll auch der Hof des Kleinbauern

[235]) S. 134.
[236]) S. 157.

vergesellschaftet werden? Soll er also auch aus den Händen des Privateigentums befreit werden oder nur aus den Händen des Kapitals? Als Antwort soll sich wohl jeder das denken dürfen, was er persönlich für richtig hält. Ein Verfahren, das mit der grösstmöglichsten Leichtigkeit die widersprechendsten Ansichten versöhnen kann.

Praktisch am wichtigsten war die Forderung, das Erfurter Programm zu ergänzen. Durch Bauernschutz zu ergänzen; das bedeutet durch eine Politik, die vielleicht sehr nützlich und sehr notwendig war, aber sicher nicht mehr „marxistisch".

Nach Beendigung der beiden Referate wurden einige Anträge begründet, die zum Teil unwesentlich waren, zum Teil in der gleichen Richtung lagen, wie die Hauptresolution. Aus diesen Begründungen seien einige Einzelheiten herausgehoben.

Dr. David aus Giessen erzählte: „In meiner Heimat haben wir eine Art natürlicher Agitatoren, Industrie-Arbeiter, die Bauernsöhne sind, in engster Verbindung mit dem Dorfe stehend, ja selber noch Ackerbau nebenbei treiben, und von denen man grosse agitatorische Erfolge erwarten sollte. Und doch gelingt es auch ihnen nicht, in den Bauernkern einzudringen, ja selbst in jene Bauernschicht nicht hinein, die ohne Knecht arbeitet." [237]) Das liege an der falschen Art der Agitation; zur Abhilfe brauche man ein besonderes Agrarprogramm.

Umgekehrt meinte der Abgeordnete Stadthagen: „Die Ausarbeitung eines neuen Programmes würde einen gewaltigen Rückschritt bedeuten; er bedeutet Bauernfang im schlimmen Sinne." „Die Hauptstärke der Landagitation ist der ländliche Arbeiter, der eigentliche Agrarproletarier: ihm haben wir unsere Erfolge in Pommern, in Mecklenburg zu verdanken." [238]) Stadthagen hatte den springenden Punkt erkannt und beantragte deshalb, die Worte „und ergänzen" aus der Resolution zu streichen. Das Erfurter Programm sollte also von dem Agrar-Ausschusse nur erläutert werden, aber es sollten keine neuen Gesichtspunkte hineinkommen. Forderungen des Bauernschutzes wären damit unmöglich gewesen.

---

[237]) S. 153.
[238]) S 154.

In demselben Sinne äusserte sich der ostpreussische Delegierte Schultze; ein Mann, der durch eifrige Landagitation sich ebenso wie Dr. David praktische Erfahrung in dieser Frage erworben hatte. „Vollmar und Schönlank gingen von ganz falschen Gesichtspunkten aus, als sie den Schwerpunkt der Agitation in die Bauernagitation legten, die Bauern müssen uns als Klasse feindlich gegenüberstehen. .... Ich glaube schon, dass der bayerische Bauer es lieber hört, wenn man ihm sagt: der Staat soll Dir Deine Schulden abnehmen, als wie: Du sollst Dein Gesinde nur 8 Stunden lang arbeiten lassen. Viel eher als der Bauer hat der Grossgrundbesitzer noch Verständnis für die achtstündige Arbeitszeit. Auf dem ostpreussischen Parteitage seien etwa (?) drei Rittergutsbesitzer gewesen, die sozialdemokratischen Anschauungen huldigten.“[239]) Es ist in der That auffällig, dass die sozialdemokratische Agitation in Ostpreussen unter der Bauernschaft vollkommen erfolglos blieb, während sie unter den Landarbeitern andauernde und heute schon sehr bedeutende Fortschritte gemacht hat. Auch giebt es dort wirklich sozialdemokratische Rittergutsbesitzer, obschon ihre Zahl selbst heute nicht sehr viel grösser sein wird, als „etwa drei“.

Im Uebrigen durchschaute dieser ostpreussische Delegierte sehr richtig, worauf das neue Programm hinauslaufen werde. „Vollmar und Schönlank verlangen entgegen unserem Programme die Aufrechterhaltung des Privateigentums.“[240]) Er beantragte deshalb folgende Einschaltung in die Hauptresolution:

„Die Privatproduktion in der Landwirtschaft mit dem Privateigentum an dem Grund und Boden, sowie den Produktionshilfsmitteln hat nicht nur die Agrarfrage hervorgerufen, sondern hat auch zuwege gebracht, dass die Landwirtschaft der an sie zu stellenden Anforderung seitens der Gesamtbevölkerung nicht gerechnet werden kann und ferner, dass Not, Elend und Unsicherheit des Erwerbslebens namentlich unter den Landarbeitern und den kleinen Besitzern hervorgerufen wurde. Die Ueberführung des Grund und Bodens (in gesell-

[239]) S. 155.
[240]) S. 155.

schaftliches Eigentum) und die Ausführung der Landwirtschaft durch die Gesellschaft selbst, wird daher immer mehr zu einer Notwendigkeit. Nur durch den gesellschaftlichen Betrieb der Landwirtschaft kann allen hierbei thätigen Personen der Anteil an der Gesamtproduktion der Gesellschaft garantiert werden. Aufgabe der sozialdemokratischen Partei muss es sein, nicht nur den hieraus sich ergebenden Klassenkampf zu führen und zu leiten, sondern denselben auch so zu gestalten, dass die Bauern und Landarbeiter nicht noch tiefer in Not und Elend sinken, sondern bereits gegenwärtig eine Besserstellung derselben erzielt wird." [241])

Dieser Antrag suchte wieder etwas Marxismus in die Resolution hineinzubringen; offen forderte er die Vergesellschaftung des Bodens. Das war, trotz der Schlusswendung, nicht gerade geeignet, die Bauern zu gewinnen. Aber wir sahen, dass dieser Ostpreusse, der die Bauern in seiner Heimat einigermaassen kannte, auf die Gewinnung dieser Klasse überhaupt keine Hoffnung mehr setzte.

In der eigentlichen Diskussion sprachen nur drei durchaus unbekannte Redner: Friedrich-Darmstadt; Mössinger-Lahr; Mittag-Halle. Dann wurde ein Schlussantrag angenommen; die beiden Referenten sprachen sich scharf gegen das Amendement Stadthagen aus, das von beiden als „unannehmbar" bezeichnet wurde. Im letzten Augenblick lief ein Amendement des Berliner Privatdozenten Arons ein, das die Streichung des ganzen Absatzes über den Bauernschutz verlangte. Die beiden Amendements wurden mit grosser Mehrheit abgelehnt; die Resolution fand Annahme mit über 200 gegen einige 30 Stimmen. Es folgte die Wahl einer Agrarkommission von 15 Mitgliedern.

So hatte die Richtung Vollmar-Schönlank einen durchschlagenden Sieg errungen. Aber wodurch? Bebel beklagte sich später einmal, die Agrarfrage sei in Frankfurt übers Knie gebrochen worden.[242]) Und in der That, der Verlauf dieser Beratung macht den sehr deutlichen Eindruck

---

[241]) S. 154.

[242]) „Neue Zeit", 1895/96. I. S. 11.

einer Ueberrumpelung. Die beiden Referenten hatten ihre Resolution erst auf dem Parteitage selbst bekannt gegeben. Die Debatte wurde plötzlich geschlossen, nachdem 3 Delegierte sich geäussert hatten, deren Namen ebenso unbedeutend waren, als der Inhalt ihrer Reden.

Dem eigentlichen Führer der Partei, August Bebel, hatte man damit einfach das Wort abgeschnitten; obwohl er zu reden beabsichtigte und obwohl man wusste, dass er den Referenten opponieren werde. Bei der vorhergehenden Debatte über die Budget-Bewilligung der bayerischen Landtagsfraktion hatte Bebel geäussert: „In erster Linie handelt es sich bei uns nicht darum, Bauern- oder Stimmenfang zu treiben, und ich werde bei der Agrarfrage hierauf noch näher einzugehen haben, sondern darum, Genossen heranzuziehen, die uns verstehen. Das ist der Standpunkt, den wir überall einzunehmen haben.“ [243]) Das bedeutet: Durch Konzessionen an die Bauern, durch Bauernschutz, durch Bauernpolitik können wir vielleicht sozialdemokratische Wähler gewinnen, aber sicher keine Sozialdemokraten. „Kann ich nur Jemanden gewinnen mit dem Opfer meines Intellekts, durch Aufgebung meines prinzipiellen Standpunktes, dann lasse ich ihn lieber laufen und der Bauer ist viel zu klug, um nicht zu wissen, was er von der Sozialdemokratie zu erwarten hat, wenn wir Prinzipienpolitik treiben. Sagen wir's ihm nicht, so sagens ihm andere, und das ist viel schlimmer. Wollten wir auf die Bauern soviel Rücksicht nehmen, dann dürfen wir auch nicht an die Besserung der ländlichen Arbeiter denken, denn das erbittert die Bauern und namentlich doch die Höfebesitzer sehr stark.“

Ebenso entschieden sprach sich Auer in derselben Debatte gegen die Vollmar'sche Bauernpolitik aus. Ignaz Auer ist selbst Bayer und ohne Zweifel der bedeutendste Politiker der Sozialdemokratie; obschon seine Leitung der Partei nach aussen weniger sichtbar ist, als die agitatorische Thätigkeit August Bebels. Auer meinte, um die Gunst des bayerischen Bauern brauche sich Vollmar nicht gar so sehr zu bemühen. „Dieser Bauer kommt nicht. Es mag richtig sein, wenn gesagt wird, der Bauer, der ‚Sigl‘ sagt, kommt auch dazu, ‚Vollmar‘ zu sagen.

[243]) Protokoll des Parteitages zu Frankfurt a. M. S. 116.

Er kann in Verkennung dessen, was Vollmar anstrebt, dazu kommen, Vollmar zu sagen, aber niemals wird er dazu kommen, Sozialdemokratie zu sagen.“ [244])

Das war die schärfste Antwort auf die Resolution des Bauernschutzes; aber in der eigentlichen Agrardiskussion wurde sie den Referenten erspart durch jenen bequemen Schlussantrag. Jedoch in dem Triumphe der Vollmar'schen Bauernpolitik bildete dieser Schlussantrag eine faule Stelle, die sich weiter frass, und die nach kaum 12 Monaten seinen ganzen Triumph wieder unter die Erde brachte.

Die Masse der Delegierten hatte sich im heissen Eifer des Parteitages von zwei hervorragend klugen und gewandten Rednern überrumpeln lassen; die Masse der Partei konnte zu Hause ruhig und kalten Blutes über die Sache nachdenken. Die Masse der Partei liess sich nicht überrumpeln; die Masse der Partei erhob von Monat zu Monat heftigeren Widerspruch; die Masse der Partei liess sich nicht beirren durch die spätere teilweise Mauserung ihrer alten Führer Bebel und Liebknecht; die Masse der Partei desavouierte in Breslau jene Delegierten, die sie ein Jahr zuvor nach Frankfurt geschickt hatte.

Noch im November 1894 erklärte Bebel in einer Berliner Versammlung, er sei durchaus nicht einverstanden gewesen mit der Einsetzung einer Agrarkommission. Er klagte zugleich über die andauernde Verwässerung der Partei, womit allerdings nicht nur die Agrarresolution gemeint war, sondern in erster Linie die Budgetbewilligung der bayerischen Landtagsfraktion.

„Noch kein Parteitag hat in mir einen so unbefriedigenden Eindruck hinterlassen, wie der letzte.“ „Wir haben uns in den letzten Jahren sehr bedeutend quantitativ vermehrt, aber ich sage es rund heraus, qualitativ nicht verbessert. ... Dieser Eindruck war bei mir zeitweilig so stark, dass ich entschlossen war, keine Stellung in der Partei wieder anzunehmen.“ [245])

Er habe die Empfindung, „dass die Partei in der Verwässerung begriffen ist, dass sie ins opportunistische Fahrwasser gerät,

---

[244]) S. 125.

[245]) „Der Sozialdemokrat.“ 22. XI. 1894.

dass der Klassenkampf verflacht, dass ein Paktieren dieser Strömung mit allerlei bürgerlichen Reformideen stattfindet.“ „Ich sehe in dem immer stärkeren Eindringen des Kleinbürgertums in unsere Partei den Grund dafür, dass in Süddeutschland die Gemässigten immer mehr und mehr an Einfluss gewinnen.“

2.

In Frankreich hatte der Sozialismus zuerst unter dem Einflusse Proudhons gestanden. In der Internationalen Arbeiter-Assoziation hatten die Franzosen stets auf das Schärfste angekämpft gegen die Vergesellschaftung des Bodens; sie hielten fest an der Unverletzlichkeit des „individuellen Eigentums“.

Mit der Niederwerfung der Kommune schien dann jahrelang der Sozialismus in Frankreich vernichtet. Erst allmählich und ganz spontan entwickelte sich im Laufe der siebziger Jahre aus der Arbeiterklasse eine politische Partei heraus, die ebenso allmählich sozialistischen Charakter annahm und die im Jahre 1880 den offenen und reinen Marxismus proklamierte. In diesem Jahre nahm der sozialistische „Regionalkongress des Zentrums“ zu Lyon ein Parteiprogramm an, das vor seiner Proklamierung Marx und Engels unterbreitet und von ihnen gebilligt wurde.

War der französische Sozialismus in seinen Anfängen reine Arbeiterpartei gewesen, so stellte sich bald heraus, dass in dieser Form die politische Macht niemals zu erobern war. Wir haben bereits darauf hingewiesen: Frankreich ist heute noch überwiegend Agrarstaat; die industrielle Entwicklung bewegt sich jedenfalls viel langsamer fort, als in Deutschland. Die landwirtschaftliche Bevölkerung besteht in der Hauptsache aus Bauern. Man sieht, die soziale Schichtung hat in dieser Beziehung einige Aehnlichkeit mit derjenigen Bayerns.

Der französische Sozialismus zog daraus ähnliche Konsequenzen, wie der bayerische. Er wollte Massenpartei werden; er brauchte dazu die Masse der Bauern; also trieb er Bauernpolitik. Zu Marseille im Jahre 1892 gab er sich ein sehr „unmarxistisches“ Agrarprogramm. Bereits zwei Jahre später zu Nantes wurde dieses Programm wiederum nach rechts revidiert und zum reinen Bauernprogramm gemacht. Das waren nicht etwa die sogenannten Jaurèsisten, die das thaten, sondern

es war der gesamte französische Sozialismus: Lafargue und Guesde nicht weniger als Jaurès. Der alte revolutionäre Guesde stellte als Leitsatz auf:

„Wo aber unter gegebenen Umständen und für eine Zeit die Produktionsmittel — wie der Boden — sich noch im Besitz der Produzenten befinden, da ist die individuelle Form des Eigentumes zu verteidigen, welche Jaques Bonhomme hindert, Proletarier oder Lohnarbeiter zu werden.“ [246])

Programm von Nantes 1894.

„In Erwägung, dass wie das Parteiprogramm es ausspricht, die Produzierenden nur in dem Maasse befreit werden können, als sie in den Besitz der Produktionsmittel gelangen;

in Erwägung, dass während die Produktionsmittel der Grossindustrie einen so hohen Grad der Zentralisation erreicht haben, dass sie dem Produzenten nur in der kollektiven oder sozialen Form zurückerstattet werden können, in der Landwirtschaft das keineswegs — wenigstens gegenwärtig in Frankreich — in gleichem Grade der Fall ist, vielmehr das Produktionsmittel — der Boden — sich vielfach noch als individuelles Eigentum im Besitze seiner Bearbeiter selbst befindet;

in Erwägung, dass, wenn auch dieser Zustand, der durch das bäuerliche Grundeigentum charakterisiert ist, mit Notwendigkeit dem Verschwinden geweiht ist, es doch nicht die Aufgabe des Sozialismus ist, sein Verschwinden zu beschleunigen, da es keineswegs seine Rolle ist, das Eigentum von der Arbeit zu trennen, sondern vielmehr in denselben Händen diese beiden Faktoren zu vereinigen, deren Trennung das Elend und die Sklaverei der Arbeiter, die zu Proletariern herabsinken, bewirkt;

in Erwägung, dass wenn es die Pflicht des Sozialismus ist, die müssigen Eigentümer der grossen Domänen, genau so wie der Eisenbahnen, Bergwerke, Fabriken etc. zu expropriieren, es nicht minder seine Pflicht ist, den selbstarbeitenden Grundeigentümern ihre Scholle

[246]) Protokoll des Parteitages zu Frankfurt a. M. S. 150.

zu erhalten gegenüber dem Fiskus, der Industrie und dem Kapital, der neuen Grundherrschaft;

in Erwägung, dass man zu den selbstarbeitenden Produzenten auch die Pächter und Hälfter (métayers) rechnen muss, die Anderen gehörenden Boden bearbeiten, und die, wenn sie Tagelöhner ausbeuten, dazu gezwungen werden, durch die Ausbeutung, deren Opfer sie selbst sind;

in Erwägung, dass die Befreiung der Arbeit und der Gesellschaft nur gelingen kann durch die Vereinigung der städtischen und der ländlichen Arbeit zu einer einzigen grossen politischen Partei, die sich der Verwaltung und Gesetzgebung bemächtigt,

beschliesst der Kongress:

Der Parti Ouvrier im Gegensatz zu den Anarchisten erwartet die Umwandlung der sozialen Ordnung keineswegs von dem Anwachsen der Verelendung und nimmt darum ein agrikoles Programm an, das bestimmt ist, zu gemeinsamem Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus des Bodens, alle Elemente der landwirtschaftlichen Produktion zu vereinigen, alle Arbeiter, die jeder in seiner Weise dem nationalen Boden Wert abgewinnen."

Nächste Forderungen:

„1) Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer progressiven Steuer von jedem 3000 Francs übersteigenden Einkommen;

2) Abschaffung der Grundsteuer bei allen jenen Eigentümern, die ihren Boden selbst bearbeiten, und Reduzierung der Steuer bei allen hypothekarisch belasteten bäuerlichen Grundstücken.

Freiheit der Jagd und der Fischerei, ohne jede andere Einschränkung als die, welche die Schonung der Aecker und die Erhaltung des Wildes und der Fische erfordert.

Abschaffung der Jagdprivilegien und der Jagdaufseher.

Herabsetzung der Transporttarife für alle Dungmittel, Feldmaschinen und landwirtschaftliche Produkte.

Sofortiger Entwurf eines Planes für öffentliche Arbeiten

zwecks Verbesserung des Bodens und Steigerung der landwirtschaftlichen Entwicklung.“ [247])

Dazwischen einige allgemeinere Forderungen, die uns hier nicht interessieren. Im Uebrigen haben wir dieses Programm deshalb in seinem Wortlaute wiedergegeben, weil es in der deutschen Agrardebatte eine ziemlich bedeutende Rolle gespielt hat. Vollmar führte es zuerst auf dem Frankfurter Parteitage zu seinen Gunsten an und bemerkte dabei, seines Wissens hätten sich die französischen Sozialisten der Billigung ihres Vorgehens durch Friedrich Engels versichert.

Das berichtigte Engels im „Vorwärts“; er habe sich thatsächlich gerade im entgegengesetzten Sinne geäussert. „Die Entwicklung des Kapitalismus vernichtet unrettbar das kleinbäuerliche Grundeigentum. Unsere Partei ist sich vollständig klar hierüber, aber sie hat durchaus keinen Anlass, diesen Prozess durch eigenes Eingreifen noch extra zu beschleunigen. Gegen richtig gewählte Maassregeln, die den Kleinbauern den unvermeidlichen Untergang weniger schmerzhaft machen sollen, lässt sich also prinzipiell nichts einwenden; geht man weiter, will man den Kleinbauer permanent erhalten, so erstrebt man nach meiner Ansicht ökonomisch Unmögliches, opfert das Prinzip, wird reaktionär.“ [248])

Ausführlicher besprach Engels das Agrarprogramm von Nantes in der „Neuen Zeit“. Er wies da zuerst auf den eklatanten Widerspruch hin, wenn dieses Programm in dem einen Absatze das Verschwinden des bäuerlichen Kleinbetriebes für „notwendig“ erklärt und schon im nächsten Absatze diesen Kleinbetrieb zu erhalten verspricht.

Im Ganzen hält Engels nicht das Geringste von der Bauernagitation des Sozialismus. „Bei den aus seiner ganzen ökonomischen Lage, seiner Erziehung, seiner isolierten Lebensweise entspringenden und durch die bürgerliche Presse und durch die Grossgrundbesitzer genährten Vorurteilen können wir die Masse der Kleinbauern von heute auf morgen nur gewinnen, wenn wir ihnen etwas versprechen, wovon wir selbst wissen, dass wir es nicht halten können.“

---

[247]) „Der Sozialdemokrat.“ Berlin, 18. X. 1894.

[248]) Protokoll des Parteitages zu Frankfurt a. M. S. 151.

„Wir können den Bauer, der uns zumutet, ihm sein Parzelleneigentum zu verewigen, nicht als Parteigenossen brauchen“ [249])

Die Sozialdemokratie hat allerdings nicht die Pflicht, den Untergang der Bauern zu beschleunigen, sie hat ebensowenig die Pflicht, den Bauern zu expropriieren; selbst dann nicht, wenn sie im Besitze der Staatsgewalt ist. „Unsere Aufgabe gegenüber dem Kleinbauer besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck.“

„Wir stehen ja entschieden auf Seite der Kleinbauern; wir werden alles nur irgend zulässige thun, um sein Loos erträglich zu machen, um ihm den Uebergang zur Genossenschaft zu erleichtern, falls er sich dazu entschliesst, ja sogar um ihm, falls er diesen Entschluss noch nicht fassen kann, eine verlängerte Bedenkzeit auf seiner Parzelle zu ermöglichen.“

Also: „den Kleinbauern permanent erhalten“ wollen, ist reaktionär; dem Kleinbauern „eine verlängerte Bedenkzeit“ ermöglichen, ist sozialistisch. — Wo liegt da die Grenze? Es gibt wohl kaum eine Maassregel des „Bauernschutzes“, die man nicht von jedem dieser beiden Gesichtspunkte aus rechtfertigen könnte. Diese künstliche Unterscheidung ist theoretisch eine Sophisterei; praktisch ist sie ein sehr bequemes Kompromiss.

Die Inkonsequenz dieser „verlängerten Bedenkzeit“ passt allerdings wenig zu jener Anmerkung von Engels im dritten Bande des „Kapitals“, wonach der Kleingrundbesitz „glücklicherweise“ ruiniert wird. Das spätere Zugeständnis war wohl durch die Einmütigkeit des französischen Sozialismus in dieser Frage veranlasst. Wenigstens erweckt der Artikel in der „Neuen Zeit“ den Eindruck, als ob Engels besondere Rücksicht nehme auf Männer wie Lafargue und Guesde.

Aber das Zugeständnis beschränkt sich ausdrücklich auf die Kleinbauern; von den Mittel- und Grossbauern meint Engels, es grenze ‚schon direkt an Verrat“, wenn man auch diesen Schichten „dauernde Fortexistenz“ versprechen wolle.“ [250]) Von

[249]) „Neue Zeit.“ 1894/95. I. S. 301.

[250]) S. 304.

gewaltsamer Expropriation werde man wohl auch hier absehen können.

Die Grossgrundbesitzer dagegen werden mit oder ohne Entschädigung sofort expropiiert, sobald das Proletariat die Staatsgewalt in der Hand hat. „Und hiermit die Landarbeiter des ostelbischen Preussen zu erobern, kann für uns nur eine Frage der Zeit und zwar der kürzesten sein. .... Die Kernregimenter der preussischen Armee werden sozialdemokratisch, und damit vollzieht sich eine Machtverschiebung, die eine ganze Umwälzung in ihrem Schosse trägt. Darum aber ist die Gewinnung der ostelbischen Landproletarier von weitaus grösserer Wichtigkeit, als die der westdeutschen Kleinbauern oder gar der süddeutschen Mittelbauern.“ [251])

Diese Aeusserungen von Engels über das französische Agrarprogramm wurden in der deutschen Agrardebatte von beiden Parteien in gleicher Weise ausgenützt. Das Kompromiss der „verlängerten Bedenkzeit“ ermöglichte es, den Nestor des internationalen Sozialismus sowohl als Freund wie als Gegner der neu empfohlenen Bauernpolitik hinzustellen. Wer unbefangen ausserhalb der beiden Parteien stand, der konnte freilich nicht zweifeln, dass Engels in Wahrheit diese Bauernpolitik für durchaus falsch und verderblich hielt.

3.

In Deutschland hatte die Agrardebatte bereits vor dem Frankfurter Parteitage eingesetzt. Vor allem „Der Sozialdemokrat“, das offizielle Wochenblatt der deutschen Sozialdemokratie, hatte sich eifrig mit diesen Fragen beschäftigt.

Den vorzüglichsten Beitrag zu dieser agrarpolitischen Diskussion lieferte unzweifelhaft Dr. Eduard David mit einer Reihe von Artikeln über die Lage der oberhessischen Bauern. So ausgezeichnet diese Darstellung war und so wertvoll für die in landwirtschaftlichen Dingen recht weltfremde Sozialdemokratie, — wir müssen auf eingehendere Beschäftigung mit seiner rein objektiven Deskription verzichten; wir begnügen uns mit den theoretischen Schlussausführungen, die prinzipiell und praktisch von besonderer Bedeutung sind.

[251]) S. 305.

„Es handelt sich ..... zunächst um Assoziation der Betriebsvorbereitung und -nachbereitung, während die Produktion im engeren Sinne individuell bleibt. Diese Stufe der Betriebs-Assoziation ist zur Zeit die einzig mögliche. Es ist eine Produzentengenossenschaft, aber noch keine Produktivgenossenschaft.“ [252])

Wir haben hier ungefähr denselben Standpunkt, den Hermann Greulich bereits 1869 vertreten hatte. Der eigentliche Ackerbau, die eigentliche Viehzucht bleiben dem Privatbetrieb überlassen. Aber ihre Produkte werden so rentabel als möglich ausgenützt durch weitere Ausgestaltung der Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften u. s. w., die ja alle bereits bestehen, aber bis heute nur einen Teil der Bauern umfassen.

„Die Entwicklung zur eigentlichen landwirtschaftlichen Produktiv-Genossenschaft erscheint mir für die Körnerproduktion wirtschaftstechnisch geboten, für die Viehproduktion erwünscht; für die reine Garten- und Obstwirtschaft dagegen möchte ich in den Winzervereinen des Ahrthals die höchstmögliche Assoziationsstufe für absehbare Zeit sehen.“

Das heisst, sich vorsichtig ausdrücken! Offen zu sagen, dass man die Produktiv-Genossenschaft für minderwertig und darum für unmöglich hält, das wäre gar so unmarxistisch gewesen. Also spricht man nur von der „Entwicklung zur“ Produktivgenossenschaft. Das ist ein sehr dehnbarer Begriff und man übernimmt damit nicht die geringste Verantwortung. Zumal wenn man hinzusetzt: Den Uebergang von Produzenten- in Produktiv-Genossenschaften können wir „ganz ruhig in das Ermessen der Bauern stellen; er wird von selbst kommen, sobald die inneren und äusseren Vorbedingungen dazu erfüllt sind und soweit er vorteilhaft ist.“

Also der Uebergang zur Produktiv-Genossenschaft ist nicht nur zeitlich bedingt, sondern auch sachlich. Er tritt nur ein, „soweit er vorteilhaft ist“. Man wird sagen: das versteht sich von selbst. — Aber gerade die Betonung dieser Selbstverständlichkeit sagt, dass es für David Zweifel gab an dem künftigen Siege der Produktiv-Genossenschaft.

---

[252]) „Der Sozialdemokrat“. Berlin, 27. IX. 1894.

Ueber die Eigentumsfrage ist seine Ansicht diese: „Mit der Verstaatlichung des Produkten- und Geldhandels verbindet sich die Verstaatlichung des Bodenhandels. Der Staat erwirbt sämtlichen zum Verkauf kommenden Boden und überlässt ihn den Gemeinden gegen Naturalzins. Von ihnen kann ihn der Einzelne nur pachten auf Frist oder auf Lebenszeit mit Pachtvorrecht für den Erbnachfolger."

„Es bleibt die Verstaatlichung des Grundeigentums, d. h. des Restes, der noch nicht durch das staatliche Grundbeleihungs- und Ankaufsmonopol in Staatsbesitz übergegangen ist. Bei dieser Verstaatlichung handelt es sich für die kleinen Besitzer, die ihr Besitztum selbst bearbeiten, lediglich um eine ganz allmähliche und vorteilhafte Sache. Das ja auch heute faktisch bestehende Oberhoheitsrecht des Staates resp. Volkes auf den gesamten Grund und Boden wird sich ausser in Steuern, in dem Beleihungs-, Ankaufs- und Verpachtungsmonopol äussern. Es genügt noch das willkürliche Vererbungsrecht dahingehend zu regeln, dass die Vererbung nur auf einen Nachkommen, der selbst Landwirtschaft treibt, stattfinden darf. Andere erbberechtigte Hinterbliebene entschädigt der Staat durch Renten, wofür er ein entsprechendes Mitbesitzrecht erhält resp. seinen etwa schon vorhandenen Mitbesitz erweitert.

Auf diese Art wird im Laufe weniger Generationen aller kleinbäuerliche Privatbesitz in Lehnbesitz umgewandelt. Die Steuern sind zu Naturaltributen geworden. „Die Bestrebungen auf Einführung des Heimstättenwesens und des Anerbenrechtes bekunden, dass derartige Einschränkungen des freien Verfügungsrechtes im Interesse grösserer Sicherheit der Existenz der bäuerlichen Stimmung sehr entgegenkommen."

Dieses neue Lehnrecht soll ergänzt werden durch „Proklamierung des Grundsatzes, dass niemand mehr Land zu Lehen besitzen dürfe, als er selbst mit seiner Familie bearbeiten könne. Die Ausbeutung des Landes vermittels Ausbeutung einer landwirtschaftlichen Lohnarbeiterschaft wird gesetzlich untersagt. Die Grossgrundbesitzer erhalten für ihr Besitztum Lebensrente und das Recht, auf ihrem seitherigen Besitztum als Leiter thätig zu sein, sofern sie dazu befähigt und gewillt sind."

Diese Theorie vom Eigentum am Grund und Boden hat an sich nichts mehr mit Marxismus zu thun. Dem Ideale des Bodenreformers steht sie näher als dem Ideale des Sozialisten. Es ist nicht unsere Sache, zu fragen, ob die künftige Entwicklung wirklich so verlaufen wird, wie sie hier dargelegt wurde, und ob es deshalb geboten ist, in dieser Richtung vorzuarbeiten. In jedem Falle bedeutet die Davidsche Theorie einen methodologischen Fortschritt; denn ihr Verfasser nimmt nicht, wie die meisten seiner Parteigenossen, den Ausgang von marxistischen Begriffen, sondern von Thatsachen, die allerdings zuweilen recht einseitig beobachtet sind.

Schliesslich bezeichnet David die Aufgabe, die seiner Partei in der praktischen Agrarpolitik gestellt ist: „Obgleich die Landbevölkerung nur zum kleinen Teile aus N u r - B a u e r n besteht, wird doch erst durch die Gewinnung dieser das Land für uns gewonnen. Unsere Kleinbauern sind für den „Industrie-Sozialismus zu gewinnen, indem sie die marktverderbende Wirkung der „Unterkonsumtion“ und deren Beseitigung als notwendige Bedingung für das Gedeihen der Landwirtschaft begreifen. Die aus ihrer eigenen Mitte kommenden Bestrebungen weisen auf den „Agrarsozialismus“ hin. Die Ein- und Verkaufsvereine und Genossenschaften sind als Uebergangsstufen zu befördern; die Ansätze zur Verstaatlichung des Produkten-, Geld- und Bodenhandels sind fortzuführen. Die Verstaatlichung der grossen Güter wird den Uebergang zur planmässig gefügten Wirtschaftsgemeinde auch in den Kleinbauerndörfern nach sich ziehen.“

Man mag hier wieder die zweideutige Ausdrucksweise am Schluss beachten. Unter einer „planmässig gefügten Wirtschaftsgemeinde“ kann jedermann wiederum sich das vorstellen, was er darin zu sehen wünscht. Das kann ebenso gut eine Produktivgenossenschaft sein, als ein freies Nebeneinander verschiedener Produzentengenossenschaften.

Wir haben diese Ausführungen des Dr. David so ausführlich wiedergegeben, weil er es ist, der von jetzt an die Führung der „Agrarsozialisten“ übernimmt. Vollmar hatte wenig Interesse für solche theoretische Fragen; für ihn handelte es sich nur um die agitatorische Wirkung und um die Möglichkeit praktisch-parlamentarischer Bethätigung.

Die eigentliche Agrardebatte entspann sich in den Spalten der „Neuen Zeit". Hier untersuchte David die technischen Vorteile und Nachteile der verschiedenen Betriebsgrössen und er kam zu dem Ergebnis, dass der Kleinbetrieb gegenüber dem Grossbetrieb mindestens konkurrenzfähig sei. Um das zu begründen, zeigte er sehr deutlich die grossen ökonomischen Verschiedenheiten zwischen Landwirtschaft und Industrie. Es war ein historisches Verdienst, jenes alte marxistische Dogma zu widerlegen, das in Landwirtschaft und Industrie zwei generell vollkommen gleichartige Produktionsgebiete sah. Nicht als ob diese Widerlegung ganz neu gewesen wäre, aber sie erschien jetzt zum ersten Male in dem Ideenkreise der Sozialdemokratie.[253])

Nun aber eröffnete Kautsky einen systematischen Feldzug gegen die Angriffe dieses Ketzers auf seine marxistischen Theorieen. Er begann mit dem Versuche, die ganze Frage genau so einzuschränken, wie das schon Marx gethan hatte:

„Soll die Diskussion eine fruchtbare sein, so kann es sich nur darum handeln, ob unter modernen Produktions- und Verkehrsverhältnissen in dem entscheidenden Zweig der Landwirtschaft, im Ackerbau — und in diesem wieder in erster Linie im Anbau von Brotfrüchten — der Kleinbetrieb sich konkurrenzfähig erweist." [254])

Wir haben diese Begrenzung der ganzen Agrarfrage bereits bei Marx kennen gelernt, der sie wiederum von Adam Smith übernommen hat. Aber de facto wurde damit bei Marx nur das Untersuchungsgebiet der Grundrente abgegrenzt, und es handelte sich um rein theoretische, wesentlich sogar um rein abstrakte Fragen. Hier jedoch soll durch diese Beschränkung eine durchaus praktische, agrarpolitische Debatte getroffen werden. Da musste man mit viel grösserer Entschiedenheit jede Nichtachtung der thatsächlichen Verhältnisse zurückweisen, als das bei den begrifflichen Deduktionen eines Marx notwendig war.

Deshalb wehrte sich David mit vollem Recht gegen diese Einschränkung: „der Körnerbau ist bereits heute für einen sehr

[253]) „Neue Zeit." Jahrg. 1894/95, II. S. 449.
[254]) S. 481.

grossen Teil der Kleinbetriebe nicht der entscheidende Zweig, und er wird es mit der Zeit immer weniger sein.“ [255])

Aber die Wirklichkeit geht in der Desavouierung Kautskys noch viel weiter, als David das i. J. 1895 thuen konnte. Nach einer neuerlichen Untersuchung typischer Betriebe durch den Deutschen Landwirtschaftsrat stammen von den durchschnittlichen Bruttoeinnahmen der deutschen Landwirtschaft: 25,4 Prozent aus dem Getreidebau; 40,6 Prozent aus der Viehzucht.[256]) Daraus ergiebt sich: der Körnerbau ist nicht nur „für einen sehr grossen Teil der Kleinbetriebe nicht der entscheidende Zweig, sondern er ist nicht einmal für die deutsche Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit der entscheidende Zweig.

In Gebieten der mittleren Bauernwirtschaft spielt der Körnerbau natürlich eine noch geringere Rolle. Im rechtsrheinischen Bayern stellt er nach den Untersuchungen derselben Behörde nur 15,5 Prozent der landwirtschaftlichen Bruttoeinnahmen. Es darf also angenommen werden, dass für den wirtschaftlichen Kleinbetrieb der Getreidebau in noch höherem Grade zurücktritt. Da es sich für die Agrardebatte gerade um die Konkurrenzfähigkeit dieses Kleinbetriebes handelte, so ist jene Einschränkung Kautskys so unberechtigt und falsch, wie nur irgend möglich.

Auf das eigentliche Thema eingehend, meint Kautsky, Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen seien ein Monopol des landwirtschaftlichen Grossbetriebes.[257]) Darauf antwortet David, zu solchen umfassenden Meliorationen seien Genossenschaften sicher noch mehr geeignet als einfache Grossbetriebe.[258]) Wenn Kautsky die Stallung des grossen Landwirts als „hygienischer, zweckmässiger angelegt“ bezeichnet, als die des kleinen, so berichtigt David das dahin: die Stallung des Grossgrundbesitzers sei allerdings billiger, aber deshalb sei sie durchschnittlich durchaus nicht hygienischer, als die des Bauern.

---

[255]) S. 678.

[256]) „Schriften d. Vereins für Sozialpolitik.“ Leipzig 1902. Bd. XCVIII, S. 133.

[257]) „Neue Zeit.“ Jahrg. 1894/95. II. S. 483 ff.

[258]) S. 678 ff.

Die leichtere Möglichkeit der Versicherung für grössere Landwirte wird von David als augenblicklicher Vorzug zugegeben. Aber deshalb befinde sich der Bauer dabei sicher nicht prinzipiell im Nachteil; seine geringere Kapitalkraft kompensiere der Zusammenschluss durch Genossenschaft oder Staat.

Als ganz besonderer Vorzug des Grossbetriebes erscheint Kautsky die Fähigkeit, die Mast des Viehes ausserordentlich zu beschleunigen. Dagegen bemerkt sein Widersacher sehr gut: auch „kleine Schwindler" beschleunigen die Mästung. Die kurze Mastzeit, die Kautsky in England so sehr bewundert, kommt durchaus nicht der Qualität des englischen Viehes zu gute, sondern nur seiner Quantität. „Jedoch die Landwirtschaft der Zukunft wird die Qualitätsproduktion in erste Linie stellen." Richtiger würde David gesagt haben: die deutsche Landwirtschaft der Zukunft.

Aber Kautsky kann sich nicht verhehlen, dass der Grossbetrieb trotz aller seiner vermeintlichen Ueberlegenheit bis heute seinen kleinen Konkurrenten noch nicht ruiniert hat. Einer Erscheinung, die dabei allerdings mitgewirkt hat, schiebt er die volle Verantwortung zu für diesen Widerspruch der Thatsachen gegen seine Theorie.

„Besonders stark muss die Widerstandskraft des Kleinbetriebes hervortreten, wenn die Preise der landwirtschaftlichen Produkte fallen. Davon müssen die Grossbetriebe viel mehr in Mitleidenschaft gezogen werden als die Kleinbetriebe. Die überseeische Lebensmittelkonkurrenz der letzten zwei Jahrzehnte hat dadurch das Verhältnis zwischen Grossbetrieb und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft etwas zu gunsten der letzteren verschoben; allerdings ein Geschenk zweifelhafter Güte, denn da diese Konkurrenz die gesamte europäische Landwirtschaft zugrunde richtet, Bauern wie Grossgrundbesitzer, so bedeutet das nicht eine Rettung der ersteren, sondern nur eine Veränderung der Ursache, die sie ruiniert."

Wenn aber die gesamte europäische Landwirtschaft dem unvermeidlichen Untergange verfällt, was soll ihr noch die Produktivgenossenschaft? Auch sie kann ja dann der Vernichtung nicht entgehen, und in ganz Europa wird wiederum „die

Erde wüste und leer" sein, wie einst „Am Anfang". Will man aber diese Konsequenz nicht ziehen, dann bleibt nur der merkwürdige Ausweg, den David aus jenem Kautskyschen Dilemma gefunden hat. Nämlich, er unterscheidet etwas spitzfindig: wenn Grossbetrieb und Kleinbetrieb ruiniert werden, dann bleibt nur der Zwergbetrieb. Also müsste nach Kautskys Ansicht den Zwergwirtschaften die Zukunft gehören!

Des weiteren meint Kautsky im Hinblick auf Davids Produzentengenossenschaften: „Genossenschaftlicher Betrieb ist Grossbetrieb; wo der Bauer zur Genossenschaft greift, erkennt er damit die Unzulänglichkeit seines Betriebs an." Darauf erwidert David sehr richtig, dass damit einzig die Produktivgenossenschaften getroffen werden, die den landwirtschaftlichen Betrieb im engeren Sinne assoziieren. Dass aber — wie er schon früher ausgeführt hatte — seine Produzentengenossenschaften nur die „Vor- und Nachbereitung" des Produktes übernehmen sollen. Und dass es gerade auf diesen prinzipiellen Unterschied ankomme zwischen den beiden Genossenschaftsarten.

David hätte hier viel offener und schärfer betonen können: seine Produzentengenossenschaft sei allerdings ein Grossbetrieb. Die ökonomische Entwicklung laufe also thatsächlich für Landwirtschaft und Industrie in derselben Richtung: vom Kleinbetrieb zum Grossbetrieb. Nur sei eben die Konstruktion ihrer grossbetrieblichen Wirtschaftsverfassung verschieden; genau entsprechend der allgemeinen ökonomischen und technischen Verschiedenheit beider Produktionsgebiete. Für die ökonomische Produktion in ihrer Gesamtheit sei daher eine durchaus einheitliche und organische Entwicklung festzustellen.

Was nun die gegenwärtige Lage des Bauernstandes angeht, so meint Kautsky: der Bauer schindet sich mehr, aber er lebt schlechter als der Landarbeiter. — So sehr das für einzelne Gegenden zutrifft, so falsch ist es doch in dieser übertreibenden Verallgemeinerung. Jedoch, auch wenn man als Durchschnitt annehmen wollte: der Bauer schindet sich gerade so sehr und lebt gerade so schlecht wie der Landarbeiter; auch dann müsste mit David darauf hingewiesen werden, dass der

Bauer im eigenen Interesse sich schindet, der Landarbeiter dagegen im Interesse eines anderen.

In diesem Jahre 1895 war die Regierung erst im Begriffe, die Entwicklung der verschiedenen Betriebsgrössen durch ihre zweite landwirtschaftliche Betriebszählung festzustellen. Damals also war man immer noch auf Vermutungen angewiesen. — Kautsky vermutet, es seien die Zwergbetriebe der Tagelöhner in der Zunahme begriffen. Dem fügt er eine Erläuterung hinzu, die von recht geringer Kenntnis der Verhältnisse draussen auf dem Lande zeugt.

„Die Besitzer dieser Kleinbetriebe .... sind mehr oder weniger Lohnarbeiter. .... Man kann wohl im Ganzen und Grossen die Betriebe unter 5 Hektare in diese Kategorie rechnen." Nach Kautsky beginnen also die selbstständigen Bauern erst bei 5 Hektar! Jeder kleinere Wirtschaftshof ist „im Ganzen und Grossen" ein Zwergbetrieb. — Diese „Zwergbetriebe" spielen in Deutschland allerdings eine grosse Rolle; im Jahre 1895 haben sie 76,5 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe ausgemacht.[259]) Kautsky hat sich auch insofern geirrt, als gerade diese „Zwergbetriebe" bis zu 5 Hektar zwischen 1882 und 1895 prozentual nicht zugenommen, sondern abgenommen haben.

Vorsichtig glaubt Kautsky doch hinzusetzen zu müssen: „Auch nach Abrechnung der Betriebe mit 2 bis 5 Hektar Land bleiben immer noch drei Millionen, drei Fünftel der landwirtschaftlichen Betriebe. Hat man sie erobert, dann hat man die Majorität auf dem flachen Land." Demgegenüber hatte David bereits in seinem früheren Artikel im „Sozialdemokrat" betont, dass es zur Eroberung des flachen Landes gerade notwendig sei, die selbständigen Bauern zu gewinnen.

Aber Kautsky und David waren nicht die einzigen Kämpfer auf diesem Felde. Auch andere Parteigenossen erhoben in der „Neuen Zeit" ihre Stimme, und sie traten zumeist auf die Seite Kautskys und der marxistischen Lehre. Ihre Waffen waren in der Regel dann noch am brauchbarsten, wenn sie der Kautsky-

---

[259]) „Statistisches Jahrbuch f. d. Deutsche Reich." 23. Jahrgang. Berlin 1902. S. 15.

schen Rüstkammer entstammten. Wo aber diese Agrarpolitiker originell sein wollten, da waren sie oft recht leicht zurückzuschlagen.

So, wenn ein Herr O. Geck in dem einen Satze meinte, man müsse die Frage: Grossbetrieb oder Kleinbetrieb? von prinzipiellen Gesichtspunkten aus beantworten. Man müsse von augenblicklichen Vorteilen und Nachteilen abstrahieren, wie etwa von der geringen Kapitalintensität unserer deutschen Grossbetriebe. Wenn dann derselbe Herr keinen anderen eigenen Beweis für die Ueberlegenheit des landwirtschaftlichen Grossbetriebes herbeizubringen wusste als die augenblickliche Ueberlegenheit der englischen Viehzucht. Das war unzweifelhaft ein sehr prinzipieller Gesichtspunkt.[260])

Ein Anderer, Eduard Adler-Halberstadt, hatte mit gutem Blick eine schwache Stelle der David'schen Argumentation herausgefunden. Er wies darauf hin, dass David stets nur von den hessischen Verhältnissen ausgehe, dass er auf deren Untersuchung gestützt, allgemeine Urteile abgebe. Dass solches Generalisieren wissenschaftlich durchaus unzulässig sei. Adler konnte in der Provinz Sachsen beobachten, dass die Landwirtschaft nicht überall so aussah, wie David sie in Hessen gefunden hatte. Er hatte deshalb die vortreffliche Absicht, die Lage der Landwirtschaft im Regierungsbezirk Magdeburg objektiv festzustellen und hatte zu diesem Zweck eine grössere Anzahl Fragebogen versandt. Sein Ergebnis: die Kleinbetriebe geben geringeren Ertrag als die grösseren Güter. Die Zuckerfabriken bewirken eine Konzentration der landwirtschaftlichen Betriebe.[261])

Die zweite Thatsache ist für diesen Regierungsbezirk sicherlich zutreffend und sie war bekannt. Für die erste Behauptung erhalten wir eine grosse Menge von Zahlen, die jedoch schon deshalb wertlos sind, weil kein Wort über Art und Zusammensetzung der Betriebe mitgeteilt wird. Schliesslich meint der Verfasser, der Regierungsbezirk Magdeburg zeige uns die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Aber ist das kein Generalisieren? und ist es nicht noch viel irreführender als das Generalisieren der

[260]) S. 659 ff.
[261]) S 715 ff.

hessischen Verhältnisse? Denn selbst Herr Eduard Adler wird nicht erwarten, dass sich die deutsche Landwirtschaft in Zukunft einzig auf den Rübenbau beschränkt.

Wissenschaftlich tiefer und bedeutsamer war ein Artikel von Paul Ernst. Da wurde zum ersten Male auf eine Thatsache hingewiesen, die weder Kautsky noch David genügend berücksichtigt hatten. Beide hatten stets das Streben gehabt, die generelle Ueberlegenheit der einen oder der anderen Betriebsform nachzuweisen. David hatte dabei einige Einschränkungen gemacht; aber er hatte das ganz augenscheinlich nicht aus wissenschaftlichen Gründen gethan, sondern aus politischer Vorsicht. Keiner von beiden hatte die Betriebsfrage als historische Frage aufgefasst. Diesen Kern der Sache traf Paul Ernst.

„Einen guten Maassstab für die Konkurrenzfähigkeit von Gross- und Kleinbetrieb bildet offenbar das Verhältnis der Kaufpreise grosser und kleiner Güter zu einander. Heute stehen kleine Güter höher im Preise wie grosse; das mag zum Teil mit den noch zu erwähnenden anderen Momenten zusammenhängen; zum Teil aber müssen sie auch so rentabler sein. Bis in die sechziger Jahre muss das Verhältnis umgekehrt gewesen sein. Damals muss es sich offenbar verlohnt haben, Bauerngüter aufzukaufen und zu Grossgütern zusammenzuschlagen, die dann „rationell bewirtschaftet wurden; es muss sich verlohnt haben, denn es geschah. Das beweist, dass damals der Grossgrundbesitz konkurrenzfähiger war als der kleine. Heute verlohnt es sich umgekehrt, grosse Güter zu parzellieren, heute muss also das kleine Gut konkurrenzfähiger geworden sein.“ [262])

Ernst hätte hinzufügen können, dass damals die Getreidepreise hoch standen, während sie heute relativ sehr gesunken sind. Dass der Schwerpunkt der deutschen Bauernwirtschaft damals dem Getreidebau noch näher lag als heute; er hätte daraus vielleicht schliessen können, dass der Wechsel in der rentabelsten Betriebsform mindestens teilweise zurückzuführen ist auf diese Verschiebung des ökonomischen Schwerpunktes innerhalb unserer Bauernwirtschaft.

Jedoch, wenn Ernst den Grossbetrieb heute für ökonomisch

[262]) S. 752.

minderwertig hält, so erklärt er ihn trotzdem für „wünschenswert". Es sind in erster Linie soziale Bedenken, die ihn zu diesem unökonomischen Wunsche veranlassen. Denn ihm erscheinen die Bauern ebenso wie Marx als eine „Klasse von Barbaren, die alle Rohheit primitiver Gesellschaftsformen mit allen Qualen und aller Misère zivilisierter Länder verbindet".[263]) Bleibt nur die Frage, ob der deutsche Bauer eher den Namen Barbar verdient, als der Lohnarbeiter des Grossgrundbesitzes?

Allerdings lässt sich Ernst durch diesen seinen Wunsch nach Zunahme des Grossbetriebes politisch nicht in die Irre führen. Er fährt sehr richtig fort:

„Aber es handelt sich doch nicht darum: was ist im Interesse der Entwicklung wünschenswert? sondern darum: was ist wirkliche Thatsache? Und die Thatsache ist entschieden, dass heute der Kleinbesitz konkurrenzfähiger ist wie der grosse. Deshalb ist der Satz des Programms unrichtig, dass „die ökonomische Entwicklung mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes führt, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet". Ernst zieht hier aus seiner ökonomischen Erkenntnis die notwendige politische Konsequenz, die weder Vollmar noch David bis dahin auszusprechen gewagt hatten.

Was nun die praktische Agrarpolitik betrifft, so meint Ernst: bei den grösseren Bauern „ist jedenfalls alle Liebesmüh umsonst". „Schon dadurch werden wir sofort in Konflikt mit ihnen kommen, dass wir uns der Arbeiter annehmen, denn es gibt keinen gemeineren und niederträchtigeren Arbeiterschinder, wie den Bauern." „Das Beste ist, sie als das anzuerkennen, was sie wirklich sind: unsere erbittertsten Feinde. . . . Wenn wir die (grösseren) Bauern einfach mit den Grossgrundbesitzern zusammenwerfen und erklären, dass sie, wenn wir erst die Herrschaft haben, expropriiert werden, so geht das, denn es handelt sich um eine bei uns wenig zahlreiche Menschenklasse, die noch dazu wegen ihrer Leuteschinderei heute nicht weniger unbeliebt ist, wie ihrer Zeit die Aristokratie". Damit steht Ernst in scharfem Gegensatz zu Vollmar wie zu Schönlank, die ja auch die grösseren

[263]) Das „Kapital". Hamburg 1894. III. Bd. II. S. 348.

Bauern zu erobern hofften. Es ist aber nicht einzusehen, warum der Sozialdemokratie die Gewinnung der grossen Bauern leichter fallen soll, als etwa die Gewinnung der grossen Bäckermeister.

Dagegen unterscheidet sich Ernst von Marxisten wie Kautsky und von politischen Führern wie Auer, indem er durchaus nicht auf die Eroberung der Kleinbauern verzichten will:

„Wollten wir die viel zahlreicheren Kleingrundbesitzer expropiieren, so würden wir uns dagegen die denkbar gefährlichsten Feinde machen. Ihnen müssen wir vielmehr ihren Besitz garantieren, sie durch gewisse Reformen geneigt machen — Schuldentlastung etc. — und im Uebrigen hoffen, dass sie im Laufe der Zeit, wenn sie erst der grosse Produktionsaufschwung auf den rationell betriebenen im Eigentum des Staates befindlichen Gütern überzeugt, dass sie bei ihrer überkommenen Weise schlechter fahren, von selbst dem Staat ihren Besitz übergeben werden, um eine bessere Nährstelle einzutauschen."

Man kann diese Stelle nicht anders verstehen, als dass „die im Eigentum des Staates befindlichen Güter" im Grossen durch Produktivgenossenschaften betrieben werden sollen. Aber wir haben vorher gehört, dass der Kleinbetrieb heute den ökonomischen Fortschritt darstellt. Ist das richtig, dann wird der gesellschaftliche oder genossenschaftliche Betrieb für den Bauern nicht gut „eine bessere Nährstelle" sein können, als sein eigener Hof sie bisher war. Dieser Widerspruch lässt sich bestenfalls durch die Annahme auflösen, dass auch Ernst es für politisch klug hielt, seiner Ketzerei ein frommes marxistisches Schwänzchen anzuhängen.

4.

Während man sich so in der „Neuen Zeit" und in anderen Parteiblättern bemühte, klare Stellung zu den agrarpolitischen Fragen zu gewinnen, währenddem war auch die Kommission, die man in Frankfurt gewählt hatte, nicht unthätig geblieben.

Sie teilte sich in drei Unterausschüsse mit je fünf Mitgliedern: für Norddeutschland, Süddeutschland und Mitteldeutschland. Sie glaubte „damit nicht nur geographisch, sondern auch sachlich abzuteilen: der norddeutsche Ausschuss hatte Ostelbien als Gegend mit vorwiegendem Grossgrundbesitz

zu bearbeiten, der mitteldeutsche Sachsen, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Westphalen, Hannover mit mittelbäuerlichem Besitz, der süddeutsche wurde namentlich auf das Studium des zersplitterten Kleingrundbesitzes hingewiesen.“ [264])

An dieser Einteilung kann manches ausgesetzt werden; denn die sachliche Differenzierung der deutschen Landwirtschaft stimmt nicht ganz mit ihrer geographischen Einteilung überein. So hätte es sich empfohlen, zur Untersuchung des mittelbäuerlichen Besitzes auch Schleswig-Holstein und das rechtsrheinische Bayern heranzuziehen, obwohl diese beiden Gebiete nicht in das Schema „Mitteldeutschland“ hineinpassen. Ebenso wäre zum Studium „des zersplitterten Kleingrundbesitzes“ ein westdeutscher Ausschuss besser angebracht gewesen, als ein süddeutscher.

Die Mitglieder der einzelnen Ausschüsse waren diese. Süddeutschland: Bassler (Stuttgart); Birk (München); Dr. David (Giessen); Geck (Offenburg); Vollmar (Soiensass-Oberbayern). — Mitteldeutschland: Hug (Bant-Oldenburg); Bock (Gotha); Schulze (Cossebaude-Sachsen); Katzenstein (Leipzig, früher Giessen); Dr. Quark (Frankfurt a. M.). — Norddeutschland: Molkenbuhr (Hamburg); Dr. Schönlank (Leipzig); Schippel (Berlin); Bebel (Berlin); Liebknecht (Berlin).

Mit dieser Personenauswahl scheint sich der Frankfurter Parteitag in ähnlicher Weise überstürzt zu haben wie mit seiner ganzen Agrardebatte. Es ist zum mindesten auffällig, wie von vornherein die Freunde der neuen Bauernpolitik das Uebergewicht hatten. Hier sei nur auf die merkwürdige Zusammensetzung des norddeutschen Ausschusses hingewiesen. Von seinen fünf Mitgliedern hatte nur Molkenbuhr wirklich praktische Erfahrung in der Landagitation. Vor allem hatte man von der Vertretung ausgeschlossen die drei grossen Gebiete, in denen die Sozialdemokratie unter den Landarbeitern bereits eine Rolle zu spielen begann. Der norddeutsche Ausschuss sah das selbst ein und kooptierte zu seiner wichtigsten Spezialsitzung drei sachverständige Genossen aus Ostpreussen. Mecklenburg und Pommern waren zum wenigsten ebenso wichtig für die Partei; aber

[264]) Protokoll des Parteitages zu Breslau. Berlin 1895. S. 99.

sie blieben unvertreten. Auch darf angemerkt werden, dass in der Kommission Karl Kautsky fehlte, den selbst sein schärfster Gegner als den ersten lebenden Marxisten anerkennen wird; der Mann wäre vielleicht weniger entbehrlich gewesen als ein zweiter Vertreter des kleinen Hessenländchens.

Man kann solchen Dingen nicht jede Mitschuld absprechen an der unüberbrückbaren Kluft, die sich bald herausstellen sollte zwischen den Beschlüssen der Agrarkommission und den Anschauungen der Gesamtpartei.

Im Mai des Jahres 1895 beriet jeder einzelne der drei Ausschüsse einen Programmentwurf zur „Erläuterung und Ergänzung" des Erfurter Programmes. Gründlichere Studien machte zu diesem Zwecke nur der süddeutsche Unterausschuss; er veranstaltete eine Enquête, aber merkwürdigerweise erst, nachdem er seinen Programmentwurf fest angenommen hatte. Allerdings das Ergebnis dieser „Fragebogen-Erhebung" über die ländlichen Verhältnisse Süddeutschlands sollte so dürftig und unbrauchbar ausfallen, dass die originelle Reihenfolge von Lösung und Studium der Agrarfrage für die erstere kaum einen Verlust bedeutete. Uebrigens ist bis heute noch nicht mehr als der erste Teil dieser Erhebung der Oeffentlichkeit übergeben.

Die Veranstaltung der Enquête und die Bearbeitung ihrer Ergebnisse war ganz in die Hand des Dr. David gelegt. Diese Ergebnisse selbst hier wiederzugeben, wäre höchst überflüssig. Denn an ihnen ist nichts interessant, als dass jedes einzelne Ergebnis ganz genau den Anschauungen entsprach, die Herr Dr. David bereits früher, vor Beginn der Erhebung geäussert hatte.

Diese glänzende Bestätigung der David'schen Theorie wird allerdings zum grossen Teile verständlich gemacht durch eine Veröffentlichung der beiden süddeutschen Sozialdemokraten D. J. Schmidt und Adolf Müller.

Dr. David erzählt uns selbst: „Um für die Art der Beantwortung ein erleichterndes Vorbild zu geben, wurde ausserdem ein beantworteter Bogen als „Musterbogen" beigegeben. Freilich lag darin die Gefahr, dass weniger selbständige Ausfertiger sich durch die Antwort des Musterbogens in ihrem Urteil beeinflussen lassen würden. Diese Befürchtung hat vielfach

von der Beilegung des Musterbogens abgehalten. Wenn auch die Antworten einzelner Bogen die Spuren des Musterbogens zeigen, so ist dies im Allgemeinen doch durchaus nicht der Fall."[265]) Zur Erklärung solcher „einzelnen" „Spuren des Musterbogens" teilten jene beiden Sozialdemokraten der Oeffentlichkeit folgende zwei „Musterantworten" mit:

„Frage 18. Wie ist das ganze Verhältnis zwischen den Bauern und ihren Dienstboten? — schroff oder umgänglich? Arbeiten, essen und leben sie zusammen oder getrennt?

Musteranwort: Leidlich umgänglich; zusammen arbeiten und leben, dienen der Verwandten u. s. w. machen, dass das Gemeinsame des bäuerlichen Betriebes das Trennende (zwischen Arbeitgeber und Arbeiter) überwiegt.

Frage 22. Was wissen Sie über den Ertrag (die Rentabilität) der Bauerngüter zu berichten?

Musterantwort: Der Ertrag ist (mit Ausnahme des Getreidebaues) an sich nicht schlecht; namentlich ist die Viehhaltung einträglich. Aber die hohe Verschuldung, dann die grossen Lasten und Abgaben drücken namentlich die Kleineren schwer und bringen sie bei dem ersten Notfall an den Rand des Verderbens."[266])

Diesen „Musterantworten" braucht kein Wort der Erläuterung oder der Kritik hinzugefügt zu werden. Allerdings, zur Erklärung des Fragebogens waren sie „musterhaft" brauchbar; aber sie sind nicht weniger „musterhaft" brauchbar zur Erklärung der Erhebungsresultate.

Wir hatten bereits erwähnt, dass aus den Sonderberatungen der drei Unterausschüsse drei gesonderte Entwürfe hervorgegangen waren. Von diesen Sonderentwürfen greifen wir nur denjenigen der süddeutschen Kommissionsmitglieder heraus; den einzigen, der allgemeineres Interesse besitzt. Dieser Entwurf wollte dem Erfurter Programm einen neuen Abschnitt anhängen, mit den folgenden „nächsten Forderungen" in Bezug auf die Agrarfrage:

[265]) „Ergebnisse der Fragebogen-Erhebung über die ländlichen Verhältnisse Süddeutschlands." Erster Teil. Berlin 1895. S. 6.

[266]) „Neue Zeit". Jahrg. 1895/96. I. S. 295 ff.

Entwurf des Unterausschusses für Süddeutschland.

1. Planmässige Organisation der Volksernährung durch fortschreitende Einflussnahme des Staates auf die landwirtschaftliche Produktion und den Vertrieb ihrer Erzeugnisse.

2. Verbot des Verkaufs von öffentlichem Grundeigentum (der Gemeinden, der Korporationen und des Staates).

3. Enteignung des Riesenbesitzes (Latifundien), Unterstellung des grösseren Grundbesitzes unter die Bestimmungen des gewerblichen Arbeiterschutzes, sowie unter die betriebstechnische Aufsicht des Staates.

4. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und sonstigen Privilegien...

5. Fortschreitende Verstaatlichung der Grundschulden und des ganzen Kreditwesens, unter Herabsetzung des Zinsfusses. Staatliche Beleihung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Ankauf der zur Zwangsversteigerung kommenden bäuerlichen Güter bis zum Taxwert durch die Gemeinden; das Verfahren kann durch den Schuldner selbst beantragt werden, welchem im Falle der Wirtschaftstüchtigkeit das Gut zu Lehen zu belassen ist.

6. Der landwirtschaftliche Grundbesitz des Staates wird zur Errichtung von Musterwirtschaften, zur Vergrösserung des Gemeindeeigentums, sowie zur Vergebung zu Lehen an Selbstbewirtschafter gegen Naturalzins verwendet. Die Lehengüter sind so gross zu bemessen, dass die wirtschaftende Familie darauf ihren ganzen Unterhalt findet.

7. Errichtung ausreichender landwirtschaftlicher Lehranstalten in Verbindung mit den Musterwirtschaften zur unentgeltlichen fachmännischen Ausbildung.

8. Gewährung von Staatskredit an die Gemeinden zu Ankauf und Einrichtung von Lehengütern, zur Verbesserung des Bodens, der Viehzucht und aller sonstigen Betriebseinrichtungen, sowie zur Förderung des Genossenschaftswesens unter Staatsaufsicht.

9. Ankauf der für die Verproviantierung der öffentlichen Anstalten erforderlichen landwirtschaftlichen Erzeugnisse zweckentsprechender Qualität unmittelbar von den Produzenten.

10. Regelung der privaten Pachtverträge nach dem jeweiligen Ertragswert und Entschädigung der von den Pächtern zur Bodenverbesserung gemachten Aufwendungen." [267])

Es folgen vier Punkte, die inhaltlich mit den Vorschlägen der Gesamtkommission übereinstimmen; sie behandeln: die Verstaatlichung des landwirtschaftlichen Versicherungswesens; die Aufrechterhaltung der Waldnutzungs- und Weiderechte; den Landarbeiterschutz; Landwirtschaftsämter und Landwirtschaftskammern.

Das erste, was bei diesem Entwurfe vielleicht auffällt, ist die mangelnde Präzision der einzelnen Forderungen. Unter einer Organisation der Volksernährung kann man hygienische Kontrolle verstehen; aber man kann sich darunter auch weitergehende Aufsicht des Staates vorstellen. Was wirklich gemeint ist, weiss höchstens der Verfasser, Herr von Vollmar; er hat sich leider niemals darüber geäussert. Selbst Dr. David schien auf dem Breslauer Parteitage die Bedeutung des Satzes nicht ganz klar zu sein. Als ein bayerischer Delegierter meinte, das sei „eigentlich sozialistische Kanitzerei" [268]), da erklärte Dr. David, man habe damit sagen wollen: „Die ganze Frage ist nicht nur eine Bauernfrage. Sie ist in höchster Linie die Ernährungs-, die Brotfrage, also eine Volksfrage!" [269]) Jener Satz hätte demnach keinen anderen Zweck, als die Einleitung zu geben zu den folgenden Punkten des Entwurfes. Aber so aufgefasst, ist der Satz nicht nur ebenso unklar, wie zuvor; er ist auch eine durch und durch inhaltlose Phrase. Man muss wohl annehmen, dass ein so nüchterner Politiker, wie Vollmar, damit etwas Konkretes hat sagen wollen.

Viel schwerwiegender ist eine zweite Unklarheit: es ist nämlich — um von anderen Einzelheiten abzusehen — nicht einmal zu erkennen, ob man die Bauerngüter erblich vergeben wollte, oder nur auf Lebenszeit. Das aber scheint mir wichtiger zu

---

[267]) Protokoll des Parteitages zu Breslau. Berlin 1895. S. 210.
[268]) S. 128.
[269]) S. 138.

sein, als irgend eine andere Frage. David erklärte allerdings auf dem Parteitage, diese Lehen seien selbstverständlich weder verkäuflich noch vererblich. Aber im Entwurfe steht davon kein Wort; und da es in der Vergangenheit ebenso gut erbliche wie nichterbliche Lehen gegeben hat, so ist die David'sche Deutung des Begriffes durchaus nicht selbstverständlich.

Das Merkwürdigste in diesem „sozialdemokratischen" Agrarprogramm ist die Beschränkung des Arbeiterschutzes auf den „grösseren Grundbesitz". Mit der Annahme dieser Forderung würde die Sozialdemokratie prinzipiell aufgehört haben, Arbeiterpartei zu sein; sie wäre Bauernpartei geworden.

Im Ganzen wird man sagen müssen, dass dieses süddeutsche Programm den Ideen der Bodenreform näher steht, als denen des marxistischen Sozialismus.

Die drei Sonderentwürfe wurden schliesslich von der Gesamtkommission in Eines verschmolzen, und so an den passenden Stellen in das bisherige Parteiprogramm eingefügt.[270])

Wir geben im Folgenden den abgeänderten Teil des Erfurter Programmes wieder und heben die Ergänzungen der Agrarkommission durch Sperrdruck hervor.

Vorschläge der Agrarkommission zum Parteiprogramm:

Der zweite Teil des Programmes soll beginnen, wie folgt:

„Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zur Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, für die Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen und für die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zunächst:

. . . . . .

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volks- und Fortbildungsschulen, Errichtung ausreichender gewerblicher und land-

[270]) Protokoll des Parteitages zu Breslau. Berlin 1895. S. 212.

wirtschaftlicher Fachschulen, Musterwirtschaften und Versuchsstationen; Abhaltung regelmässiger landwirtschaftlicher Unterrichtskurse etc.

. . . . . .

10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind, und dementsprechende Beseitigung aller Ertrags-(Real-)Steuern (Gewerbe-, Haus-, Grundsteuern u. s. w.) etc.

. . . . . .

11. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien (selbständige Gutsbezirke, Vorrechte in Vertretungs-Körperschaften, Patronatsrechte, Fideikommisse, Steuervorrechte u. s. w.).

Entschädigungslose Aufhebung jeglicher Art noch bestehender Erbunterthänigkeit und der aus derselben herstammenden Lasten und Pflichten.

12. Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums (Staats- und Gemeindeeigentum jeder Art, Allmend etc.), insbesondere Ueberführung des Besitzes der toten Hand (Korporations-, Stiftungs- und Kirchengüter), der Realgemeinden, der Wälder, der Wasserkräfte u. s. w. in öffentliches Eigentum unter Kontrolle der Volksvertretung.

Einführung eines Vorkaufsrechts der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.

13. Bewirtschaftung der Staats- und Gemeindeländereien auf eigene Rechnung oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, soweit sich beides nicht als rationell erweist, Ver-

pachtung an Selbstbewirtschafter unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.

14. Staatskredit an Genossenschaften, die alle Beteiligten umfassen, oder an einzelne Gemeinden für Feldbereinigung, Bodenmeliorationen aller Art, Entwässerung und Bewässerung.

Uebernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Strassen, Wege, Wasserläufe), sowie für Deiche und Dämme auf den Staat oder das Reich.

15. Verstaatlichung der Hypotheken und Grundschulden unter Herabsetzung des Zinsfusses auf die Höhe der Selbstkosten.

16. Verstaatlichung der Mobilien- und Immobilien-Versicherung, Feuer-, Hagel-, Wasserschäden, Viehversicherung u. s. w. und möglichste Ausdehnung der Versicherung auf alle versicherungsfähigen Betriebszweige.

Staatliche Hilfeleistung bei Notständen infolge verheerender Naturereignisse.

17. Unbeschränkte Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter Gleichberechtigung aller Gemeindeangehörigen.

18. Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung, gegebenenfalls volle Entschädigung für Wild- und Jagdschaden.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:

a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages;

b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren;

c) Verbot der Nachtarbeit, ausser für solche Industrie-

zweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt, Nachtarbeit erheischen;

d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;

e) Verbot des Trucksystems.

Sachgemässe Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Landwirtschaft.

2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern, sowie durch ein landwirtschaftliches Reichsamt, Bezirks-Landwirtschaftsämter und Landwirtschaftskammern.

Durchgreifende Fürsorge für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in Stadt und Land.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

4. Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeiterverhältnis durch obligatorische Gewerbegerichte sowohl für gewerbliche als für landwirtschaftliche Arbeiter, Dienstboten und Heimarbeiter, sowie für Handlungsgehilfen.

5. Sicherstellung des Koalitionsrechtes.

6. Uebernahme und Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maassgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung. Reichsgesetzliche Ausdehnung der Versicherung auf alle im Lohn- und Dienstverhältnis stehenden Personen."

Diese Vorschläge lehnen sich in der Hauptsache an den Entwurf des mitteldeutschen Ausschusses an, der auch sachlich einen Mittelweg gegangen war. Vor allem weichen sie sehr entschieden ab von den süddeutschen Anträgen.

Wenn man die Vorschläge in ihrer Gesamtheit neben das alte Erfurter Programm hält, so bekommen sie ein recht kleines

und kleinliches Ansehen. Dort eine Idee, dargestellt in ihrer vollkommensten Reinheit und Kraft, ein Ganzes und Grosses, ein Glaubensbekenntnis einer Einheit von Menschen, einer Klasse. Die grosse Form einer grossen Sache — gross auch für den, der sie bekämpft. Hier dagegen nicht Einheit, nicht Klarheit, nicht Kraft; nur ein ängstliches Pendeln zwischen Wille und Idee, zwischen Bauernagitation und Marxismus.

Es handelt sich hier in Wahrheit weniger um die Sache als um Personen. Schliesslich war die erste Frage der Väter dieses Programmes (ihnen selbst oft unbewusst) nicht: was fehlt dem Bauern? was kann ihm helfen? — Zuerst stand ihnen der ängstliche Zweifel: wie halten wir es, um keinen zurückzustossen, mit beiden zugleich? Mit Vollmar und Bebel? Mit David und Kautsky? Mit dem Dr. Memminger und mit Karl Marx.

So machten die Vorschläge der Agrarkommission das sozialdemokratische Parteiprogramm aus einem Bekenntnis zu einem Kompromiss. Kein Wunder, dass sich die alten, das bedeutet die „wahren", die „gutgesinnten" Marxisten gegen diese rerum novarum cupidos erhoben, das Heiligste, was sie besassen, vor solchem Umsturz zu schützen.

Die Angriffe der Bauernagitation auf den Marxismus erklären diesen Aufstand der intellektuellen Marxisten, der Kautsky, Zetkin, Parvus; sie erklären alles, nur nicht den Sturm, der sich drunten in den Massen der Partei erhob, der von dem Tage, da die neuen Vorschläge in die Oeffentlichkeit traten, nicht aufhörte zu rasen bis zu dem Tage von Breslau, da er sie wieder hinabfegte in die Kluft der Vergessenheit. Denn der Marxismus ist eine Theorie und niemals wird sich eine Masse aufwühlen lassen, für oder wider irgend eine Theorie.

Man denke in der Geschichte des Sozialismus zurück; immer hat es Fehden und Kämpfe und Schlachten gegeben in den Reihen seiner Jünger. Aber niemals hat man um Theorien gestritten, niemals um eine Idee. Was stets wieder die Partei geteilt hat, in Preussen und Partikularisten, in Revolutionäre und Parlamentarier, in Radikale und Gemässigte, in Junge und Alte, in Linke und Rechte, in „Marxisten" und „Revisionisten"; was so stets wieder zwei Flügel schuf, das war der Streit um politisches Handeln von Tag zu Tag, nicht um die Richtung, sondern um

zwei Wege in gleicher Richtung, um die Art des Marsches und um sein Tempo — alles in Einem genommen: der Streit um taktische und praktische Fragen.

Sollte es diesmal anders sein? Glaubt man im Ernst, dass sich zehntausende und hunderttausende von industriellen Arbeitern aufregen können über die Frage: Grossbetrieb oder Kleinbetrieb draussen auf dem Land? Man vergesse nicht, dass die sozialdemokratische Partei in ihrer Masse aus Lohnarbeitern besteht; dass sich diese Masse nur äusserlich von gewählten Führern leiten lässt, im wahren Grunde doch meist von ihren wirtschaftlichen und sozialen Interessen. Sie erkennt diese Interessen nicht stets in ihrer wirklichen Gestalt, sie spricht sie nicht aus; sie empfindet sie. Wenn der Mensch als Einzelner die Fähigkeit hat, zu denken, so hat er als Masse nichts als die Fähigkeit, zu empfinden. Hatte die Masse der Proletarier empfunden, dass die Gewinnung einer neuartigen Schicht sie an Zahl vermehre, aber an Kraft vermindere, dass damit diese neue Schicht in ihrer Entwicklung vielleicht gefördert, aber die Entwicklung der Arbeiterklasse auch nur um eine Stunde verlangsamt werde — wie musste ihre Empfindung sich äussern?

Wenn die Masse geistig kämpft, dann bedarf sie geistiger Waffen. Aber sie kann nicht selbst diese Waffen schmieden, sondern sie muss die ersten nehmen, die sie findet, oder die man ihr gibt. — Wenn die Masse der Arbeiterschaft das Bauernprogramm als schädlich empfand für ihre eigenen Proletarier-Interessen, wenn man ihr zu gleicher Zeit theoretische Argumente irgendwelchen beliebigen Inhaltes gab gegen dieses Programm, dann musste sie solche Argumente ergreifen, ganz gleichgiltig, welches ihr Inhalt war, und ob falsch oder richtig.

Diese psychologische Ueberlegung mag auf unseren Gegenstand anzuwenden sein, in welchem Maasse und in welcher Form sie will; in jedem Falle kann sie dazu helfen, Dinge verständlich zu machen, die sonst recht merkwürdig erscheinen müssen. Denn man hat oft erlebt, dass sich Gelehrte über theoretische Fragen erhitzten. Aber man hat bis heute nicht erlebt, dass eine ganze Bevölkerungsklasse sich erhob, um über solche Fragen zu streiten; dass sie sich erhob gegen ihre ältesten und verehrtesten Führer. Jedoch, es scheint, als ob die meisten Beurteiler sozial-

demokratischer Agrarpolitik diesen merkwürdigen Fall in der Debatte des Jahres 1895 verwirklicht sehen. Die Thatsachen mögen uns zeigen, ob sie richtig sehen oder nicht.

5.

Die Vorschläge der Agrarkommission waren Mitte Juli 1895 veröffentlicht worden. Sofort wurden sie von der bürgerlichen Presse einer lebhaften Besprechung unterzogen; man wies vor allem darauf hin, dass dieses neue Landprogramm in schärfstem Widerspruch stehe zu den Grundprinzipien der Sozialdemokratie.

Diesem Vorwurf gegenüber hielt es B e b e l für notwendig, selbst auf den Plan zu treten; weniger zur Widerlegung bürgerlicher Gegner, als vielmehr zur Beschwichtigung seiner Parteigenossen, von denen derselbe Vorwurf zu erwarten war. In zwei Leitartikeln des „Vorwärts" suchte Bebel nachzuweisen: das Grundprinzip werde durch die neuen Ergänzungen überhaupt nicht berührt; es bleibe ja auch im allgemeinen Teile des Programms stehen, ohne die geringste Abänderung. Auch erhebe man diese Forderungen einzig „im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung".[271]) Das war formell ganz richtig. Jedoch, der Widerspruch entsprang gerade daraus, dass man den Allgemeinen Teil des Programmes unverändert liess, während der neue agrarische Teil in einigen Punkten von ganz entgegengesetzten Prinzipien ausging.

Man hatte sich bisher stets geweigert, die bestehende Staatsgewalt zu verstärken; jetzt auf einmal wollte man ihr Machtmittel von solchem Umfange und Gewicht in die Hand geben, wie sie wohl noch niemals irgend ein Staat besessen hat. Man verlangte „Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums"; das bedeutet: Vermehrung der Staatspächter, sie seien Genossenschaften oder Einzelpersonen. Man verlangte, der Staat solle die Kosten für Wegebauten übernehmen; damit gab man ihm möglicherweise zugleich einen Anspruch, mit zu bestimmen, wann und wo und wie ein Weg und eine Strasse zu bauen waren. Man verlangte vor allem Verstaatlichung der verschiedenen Ver-

[271]) „Vorwärts". 21. und 23. VII. 1895.

sicherungszweige, Verstaatlichung der Hypotheken und Grundschulden. Es war schwer „der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung" grössere wirtschaftliche Macht zu verleihen, als das hier geschah.

Der Allgemeine Teil des Erfurter Programmes konstatierte „die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe" durch „kolossale Grossbetriebe", er erklärte diesen Untergang des Kleinbetriebes für naturnotwendig, er rechnete die Bauernschaft zu den „versinkenden Mittelschichten". Der neue praktische Teil des Programmes wollte die Staats- und Gemeindeländereien teilweise an „Selbstbewirtschafter", an Bauer verpachten. Wenn das kein Widerspruch ist, dann ist es jedenfalls eine sehr merkwürdige Logik.

Vor allem hatte das Erfurter Programm proklamiert: die gesellschaftliche Umwandlung „kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein". Jetzt fabrizierte man ein ganzes Programm, um auch die bäuerliche Klasse zu diesem Werk zu gewinnen. Das Erfurter Programm hatte immer und ausschliesslich von der Arbeiterklasse geredet; war es kein Widerspruch, wenn man das im ersten Teile einfach stehen liess und wenn man nun im zweiten Teile eine andere Klasse zum mindesten ebenso sehr berücksichtigte, wie bisher die Arbeiter?

Es stellte sich sehr schnell heraus, dass diese Widersprüche nicht nur für gegnerische Augen erkennbar waren, sondern gerade so gut für die Augen der eigenen Partei. Eine Reihe von Versammlungen erklärte sich bald und zum Teil mit grosser Schärfe gegen den Entwurf. Zuerst verhandelte der Parteitag für Schlesien und Posen über das neue Programm, und es zeigte sich, dass auf allen Seiten die grösste Unzufriedenheit mit diesen Vorschlägen herrschte. Nur ein einziger Redner wagte, sie schüchtern zu verteidigen. Im Uebrigen war man sich einig, dass alle diese Forderungen für Ostelbien in keiner Weise passend und zweckmässig seien; vor allem sei der „Bauernschutz" von vornherein zu verwerfen. Die Arbeit der Agrarkommission fand in jeder Beziehung Verurteilung.[272])

Aehnlich wie hier von der Ostgrenze klang das erste Urteil

[272]) „Vorwärts". 24. VII. 1895.

aus den westlichen Provinzen des Reiches. Die „Freie Presse“ in Elberfeld wandte sich generell gegen jedes Agrarprogramm, es möge aussehen, wie es wolle. Nach dem Falle des Sozialistengesetzes „wurde nach Waffen gesucht, womit man etwa im Sturme das platte Land erobern könne. Dass man aber damit die Lehre über die Grundlage und die Entwicklung unserer Partei wenn nicht gerade verleugnete, so doch zu korrigieren suchte, scheint man bis heute auf jener Seite nicht so recht eingesehen zu haben.“

Die Bauernagitatoren, die jetzt diese Klasse mit allen Mitteln in die Partei hineinzuziehen suchen, das seien „dieselben Genossen, die glauben, auch in den Städten besonderes Gewicht auf die Gewinnung des Kleinbürgertums legen zu müssen.“ [273]) Der Refrain der Verurteilung ist dieser: die deutsche Sozialdemokratie muss die Partei des Proletariates bleiben. Mit der Annahme eines solchen Agrarprogrammes würde sie ihre proletarische Grundlage verlassen.

Jedoch, es erhoben sich jetzt zu Anfang auch noch einige Stimmen zu gunsten der Agrarkommission. Zum Teil merkt man dabei recht deutlich, dass der Bebel'sche Artikel diese Haltung bis zu einem gewissen Grade beeinflusst hat. So erklärte sich das „Volksblatt“ für Halle mit den Vorschlägen einverstanden; andere Blätter gaben ihre Zustimmung nur mit Reserve. Das „Volksblatt“ für Harburg, Wilhelmshaven sprach sich im allgemeinen sehr lobend aus; aber es verwarf die Punkte 12—17 als staatssozialistisch. Man dürfe unter keinen Umständen dem Klassenstaate so grosse Machtmittel in die Hand geben. Jedoch mit der Verwerfung dieser 6 Punkte blieb von dem Lob „im allgemeinen“ so gut wie nichts mehr übrig. Das mochte man selbst einsehen, und wenige Tage später brachte dasselbe Blatt einen sehr scharfen Artikel gegen das ganze Agrarprogramm. Es sprach sich vor allem gegen die grosse Rücksichtnahme auf den Bauernstand aus.

Die „Märkische Volksstimme“ in Frankfurt a. O. kam von einer neuen Seite. Sie brachte einen Artikel, der zwar mit dem Agrarprogramm durchaus nicht einverstanden war, der

---

[273]) Nach: „Vorwärts“. 25. VI. 1895.

aber doch die Notwendigkeit der Landagitation anerkannte. Jedoch hierfür sei ein Programm überhaupt von sehr nebensächlicher Bedeutung. Viel wichtiger sei die intensive persönliche Agitation; darum wurde der originelle Vorschlag gemacht: es sollten möglichst viele Genossen hinausziehen auf das Land, „wenn hieraus auch der Partei Unkosten entstehen".

In der „Leipziger Volkszeitung" begann P a r v u s, den wir bereits als scharfsinnigen, wenn auch nicht immer klaren Theoretiker kennen lernten, eine lange Artikelreihe gegen das neue Programm; die Redaktion des Blattes lehnte ausdrücklich jede Verantwortung für diese Artikel ab. Am schärfsten bekämpfte Parvus die Einleitung der Kommissionsvorschläge, in der „Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr" gefordert war.

„Bis jetzt hat es die Sozialdemokratie als ihre Aufgabe betrachtet, nicht die ökonomischen Zustände der herrschenden Gesellschaftsform zu „verbessern", sondern sie „abzuschaffen". Deshalb setzten sich die Schöpfer des Programmentwurfes durch jene Forderung in einen eklatanten Widerspruch mit der klaren prinzipiellen Auffassung unseres Programmes, mit der Geschichte und der Zukunft des proletarischen Klassenkampfes. Denn wenn wir die Möglichkeit hätten, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die ökonomischen Zustände zu verbessern, zu welchem Zweck dann der sozialrevolutionäre Kampf?" [274])

Soweit diese Auffassung persönliche Ueberzeugung des Sozialrevolutionärs Parvus war, ist sie eine politische Sache und geht uns hier nichts an. Soweit man sie als historisches Urteil betrachtet, ist sie unbedingt falsch. Man kann die Verbesserung der ökonomischen Zustände vielleicht unmarxistisch nennen, weil sie der persönlichen Anschauung von Marx nicht entsprochen hätte. Aber man kann nicht sagen, dass diese Forderung ein „eklatanter Widerspruch" sei gegen das Erfurter Programm. Die verbesserten ökonomischen Zustände könnten es einem Sozialdemokraten vielleicht erst recht nötig erscheinen lassen, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel anzustreben.

Was die einzelnen Vorschläge der Agrarkommission be-

[274]) Nach: „Vorwärts". 25. VII. 1895.

trifft, so wandte sich Parvus am energischsten gegen die Verstaatlichung der Hypotheken.[275]) Eine solche Maassregel müsse zum mindesten auf die Kleinbauern beschränkt werden. Denn allgemein durchgeführt bringe sie den Grossen auf dem Lande unverhältnismässig reicheren Nutzen, als jenen, die man dabei allein im Auge habe. Jedoch, auch für die Kleinbauern sei diese Verstaatlichung unbedingt zu verurteilen. Sie werde die Landgier steigern und damit die Verschuldung nur noch höher treiben. Die Verkleinerung der Zinsenlast werde dann ausgeglichen durch die Vergrösserung der Schuldsumme. Die staatliche Beleihungsgrenze eröffne dem Wucher ein weites Feld und sei nur geeignet, ihn zu fördern. Bisher habe sich das Grosskapital von solchen kleinen Hypotheken zurückgehalten; ihre Zersplitterung war ihm unbequem und unsicher. Jetzt übernehme der Staat das Risiko, aber das Grosskapital werde den Gewinn davon haben; denn von ihm müsse der Staat das Geld ja erst aufnehmen. Diese Maassregel bedeute deshalb „die staatliche Organisation der Ausbeutung des Bauerntums durch das Grosskapital". Während so das Kapital Einfluss gewinne auf den Staat, gerieten zu gleicher Zeit die Bauern in immer grössere Abhängigkeit von diesem Staate. Die Verstaatlichung der Hypotheken und Grundschulden müsse deshalb von der Sozialdemokratie abgelehnt werden.

Auch bei den übrigen Punkten übte Parvus ausserordentlich scharfe Kritik, die zum Teil sehr gute Berechtigung besass, aber oft genug einen recht kleinlichen Maassstab annahm. Erst in seinen letzten Artikeln spürt man wieder einen grösseren Zug, und im ganzen finden wir bei ihm unstreitig den eindrucksvollsten, flammendsten Protest gegen das Hineintragen der Bauernpolitik in die Sozialdemokratie.

Es wurde bereits erwähnt, dass die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" anderer Ansicht war als ihr Mitarbeiter Parvus. Das ist natürlich, denn Chefredakteur war Bruno Schönlank, der Agrarreferent vom Frankfurter Parteitage. Es verstand sich von selbst, dass die Vorschläge der Agrarkommission hier, bei ihrem eigenen Mitgliede, warme Unterstützung

[275]) Nach: „Vorwärts". 28. VII. 1895.

fanden. Schönlank kam zu dem entgegengesetzten Ergebnis, wie Parvus; er schloss seine Besprechung: „Der revolutionäre Charakter der Partei, das Ziel des Gesamteigentums am Boden sind durch den Entwurf unangetastet.“ [276])

Auch das „Hamburger Echo“ äusserte sich im allgemeinen zustimmend; aber es scheint, als ob auch hier ein Mitglied der Agrarkommission das Wort ergriffen habe. Der Staatskredit an Genossenschaften wurde da besonders empfohlen; es wurde seine Ausdehnung auf alle landwirtschaftlichen Genossenschaften befürwortet, während der Entwurf diese Förderung nur für die Meliorationsgenossenschaften vorsah. Der Sozialismus müsse solchen Zusammenschluss der Landwirte unterstützen, da er auch einen Uebergang zum Grossbetrieb bedeute. Auf keinen Fall dürfe man diesen Programmpunkt mit dem Lassalleschen Staatskredit vergleichen. Denn in der Industrie steige der Grossbetrieb von selbst; in der Landwirtschaft müsse man ihn besonders zu fördern suchen. — Es ist richtig, dass alle diese Genossenschaften, sie seien zu Einkauf oder Verkauf, zu Molkereibetrieb, zu Meliorationen bestimmt, nicht das Geringste zu thun haben mit den alten Lassalleschen Genossenschaften. Der Rückfall des Entwurfes in das längst begrabene Programm Lassalles und in das der internationalen Arbeiter-Assoziation, der liegt an einer anderen Stelle; der liegt dort, wo die Verpachtung des öffentlichen Grundeigentums an Produktivgenossenschaften verlangt wird.

Da man selbstverständlich die „Verpachtung an Selbstbewirtschafter“ aufs schärfste angegriffen hatte, so suchte hier der Mitarbeiter des Hamburger Blattes eine sehr geschickte Rückzugslinie. Er meinte: bei der Formel „soweit sich beides nicht als rationell erweist“ habe man nur an Grundstücke gedacht, die isoliert gelegen oder aus anderen Gründen zum Zusammenschlagen ungeeignet sind.[277]) Das ist natürlich eine Ausrede; wenn man die Forderung nicht ernst genommen hätte, dann würde man sie garnicht erwähnt haben; denn es konnte niemals ein Zweifel sein, dass sie die schärfste Opposition hervorrufen werde.

[276]) Nach: „Vorwärts“. 28. VII. 1895.
[277]) Nach: „Vorwärts“. 28. VII. 1895.

Ein weiteres Zugeständnis musste derselbe Verfasser bei der Einleitung des Entwurfes machen. Die „Verbesserung der ökonomischen Zustände“ hatte nicht nur Parvus auf die Warte der sozialrevolutionären Prinzipien gerufen, sondern auch andere Parteigenossen. Nun wurde auch hier eingeräumt, diese Fassung sei allerdings leicht misszuverstehen; es wurde deshalb vorgeschlagen, zu sagen: „Zur Minderung des Druckes, den die gegenwärtigen Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr auf die mittleren und niederen Volksschichten ausüben.“ [278])

Gerade umgekehrt wie das „Hamburger Echo“ äusserte sich das Parteiblatt in Braunschweig: Der agitatorische Wert des ganzen Programmes sei gleich Null. Von prinzipiellen Gesichtspunkten aus sei es erst recht zu verwerfen; denn diese „Reformen“ galvanisieren die bestehende Gesellschaftsordnung.[279])

Interessanter ist, was die „Mecklenburger Volkszeitung“ zu sagen hatte; nicht weil es besonders gehaltvoll, sondern weil es von zwei Seiten aus fast typisch war. Hier wurde die gesamte Landbevölkerung eingeteilt in: 1. Landarbeiter mit oder ohne einem Stück Acker; 2. Mittel- und Grossbauern mit Arbeitern. Die erste Schicht sei sehr wohl zu gewinnen; die zweite niemals. Dass es auch Kleinbauern giebt, die weder Arbeiter beschäftigen, noch selbst auf Lohnarbeit ausgehen, das schien diesem sozialdemokratischen Blatte vollkommen unbekannt zu sein.

Um die Landarbeiter zu gewinnen, wurde besonders dringend verlangt: ein Verbot, die Uhren der Rittergüter vorzustellen. Das macht einen recht naiv-kleinlichen Eindruck; aber wenn es auch nicht in ein Parteiprogramm gehört, so war es doch für Mecklenburg wenigstens eine ganz angebrachte Forderung. Da nämlich das Ende der Arbeitszeit bei Sonnenuntergang eintritt, so kann es durch nichts beeinflusst werden. Der Beginn der Arbeit richtet sich dagegen ganz nach der festgesetzten Stunde. Wird nun die Gutsuhr eine Stunde vorgestellt, so muss der Knecht oder Tagelöhner eine Stunde früher heraus

[278]) Nach: „Vorwärts“. 25. VII. 1895.
[279]) Nach: „Vorwärts“. 25. VII. 1895.

und arbeitet eine Stunde lang ohne Entgelt. Wichtiger war eine zweite Forderung, die das Hofgängerwesen verbieten wollte. Das Hofgängerwesen ist, sozialpolitisch angesehen, in der Landwirtschaft dasselbe, was wir in der Industrie Schwitzsystem nennen. Daraus ergiebt sich von selbst, dass es vom Sozialpolitiker bedingungslos zu verurteilen ist.

Im ganzen verwarf dieses Mecklenburger Blatt natürlich den Entwurf. Das Beste sei, nur mit dem prinzipiellen Teile des Erfurter Programmes zu agitieren; praktische, detaillierte Programme seien von sehr geringem Nutzen.[280]) Zu gleicher Zeit wandten sich Parteiversammlungen an den verschiedensten Orten gegen die neuen Vorschläge. So der Sozialdemokratische Verein Alt-Leipzig, der vor allem die Verstaatlichung der Hypotheken und den Staatskredit an Genossenschaften für vollkommen unannehmbar erklärte. Die Hauptsache sei, das Koalitionsrecht der Landarbeiter zu verlangen; alles andere schien daneben gering an Bedeutung, am geringsten natürlich der Bauernschutz.

Die erste Beurteilung hatte der Entwurf drei Tage nach seiner Veröffentlichung in dem offiziellen Wochenblatte der Partei gefunden, dem „Sozialdemokrat".[281]) Der Redakteur, Max Schippel, war selbst Mitglied der Agrarkommission und äusserte sich natürlich im allgemeinen durchaus zustimmend, wenn er auch an einigen Kleinigkeiten etwas auszusetzen hatte. Es seien, so meinte er, beängstigend viele Einzelforderungen in das neue Programm hineingesteckt. Denn „wenn der Kredit für landwirtschaftliche Genossenschaften, warum nicht auch der für gewerbliche, warum nicht der für Konsumvereine und ähnliches?"[281]) Diese Frage war in der That berechtigt; es hiess von einer Arbeiterpartei viel Selbstlosigkeit erwarten, wenn sie für fremde Genossenschaften Unterstützung verlangen sollte, für ihre eigenen aber nicht. „Doch das sind schliesslich nebensächliche Erwägungen und im Grossen und Ganzen wird man kaum anders verfahren können, wie die Kommission, wenn man die landwirtschaftlichen Wünsche überhaupt ausführlich im Programm haben will."

---

[280]) Nach: „Vorwärts". 28. VII. 1895.

[281]) „Der Sozialdemokrat". 18. VII. 1895. Nach: „Vorwärts". 25. VII. 1895.

„Dagegen wird mancher überrascht sein, dass der Inhalt der neuen Forderungen soweit zurückbleibt hinter den Erwartungen, welche durch die feierliche oratorische Einführung und schliessliche Einsetzung der Agrarkommission in Köln (?) auf vielen Seiten entstehen mussten. Indes spricht das nur für die ruhige Ueberlegung und das kühle Verständnis der Kommission. Von der plötzlichen Begeisterung für den bäuerlichen Betrieb ist in den neuen Programmeinschiebseln nichts mehr zu spüren; der alte Wunsch der Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden ist zwar aufgenommen, aber nicht wie es in Bayern zum mindesten zweideutig hiess — „um der steigenden Bedrängung des landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebes entgegenzuwirken“ ....“

„Hat sich die Kommission so von utopistischen und sentimentalen Regungen im allgemeinen freigehalten, so merkt man ihren Beschlüssen doch immer noch die unerquickliche Zwangslage an, in die sie durch die kritiklosen Kölner (?) Verhandlungen gebracht war — bekanntlich wurde in Köln (?) die Debatte geschlossen, ehe sie eigentlich begonnen hatte.“ Diese Bemerkungen richten sich natürlich gegen den David-Vollmarschen Bauernschutz, und Schippel fährt fort: „Gerade von diesem Bauernschutz versprach man sich mitunter am meisten; auch im Programmentwurf nimmt er den breitesten Raum ein. Unseres Erachtens hat jedoch das Ergebnis der Kommissionsberatungen schlagend dargethan, dass wir als Anwälte der Arbeiter und als ehrliche Politiker hierin niemals mit den bürgerlichen agrarischen Parteien zu konkurrieren vermögen, und dass wir mit unserer Hast und unserem Uebereifer auf einem toten Strang festzufahren drohten. .... Im ganzen werden wir mit diesen Forderungen weder dem konservativen Agrariertum, noch der liberalen Opposition, soweit diese auf dem Lande noch existiert, irgend eine Bauernseele abgewinnen. Soweit wir das Land wirklich erobern können, werden wir es weiter mit dem alten Arbeiterprogramm thun müssen.“

„Aber verdienstlich war trotzdem die Anregung, einmal die agrarischen Forderungen auszuwählen, die wir unbeschadet der Klasseninteressen der Arbeiterklasse glauben

unterstützen zu können. Die Agrarkommission hat sich hier vor zu weit gehenden Zugeständnissen zu hüten gesucht."

Genau acht Tage nach diesen Ausführungen erschien in demselben Blatte ein zweiter Artikel Max Schippels über die Vorschläge der Kommission[282]): „Je länger wir das bandwurmartige neue Gebilde, zu dem sich der zweite Teil des Parteiprogrammes zu entwickeln droht, kritisch betrachten, kommen wir mehr und mehr zu der Ueberzeugung, dass so gut wie alle vorgeschlagenen neuen Punkte in das Programm überhaupt nicht gehören."

„Ueber die Gründe, welche die Agrarkommission zu der schliesslichen Einarbeitung bewogen, sind wir im Augenblick nicht unterrichtet." Er sei verhindert gewesen, einem Teile der Verhandlungen beizuwohnen. Alle diese einzelnen Punkte habe er aufgefasst „als unter Umständen mögliche Maximalzugeständnisse an das gewöhnliche und das sozialistische Agrariertum, ... niemals aber als absolute Minimalforderungen, auf die jeder, der zur Partei noch gerechnet werden will, sich verpflichten müsse. Als solche Minimalforderungen erscheinen sie jedoch, sowie sie im Programm stehen; ....." Schippel schliesst mit der Aufforderung an die Parteigenossen, „die neuen Punkte des Entwurfes aus dem Programm zu streichen".

Man sieht, dass dieser zweite Artikel Max Schippels genau den entgegengesetzten Standpunkt einnimmt, wie sein erster Artikel, acht Tage zuvor. Welche sachliche Aenderung hat diese Aenderung des Urteiles bewirkt? Auch damals schon hat Schippel den neuen Entwurf gekannt; denn er hat ja darüber geschrieben. Auch damals schon wusste er deshalb, dass man diese Forderungen in das Parteiprogramm einfügen wollte. Demnach hat sich auf dieser Seite nichts geändert. Aber ein Programm hat zwei Seiten, von denen ausgehend man es beurteilen kann. Die eine Seite ist sein objektiver Inhalt; die andere Seite ist seine subjektive Wirkung. Wie stand es mit dieser zweiten Seite?

---

[282]) „Der Sozialdemokrat". 25. VII. 1895. Nach: „Vorwärts". 28. VII. 1895.

Am 18. Juli hatte das Programm noch gar keine Wirkung ausgeübt; es war gerade erst erschienen. Max Schippel schrieb zweideutig, unentschieden, aber nicht unfreundlich; ja er lobte sogar „die ruhige Ueberlegung und das kühle Verständnis der Kommission", er fand ihre Thätigkeit „verdienstlich".

Am 25. Juli hatte das neue Programm bereits recht lebhaft gewirkt. Die meisten Parteiblätter und eine Anzahl Versammlungen hatten sich darüber geäussert. Ueber die Art der Wirkung konnte niemand im Zweifel sein; es war augenscheinlich, dass die Masse der Partei dieses Programm nicht nur ablehnte, sondern dass sie im höchsten Maasse darüber erregt und entrüstet war. Max Schippel hatte sich entschieden; er fand den Entwurf „bandwurmartig", er erkannte, dass alle diese neuen Vorschläge ausnahmslos in das Programm überhaupt nicht hineingehören, er forderte deshalb seine Genossen auf, diese Vorschläge abzulehnen.

Herr Schippel als Mensch interessiert uns hier nicht im geringsten; aber Herr Schippel als Stimmungsbarometer ist von historischer Bedeutung. — Ein so plötzliches Umschnellen dieses Barometers beweist die Kraft des Sturmes, der draussen in den Massen tobte. Er beweist sie besser und zuverlässiger als die Provinzialblätter der Partei, die zwar auch nicht unbeeinflusst sein konnten von den Stimmungen ihrer Leser, bei denen wir aber nicht das Recht haben, die Charakterlosigkeit einer Barometernadel vorauszusetzen.

Was diesen Fall auszeichnet, das ist nicht der Meinungswechsel des Blattes; sondern es ist die beweisbare Präzision, mit der sich sein Herausgeber nach dem Sturme drehte, ein begabter und sehr tüchtiger Nationalökonom, der sich längst über alle diese Fragen klar sein musste. Dass Parteiblätter anfangs mit den Vorschlägen der Agrarkommission einverstanden waren und später von der öffentlichen Meinung innerhalb ihrer Partei gezwungen wurden, ablehnende Artikel zu bringen, das kam nicht nur in diesem Falle vor. Aber man wird annehmen dürfen, dass die Redakteure selbst dabei nichts von ihrer persönlichen Ueberzeugung preisgegeben haben. Als Beispiel eines solchen Blattes sei hier nur die „Schwäbische Tagwacht" genannt;

wobei man beachten mag, dass dieses Blatt in einem süddeutschen Bauernlande erschien.[283])

Was das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei betrifft, den „Vorwärts", so glaubte seine Redaktion, sich durchaus neutral verhalten zu müssen. Man brachte zuerst die empfehlenden Artikel Bebels, aber im Uebrigen scheint man keine beistimmenden Zuschriften bekommen zu haben. Noch Ende Juli erschien ein G. gezeichneter Aufsatz, der den Entwurf aufs schärfste bekämpfte.[284]) Die Hauptforderungen seien staatssozialistischer Natur und deshalb zu verwerfen.

Dagegen habe man gar keinen Anlass, die Grundsteuer zu beseitigen. Diese sei der Sache nach überhaupt keine Steuer; es sei in Wirklichkeit eine Reallast, die Verzinsung eines „unablöslichen Besitzanteils des Staats an Grund und Boden". Ihre Abschaffung bedeute für die augenblicklichen Grundbesitzer ein nacktes Geschenk. Gegen diesen Punkt wurden auch sonst zahlreiche Angriffe gerichtet; so von Schippel, der übrigens nach Bebels Aussage in der Kommission noch für die Abschaffung gestimmt hatte. In der That haben wir hier einen der merkwürdigsten Vorschläge der Agrarkommission. Denn wenn man jede Uebergangsform zum gesellschaftlichen Grundeigentum befördern wollte, was doch bei der Vermehrung der Staats- und Gemeindeländereien die Absicht war, dann ist nicht einzusehen, warum man auf diesen „Besitzanteil" verzichtete; gerade er war ja geeignet, die Grundrente allmählich aus dem Einkommen des Privateigentümers in die Staatskasse hinüberzuleiten. Allerdings, wo die Grundsteuer nicht eine Belastung der Rente bedeutete, sondern einen Abzug vom Profit oder gar vom Arbeitslohn des Kleinbauern, da wurde sie zu einer schweren und volkswirtschaftlich verderblichen Last. Deshalb wäre es nur logisch gewesen, eine Reform der Grundsteuer zu verlangen, aber nicht ihre Abschaffung.

Uebrigens hätte man andernfalls auch die städtische Grundsteuer nicht aufrecht erhalten können, und zu diesem Geschenke an die Hausbesitzer wäre wohl nicht ein einziger sozialdemokratischer Gemeindevertreter bereit gewesen.

[283]) Nach: „Vorwärts". 4. VIII. 1895 und 8. VIII. 1895.

[284]) Nach: „Vorwärts". 28. VII. 1895.

Es kann hier erwähnt werden, dass schon Lassalle eine rationelle und wirksame Besteuerung der Grundrente unter den heutigen Verhältnissen für unmöglich hielt. Dagegen glaubte er, dass nach Durchführung seiner Produktivassoziationen eine solche Steuer das beste Mittel sei, um die ganze Rente in die Staatskasse zu leiten.[285])

Es ist also durchaus nichts Neues, dass man in dieser Frage de facto sogar über das sozialistische Ziel hinausschoss.

Man wünschte vermutlich die Aufnahme dieses Punktes zuerst aus agitatorischen Gründen und rechtfertigte ihn dann vor sich selbst mit der Begründung, die Beseitigung dieser Steuer sei ja schon in dem bisherigen Programm stillschweigend gefordert.

Dagegen zeigte Kautsky ganz richtig, dass die Forderung der reinen Einkommenbesteuerung nicht ausschliesse, dieses Einkommen nach seinen Quellen zu differenzieren. Allerdings war auch er kein Freund der Grundsteuer, denn sie sei irrationell. „Aber eine Verpflichtung bezüglich der Grundsteuer eingehen, heisst eine Verpflichtung zu Gunsten der besitzenden Klassen eingehen, und hiezu hat die Sozialdemokratie nicht die mindeste Veranlassung.“ [286])

Dass Kautsky sich gegen die neuen Vorschläge in ihrer Gesamtheit wandte, das versteht sich von selbst. Als ökonomische Kritik waren manche von seinen Einwänden unzweifelhaft berechtigt, aber die Kritik als Ganzes war kleinlicher, als der Gegenstand nötig machte. Ihre Wiedergabe erübrigt sich dadurch, dass sie keinen Gedanken enthielt, den ihr Verfasser nicht schon in seiner Polemik mit Dr. David ausgesprochen hatte.

Im Uebrigen kam jene Programmbesprechung im „Vorwärts“ zu dem Ergebnisse, die Sozialdemokratie habe überhaupt kein Bedürfnis nach einem Agrarprogramm. Weniger scharf äusserte sich ein zweiter Mitarbeiter des Zentralorgans, dessen Signum ‚I. A.‘ auf den Parteisekretär Auer hinweist.[287]) Aber

---

[285]) „Briefe von Lassalle an Karl Rodbertus-Jagetzow.“ Berlin 1878. I. Bd. Seite 77.

[286]) „Neue Zeit“. 1894/95. II. S. 810.

[287]) „Vorwärts“. 3. VIII. 1895. Die folgenden Daten beziehen sich stets auf Nummern des „Vorwärts“.

auch er wandte sich gegen die Vorschläge der Agrarkommission und verlangte zum mindesten eine Vertagung der ganzen Sache.

Ein interessanter Vorschlag wurde in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ gemacht.[288]) Dort wurde ausgeführt, dass eine Hypothekenverstaatlichung, so wie sie geplant sei, nur den Kapitalisten Nutzen bringe. „Die Getreidepreise werden voraussichtlich noch weiter sinken, vielleicht auch die Preise für Zucker. Damit sinkt die Grundrente und der Güterwert gleichfalls.“ Aller Wahrscheinlichkeit nach wird „das Sinken so weit gehen, dass nicht nur der Teil des Wertes der Güter verschwindet, welcher nicht verschuldet ist, sondern dass auch allgemein hohe Prozente der Hypotheken ausfallen. Wie die Dinge jetzt liegen, werden dann nur die Hypothekengläubiger betroffen; wenn aber der Staat die Hypotheken übernommen hat, so ist dieser der Hineingefallene. Die Kosten dieses Hineinfalls muss dann der Steuerzahler tragen, während die jetzigen Hypothekenbesitzer, die dann mit Rentenbriefen des Staates abgefunden wären, sich vergnügt die Hände reiben könnten.“

Trotzdem ist dieser Kritiker des Entwurfes nicht gegen jede Verstaatlichung der Hypotheken; denn er hat einen Ausweg gefunden, der das Risiko doch wieder den Kapitalisten zuschieben soll. „Da das Risiko jetzt immer thatsächlich schief abgelaufen ist, so wäre der Staat thöricht, wenn er nur die Prämie beanspruchte: das Risiko, das zukünftig eintreten wird, muss er ihnen gleichfalls noch aufbürden. Das geschieht dadurch, dass die Koupons der Schuldverschreibungen nicht auf Geldwert lauten, sondern auf Roggenwert, der dann jedes Jahr nach den offiziellen Preisfestsetzungen der vereideten Makler in Berlin in Geldwert umzurechnen ist. Da der Getreidepreis fällt, so erhält der Gläubiger damit nur eine abnehmende Grösse an Zinsen. Will er das nicht, so kann er ja seine Obligationen an der Börse verkaufen; er wird sie aber behalten, da er ein so sicheres Papier überhaupt nicht wieder bekommen kann.

Der Schuldner hat durch die Reform den Vorteil, dass ihm die Hypothek nie gekündigt werden kann. Dazu könne sich der Staat vor allem bei den Kleinbauern verpflichten, weil „diese im Falle einer Krisis immer sicherer sind, wie Grossgrundbesitzer.

[288]) 28. VII. 1895.

Das würde das Interesse der Kleinbauern für uns erhöhen.“ Allerdings müsse der Schuldner seinen Zins in Geldwert zahlen; aber er habe ja als Gegenwert die Unkündbarkeit.

Mit derselben Gewissheit, wie den dauernden Preisfall des Getreides, sieht der Verfasser voraus, dass der Geldwert der Schuldzinsen steigen muss, „und in sehr kurzer Zeit, noch vor Ende des Jahrhunderts, wird der Staat mit ihnen den gesamten Reinertrag wenigstens der grösseren Güter in der Hand haben. Damit erwirbt er diese auf die einfachste Weise. ...“

Selbstverständlich dürfe diese Hypothekenverstaatlichung nur vom Reich verwirklicht werden, da man auf der Kontrolle des Reichstages bestehen müsse. Auch dann noch sei solcher Staatssozialismus nicht ungefährlich; aber er lasse sich nicht vermeiden, „wenn man nicht einem allmählichen Hineinwachsen in soziale (?) Verhältnisse überhaupt gegnerisch gegenübersteht.“ Die sozialdemokratische Partei müsse also verlangen:

„Uebernahme der Hypotheken auf das Reich. Ausgabe von dreiprozentigen Reichsobligationen an die Gläubiger, deren Koupons auf das Quantum Roggen lauten, welches zur Zeit der Ausgabe dem Zinsenbetrag entspricht. Herabsetzung des Zinsfusses für die Schuldner auf die Höhe der Selbstkosten.“

Wenn auch der Vorschlag dieses sozialdemokratischen Agrarpolitikers ganz interessant ist, so ist er doch durchaus unbrauchbar. Vor allem hat der Staat nicht die geringste Sicherheit, dass der Getreidepreis immer weiter fallen wird. Im Gegenteil ist er gerade seit 1895 wieder gestiegen. Hätte der Staat bei dem damaligen Tiefstande des Preises die Hypothekenzinsen in Roggenwert umgerechnet, so könnten heute allerdings die Gläubiger „sich vergnügt die Hände reiben“. Aber selbst wenn man annehmen wollte, dass auf längere Zeit hin und nach Beseitigung des Zolles die Getreidepreise eine absteigende Richtung annehmen werden, so darf man doch nicht vergessen, dass bereits nicht mehr auf dem Getreidebau das Schwergewicht der deutschen Landwirtschaft ruht, sondern auf der Viehzucht. Es wird aber niemand sagen können, dass die Preise für animalische Produkte eine fallende Tendenz aufweisen.

Auch sonst liessen sich gegen jenen Verstaatlichungsmodus eine ganze Reihe von Bedenken erheben. Beispielsweise würde

er eine Aufhebung der Getreidezölle, die in den Augen der Sozialdemokratie zweifellos die wichtigere Forderung ist, ausserordentlich erschweren. Denn wenn heute im besten Falle der getreideverkaufende Landwirt an den Getreidezöllen Interesse hat, so würde man durch jene Maassregel auch einer recht grossen Zahl von Kapitalisten künstlich dasselbe Interesse einimpfen. Zugleich liesse sich kaum ein besseres Mittel auffinden, alle diese Kapitalisten auch sonst zur Hausse-Spekulation in Getreide zu verleiten, was doch weder im Interesse des Staates liegt, noch in dem der konsumierenden Arbeiterschaft.

Betrachten wir nun den Vorschlag aus dem Gesichtspunkte des Kleinbauern heraus, so zeigt sich seine Unbrauchbarkeit noch deutlicher. Einmal wird sich bald bei den Bauern die Empfindung festsetzen, es sei ungerecht vom Staate, ihnen den Zins in Geldwert abzunehmen und nicht auch in dem geringeren Roggenwert. Wenn aber der Geldwert andauernd steigt, so wird auch die Entrüstung der Bauern steigen. Besonders, da jenes Steigen ja soweit gehen soll, dass es zuletzt die ganze Reineinnahme des Betriebes verschlingt. Nehmen wir also an, dass alle Prophezeiungen dieses Agrarpolitikers in Erfüllung gehen, so wird im Laufe der Zeit der Staat nicht nur die Hypotheken, sondern die Güter selbst sich aneignen — nachdem er die Bauern in den Bankerott getrieben hat. Und dieser Vorschlag, so meint der sozialdemokratische Verfasser, „würde das Interesse der Kleinbauern für uns erhöhen."

Derselbe Artikel spricht sich energisch dagegen aus, dass man die Staats- und Gemeindeländereien an Produktivgenossenschaften verpachten wolle. Diese Wirtschaftsform sei in der Landwirtschaft noch weniger angebracht, als in der Industrie; denn in der Landwirtschaft spiele der persönliche Entschluss des Betriebsleiters eine besonders grosse Rolle. Man solle deshalb ruhig beim Kleinbetrieb bleiben.

Ein zweiter Mitarbeiter der „Sächsischen Arbeiterzeitung" verurteilte den Entwurf aus ganz anderen Gesichtspunkten heraus auf das Schärfste: „Was ist denn an diesem Entwurf sozialdemokratisch? ... Was nützt es uns, wenn wir einen Haufen Bauern in die Partei bekommen, dadurch unsere Zahlen bei den Wahlen zum Verdruss unserer Gegner anschwellen sehen

und schliesslich dann doch nur den Feind in unser eigenes Lager gezogen haben? Denn das müssen wir uns doch wohl bei einiger Ueberlegung sagen: der Bauer, welcher Arbeiter beschäftigt und Korn verkauft, ist, wenn wir ihm unsere Ziele nicht verschleiern, unser erbittertster Gegner, nicht nur als Ausbeuter seiner Arbeiter, sondern auch, weil er an hohen Kornpreisen interessiert ist."

„Da wäre vor allen Dingen nötig eine klare Scheidung zwischen dem Teil der ländlichen Bevölkerung, der voraussichtlich uns dauernd anhängen wird (Landarbeiter und Kleinbauern), und dem, welcher voraussichtlich unser Gegner ist, wenn er erst weiss, was wir wollen. Das einfache Mittel, diese Scheidung herbeizuführen, ist die entsprechende Betonung unserer Partei als einer revolutionär-sozialistischen." [289])

Merkwürdigerweise kann man die sehr scharfe Detailkritik dieses „Revolutionär-Sozialisten" nicht anders bezeichnen, denn als liberal, zuweilen gar als manchesterlich. Vor allem verurteilt er die Erhaltung und Vermehrung der Allmend; das sei eine durchaus rückschrittliche Forderung. Denn die Allmend sei stets schlecht bewirtschaftet worden; eine bessere Bewirtschaftung scheint er für unmöglich zu halten. Genau dasselbe lasse sich von der Verpachtung der Gemeindeäcker sagen; auch dieses sei eine durchaus unökonomische Wirtschaftsform. An alle dem war nichts weiter interessant, als die Parteistellung dessen, der es geschrieben hatte. Das „Hamburger Echo" sagte von diesem „Revolutionär-Sozialisten", er „proklamiert die Unentbehrlichkeit des Privateigentums." [290])

Eines der wenigen Parteiblätter, das offen für die Vorschläge der Agrarkommission eintrat, war die „Rheinische Zeitung" in Köln. Allerdings schlug man auch hier einige Verbesserungen vor. Man wollte die Bestimmungen über Zusammenlegung reformiert sehen, da sie nicht mehr den Bedürfnissen genügten. Vor allem hatte es das Heimstättengesetz der „Rheinischen Zeitung" angethan; sie sprach den Wunsch aus,

[289]) 25. VII. 1895.
[290]) 28. VII. 1895.

dass in dem neuen Programm die Unpfändbarkeit der unentbehrlichen Betriebsmittel gefordert werde.[291])

Offene Verurteilung fand das neue Programm hingegen in der „Münchener Post", die den Wunsch aussprach, man möge die ganze Frage vertagen.[292]) Eine Versammlung in Augsburg hatte die Vorschläge bereits vorher auf das Energischste abgelehnt.[293]) Nicht einmal in Bayern war es also der Agrarkommission gelungen, sich Anerkennung zu erwerben. In Baden erklärte sich eine einzige Versammlung, zu Konstanz, mit dem Entwurf einverstanden.[294]) Dagegen wurde er besonders heftig in den Landarbeitergebieten bekämpft. So konstatierte eine Versammlung in Wolgast (Pommern), zwischen Kleinbauer und Arbeiter liege eine tiefe Kluft.[295]) Die Sozialdemokratie müsse deshalb grundsätzlich jeden Bauernschutz ablehnen. Ebenso dachte die Arbeiterschaft von Berlin.[296]) In sieben gleichzeitigen Versammlungen fanden hier die Vorschläge der Kommission geschlossene und teilweise geradezu entrüstete Ablehnung. — In verhältnismässig zahlreichen Fällen wurde die Arbeit der Kommission zuerst durch den Referenten verteidigt und dann trotzdem durch die ganze Versammlung energisch verurteilt.

Von jener Konstanzer Versammlung abgesehen, gab es im ganzen Deutschen Reiche nur vier Orte, die sich mit dem neuen Programme einverstanden erklärten. Das waren: Giessen, Hanau, Marburg und Kassel. Es kamen hinzu: eine Konferenz des ganzen Wahlkreises Kassel-Melsungen und die Landeskonferenz des Grossherzogtums Hessen. Mit Ausnahme von Konstanz hatte also die Agrarkommission nirgends anders Zustimmung gefunden, als in Hessen und Hessen-Nassau.[297]) Hessen und Hessen-Nassau waren das Agitationsgebiet des Dr. David.

---

[291]) 28. VII. 1895.
[292]) 2. VIII. 1895.
[293]) 28. VII. 1895.
[294]) 22. IX. 1895.
[295]) 7. VIII. 1895.
[296]) 15. VIII. 1895.
[297]) 22. IX. 1895.

Im ganzen Reich sprachen bis zum Breslauer Parteitage 132 Versammlungen über den neuen Entwurf ihre Ansicht aus. Davon äusserten sich:

Zustimmend:	7 Versammlungen	=	5,3 Prozent
Abwartend:	2 „	=	1,5 „
Ablehnend:	123 „	=	93,2 „
Insgesamt:	132 Versammlungen	=	100,0 Prozent.

6.

Am 5. Oktober 1895 trat die Agrarkommission zu ihrer letzten Sitzung zusammen, einen Tag vor der Eröffnung des Breslauer Parteitages.

Die Stimmung draussen in der Partei hatte sich so unzweideutig kundgegeben, wie vielleicht noch nie in irgend einer Frage. Dem suchte die Kommission Rechnung zu tragen, soweit ihr das möglich war, ohne sachlich zu revozieren. Der bisherige Entwurf wurde im wesentlichen nur formell umgearbeitet, aber als man ihn dann dem Parteitage vorlegte, hatte er doch ein ganz anderes Aussehen wie zuvor.[298])

Vor allem nahm man alle irgendwie bedenklichen Punkte aus dem eigentlichen Programm heraus und unterbreitete sie dem Parteitage als besondere Resolution. Die vielumstrittene Einleitung wurde zuerst aus dem Programmentwurfe entfernt und ebenso die Punkte 11—18, in denen die neue Bauernpolitik proklamiert war. Um von redaktionellen Aenderungen ganz abzusehen, so verlangte man jetzt neben Musterwirtschaften, Versuchstationen und Fachschulen auch landwirtschaftliche Wanderkurse. An die Stelle der Landwirtschaftsämter und Landwirtschaftskammern traten: „ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern für Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr.“ Als Punkt 9 hatte man in Erfurt beschlossen: „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung, einschliesslich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.“ Die Agrarkommission hatte in ihrem ersten Entwurfe hinzugesetzt: „Durchgreifende Fürsorge für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in Stadt und Land.“ Das

[298]) Protokoll des Parteitages zu Breslau. Berlin 1895. S. 214.

wurde jetzt verschmolzen in der Forderung: „Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege.“ Im Uebrigen blieb das Erfurter Programm unverändert.

Neben dieser Programmrevision stellte man folgenden Antrag:

„Im Interesse der Landeskultur und zur Hebung der Lage der Landarbeiter und Kleinbauern empfiehlt der Parteitag den Genossen folgende Forderungen für die Agitation und für die Thätigkeit in den öffentlichen Körperschaften.“

Es folgen die acht Punkte, die wir bereits kennen. Sachlich wurde an diesen Forderungen nichts geändert; aber sie wurden teilweise nicht mehr offen bei ihrem wirklichen Namen genannt, sondern vorsichtig umschrieben. So verlangte man nicht mehr „Staatskredit an Genossenschaften, welche alle Beteiligten umfassen“, sondern nur noch „an obligatorische Verbände“. Damit sollte die Erinnerung an das Programm Ferdinand Lassalles verwischt werden. Die Verpachtung der öffentlichen Ländereien „an Selbstbewirtschafter“ war gefordert worden, soweit sich weder Regiebetrieb noch Produktivgenossenschaft „als rationell erweist“; jetzt sagte man vorsichtiger: „wo beides nicht möglich ist.“

Ferner schlägt die Agrarkommission dem Parteitag vor, folgenden Antrag anzunehmen.[299])

„Der Parteitag wolle beschliessen:

Nachdem das Mandat der Agrarkommission erloschen ist, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits in der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen zu veröffentlichen, als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

[299]) S. 216.

Der Parteivorstand erhält Vollmacht, die nötigen Geldaufwendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Aufgabe zu möglichen."

Ausserdem waren 28 Anträge zur Agrarfrage eingelaufen. Davon wollten 16 die Vorschläge der Kommission glatt abgelehnt sehen, während 6 Anträge sich für Vertagung der ganzen Sache aussprachen. Vier Wahlkreise äusserten den Wunsch nach weiterer Materialsammlung, ohne über die bisherige Arbeit der Kommission ihre Meinung zu sagen. Nur eine Resolution erklärte sich mit den neuen Vorschlägen einverstanden; sie kam aus jener Konstanzer Versammlung, die wir bereits erwähnt haben.

Schliesslich brachten Kautsky, Schippel, Auer, Singer und 21 andere Delegierte folgende Resolution ein.

Resolution Kautsky:

Der Parteitag wolle beschliessen:

Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogrammes ist zu verwerfen. Denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigentum-Fanatismus; es erklärt das Interesse der Landeskultur in der heutigen Gesellschaftsordnung für ein Interesse des Proletariates, und doch ist das Interesse der Landeskultur ebenso wie das Interesse der Industrie unter der Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariates. Ferner weist der Entwurf des Agrarprogramms dem Ausbeuterstaat neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariates, und endlich stellt dieser Entwurf dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur ein Staatswesen erspriesslich zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat.

Der Parteitag erkennt an, dass die Landwirtschaft ihre eigentümlichen, von denen der Industrie verschiedenen, Gesetze hat, die zu studieren und zu beachten sind, wenn die

Sozialdemokratie auf dem flachen Land eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten soll. Er beauftragt daher den Parteivorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits von der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen veröffentlichen, als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands."

Der Partei-Vorstand erhält Vollmacht, die nötigen Geldaufwendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Arbeit zu ermöglichen." [300])

Als Referent der Agrarkommission eröffnete Dr. Quark-Frankfurt a. M. die Generaldebatte.[301]) Er gab zuerst einen Bericht über die Thätigkeit der Kommission und suchte dann ausführlich darzuthun, warum die Sozialdemokratie für die Interessen der Landeskultur einzutreten habe. Allerdings, deren Förderung erhöhe den Wert des Bodens; aber dieses Bedenken habe die Partei nie gehindert, den Bau von Eisenbahnen und Kanälen zu verlangen. Selbstverständlich dürfe die Landeskultur nur soweit gefördert werden, als sie zu den Interessen des Proletariates nicht in Gegensatz trete. Vor allem sei es die Pflicht der Sozialdemokratie, für die Kleinbauern einzustehen; die hätten Klagen genug auf dem Herzen, denn alles, was heute für die Landwirtschaft gethan werde, das komme nur den Grossen zu gute. Selbst wenn man nicht an die Gewinnung der Bauernschaft glaube, so müsse man doch Agrarpolitik treiben, „um der Zukunft der Menschheit willen, die doch auch ein bischen von der Zukunft der Landwirtschaft abhängt. (Beifall)."

Max Schippel hatte man zum Korreferenten gewählt; man wollte ihn, wie Bebel später sagte, auf seinen Meinungsumschwung „annageln".[302]) Entgegen der Tagesordnung ging

---

[300]) S. 104.
[301]) S. 98 ff.
[302]) S. 175.

Schippel sofort auf einzelne Spezialfragen ein.[303]) Auch behandelte er überhaupt nicht die Anträge, die wirklich von der Kommission gestellt waren; sondern nur jene ersten Vorschläge, die man bereits im Juli veröffentlicht hatte. Das Verlangen „nach Aufrechterhaltung der Waldnutzungs- und Weiderechte" verurteilte er als kulturwidrig und reaktionär. Von demselben Standpunkte aus bekämpfte er das Eintreten für die Allmend, durch die man die Schollenkleberei begünstigen und die Ausbeutung der Parzellenbauern als Lohnarbeiter erleichtern werde. Auch die Verstaatlichung der Grundschulden sei zu verwerfen; die Bauern würden auf immer stärkere Zinsherabsetzungen drängen, und die Erleichterung ihrer Kreditbefriedigung müsse schliesslich aus den Taschen der Arbeiter bezahlt werden. Besonders eingehend behandelte Schippel den Entwurf des süddeutschen Ausschusses, der gar nicht zur Diskussion stand und überhaupt niemals in Frage gekommen war. Sachlich wusste er dabei nichts Neues vorzubringen.

Im ganzen waren die Anträge der Kommission in seinen Augen „Charlatanerie". „Wir sind eine Partei der besitzlosen Arbeiter. Wir wollen freilich auch den Kleinbesitzer gewinnen, jedoch nur, indem wir ihn überzeugen, dass er als Besitzender keine Zukunft hat, sondern dass seine Zukunft die des Proletariates ist. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)"

Zwei und einen halben Tag lang währte die Diskussion über das „Agrarprogramm"; aber an sachlich Wichtigem ist ihre Ausbeute sehr gering. Die Hauptrolle spielten persönliche Streitereien, die das Verhalten Schippels in der Presse und auf dem Parteitage hervorgerufen hatte. Daneben vertiefte man sich mit grosser Gründlichkeit in verhältnismässig unbedeutende Fragen, wie die nach der Zweckmässigkeit der Waldnutzungsrechte.

Ziemlich ausführlich wurde die Verstaatlichung der Hypotheken besprochen. Es wurde gegen diese Maassregel eingewandt, sie werde nur den grösseren Besitzern Vorteil bringen und ebenso den grossen Kapitalisten. Denn „verstaatlichen wir", meinte Kautsky, „die Hypotheken, so

[303]) S. 105.

nehmen wir den kleinen Ausbeutern ihr Geschäft und schaffen ein neues Ausbeutungsgebiet für die grossen Ausbeuter der Hochfinanz.“ [304]) Darauf wurde im wesentlichen nur erwidert: „wenn die Börse und das Grosskapital solchen Vorteil von der Verstaatlichung der Hypotheken hätten, dann hätten sie wirklich nicht auf uns gewartet.“ [304a]) Aber das traf nicht den Kern der Sache. Man hätte Kautsky antworten können: da er unter der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung die Ausbeutung der Bauern für unvermeidlich halte, so sei die Ausbeutung durch das Grosskapital immer noch der durch die kleinen Wucherer vorzuziehen. Das würde nicht nur, wie heute allgemein anerkannt ist — für die Bauern selbst eine Besserstellung bedeuten; sondern es würde, wie jede Zentralisation von Kapital oder Arbeit, gerade in der Richtung der Kautsky'schen Zukunftshoffnungen liegen. Im Uebrigen ist die Vorstellung durchaus unrichtig, als ob die Grosskapitalisten es seien, die dem Staat das nötige Kapital zur Verfügung stellen würden. Im Gegenteil, um nach den Vorschlägen der Agrarkommission zu handeln, müsste der Staat Schuldverschreibungen ausgeben, die mit ihrer geringen Verzinsung keine sehr starke Anziehungskraft für einen Grosskapitalisten besitzen könnten.

Des Weiteren stellte Kautsky die indiskrete Frage, ob der verlangte „Selbstkosten-Zinsfuss des Staates für alle Hypotheken gelten soll, auch für zweite und dritte?“ [305]) David erwiderte: „So gut wie Private, kann auch der Staat eine Risikoprämie in die Selbstkosten aufnehmen. Die Endgrenze (der Beleihung) wird da liegen, wo der eigentliche Wert des Gutes aufhört. Will man über den Wert des Gutes hinaus noch ein Geldleihen ermöglichen, so kann nur Personalbeleihung erfolgen.“ [306]) Bleibt nur die Frage, wie man sich über die Höhe des „eigentlichen Wertes“ einigen wird?

Schippel hatte behauptet, dass man durch die Allmend die Schollenkleberei begünstige, und damit die Lohndrückerei auf dem Lande; darauf antwortete David: das möge richtig sein,

---

[304]) S. 127.
[304a]) S. 118.
[305]) S. 127.
[306]) S. 134.

aber man mildere durch jene Einrichtung „die Lohndrückerei, die in den Städten entsteht, dadurch, dass die ländliche Bevölkerung in die Städte getrieben wird.“ [307])

Sehr vorsichtig begründete David den Punkt 3 der Resolution, in dem die Bewirtschaftung des Gemeindelandes behandelt war: „Wir verlangen, die Gemeinde soll Grundeigentum erwerben. Sie hat oder erwirbt heute ein Stück Wald, morgen eine Wiese, übermorgen ein grosses angrenzendes Gut und demnächst vielleicht einige Ackerparzellen. Wald, Wiese oder Obstland kann und soll sie heute schon in eigene Regie nehmen. Für ein grosses Gut ist eine Genossenschaft nicht unmöglich. Für wenige zerstreute Ackerparzellen wäre sie ein Unsinn. In solchen Fällen müssen wir es eben an Selbstbewirtschafter vergeben. Unter keinen Umständen dürfen wir aber zugeben, dass das Gemeindeland einem kapitalistischen Bewirtschafter überlassen wird. Denn das Prinzip verlangt Beseitigung der Ausbeutung, Verhinderung jeder Ausbeutungsmöglichkeit.“ [308])

Noch mehr als Dr. David war Bebel der Hauptverteidiger des Entwurfes. Er begann damit, den Meinungsumschwung Schippels eingehend und in den denkbar schärfsten Ausdrücken zu charakterisieren; uns interessiert nur seine Mitteilung, dass Schippel in der Kommission gerade bei den wichtigsten Punkten mit Ja gestimmt habe: so bei der Vermehrung der Allmend, bei der Verpachtung an Selbstbewirtschafter, beim Staatskredit für Meliorationsgenossenschaften, und endlich bei der Verstaatlichung der Hypotheken.

Im Uebrigen meinte Bebel, er selbst habe seine agrarpolitische Stellung nur scheinbar geändert. Auch heute noch glaube er, dass man „dem Kleinbauern nicht seine Konservierung versprechen“ könne.[309]) Seine Proletarisierung sei allerdings nicht aufzuhalten, aber sie müsse auf dem Lande selbst vor sich gehen; das veranlasse ihn, für die Allmend einzutreten. „Wir haben heute ein Interesse, dass diese Leute auf dem Lande bleiben. Dort müssen sie zu Sozialdemokraten gemacht werden, sie müssen

---

[307]) S. 134.
[308]) S. 135.
[309]) S. 116.

dort unsere Pioniere, unsere Cadres werden, ohne sie bekommen wir auf dem Lande keinen Boden unter die Füsse.“ [310]) Aus ähnlichen Gründen verteidigte Bebel die Hypothekenverstaatlichung. Sie werde dem Proletariate sehr zu Gute kommen, wenn es später einmal, in der Uebergangszeit zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, daran gehen müsse, sämtliche Grundeigentümer auszukaufen.[311])

Die Anträge der Agrarkommission sollten in der Hauptsache für das parlamentarische Vorgehen der Partei eine Richtlinie bilden. „Unsere Abgeordneten in den Landtagen, in den Gemeinden müssen wissen, wie sie sich den brennenden Fragen gegenüber zu verhalten, welche Grenzlinie sie einzuhalten haben.“ [312])

Dass man aber die Bauern in der That nicht für die Sozialdemokratie gewinnen könne, davon schien Bebel in Breslau noch ebenso fest überzeugt zu sein, wie ein Jahr zuvor in Frankfurt a. M. Denn „die Bauern sind nicht zu haben für Aufhebung der Dienstbotenordnung, für eine Verbesserung und Verallgemeinerung des Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherungswesens, für Einführung eines Normalarbeitstages auf dem Lande, für das Verbot der Kinderarbeit und dergl.“ [313])

Jedoch der Parteitag schien in seiner grossen Mehrheit das Streben, die Bauern zu gewinnen, als den Kern der Kommissionsvorschläge anzusehen; und man kann ihm darin nicht unrecht geben. Für die Masse der Delegierten, nicht anders wie für die Masse der Partei, handelte es sich nur um die einzige Frage: Sollen wir uns darauf beschränken, Arbeiterpartei zu sein? oder sollen wir uns zugleich zur politischen Vertretung der Kleinbauernschaft auszuwachsen suchen? Ist es überhaupt möglich, das Eine zu thun und das Andere nicht zu lassen?

So meinte Wilhelm Liebknecht: „die vor uns liegende Frage ist keine Frage der Theorie, es ist eine Frage der Praxis und Taktik.“ [314]) Und, vielleicht etwas zu optimistisch, fuhr er

---

[310]) S. 122.
[311]) S. 120.
[312]) S. 123.
[313]) S. 121.
[314]) S. 144.

fort: „Daran glaubt doch niemand mehr unter uns, dass der Kleinbetrieb gegenüber dem kapitalistischen Grossbetriebe auf die Dauer bestehen und gedeihen könne.“ [315]) Trotzdem seien die Bauern zu gewinnen — nicht durch Bauernfang, sondern durch Belehrung über ihre wirtschaftliche Lage. „Wir wollen ihnen offen sagen, wie weit wir ihnen helfen können.“ „Wir wollen nur den Bauern ihre Existenz erleichtern, sie ihnen nicht sichern als Besitzer.“ [316]) — Diese Liebknecht'sche Auffassung des Agrarprogrammes wurde wohl von den meisten Mitgliedern der Kommission geteilt. Man bot da dem Bauern nicht mehr als eine Verlängerung seines Todeskampfes; man schien zu glauben, damit könne der Bauer wohl zufrieden sein. Ganz im Innern jedoch dachte man vermutlich sehr skeptisch über eine solche „Zufriedenstellung“ des Bauern.

Den Kern der Frage bezeichnete Bruno Schönlank, der Referent des Frankfurter Parteitages: „Wir haben aufgehört, die Partei allein des Industrieproletariats zu sein. Die Sozialdemokratie ist die Partei aller proletarischen Unterdrückten, der Notleidenden aller Schichten, und die Politik, die die Gegner des Entwurfes treiben wollen, ist reine Industriearbeiter-Politik.“ [317]) Das ist natürlich insofern übertrieben, als keiner seiner Gegner es ablehnte, Landarbeiterpolitik zu treiben. In Wirklichkeit wollte das Schönlank wohl auch nicht sagen; er wollte nur den Gegensatz charakterisieren zwischen reiner Arbeiterpartei und einer Partei aller Notleidenden.

Diesen Gegensatz, um den sich alles drehte, sah man auch auf der anderen Seite sehr deutlich. Man sprach offen aus: es sei nicht möglich, beide Ziele zu vereinigen; die Partei müsse sich für eines von beiden entscheiden. „Durch den Arbeiterschutz, der gut ist, stossen wir den Bauern ab; Arbeiterschutz und Bauernschutz vertragen sich nicht.“ [318]) Der pommersche Delegierte Herbert meinte: „Wir würden höchstens Mitläufer gewinnen, die Konservative oder Antisemiten

[315]) S. 145.
[316]) S. 146.
[317]) S. 152.
[318]) S. 161.

werden, wenn diese ihnen mehr versprechen.“[319]) In ganz Pommern sei deshalb „auch nicht eine Stimme für den Entwurf laut geworden.“ — Im Grunde könne man den Bauern ja doch nicht helfen. „Wenn wir Bauernschutz treiben wollen, so heisst das unter den heutigen Verhältnisse nichts Anderes, als Bauernfang treiben.“[320]) „Die eigentlichen Bauern bleiben nach wie vor unsere Feinde.“[321])

Zwischen Arbeiterschutz und Bauernschutz, so führte Kautsky aus, sei ein prinzipieller Unterschied. Beim Arbeiterschutz handle es sich nur um die soziale Lage des Arbeiters; dagegen habe die Partei immer und ausdrücklich erklärt, „dass es nicht möglich ist, die wirtschaftliche Lage des Arbeiters durch Eingriffe des Staates zu heben und deshalb haben wir ja auch den Mut gehabt, allen Anträgen auf Einführung des Rechts auf Arbeit und des Minimallohns zu widerstehen, obgleich wir dadurch agitatorisch viel gewonnen hätten.“ „Das Agrarprogramm hingegen verlangt, dass wir dem Bauer auf dem Lande das gewähren, was wir dem Industriearbeiter in der Stadt nicht gewähren: die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz.“[322]) Diese Unterscheidung ist gewiss richtig; der Arbeiterschutz ist Sache der Sozialpolitik, der Bauernschutz Sache der Wirtschaftspolitik. Aber an sich beweist das natürlich nichts gegen die Möglichkeit des Bauernschutzes. Wenn, nach der Lehre von Marx, die Not des Arbeiters verursacht wird durch seine Trennung von den Arbeitsmitteln, so ist ihm allerdings nicht anders zu helfen, als durch Rückgabe dieser Arbeitsmittel. Der Bauer aber ist von seinen Arbeitsmitteln noch nicht getrennt; seine Not muss deshalb andere Ursachen haben; sie muss anderer Heilmittel bedürfen.

Unter lebhaftem Beifalle schloss Kautsky seine Rede: „Wenn wir das Bedürfnis haben, „positiv“ für den Bauernschutz zu wirken, dann bleibt uns nur der Staatssozialismus übrig, und diese Konsequenz hat die Agrarkommission gezogen. . . . Wir brauchen sie nicht zu verurteilen, aber wir dürfen ihr auch nicht

[319]) S 149.
[320]) S. 157.
[321]) S. 131.
[322]) S. 126.

folgen. (Lebhafter Beifall.) Nehmen Sie deshalb unsere Resolution an. Es ist möglich, dass wir durch Ablehnen des Agrarprogrammes das Gewinnen von Stimmen erschweren, aber es ist nicht unsere Aufgabe, Mitläufer heranzuziehen, die über unsere Prinzipien unklar sind, die von uns etwas verlangen, und damit sie es bekommen, eine Zeit lang mit uns gehen, aber im entscheidenden Moment uns verlassen. Wir gehen grossen und schweren Kämpfen entgegen und müssen Mitkämpfer erziehen, die entschlossen sind, alles mit uns zu teilen, und den grossen Kampf zu kämpfen bis ans Ende!" (Lebhafter Beifall.)

Mit 158 gegen 63 Stimmen wurde in der Resolution Kautsky das neue Agrarprogramm der Kommission aufs Schärfste verurteilt und verworfen.

Zuvor hatte man die Worte: „und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigentums-Fanatismus" gestrichen. Einstimmige Annahme fand der zweite Teil der Resolution, der ja mit dem letzten Kommissionsantrage übereinstimmte. Die übrigen Anträge und Resolutionen aus der Versammlung wurden begraben, indem man sie dem Parteivorstande überwies.

In der Resolution Kautsky, deren Wortlaut wir bereits kennen, war ausgesprochen: die Bauernpolitik des Agrarprogrammes stellt dem kapitalistischen Staate Aufgaben, die ökonomisch über seine Kraft gehen, die aber seine politische Macht verstärken. Die Landeskultur, beispielsweise die Verbesserung des Bodens, liegt einzig im Interesse der Besitzer des Bodens, dagegen nicht im Interesse des Proletariates. Besserstellung der Bauernschaft bedeutet unter den heutigen Verhältnissen Stärkung ihres Privateigentums.

Aus allen diesen Gründen ist die sozialdemokratische Partei nicht im Stande, dem deutschen Bauern eine Hebung seiner Lage zu versprechen. —

Die notwendige und beabsichtigte Konsequenz der Resolution Kautsky war diese: Die deutsche Sozialdemokratie widerruft die in Frankfurt a. M. proklamierte Bauernpolitik. Sie lehnt es ab, das Bauerntum durch irgendwelche ökonomischen oder sozialen Zugeständnisse politisch zu gewinnen. Die deutsche Sozialdemokratie ist und bleibt die Partei des besitzlosen Proletariates.

Es ist interessant zu sehen, wer für und wer gegen diese Resolution gestimmt hat. Mit Ausnahme von Bebel stimmte der gesamte Parteivorstand mit „Ja“: Ignaz Auer, Paul Singer, Pfannkuch und Gerisch. Auf ihre Seite traten unter anderen die Vertreter von Pommern und Ostpreussen; ebenso die bedeutendsten Vertreter der Gewerkschaften. Nur ein Mitglied der Agrarkommission war für die Ablehnung des Programmentwurfes: Max Schippel.

Dagegen stimmten zwölf Mitglieder der Kommission gegen die Resolution Kautsky; das waren ungefähr 20 Prozent der Minorität. Zwei Kommissionsmitglieder, Bassler (Stuttgart) und Georg von Vollmar, fehlten in Breslau. Vollmar war durch die bevorstehende bayerische Landtagswahl entschuldigt; aber man darf wohl annehmen, dass er sich für zwei Tage freigemacht hätte — wäre die Verwerfung des Agrarprogramms nicht mit solcher Sicherheit vorauszusehen gewesen. Im Uebrigen waren durchaus nicht alle Gegner der Resolution Kautsky deshalb auch Freunde des Agrarprogrammes. Manchem war nur die Form dieser Resolution zu scharf, ohne dass sie sich über die Ablehnung der Kommissionsvorschläge irgendwie im Unklaren waren. So waren gerade vier bayerische Delegierte Gegner dieser scharfen Resolution, aber trotzdem auch Gegner des Agrarprogrammes.

Von der Gesamtzahl der Delegierten waren 71,5 Prozent Freunde der Resolution Kautsky; 28,5 Prozent stimmten dagegen. Bei einer Abstimmung über das Agrarprogramm selbst hätte sich dieses Verhältnis noch mehr zu Gunsten der „Marxisten“ verschoben.

Gegenüber allen diesen Thatsachen ist ein Urteil über das Ergebnis der Agrardebatte vollkommen irrig und irreführend, das Professor Herkner kurz nach dem Breslauer Parteitage ausgesprochen und in seinem bekannten Buche über die „Arbeiterfrage“ wiederholt hat. Er schreibt dort:

„Der grösste Triumph, der Vollmar zufiel, bestand aber darin, dass die Männer, die auf früheren Parteitagen seine Richtung auf das lebhafteste und feindseligste bekämpft hatten, dass die alten Kämpen Bebel und Liebknecht in Breslau auf seiner Seite standen, und das Werk der Agrarkommission verteidigten. Wenn trotzdem die Gegner des Agrarprogrammes, welche Karl

Kautsky führte, die Mehrheit errangen, so lag das zum nicht geringen Teil in der Lage der Stadt des Parteitages begründet. Sie brachte es mit sich, dass auch viele östliche Kreise, in denen die Partei nur geringfügigen Anhang besass, Delegierte entsendet hatten. Dagegen waren die Süd- und Westdeutschen, unter denen die Richtung Vollmars vorherrschte, schwach vertreten.“ [323])

Hiernach war also die Niederlage der Agrarkommission mehr oder weniger durch einen Zufall verschuldet. Hätte man den Parteitag nach München gelegt, so wäre — nach Herkners Meinung — die Sache vielleicht anders verlaufen. Dieser Irrtum muss schon deshalb berichtigt werden, weil ihn die gesamte öffentliche Meinung ausserhalb der Sozialdemokratie sich aneignete.

Herkner geht von der Voraussetzung aus, dass unter den Süd- und Westdeutschen „die Richtung Vollmar vorherrschte.“ Diese Voraussetzung ist vollkommen unrichtig; selbst für Bayern trifft sie durchaus nicht zu. Von den neun bayerischen Delegierten stimmten zwar sechs gegen die Resolution Kautsky. Aber nur zwei von ihnen waren Anhänger der Agrarkommission. Die anderen vier hätten den Programmentwurf abgelehnt; ihre Wahlkreise hatten sich längst dagegen erklärt. Drei bayerische Delegierte stimmten sogar für die Resolution Kautsky. Jedoch, auf dem Parteitage stand die Sache für das Agrarprogramm immer noch weit besser, als draussen im Lande. In ganz Bayern hatte keine einzige sozialdemokratische Versammlung ihr Einverständnis mit der Agrarkommission ausgesprochen. Im ganzen deutschen Reiche hatten über 93 Prozent der Parteigenossen das neue Programm entschieden abgelehnt. Das beweist: die Abstimmung in Breslau gab allerdings das Urteil der Gesamtpartei nicht vollkommen getreu wieder. Diese Abstimmung war immer noch zu günstig für die Agrarkommission.

Ebenso irrig ist Herkners Annahme, dass Bebel und Liebknecht in Breslau auf Vollmars Seite standen. Gewiss verteidigten beide das Agrarprogramm. Aber dieses Agrarprogramm wich sehr entschieden von Vollmars Ansichten ab; man hatte lange verhandeln müssen, bis er endlich seine Zustimmung gab. Auch dann noch ging er dabei von ganz anderen Voraussetzungen aus

[323]) „Die Arbeiterfrage“. III. Auflage. Berlin 1902. S. 325.

und verband mit diesem Programme ganz andere Hoffnungen und Absichten, als Bebel und Liebknecht. Liebknecht äusserte einmal in Breslau: „Es gibt kein einziges Mitglied der Kommission, das nicht alle theoretischen Ausführungen Kautskys und der Frau Zetkin unterschriebe.“ [324]) Diese Behauptung war mindestens für Vollmar und David durchaus unrichtig; dagegen traf sie auf die meisten übrigen Mitglieder der Kommission sicherlich zu; am genauesten stimmte sie bei Liebknecht selbst und bei Bebel.

Weder Bebel noch Liebknecht wollten der Bauernpolitik nur das geringste Zugeständnis machen auf Kosten des industriellen Proletariates. Bebel hielt nach wie vor daran fest, dass die Sozialdemokratie im Wesentlichen Proletarierpartei bleiben müsse. Aber er glaubte, dass schon ein beträchtlicher Teil der Bauernschaft zum Proletariate zu rechnen sei. Auch wollte er nicht nur Bauernpolitik treiben, um die Bauern politisch zu gewinnen. Sondern er hielt die geplanten Maassregeln für ökonomisch revolutionär; er war überzeugt, dass schon ihre rein ökonomischen Wirkungen einen Schritt vorwärts bedeuteten in der Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaft. Theoretisch war der Bebel'sche Marxismus weder durch Davids noch durch Vollmars Zweifel auch nur im Geringsten angekränkelt. Allerdings gab er zu, in der Kommission viel gelernt zu haben.[325]) Und in der That, vor dieser agrarpolitischen Lehrzeit wäre Bebel auch nicht für die Anträge der Kommission zu haben gewesen. Jedoch, das waren alles nur kleine praktisch politische Konzessionen. Prinzipiell stand Bebel 1895 in Breslau auf derselben Stelle, wie 1870 in Stuttgart. Der Untergang des Bauern war für ihn unvermeidlich; selbst die Durchführung des Agrarprogrammes würde daran nichts ändern können. Auch die Statistik von 1895 hat Bebels Ueberzeugung nicht zu erschüttern vermocht. Noch in der neuesten Auflage seines Buches „Die Frau und der Sozialismus“, im Jahre 1903 finden wir die bereits angeführte Stelle über das kleine Bauerntum: „Wer die Rückwärtserei liebt, weil er dabei seine Rechnung findet, mag an der

---

[324]) Protokoll des Parteitages zu Breslau. Berlin 1895. S. 144.
[325]) „Neue Zeit“. 1894/95. I. S. 11.

Fortexistenz dieser sozialen Schicht Genugthuung empfinden; der menschliche Fortschritt bedingt, dass sie verschwindet.“ [326])

Auch Liebknecht hat seine agrarpolitischen Anschauungen im Wesentlichen nicht geändert. Er wich darin von Bebel ab, dass ihm die Zweieinigkeit von Arbeiterpartei und Bauernpartei als Ideal vorschwebte; aber das war nicht Vollmars Verdienst, denn schon ein Vierteljahrhundert zuvor hatte er im Schützenhause von Meerane dieselbe Ansicht vertreten. Gerade im Gegensatz zu Vollmar wollte er die Bauern weniger durch Konzessionen gewinnen als indem er sie von der Unvermeidlichkeit ihres Unterganges überzeugte. Darin machte er sich grössere Illusionen wie Bebel. Aber er traf wieder mit ihm zusammen in der Meinung, dass die Arbeiterschaft mit dem neuen Agrarprogramme gar keine wirklichen Konzessionen an die Bauern machen würde. Dass dieses Programm den Untergang des Bauerntums auch nicht um eine Stunde aufhalten könne. Dass es jedoch im Stande sei, die Schmerzen dieses Unterganges ein wenig zu mildern. So spitzfindig diese Unterscheidung gedacht ist, sie vermag doch nicht den Widerspruch zu verdecken, der fast alle Theorien sozialdemokratischer Agrarpolitiker ihrer Ueberzeugungskraft beraubt. Man will den Bauern ökonomisch beschützen, um ihn politisch zu gewinnen. Man merkt dann, dass der Bauer nicht zu schützen ist, ohne dass man auch seine Wirtschaft schützt. Aber wie kann man seine Wirtschaft schützen, da doch die marxistische Lehre ihren Untergang für unvermeidlich erklärt? Kautsky wies in Breslau scharf auf diesen Widerspruch hin: „Zuerst setzen wir ihnen (den Bauern) den ersten Teil des Erfurter Programmes auseinander. Wir sagen, ihre Lage ist hoffnungslos, ihnen ist nicht zu helfen. Und dann sagen wir, mit dem Agrarprogramme wollen wir euch helfen.“ (Heiterkeit.) [327])

Wenn man nun diesen Widerspruch anerkennt, dann gibt es für seine Ursache nur eine mögliche Erklärung. Dieser Widerspruch innerhalb der Theorie ist im Grunde ein Widerspruch zwischen einer falschen Theorie und den wirklichen Thatsachen.

---

[326]) „Die Frau und der Sozialismus“. 34. Aufl. Stuttgart 1903. S. 403.

[327]) Protokoll des Parteitages zu Breslau. Berlin 1895. S. 126.

Die Theorie sagt: der Untergang des Bauern ist unvermeidlich; die Thatsachen antworten jedem, der sie befragt, mehr oder weniger deutlich das Gegenteil. Wer an der Theorie festhält, kann jenen Widerspruch nicht anders vermeiden, als indem er darauf verzichtet, die Thatsachen zu befragen.

Diesen Weg hat Kautsky zu gehen versucht; aber man kann nicht sagen, dass er ihn stets gewissenhaft eingehalten hat. Er ist im Ganzen doch ein zu gescheidter und realistisch gebildeter Nationalökonom, um nicht wenigstens hier und dort einmal die marxistische Brille abzunehmen. Dann muss er dieses oder jenes kleine Zugeständnis machen, und der Widerspruch ist da. Jedoch, diese Inkonsequenzen sind zu unbedeutend, um Kautskys Stellung wirklich zu charakterisieren. Nehmen wir aus seiner Agrarpolitik den Kern heraus, so heisst der heute wie damals: wir halten fest an der marxistischen Theorie und machen durchaus keine Zugeständnisse an die Thatsachen.

Man mag nun diese agrarpolitische Stellung Karl Kautskys für richtig oder falsch, für nützlich oder verderblich halten, das geht uns nichts an. Nur danach haben wir die Pflicht zu fragen: was sind die psychologischen Bedingungen einer solchen Stellung?

Zuerst die Theorie, zu zweit die Wirklichkeit: so lautet das Prinzip des Dogmatikers. Von diesem Prinzip ist das agrarpolitische Denken Kautskys beherrscht, selbstverständlich nicht mit Absicht und Bewusstsein. Einseitig wäre es, aus solchem Dogmatismus Kautsky irgend einen Vorwurf zu machen. Ein grosser Mann braucht seine Epigonen; eine grosse Lehre braucht ihre Dogmatiker. Man kann viele oder alle Einzelheiten des Marxismus für unrichtig halten; aber man wird weder Marx noch seiner Lehre die Eigenschaft der Grösse abstreiten wollen. Was wäre Marx ohne Kautsky? Heute schon fast eine sagenhafte Gestalt. Selbst wer die Absicht hätte, den Marxismus zu überwinden, der müsste Kautsky dankbar sein, dass er den Marxismus zuvor dogmatisiert hat. Denn überwunden werden kann niemals die werdende Lehre, sondern nur die ausgereifte, die Lehre als Dogma. Man mag den Dogmatismus Kautskys und jeden anderen bekämpfen, so viel man will; aber man muss ihn verstehen und anerkennen als historische Notwendigkeit.

Jedoch, Karl Kautsky stand nicht allein in der Agrardebatte, und auf dem Parteitage zu Breslau. Die ungeheure Mehrheit der sozialdemokratischen Partei stand ihm zur Seite. Die zahlreichste und am stärksten klassenbewusste Schicht des deutschen Volkes erhob sich und kämpfte gegen ihre eigenen Freunde jenen Kampf, den Kautsky in Breslau zur Entscheidung brachte. Wer glaubt, dass diese Masse um ein Dogma gekämpft hat?

„Seit die Partei konstituiert ist, haben wir auf den Parteitagen wenig theoretische Diskussionen gehabt. .... Aber was uns auf allen Kongressen beschäftigt und uns in unserer ganzen Thätigkeit die meiste Zeit und Arbeit kostet, das sind die praktischen Fragen.“ [328]) So sagte Liebknecht auf dem Breslauer Parteitage, und er hat damit nicht eine Eigentümlichkeit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gekennzeichnet, sondern ein allgemeines Gesetz für jede Bethätigung einer Masse. Allerdings, man darf den Begriff „praktisch“ nicht zu eng fassen. Theoretische Fragen können die Masse nicht erregen; wohl aber prinzipielle Fragen.

Ob in der Landwirtschaft Grossbetrieb oder Kleinbetrieb überlegen ist, ob man in dem einen Falle vielleicht den Kleinbetrieb beschützen darf, das sind alles Fragen der Theorie. Aber ob die deutsche Sozialdemokratie reine Arbeiterpartei sein soll oder Arbeiterpartei und Bauernpartei, das ist eine praktisch-politische Frage und doch zugleich eine sehr prinzipielle Frage.

Wenn man die ganze Agrardebatte der Jahre 1894 und 1895 im Zusammenhange durchliest, so kommt einem die Empfindung an, als ob hinter all den Worten, die da geschrieben und gesprochen wurden, zuweilen bewusst, zuweilen unbewusst, psychische Vorgänge thätig waren, die nicht immer in den Worten selbst offen zum Ausdruck kamen. Das war so: Diese organisierte Arbeiterschaft hatte das ganz instinktive Gefühl: wir müssen zielbewusste Proletarierpolitik treiben! Wir dürfen uns nicht „verwässern“ lassen. Ziehen wir die Bauern in unsere Reihen hinein, so muss mit Naturnotwendigkeit das Schwergewicht unserer Politik verschoben werden. Ob Kleinbetrieb oder Grossbetrieb, das geht uns nichts an. Wir wollen

[328]) S. 144.

Klassenpolitik treiben; darum dürfen wir nicht aufhören, Klassenpartei zu sein.

Mit erstaunlicher Regelmässigkeit klingt dieser Gedankengang durch bei den meisten Kritikern des Agrarprogrammes. Dass er nicht immer ausgesprochen wurde, das hat sehr erklärliche Gründe. Einmal zeigt eine politische Partei nicht gerne der Oeffentlichkeit den Grenzstrich, durch den ihre Ausdehnungsmöglichkeit eingeschränkt ist. Auch wird sie diese Einschränkung nur schwer und gezwungen sich selbst eingestehen; denn solche Erkenntnis kann gar zu leicht ihren Eroberungstrieb, ihre Spannkraft schwächen und zurückhalten. Trotzdem haben wir gesehen, dass man hier und dort diese eigentliche „Agrarfrage" bewusst und offen gekennzeichnet hat.

Der ganze Gedankengang liegt ja durchaus in der Bahn des historischen Materialismus. Die Triebkraft der Geschichte sieht Karl Marx in der Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse. Heute entwickelt sich Deutschland unzweifelhaft vom Agrarstaat zum Industriestaat. Friedrich Naumann hat das so ausgedrückt: Der Typus des Deutschen in der Vergangenheit war der Bauer; der Typus des Deutschen in der Gegenwart und in der Zukunft ist der Industriearbeiter. Das bedeutet nicht, dass der Bauer als Vertreter einer bestimmten Wirtschaftsform verschwindet. Aber es bedeutet, dass er an Bedeutung für das gesamte Sein und Werden der deutschen Nation zurücktritt. Es bedeutet: der Industriearbeiter ist von nun an bis in alle absehbare Zeit hinein die erste Triebkraft der historischen Entwicklung.

Wer so denkt, für den ist klar, dass diese Triebkraft nur abgeschwächt werden kann, wenn man sie in enger Parteiverfassung zusammenkettet mit einer Klasse, die auch im besten Falle nicht ganz mit ihr Schritt zu halten vermag. So dachte, bewusst oder instinktiv, die sozialdemokratische Arbeiterschaft im Jahre 1895; sie hat bis heute nicht aufgehört, ebenso zu denken.

VIII.

Schluss.

Wer den Titel der vorliegenden Studie zu lesen beginnt: „Die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie", der wird dabei unwillkürlich an drei sozialdemokratische Schriftsteller denken: Karl Kautsky, Friedrich Hertz und Eduard David. Jedoch, wenn er weiter liest: „von Karl Marx bis zum Breslauer Parteitage", dann wird ihm das deshalb merkwürdig erscheinen, weil die agrarpolitischen Schriften dieser drei Männer in der Hauptsache erst nach dem Breslauer Parteitage erschienen sind.

Aber was wir von dem ersten Kapitel an zu behandeln uns vornahmen, das waren ja nicht die Ansichten dieser oder jener einzelnen Sozialdemokraten über Agrartheorie und Agrarpolitik. Sondern aus dem historischen Gesichtspunkte des Klassenkampfes heraus wollten wir die politische Stellung des deutschen Arbeiters zum deutschen Bauern untersuchen.

Wir fanden, dass diese Stellung auf dem Parteitage zu Breslau festgelegt worden ist.

Dass im Jahre 1895 die Masse der deutschen Sozialdemokratie es entschieden und endgiltig abgelehnt hat, ihr Schwergewicht zwischen Arbeiterschaft und Bauernschaft zu verteilen. Dass sie nicht mehr, aber auch nicht weniger sein will, als die Klassenvertretung des deutschen Proletariates.

Historisch ist damit „die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie" gelöst; politisch und ökonomisch wird sie niemals vollständig von der Tagesordnung verschwinden.

Vor allem sind die äusseren Beziehungen zwischen sozialdemokratischer Gedankenwelt und agrarischen Thatsachen durch-

aus nicht abgebrochen. Nicht nur einzelne Parteigenossen, sondern auch die Sozialdemokratie als politischer Körper kann ihre agrarpolitische Erkenntnis berichtigen und erweitern. In dieser Richtung haben sich jene drei erwähnten Sozialdemokraten (Kautsky, Hertz und David) seit dem Breslauer Parteitage bethätigt.

Wenige Jahre nachdem die sozialdemokratischen Delegierten aus Breslau zurückgekehrt waren, wurde die deutsche Betriebsstatistik veröffentlicht. Sie zeigte eine Entwicklung der deutschen Landwirtschaft, die der marxistischen Theorie genau entgegengesetzt war. Zwergbetriebe und Grossbetriebe im Rückgang, selbständige Bauernbetriebe in der Zunahme.

Schon die Agrardebatte zwischen Frankfurt a. M. und Breslau hatte Kautsky zu dem Entschlusse gebracht, die marxistische Agrartheorie auf dem Boden der gegenwärtigen Verhältnisse in ein geschlossenes System zu bringen. Die Zahlen der neuen Betriebsstatistik mussten seinen Entschluss befestigen. Die zweifach schwere Aufgabe musste ihm zweifach lockend erscheinen.

Im Jahre 1899 erschien sein Buch: „Die Agrarfrage". „Eine Uebersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie."[329]) Darin wurde zu beweisen gesucht, dass die Zahlen zwar eine Tendenz zum Kleinbetrieb aufzuweisen scheinen; dass man aber nur das Auge durch die marxistische Brille zu schärfen braucht, um in den Thatsachen gerade die entgegengesetzte Tendenz zu entdecken.

Dieser Zwang, eine Thatsache beweisen zu müssen, die in Wahrheit nicht existiert, machte eine ganze Reihe nationalökonomischer Fehler unvermeidlich. Trotzdem darf man der Kautskyschen „Agrarfrage" durchaus nicht jede wissenschaftliche Bedeutung absprechen. Es ist eben ihr unbestreitbares Verdienst, die marxistische Agrartheorie systematisiert zu haben. Kautsky hat dieses Buch geschrieben, aber sein Inhalt ist nicht die Agrartheorie von Kautsky, sondern die Agrartheorie von Marx. In diesem Sinne hat das Kautskysche Buch für uns keine

[329]) Stuttgart 1899.

selbständige Bedeutung, denn die Agrartheorie von Marx haben wir bereits besprochen.

Umsomehr interessiert uns seine agrarpolitische Seite. Kautsky hält, von einigen Inkonsequenzen abgesehen, unbedingt daran fest, dass die Sozialdemokratie sich darauf beschränken muss, Arbeiterpartei zu sein. Er schlägt zwar einige „kleine", sehr kleine Mittel vor, die man den Bauern versprechen könne. Aber da er den Bauer nur soweit schützen will, als dadurch nicht gleichzeitig sein bäuerlicher Betrieb geschützt wird; und da der Bauer in Wirklichkeit durchaus nicht von seinem Betrieb getrennt werden kann, — so muss er selbst zugestehen: „Ob es gelingen wird, die Bauernschaft durch die Darstellung dieser Agrarpolitik an die Sozialdemokratie zu fesseln, kann ja bezweifelt werden."[330]) Aus dem politisch Verklausulierten in das wissenschaftlich Kategorische übersetzt, bedeutet das: Wir müssen auf die Eroberung des deutschen Bauern verzichten.

Offen und entschieden fährt Kautsky fort: „Die Sozialdemokratie wird immer in ihrem Kern eine proletarische, städtische Partei bleiben, immer eine Partei des ökonomischen Fortschritts." Aber das kann nur behauptet werden, wenn man annimmt, auch für die Zukunft werde der selbständige kleine und mittlere Bauer Typus des deutschen Landwirtes sein. Denn jede Ausdehnung des Grossgrundbesitzes müsste die zahlenmässige und überhaupt die politische Bedeutung der Landarbeiterschaft zunehmen machen. Und dass die sozialdemokratische Infizierung dieser proletarischen Schicht auf die Dauer sich nicht aufhalten lässt, darüber kann kein Zweifel sein. Auch war es natürlich nicht Kautsky's Absicht, den Landarbeiter von seiner Partei auszuschliessen. Deshalb: wird w i r k l i c h der selbständige Bauer verschwinden, dann kann nichts die Sozialdemokratie davon zurückhalten, auf's Land hinauszugehen. Und umgekehrt: ist Kautsky überzeugt, die Sozialdemokratie wird eine „städtische Partei bleiben", dann muss in seinem Denken die unbewusste Voraussetzung liegen: Der Bauer wird nicht verschwinden.

Das künftige politische Verhältnis von Bauernschaft und Arbeiterschaft wird durch Kautsky schliesslich so gekenn-

[330]) S. 439.

zeichnet: Beide Klassen haben eine Anzahl gemeinsame, aber sie haben auch entgegengesetzte Interessen. Die letzteren verhindern die Zusammenfassung der beiden Klassen in einer politischen Partei. Die ersteren ermöglichen ein Nebeneinandergehen. „Die Interessengemeinschaft kann zeitweise stärker werden, als der Interessengegensatz und eine politische Korporation von Bauern und Proletariern herbeiführen. Aber werden sie noch so oft vereint schlagen, sie werden in der Regel getrennt marschieren müssen, und der Verbündete von heute kann der Gegner von morgen werden."[331])

Auch hier liegt ein Widerspruch gegen die Prophezeiung vom Niedergang des Bauernstandes. Denn es kann niemals, auch nur zeitweise, Interessengemeinschaft geben zwischen niedersteigenden und aufsteigenden Klassen. Was die niedersteigende Klasse erhalten will, gerade das muss die aufsteigende Klasse zerstören, um freie Bahn zu machen. Als einzelner, als Teil des Volkes, als Teil der Menschheit kann irgend wann der eine dieses oder jenes mit dem anderen gemeinsam haben. Als Teil einer niedersteigenden Klasse kann er stets nur mit niedersteigenden, als Teil einer aufsteigenden wiederum nur mit aufsteigenden Klassen gemeinsame Interessen besitzen. Nicht von dem einzelnen Bauern, dem einzelnen Arbeiter spricht hier der Marxist Kautsky, sondern von der bäuerlichen und der proletarischen Klasse. Dass die Arbeiterschaft im Aufsteigen ist, versteht sich von selbst. Darum aber kann man eine zeitweise oder eine teilweise Interessengemeinschaft nur dann behaupten, wenn man die Bauern — zum allermindesten — nicht als niedergehende Klasse ansieht. David's bäuerliche Agrartheorie ist die logische Voraussetzung von Kautsky's proletarischer Agrarpolitik. Niedergang des Bauernstandes und Interessengemeinschaft zwischen Arbeiter und Bauer, das giebt keinen Reim. Aber wird in Wahrheit die Zukunft der deutschen Landwirtschaft dem Bauern gehören, werden in Wahrheit die bäuerlichen Produzentengenossenschaften den Grossbetrieb auf dem Lande verwirklichen, dann ist es eine klare und

[331]) S. 310.

natürliche Sache, Arbeiter und Bauer nicht als Parteigenossen, sondern als Verbündete, getrennt marschieren, aber vereint schlagen zu lassen.

Ueber zwei weitere Namen muss auf diesem Gebiete geredet werden, David und Hertz; von ihnen hat keiner den Kern der „sozialdemokratischen Agrarfrage" erkannt. Beide übertreffen sie Kautsky in ihrer selbständigen wissenschaftlichen Leistung; soweit sie ihn ökonomisch angreifen, behalten sie unzweifelhaft die Oberhand. Aber sie sind nicht imstande, seiner politischen Auffassung die historische Berechtigung zu rauben.

Friedrich Hertz, ein Oesterreicher, hat sich mit Erfolg bemüht, eine grosse Reihe entstellender und unrichtiger Behauptungen Kautsky's zu widerlegen. Seine weiteren agrarpolitischen Vorschläge sind auf die Gewinnung der selbständigen Bauernschaft berechnet. Soweit sie nur die österreichischen Bauern im Auge haben, gehen sie unsere Untersuchung überhaupt nichts an. Soweit aber bei ihm auch auf Deutschland gezielt wird, ist die Frage seit Breslau erledigt.[332])

Das eigentliche standard work dieser Agrarsozialisten ist Eduard Davids „Sozialismus und Landwirtschaft". Davon ist bisher leider nur der erste Band erschienen: „Die Betriebsfrage". Dieser Band von über 700 Seiten beschäftigt sich ausschliesslich mit dem Beweise der Ueberlegenheit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes. Man kann das Buch deshalb eine Tendenzarbeit nennen, eine Streitschrift wider Kautskys „Agrarfrage"; aber man muss trotzdem zugeben, dass es wissenschaftliche Bedeutung besitzt. David kommt zu diesem Ergebnis:

„Die marxistische Lehre von der Konzentration der Betriebe trifft für die Landwirtschaft nicht zu."[333]) „Bauernschutz heisst Schutz und Förderung der modernen, rationelleren Betriebsform. Nicht als ob die Bauernbetriebe dies im allgemeinen heute schon wären, davon kann natürlich nicht die Rede sein. Aber der Kleinbetrieb bietet die günstigste Voraussetzung für rationelle Betriebsführung bei rationeller Bodenausbeutung. Und weiter sind wir der Meinung, dass solche modernen, auf der

---

[332]) „Die agrarischen Fragen im Verhältniss zum Sozialismus". Wien 1899 und „Agrarfrage und Sozialismus". Berlin 1901.

[333]) „Sozialismus und Landwirtschaft". Berlin 1903. I. Bd. S. 687.

Höhe der Agronomie stehenden Kleinbetriebe die lebenskräftigsten Zellen eines genossenschaftlichen Organisationssystems abgeben werden, das befähigt und berufen ist, in Verbindung mit den konsumgenossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter die Nahrungsmittelversorgung des Volkes von allem kapitalistischen Ausbeuter- und Zwischenhändlertum immer mehr zu befreien.

Darum stehen wir nicht an, die Verwandlung der landwirtschaftlichen Grossbetriebe in bäuerliche Kleinbetriebe als erstrebenswertes Ziel aufzustellen."[334])

Nationalökonomisch enthält dieses David'sche Buch viel Vortreffliches; aber was David fehlt, ist der historische Sinn. Was er von der Ueberlegenheit des bäuerlichen Betriebes erzählt, das gilt alles nicht so allgemein und bedingungslos, wie es bei ihm trotz vorsichtiger Verklausulierung erscheint. Es gilt für ein Land, das wenigstens einen beträchtlichen Teil seiner landwirtschaftlichen Quantitätsprodukte einführt und nur seine Qualitätsprodukte mit steigender Intensität selbst hervorbringt. Es gilt in Deutschland gerade unter den heutigen Marktverhältnissen, bei denen es für unsere Landwirte äusserst schwierig ist, Getreide zu bauen, aber sehr rentabel, Viehzucht zu treiben. Allerdings darf David mit Wahrscheinlichkeit annehmen, dass die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands während ihrer kapitalistischen Periode diese Richtung nicht mehr ändern wird. Er wird deshalb mit dem nationalökonomischen Ergebnis seines Buches recht behalten.

Aber diseses nationalökonomische Ergebnis ist für David nur Mittel zum Zweck. Sein Buch will im Grunde nicht die Ueberlegenheit des bäuerlichen Kleinbetriebes beweisen, sondern die Notwendigkeit sozialdemokratischer Bauernagitation und Bauerngewinnung. Die Sozialdemokratie soll „nicht als eine blosse Interessenvertretung für eine einzelne Bevölkerungsklasse erscheinen."[335]) Sie soll nicht Arbeiterpartei sein, sondern eine allgemeine Volkspartei. Sie soll ihr Schwergewicht in die Mitte legen zwischen Arbeiterschaft und Bauernschaft.

[334]) S. 698.
[335]) S. 19.

Das aber hat die deutsche Sozialdemokratie in Breslau auf alle absehbare Zeit hin zurückgewiesen. Man kann ihr noch so klar und unwiderleglich beweisen, dass die Zukunft der deutschen Landwirtschaft dem deutschen Bauern gehört, — mit dem Charakter der sozialdemokratischen Agrarpolitik hat dieser Beweis nicht das geringste zu thun. In diesem Punkte ist Kautsky der Vertreter seiner ganzen Partei.

Gerade in der Betriebsfrage kann Kautsky sich heute nicht mehr allen Thatsachen verschliessen. Schon in seinem Buche, das 1899 erschien, hatte er sich ein ganzes Stück weit zurückgezogen. Er gestand wenigstens jenen Kleinbetrieben noch eigene Lebenskraft zu, deren Besitzer nicht mehr als Verkäufer landwirtschaftlicher Produkte in Betracht kommen, und die zur Ergänzung ihres selbständigen Einkommens der Lohnarbeit bedürfen. Neuerdings geht Kautsky noch etwas weiter und dehnt dieses Zugeständnis, wenn ich ihn recht verstehe, auch auf den selbständigen Bauern aus. Allerdings ist seine Ausdrucksweise in solchen Fragen oft weniger eindeutig, als sie gerade hier es sein sollte. Er sagt in seiner Kritik des David'schen Buches: „Wir erwarten nicht mehr den Untergang des Kleinbetriebes, aber auch nicht den des Grossbetriebes in der Landwirtschaft unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise.“ [336]) Aber er fährt doch fort, indem er seine eigene „Agrarfrage“ zitiert: „Trotzdem erwarten wir, dass für die grosse Mehrzahl der Betriebszweige in der Landwirtschaft der Grossbetrieb sich als überlegen herausstellen wird, so dass die ökonomische Entwicklung, nachdem das siegreiche Proletariat ihre Hindernisse besiegt, zur Verdrängung des Kleinbetriebes durch den genossenschaftlichen oder kommunalen Grossbetrieb also zur Zusammenlegung der Aecker, führt.“ „Wir dürfen ebensowenig Bauernschutz wie Junkerschutz treiben, dürfen in das Verhältnis zwischen beiden Betriebsarten weder zu gunsten der einen noch der andern eingreifen.“

„Unsere praktische Aufgabe auf dem Lande beschränkt sich in der Gegenwart darauf, die besonderen proletarischen Interessen und die allgemeinen Kulturinteressen wahrzunehmen, eine

[336]) „Neue Zeit“. 1902/03. I. S. 688.

Aufgabe gross genug und des Schweisses der Edlen wert, aber keine Aufgabe, die geeignet ist, die rein bäuerliche Bevölkerung (dies Wort hier im engsten Sinne genommen) für uns zu begeistern."

Die Geschichte der sozialdemokratischen Agrarpolitik beweist, dass Kautsky hier im Namen seiner ganzen Partei spricht. Seit dem Parteitage zu Breslau steht fest: die deutsche Sozialdemokratie sieht ihren Schwerpunkt in den Interessen der deutschen Lohnarbeiter.

Das hindert nicht, dass die Sozialdemokratie beispielsweise in den Landtagen praktische Agrarpolitik treibt. Wo die Partei vor dem Jahre 1895 für die Interessen der Bauernschaft eingetreten ist, da hat sie sich auch durch die Resolution Kautskys nicht darin beirren lassen. Wir haben schon an einer andern Stelle erwähnt, dass die bayerische Landtagsfraktion noch im Jahre 1899 verkündete: „Wir wollen alles irgendwie Zulässige thun, um das Los der Bauern erträglicher zu machen und der grösstmöglichen Zahl derselben den drohenden Absturz in das Proletariat zu ersparen." [337])

Darnach wurde in der That gehandelt. Auch standen die Bayern mit dieser parlamentarischen Thätigkeit nicht allein; vor allem in Hessen und Baden folgte man ihrem Beispiel.

Die eigentliche Bauernagitation dagegen zeigt seit 1895 einen sehr merklichen Rückgang. Man erkennt mit der Zeit ihre Zwecklosigkeit auch in jenen Kreisen, die jahrelang ihre Kraft auf den vergeblichen Versuch gewandt haben, rote Bauernregimenter zu formieren. Vor allem gilt das für Bayern. Nennenswerten Bauernanhang hat die Partei auch hier nie gehabt; aber wo wirklich ein paar kleine Landwirte im Jahre 1893 für den Sozialdemokraten gestimmt hatten, da waren sie deshalb noch keine Sozialdemokraten geworden.[338]) Es kam eben diesem

---

[337]) „Die Sozialdemokratie im bayerischen Landtag 1893—1899". Nürnberg 1899. S. 50.

[338]) Soweit sich bisher übersehen lässt, hat auch der 16. Juni 1903 trotz seiner drei Millionen an alledem nichts Wesentliches geändert. Die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen auf dem platten Lande ist lediglich proletarischen und annähernd proletarischen Wählern zu danken; durchaus nicht der selbstständigen Bauernschaft.

oder jenem Bauern, wie Auer sagte, nicht darauf an, statt Sigl auch einmal Vollmar zu sagen. Aber es kam ihm das nächste Mal gerade so wenig darauf an, statt Vollmar wieder Sigl zu sagen. Und vor allem, er mochte Vollmar sagen, soviel er wollte, Sozialdemokratie sagte er nie.

Wir sind am Ziele.

Es war die Aufgabe dieser Studie, eine historische Schilderung zu geben von der Art, wie sich im Deutschen Reiche die Klasse der Zukunft, die Arbeiterschaft, wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch verhält zu der Bauernschaft, der Klasse der Vergangenheit. Wir haben gefunden, dass die Arbeiterschaft in ihrer politischen Organisation Klassenpartei ist und Klassenpartei bleibt. Dass die Arbeiterschaft es entschieden und endgiltig ablehnt, ihren historischen Vormarsch durch die Bauernschaft irgendwie tangieren zu lassen. Der deutsche Arbeiter denkt nicht daran, den deutschen Bauern zu bekämpfen, er bietet ihm eine Verständigung an auf dem Boden des Grundsatzes: Getrennt marschieren und vereint schlagen!

ERNST REINHARDT, Verlagsbuchhandlung,
MÜNCHEN, Karlstrasse 4.

Die Versorgung Münchens mit Lebensmitteln

von

Dr. August Creuzbauer.

306 Seiten Lexikon-Oktav mit 135 Tabellen, 1 Abbildung und 1 Kartenskizze.

Preis Mk. 10.— in Halbfranz gebunden Mk. 12.—.

In dem Buche wird zum ersten Male eine zusammenfassende, systematische Darstellung gegeben über alle diejenigen Momente, welche für die Versorgung einer grossen Stadt mit Nahrungsmitteln in Betracht kommen. Der Verfasser untersucht nicht nur die Mengen der in München verbrauchten Nahrungsmittel, sondern er prüft auch des weiteren deren Herkunft und insbesondere ermittelt er die Preise der Nahrungsmittel und kontrolliert den Verdienst des Zwischenhandels.

In einer Zeit, wo alles widerhallt von den Rufen „Fleischnot", und „Milchkrieg", wo die Frage, ob Deutschland seinen Bedarf an Lebensmitteln, selbst sich verschaffen kann oder durch mehr oder minder hohe Schutzzölle die Zufuhr vom Auslande fördern bezw. hemmen soll, erscheint eine derartige Darstellung um so wertvoller, als sich die Ausführungen des Verfassers nicht kritiklos an die vorhandene Statistik anlehnen, sondern im Gegenteil strenge zu Gericht gehen mit allgemein üblichen Nahrungsmittelstatistik.

Von ganz besonderem Werte erscheinen die Untersuchungen des Verfassers ferner deshalb, weil er sich nicht nur auf die Kritik beschränkt, sondern sehr wertvolle Fingerzeige gibt, wie den bestehenden Mängeln abgeholfen werden könnte.

ERNST REINHARDT, Verlagsbuchhandlung,
MÜNCHEN, Karlstrasse 4.

Ethik und Volkswirtschaft in der Geschichte.

Rektoratsrede

gehalten am 23. November 1901

von Professor Dr. L. Brentano

gr. 8° 40 S. **Preis: Mk. 1.—.**

„Die Rektoratsrede könnte wahrhaftig aus keinem anderen Munde gekommen sein, als aus dem Lujo Brentanos: sie beginnt mit dem Kommunismus der Kirchenväter und schliesst mit einer kurzen Skizzierung unserer neuesten Protektionspolitik. Zwischen diesen Endpunkten zieht der Redner eine so klare und sichere Entwicklungslinie, dass des Hörers Interesse an den ihm vielleicht ganz unbekannten und immer bedeutsamen Thatsachen doch stets ein gut Stück zurücktritt hinter dem ästhetischen Genuss an dieser schönen Linie". „Die Zeit", 26. Juni 1902.

„Die Rede ist eindringlich und kann dazu beitragen, den oekonomischen Dilettantismus in alten und jungen Köpfen zu erschüttern". Jahresber. f. soc. Hygiene u. Demogr.

Die Kartellfrage

Mit besonderer Berücksichtigung der Interessen der bayerischen Industrie.

Vortrag von

Dr. Alfred Kuhlo.

1903. 40 S. gr. 8°. **Preis: Mk. 1.—.**

ERNST REINHARDT, Verlagsbuchhandlung,
MÜNCHEN, Karlstrasse 4.

Aus dem

Entwicklungsgang der deutschen Gewerkschafts-Bewegung.

Erweiterter Vortrag

gehalten im socialwissenschaftlichen Studentenverein in München

von Joh. Timm.

Arbeitersekretär in München.

Mit einem Nachwort von Dr. L. Sinzheimer:

„Ueber die Stellung der oberen Klassen und der Wissenschaft zu den Gewerkschaften.

1902. gr. 8°. 49 S. **Preis: Mk. 1.—.**

„Die kleine Schrift bietet eine gute, kurze Uebersicht über den Entwicklungsgang der deutschen Gewerkschaften. Die individuelle Färbung des Vortrages ist beibehalten und macht dadurch das Schriftchen lesbarer. — — — Da der Vortrag vor Studenten gehalten wurde, wollen wir ausdrücklich feststellen, dass der Redner mit keinem Worte Konzessionen an die Anschauungen der Zuhörer gemacht hat. So interessant die sich anschliessenden Bemerkungen des Münchener Privatdozenten Sinzheimer sind, so fordern sie naturgemäss bei voller Anerkennung des vielen Richtigen, das sie enthalten, mehrfach unsern Widerspruch heraus". „Vorwärts", 5. April 1902.

Russlands Landwirtschaft und Getreide-Handel

von **Prof. D. P. Ssemenow** und **Prof. W. J. Kasperow.**

Autorisierte Uebersetzung aus Russischen von

Maxim Blumenau,

Bibliothekar der Handels- und Gewerbekammer für Oberbayern.

1901. 72 S. gr. 8°. **Preis: Mk. 1.50.**